

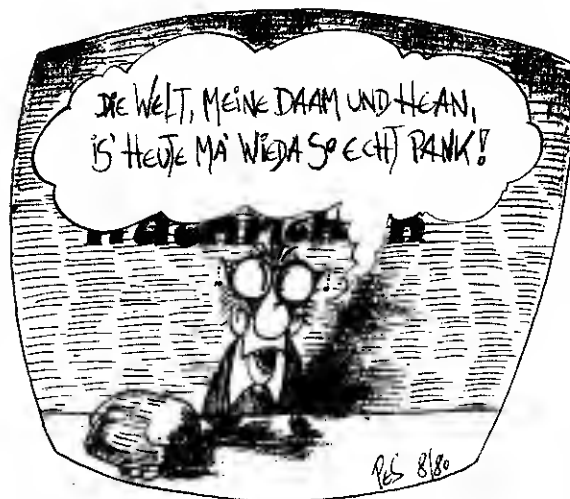
INHALT

Editorial / Impressum	2
Wer wir sind, was wir wollen	3
Zur Gründungsgeschichte der NATO	4
Kuba - Krise und flexible response	18
Krise uns Strategieentwicklung	24
Bericht über Spanien für den END	30
Die NATO — Süd- und Südostflanke	34
— Portugal	36
— Spanien	37
— Italien	39
— Griechenland	40
— Zypern	44
— Türkei	45
Türkei und die NATO	48
Die NATO - Globalstrategie	54
Transatlantisch oder europäisch	58
Friedensbewegung und NATO - Austritt	72
Interview mit General Rogers (SACEUR) aus: Wehrtechnik 1/85	79
Kommentar zum Rogers - Interview	81

IMPRESSUM

Herausgeber: Initiative „Kein Frieden mit der NATO — Raus aus der NATO“, c/o Friedensreferat des ASTA der Universität Münster, z.Hd. v. Hans-Peter Hubert, Schloßplatz 1, 4400 Münster; Redaktion: Hans-Peter Hubert (V.i.S.d.P.), Dietrich Schulze-Marmeling, Johannes Massolle, Thomas Becker; Satz und Lay-Out: Arnfried Klörs und einige weitere Kölner Freunde und Freundinnen; Druck: Druckwerkstatt Münster; 1. Auflage: 2.000 Exemplare. Weitere Exemplare sind über die oben angegebene Adresse zu bestellen. Vorauskasse ist erbeten. Überweisungen sind auf das Konto 25002023 (Johannes Massolle) der Stadtparkasse Münster (BLZ 400 501 50) zu entrichten. Der Verkaufspreis pro Exemplar beträgt DM 5,—. Initiativen, die mehr als 15 Exemplare abnehmen, wird ein Rabatt von 20 % gestattet.

EDITORIAL



Die NATO und ihre Strategieentwicklung sind mit der Verkündung der „airland-battle“-Doktrin und des „Star War“-Konzeptes in den Mittelpunkt der friedenspolitischen Diskussion gerückt. Dabei geht es nicht mehr nur um die Ablehnung dieses oder jenes neuen Waffensystems, die NATO und ihre Strategie als solches stehen zur Disposition. Doch ist immer wieder festzustellen, daß noch weithin Unklarheit darüber herrscht, was und wer diese NATO eigentlich ist. Die hier nun vorliegende Broschüre wurde mit dem Anspruch erstellt, grundsätzlichere Informationen über die NATO sowie Argumentationshilfen für den bewegungsinternen Disput zu liefern.

Viele Fragen bleiben dabei offen, viele inhaltliche Lücken ungeschlossen. Bewußt verzichtet haben wir auf eine abermalige Darstellung und Analyse von „airland-battle“ und „Rogers-Plan/FOFA-Konzept“. Mehr als Wiederholungen hätten wir diesbezüglich ohnehin nicht zustande gebracht. Wir verweisen hier n.a. auf die ausgezeichnete Arbeit der „GRÜNEN“ zu diesem Gegenstand (Boege/Schülert/Nassauer/Horlohe, Angriff als Verteidigung...).

Unberücksichtigt blieben bei unseren Betrachtungen auch die mehr oder weniger „neutralen“ Länder im europäischen Geltungsbereich der NATO sowie eine Reihe kleinerer NATO-Mitgliedsstaaten (Niederlande, Belgien, Dänemark, Norwegen), denen im Rahmen einer westeuropäischen Desintegrationsstrategie eine bedeutendere Rolle zukommen könnte. Des weiteren die mit der NATO bzw. der NATO-Führungsmacht USA assoziierten Militärpakte außerhalb des NATO-Geltungsbereiches (ANZUS, TIAR/SATO), die für das globale militärische Engagement der westlichen Allianz stehen. Für beide Komplexe gilt: aufgeschoben ist nicht aufgehoben. Wir werden uns ihnen zum gegebenen Zeitpunkt eingehender widmen.

Auf dem letzten bundesweiten Plenum der Initiative „Kein Frieden mit der NATO — Raus aus der Nato“ wurde vereinbart, in Zukunft stärker die Aufgabe eines inhaltlichen Dienstleistungsbetriebs für das „unabhängige“ und „linke“ Spektrum der Friedensbewegung wahrzunehmen. Die vorliegende Broschüre verstehen wir als einen ersten Beitrag im Sinne dieses Selbstverständnisses.

Die Redaktion

Wer wir sind und was wir wollen

Die Initiative „Kein Frieden mit der NATO – Raus aus der NATO“ (kurz: „NATO-Initiative“) wurde im April 84 gegründet. Sie setzt sich personell aus Individuen (und nicht aus Organisationen und Initiativen) zusammen, die sich der „unabhängigen Friedensbewegung“ zugehörig definieren und/oder in der Solidaritätsarbeit mit der „Dritten Welt“ engagiert sind.

Wir begreifen es als unsere vorrangige Aufgabe, Aufklärung zu leisten über alle Aspekte der NATO-Politik und Kriegsvorbereitungen sowie der diesbezüglichen massiven Mitverantwortung der Bundesrepublik. Angesichts der NATO-Pläne, den Krieg in Europa wieder führbar und siegreich gestaltbar zu machen, angesichts der vor diesem Hintergrund betriebenen immensen Aufrüstung und Umrüstung der NATO-Armeen, die den Ernst dieser Pläne unterstreichen, und nicht zuletzt angesichts der Kriege, die NATO-Mitgliedsstaaten schon heute in anderen Teilen der Welt führen, ist für uns ein Frieden in Europa und anderswo auf dem Globus mit der NATO nicht denkbar. Im Gegenteil: Die NATO treibt uns geradewegs in den dritten Weltkrieg. Eine Abkehr vom Abgrund kann nur unter der Voraussetzung erfolgen, wenn in breiten Teilen der Bevölkerung restlos und radikal mit dem vorherrschenden „Sicherheits“-verständnis gebrochen wird, das unter Verweis auf die angebliche „Bedrohung aus dem Osten“ die Legitimation für Aufrüstung und Kriegsvorbereitungen schafft. Der Kriegstreiber heißt NATO und er muß als solches auch deutlich benannt werden. Für unsere Aufklärungsarbeit bedeutet dies, daß sie sich in allererster Linie dem „eigenen Block“, der NATO widmet.

Wir verfolgen erklärtermaßen das Ziel, die NATO, als den Teil der „Blockstruktur“, der die Konfrontation mit dem Gegenüber sucht und die Aufrüstungsspirale antreibt, einseitig zu schwächen. Ein notwendiger Schritt in diese Richtung wie in Richtung Auflösung der „Blockstruktur“ und Beendigung des „Wettrüstens“ wäre der einseitige Austritt der Bundesrepublik aus der NATO, das Herausbrechen des am weitesten gegen den Warschauer Pakt vorgeschobenen Postens und Hauptaufmarschgebietes im Falle eines dritten Weltkrieges aus dem Kriegsbündnis. Aber anstatt angesichts der im Zuge der „Nachrüstungsdebatte“ deutlich gewordenen Brüche im „ideologischen Massenkonsens“ in Sachen „Sicherheitspolitik“ den „Mut zum Risiko“ zu fördern, ist insbesondere bei den der SPD nahestehenden Teilen der Friedensbewegung die Behauptung, daß es für die BRD „Sicherheit“ nur in der NATO bzw. im Rahmen der existierenden „Blockstruktur“ geben könnte, zu einer lieb gewonnenen, aber inhaltsarmen Floskel avanciert.

Die Entwicklungsgeschichte des ersten Weltkrieges widerlegt dies allerdings für den damaligen „historischen Vorläufer“ der BRD, wie überhaupt der Beweis sich nicht erbringen läßt, daß Allianzen, Militärpakte etc. per se mehr „Sicherheit“ garantieren. Eher läßt sich da schon das krasse Gegenteil belegen. So gelangt die spanische Friedensbewegung z.B. diesbezüglich zu gänzlich anderen Erkenntnissen, als etwa die westdeutsche Sozialdemokratie: Spanien hat sich, aufgrund der Tatsache, daß das Land nicht Mitglied in einem Militärpakt war, aus beiden Weltkriegen, was sein

Territorium anbetrifft, relativ heraushalten können (mit dieser Aussage soll nicht in Abrede gestellt werden, daß die dem Weltkrieg II vorausgegangene faschistische Machtergreifung in Spanien auch der Vorbereitung desselbigen diene). Warum, so fragen sich 70 % der spanischen Bevölkerung, sollen wir dann angesichts der Gefahr eines atomaren Dritten Weltkrieges ausgerechnet jetzt der NATO beitreten? Zumal der Dritte Weltkrieg wohl nach allgemeiner Erkenntnis auch der Letzte sein dürfte... So kommt es, daß sich der Kölner Ballvirtuose Schuster an der spanischen Gastfreundlichkeit erlaben kann, während das Land hingegen den birnenköpfigen Aufdringling aus Oggersheim, der den Spaniern noch rechtzeitig vor dem Dritten Weltkrieg den NATO-Beitritt schmackhaft zu machen versucht, lieber gehen als kommen sieht (und mit ihm den Kerl mit den riesigen Ohren...) Folgt die Friedensbewegung der „Logik“ der SPD, müßte sie den (wieder) austrittswilligen Spaniern den vollständigen Beitritt zur NATO geradezu nahelegen. Auch im Sinne der Stärkung einer vermeintlichen „NATO-Reform-Front“... Penlich, peinlich... Spinnen die Deutschen? Doch scheint sich der SPD-nahe Teil der Friedensbewegung der Absurdität seiner Argumentation wohl bewußt zu sein; jedenfalls wurde es bislang vermieden, in dieser Angelegenheit mit einer Pro-NATO-Position in Spanien vorstellig zu werden; es handelt sich somit, sozusagen, um ein vorrangig für den „Binnenmarkt“ bestimmtes Argument.

Natürlich wäre es vermessen zu behaupten, wir könnten exakt voraussagen, was geschieht, wenn dieses Land die NATO verlassen sollte. Es darf allerdings als gesichert gelten, daß es innerhalb der NATO kein Entrinnen aus der Konfrontation und vor dem Dritten Weltkrieg geben kann. Somit wird der Status Quo zur Schlechtesten aller denkbaren Alternativen. Und alle anderen Alternativen (z.B. das Modell der „Sicherheitspartnerschaft“) haben ihrerseits, zur ersten und unabdingbaren Voraussetzung den Austritt der BRD aus der NATO. Ein Verharren in der Logik vom „kleineren Übel“ („der Status Quo ist immer noch besser als daß, was uns mit einem bzw. nach Austritt aus der NATO drohen könnte“) wird den Marsch in Richtung Abgrund nicht aufhalten, ja nicht einmal zeitlich verzögern...

Anstatt fragwürdige Konzessionen an ein manipuliertes „Sicherheitsbedürfnis“ zu formulieren und adressieren, sollte die Friedensbewegung lieber den „Mut zum Risiko“ im öffentlichen Bewußtsein fördern. Wenn „mehr Sicherheit“ real zu immer größerer Unsicherheit führt, dann läßt sich Sicherheit – wie wir sie verstehen – nur unter Preisgabe des herkömmlichen und offiziellen „Sicherheitsdenken“ und der damit korrespondierenden „Sicherheitsgarantie“ durchsetzen.

Der Schwerpunkt unserer zukünftigen Tätigkeit wird vor allem in der Aufklärungsarbeit liegen, d.h. in der Anfertigung von Flugschriften und Broschüren. Für den späten Herbst erwägen wir die Durchführung eines NATO-Kongresses, auf dem auch die Alternativen zur NATO erörtert werden sollen.

Initiative „Kein Frieden mit der NATO –
BRD raus aus der NATO“

Zur Gründungsgeschichte der NATO

Vorbemerkung

Kaum ein Thema, über das in der öffentlichen Meinung eine derartige Vielfalt (um nicht zu sagen: Verwirrung) herrscht; kaum eins, das mehr zum Sakrileg (sprich hier: zur Staatsraison gehörig) stilisiert wird wie die NATO. (Darin sind sich auch zumindest alle bürgerlichen, staatstragenden Parteien in diesem unserem Lande einig). Diese „Vielfalt“ ist nicht weiter verwunderlich, ist doch gerade im Thema „NATO“ der Zwiespalt zwischen objektiven Interessen und nach außen getragener Propaganda so stark enthalten wie kaum sonst. Schon ein kritisches Hinterfragen nur des Schulbuchwissens/-bewußtseins würde diese Diskrepanz zutage fördern. Dabei erscheint eine solche „Untersuchung unnötig: Der Massenkonsens, die Zustimmung breiter Teile unserer Bevölkerung erübrigt es.

Die folgenden drei Artikel wollen versuchen, die NATO historisch und kritisch zu untersuchen und sie dabei in den ihr angemessenen Rahmen zu stellen. Wenn die Artikel in Form und Herangehensweise der Autoren auch unterschiedlich sind, verstehen sie sich doch als eine gewisse Einheit: Der erste Artikel beleuchtet die geschichtlichen Hintergründe, aus denen sich dieses (neutral gesprochen) Militärbündnis heraus entwickelte – bis hin zur ersten großen Strategie- und „Glaubwürdigkeits“-krise Anfang der 60er Jahre. Der zweite Artikel beschäftigt sich dann mit der Entwicklung der NATO (-Strategie) in den 60ern bis hin zur „Entspannungs“-politik Anfang der 70er. Der dritte schließlich behandelt „Raketengaps“ und neuere Entwicklungen.

— — — — —

Wenn es in der folgenden Darstellung um die Geschichte der NATO gehen soll, dann meint dies in erster Linie: Die Geschichte der westlich-kapitalistischen Länder, in deren Interesse das Militärbündnis NATO gegründet wurde. Hauptaugenmerk wird dabei auf die – noch heute unbestrittene – Führungsmacht USA gerichtet sein.

Bekanntlich ist „das in letzter Instanz bestimmende Moment in der Geschichte“, d.h. für die Entwicklung von Gesellschaften, „die Produktion und Reproduktion des unmittelbaren Lebens“ (1). Die Beleuchtung ökonomischer Interessen wird damit den Hintergrund für politische Entscheidungen – wie die der Installation der NATO – sein.

Den ersten Teil dieses Artikels, der sich mit der Entstehung der NATO als ein Ergebnis des II. Weltkrieges beschäftigt, wird ein kurzer Abriss der ökonomischen Situation in der bzw. für die USA bilden. Anschließend werden sich Ausführungen zu den Institutionen, die sich bereits während des Krieges in den USA herausbildeten, um eine wirksame Umsetzung der Interessen der führenden Wirtschaftskreise in den USA in US-amerikanische (insb. Außen-)Politik zu gewährleisten. In einem dritten Abschnitt wird es um die konkreten, von westlicher Seite betriebenen politischen Entwicklungen gehen; dabei wird die Entwicklung der Militärstrategien berücksichtigt werden wie auch das Konzept der Westintegration Westeuropas, insbesondere der BRD.

Der Kapitalismus in den USA hatte im Vergleich zu Europa ungleich bessere Bedingungen; so hatte er z.B. nicht mit der Abschaffung einer feudalistisch strukturierten Gesellschaftsform zu kämpfen, und was die Expansionsmöglichkeiten angeht, war ein großer Binnenmarkt zu erschließen. Im Sinne amerikanischen Pioniergeistes breitete er sich ungehemmt aus; im 19. Jahrhundert entwickelte sich so ein konkurrenz-kapitalistisches System im „laissez-faire“-Stil. Die Instabilität dieses Systems, in dem der Tellerwäscher zum Millionär (und umgekehrt) werden konnte, wurde zunächst von einer Monopolisierung der Industrien zu Großindustrien aufgefangen. Die Vorteile waren insbesondere eine rationellere Organisation der Produktion und bessere Steuerungsmöglichkeiten, somit geringere Anfälligkeit bei „Konjunkturschwankungen“. Darüberhinaus waren die Monopolisierungstendenzen nicht zuletzt Ergebnis der Notwendigkeit, über niedrigere Produktionskosten im freien Konkurrenzkampf zu bestehen.

Mit der Monopolisierung tat sich aber bald ein Problem auf. „Sehr schnell jedoch merkten die Großindustriellen und Bankiers, daß sie ihre Kapazitäten nicht profitabel auslasten konnten. Sie gewannen daher bald ein mehr oder minder deutliches Interesse an fremden Märkten, um ihre jeweiligen Produkte absetzen und Rohmaterialien anschaffen zu können...“ Jahrelang wurde in den USA die Debatte über die wirtschaftlichen Grundsätze verstanden als ein Kampf zwischen progressiven und konservativen Kräften...“ (2).

Dabei ging es in erster Linie um die Frage, ob und auf welche Weise eine Erweiterung der Märkte sinnvoll sei. Um die Jahrhundertwende wurde dabei unter Präsident Theodore Roosevelt die Vorstellung entwickelt, die Doktrin des ehemaligen Präsidenten Monroe von 1823 („Amerika den Amerikanern!“) auszuweiten (= die Welt den Amerikanern). Damit war der Ansatz für eine Politik der „offenen Tür“ (open door) geliefert, die es „der amerikanischen Wirtschaft erlaubte, sich ungehindert Entfaltungsmöglichkeiten in Gebieten wie China zu sichern und zu verhindern, daß andere hochentwickelte Länder diese Gebiete zu neuen Kolonien oder Einflußsphären machten“ (3).

Williams datiert den „Sieg der Monopole und die Internationalisierung des Geschäfts“ (4) auf die Jahre 1912 bis 1940. Als Hauptziel des „Neuen Handels“ (new deal) lag dabei in der Beantwortung des ökonomischen Kernarguments in der Marxschen Theorie; das Problem sei, daß „die Produktionskapazität ... bei weitem die Konsumtionskapazität“ (5) übersteige. Somit ging es darum, „größere Märkte für das big business zu erschließen“ (6). Henry A. Wallace, erster Landwirtschaftsminister von Franklin D. Roosevelt (Präsident seit 1932) warnte dabei vor den „Gefahren und Schwierigkeiten...“, die uns bevorstehen, wenn wir uns für eine Zwangskontrolle der Regierung über Produktion und Handel entscheiden...“ (7). Gefordert wurde, besonders im Hinblick auch auf die Autarkiestrebungen des Deutschlands nach 1933, „daß nicht nur wir, sondern gleichermaßen die anderen Länder zur Politik gleichberechtigter Handelsbeziehungen zurückkehren...“ (8).

Aber nicht nur Antarkiebestrebungen drückten die US-Amerikaner: „In Deutschland hatte sich ein faschistisches System etabliert, das auf eine gewaltsame Korrektur der Ergebnisse des I. Weltkrieges hinarbeitete; das militaristische Japan hatte mit der stückweisen Okkupation Chinas begonnen. In Europa wie in Ostasien waren somit den USA zwei gefährliche Konkurrenten erwachsen, die offenkundig nicht gewillt waren, sich an die Spielregeln der Politik der ‚offenen Tür‘ zu halten“ (9).

Nach dem I. Weltkrieg war den USA der Durchbruch zur Weltmacht Nr. 1 gelungen, alle am Krieg beteiligten Staaten waren bei ihnen verschuldet (10); in den Jahren 1929 bis 1946 stagnierte der „Aufschwung“ insofern, als daß z.B. die Auslandsinvestitionen von 7,9 auf 7,2 Mrd. Dollar zurückgingen (11).

Das Problem, das der Krieg für die USA brachte, war ein mehrschichtiges: Einerseits wurde Hitlers Kampf gegen die „kommunistische Gefahr“ im Osten nicht ungerne gesehen; der „Betriebsunfall“ von 1917 war den USA seit ehedem ein Dorn im Auge, erst 1933 rang mensch sich zur Anerkennung der Sowjetunion durch. Ein Sieg Hitlers konnte unter den genannten Umständen aber auch nicht im Interesse der USA liegen — eine Weltmacht Deutschland mit der Achse Japan wäre ein ungleich größerer Konkurrent geworden. In den USA selbst gab es große Bedenken, in den Krieg einzutreten; die Befürchtungen gingen in erster Linie dahin, daß nach dem Krieg eine auf Kriegsproduktion umgestellte Wirtschaft eine Depression ungeahnten Ausmaßes erleiden könnte.

Entsprechend dieser und weiterer „Eckdaten“ für US-amerikanische Überlegungen wurde gehandelt: vor Kriegsausbruch wurde zusammen mit Großbritannien gegenüber Deutschland eine halbherzige Beschwichtigungspolitik betrieben. „Nachdem Deutschland im Sommer 1941 die Sowjetunion angegriffen hatte, war der deutsch-sowjetische Pakt gegenstandslos geworden. Ein kaum noch bekannter Politiker, Anthony Eden, flog nach Moskau, um neue Verhandlungen einzuleiten. Als Washington davon erfuhr, machte man sich im Außenministerium Sorgen, etwaige politische und territoriale Abmachungen könnten sich nachteilig auf die amerikanischen Interessen auswirken. Obwohl viele Politiker glaubten, Deutschland werde die Sowjetunion sehr schnell überrennen, war doch das Interesse an der Expansion in Rußland — mit der Zustimmung Englands — das unausgesprochene Thema der Atlantik-Konferenz, die wenig später stattfand. Aus Furcht, ein britisch-sowjetischer Vertrag würde den Sowjets freie Hand in Ost- und Zentral-Europa lassen, gaben die USA am 5. Dezember 1941 ihre strikte Gegnerschaft gegen einen solchen Vertrag bekannt... Statt auf dieser politischen Ebene ihre Ansprüche anzumelden, boten die USA den Sowjets massive militärische Unterstützung und den Aufbau einer zweiten Front in Europa an“ (12).

Bekanntlich wurde diese „zweite Front“ erst zu einem Zeitpunkt — 1944 — aufgebaut, als die Rote Armee unter schwersten Verlusten die deutsche Wehrmacht praktisch besiegt hatte und auf dem Marsch nach Westen war; beim US-amerikanischen Eingreifen ist mehr von einem „Wettlauf um die Kriegsbeute“ als von einer Unterstützung bei der Niederschlagung des Hitlerfaschismus zu reden.

Nach dem Angriff der Japaner auf Pearl Harbour (7.12.41) gaben die USA ihre „Neutralität“ auf; für die Wirtschaft bedeutete das: Kriegsproduktion. Damit ließen sich zwar einerseits riesige Extraprofite erzielen; gleichzeitig ergab sich jedoch genanntes Problem. „Die entscheidende Frage wurde: wie kann diese Wirtschaft weiterhin expandieren, auch wenn sie ihre kriegsorientierte Produktion auf die Notwendigkeiten von Friedenszeiten umstellt. Der stellvertretende Außenminister Acheson sagte vor dem Kongreß:

„Soweit ich weiß, ist keine der Gruppen — und es gibt viele da —, die sich mit diesem Problem beschäftigt haben, zu dem Ergebnis gekommen, der Binnenmarkt könne unsere gesamte Produktion absorbieren“ (13).

Auf die „vielen Gruppen“ wird noch einzugehen sein. Eine von diesen Planungsgruppen für wirtschaftliche Nachkriegsexpansion, die „National Planning Association“, legte im November 1944 einen Bericht vor, in dem es hieß:

„Die Industrie wird doppelt soviel Kapital akkumuliert haben, als notwendig ist, um selbst unter schlechtesten Bedingungen Vollbeschäftigung sicherzustellen“. Aufgrund der kriegsbedingten industriellen Expansion waren die USA dazu in der Lage, sowohl der eigenen als der ausländischen Nachfrage nachzukommen. Das NPA-Komitee forderte in seinem Bericht: „Das ungenutzte Kapital muß verwendet werden, soll die Vollbeschäftigung erhalten bleiben“ (14).



„Wenn nach dem Krieg die Vollbeschäftigung sichergestellt werden sollte (und eine Alternative dazu war nicht denkbar), dann mußten Arbeitsplätze für 20 Millionen Arbeiter und für 10 Millionen Soldaten gefunden werden. Zudem mußte das schnell gehen, möglichst in ein bis zwei Jahren. Der New-Deal-Politiker Leon Henderson betonte die furchtbare Dringlichkeit dieser Aufgabe: ‚Wir waren niemals, nicht einmal auf der Höhe des Konjunkturzyklus, in der Lage, in einem Jahr für mehr als 4 Millionen Arbeitsplätze zu finden‘.

Ein zweites, eng damit verbundenes Problem bestand darin, wie es möglich sei, die durch den Kriegsboom erzeugte Produktionskapazität auszunutzen“ (15).

„Dem Konzept der Nachkriegsplaner lag die Überzeugung zugrunde, daß der Wohlstand nicht nur durch private Investitionen und Privatkonsum aufrechterhalten werden könne“ (16). Daß dies nur ein scheinbarer Widerspruch zur Aussage von Wallace (s.o.) ist, werden wir sehen, wenn von den Verflechtungen zu reden sein wird, die sich besonders durch die „Planungsgruppen“ im II. Weltkrieg entwickelten.

Zentrale Steuerungsmechanismen für verstärkte Auslandsinvestitionen (= Erschließung neuer Märkte) sollten insbesondere die auf der Konferenz von Bretton Woods/New Hampshire vorgeschlagene Errichtung einer „Internationalen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung“ (Weltbank) und eines „Internationalen Währungsfonds“ ein.

„Die Weltbank sollte, da die Privatkapitalien dazu nicht in der Lage seien, langfristige Darlehen für den Wiederaufbau in Ländern, die stark vom Krieg getroffen waren, gewähren... Aus dem internationalen Geldfonds sollte Geld an solche Nationen verliehen werden, die vor zeitweiligen Handelsschwierigkeiten stehen, um die Weltwährung zu stabilisieren“ (17).

Da es klar war, daß die Hauptträgerschaft dieser Institutionen nur bei den USA liegen konnte, hatten die USA durch die Zustimmung zu den vom „Committee for Economic Development“ (CED) erarbeiteten und in Bretton Woods verabschiedeten Plänen nun ein Instrument in der Hand, mit dem sie die internationale Politik auch auf nichtmilitärischem Weg bestimmen konnten wie nie zuvor. Gleichzeitig boten diese Institutionen die Möglichkeit, internationale Konjunkturschwankungen zu regulieren bzw. ihnen vorzubeugen.

Die wirtschaftspolitischen Richtlinien fanden mittels der genannten Instrumentarien dann nach dem Krieg ihre Anwendung: So schlug das „Twentieth Century Fund Committee“, in dem sich Geschäftsleute, Akademiker und Gewerkschaftsvertreter zusammengetan hatten, ausländische (sprich: europäische) Produktionskapazitäten nicht durch rückzahlbare Darlehen, sondern durch „ein richtiges Geschenk“ (18) anzukurbeln. Mit diesem „richtigen Geschenk“ war der „Marshall-Plan“ gemeint, der sich in der Tendenz nahtlos an die während des Krieges gemachten Überlegungen anschloß:

„Wenn das hochdifferenzierte europäische Produktionssystem wieder aufgebaut werden sollte, dann müßten gleichzeitig die komplizierten Handelsbeziehungen einerseits in Europa selbst, andererseits zwischen Europa und dem Rest der Welt wiederhergestellt werden... Die Experten der „Brookings Institution“ wiesen deutlich darauf hin, daß die erfolgreiche Lösung dieser Probleme davon abhängt, daß es gelingt, politische Stabilität zu erreichen und ein von allen Ländern akzeptiertes internationales System wirtschaftlicher Spielregeln durchzusetzen, das damit die Auslandsinvestitionen fördern und anregen würde“ (19).

Will Clayton, Achesons Unterstaatssekretär für wirtschaftliche Angelegenheiten und einer der stellvertretenden Direktoren der Weltbank, führte im Dezember 1947 in einer Rede zur Unterstützung des Marshall-Plans aus:

„Der Marshall-Plan ist kein Hilfsprogramm, sondern ein Programm zum wirtschaftlichen Wiederaufbau Westeuropas. Daher müssen hauptsächlich unsere Interessen und nicht humanitäre Motive ausschlaggebend sein“ (20).

Daß es sich beim Marshall-Plan gleichzeitig um ein Standbein der Truman'schen „Containment“-Politik (s.u.) handelt, macht eine weitere Äußerung Claytons deutlich, indem er davor warnt, daß „wenn die USA dies Programm nicht durchführen würden, würde der Eiserne Vorhang mindestens bis zum Ärmelkanal vorrücken“ (21).

Der Marshall-Plan war auf ein Volumen zwischen 12 und 17 Mrd. Dollar angelegt. Dabei sollte „eine klare Trennung ... gemacht werden zwischen richtiger Unterstützung (z.B. Nahrungsmittel, Kohle, Dünger), die offen als Geschenk ausgegeben werden sollten, und Wiederaufbauhilfe, die eine Verbindung von Geschenk und lang- und kurzfristigen Darlehen der Export/Import-Bank sein sollten“ (22).

Die Verflechtungen von Wirtschaft, Politik und Militär in den USA

„Die wachsende Militarisierung der amerikanischen Außenpolitik wird meistens erklärt als das Ergebnis eines stetig wachsenden Einflusses des Militärs auf die Regierung. Tatsächlich ist die wachsende Macht des Militärs viel eher das Resultat außermilitärischer Entscheidungsprozesse als Ergebnis eines erfolgreichen Vorstoßes des Militärs. Die höchsten Militärs leisteten gegen diesen Umwandlungsprozeß keinen Widerstand, sondern zogen ihren Nutzen daraus. Eingeleitet aber wurde dieser Prozeß von einer Gruppe Industrieller, Gewerkschaftsführer, Politiker und Intellektu-

eller, die unter Lebensinteressen der Nation wesentlich die überseeische Expansion der Großindustrie verstanden“ (23).

„Als die USA die Rolle Großbritanniens als Weltmacht und -polizisten im internationalen kapitalistischen System übernahmen, war die ökonomisch herrschende Klasse mit ihren stets weiterexpandierenden überseeischen Interessen immer weniger in der Lage, ihren Einfluß auf die Politik durch indirekten Einfluß aufrechtzuerhalten und sah sich immer mehr gezwungen, selbst Regierungsstellen zu besetzen“ (24).

Desweiteren wurde eine zunehmende Kontrolle über den Einfluß auf die Massenmedien zunehmend gesucht, was sich besonders fatal in der Kommunistenhetze der „McCarthy-Ära“ auswirkte. Kontrolle bzw. richtungsweisend wirken die Herrschenden ganz einfach dadurch, „daß die gesellschaftliche Realität kapitalistisch ist und daß daher der ‚politische Realismus‘ jedem Staatsmann oder Politiker vorschreibt, sich in diesem Rahmen zu bewegen“ (25).

So waren „in der Nachkriegszeit... alle für die Außenpolitik strategisch wichtigen Positionen – das Außenministerium, der CIA, das Pentagon, das Schatzministerium und die wichtigen Botschaftsposten – durch Vertreter der wichtigsten amerikanischen Trusts besetzt. Dazu wurden alle Komitees und Ausschüsse für Außenpolitik von Vertretern dieser ‚Elite‘ geleitet, so daß auf allen entscheidenden Ebenen der Außenpolitik sich die Industrie als die Zentrale aller politischen Annahmen und Ziele und ebenso aller Personalpolitik erwies“ (26).

Dies soll an drei Beispielen von „Ausschüssen“ näher betrachtet werden.

1. The Council on Foreign Relations (CFR)

Dabei handelt es sich um eine Institution der „power elite“, die der/m Meinungsbildung bzw. -austausch dient. Es ist quasi ein Umschlagplatz für die Interessen von Wirtschaft und Politik mit entsprechenden personellen Verflechtungen. Neben geselligem Austausch bei Sekt und Kaviar sind „das Wichtigste am Programm des CFR die speziellen Untersuchungs- und Arbeitsgruppen...“, die sich jeweils aus 25 Geschäftsleuten, Regierungsbeamten, Militärs und Wissenschaftlern zusammensetzen und die detaillierte Untersuchungen zu bestimmten außenpolitischen Themen vornehmen... Zweck solcher Untersuchungsgruppen ist es, eine fundierte Stellungnahme zu einem bestimmten Problem zu erstellen. Von 1957 bis 1958 z.B. veröffentlichte der CFR sechs Bücher, die aus der Arbeit von Untersuchungsgruppen entstanden waren. Das vielleicht bekannteste dieser Bücher stammt von Henry Kissinger, damals vielversprechender Harvard-Absolvent, dem die wissenschaftliche Leitung einer CFR-Untersuchungsgruppe übertragen worden war. Sein Buch „Nuclear Weapons and Foreign Policy“ (Nuklearwaffen und Außenpolitik) war ein Bestseller, der in allen hohen Verwaltungsstellen und außenpolitischen Abteilungen im Ausland genauestens gelesen wurde. In Kissingers Untersuchungsgruppe saßen zwei ehemalige Vorsitzende der Atomenergie-Kommission, ein Nobelpreisträger in Physik, zwei ehemalige Beamte des Verteidigungsministeriums, Vertreter der zweithöchsten Garnitur des Außenministeriums, Vertreter des CIA und von Armee, Marine und Luftwaffe...

In diesen Diskussions- und Untersuchungsgruppen, die der Geheimhaltung unterliegen und in denen die Mitglieder daher frei reden können, kann die Elite am besten studieren und üben, wie politisch die Interessen der USA am besten zu verfolgen sind. Hier wird über politische Alternativen diskutiert, werden Differenzen ausgetragen – fern von der Öffentlichkeit der Regierungspolitik und der Massenmedien“ (27).

1942 wurden „vier der mit Unterstützung der Rockefeller Foundation gegründeten Planungsgruppen des CFR mit dem größten Teil des alten Personals ins Außenministerium übernommen... als Kern der Planungsgruppe für Nachkriegs-probleme“ (28).

Und so schrieb die „New York Times“ am 15. Mai 1966 über die Bedeutung des CFR: „Die Diskussionen, wissenschaftlichen Arbeiten und Untersuchungen des CFR bildeten die Grundlage für den Marshall-Plan zur wirtschaftlichen Wiederherstellung Europas, legten die Richtlinien der NATO-Politik fest und werden die Grundlage der neuen Politik der USA gegenüber China sein“ (29).

2. The Committee for Economic Development (CED)

In dieser Institution arbeiten in erster Linie Fachleute, die für die „power elite“ über finanzielle Anreize Auftragsforschung betreiben. Damit leisten sie die Zulieferarbeit für politische Entscheidungsfindungen. Das Geld wird dabei vornehmlich von den „Foundations“ zur Verfügung gestellt.

„So sind Rockefeller-, Carnegie- und Ford-Gelder in der einen oder anderen Weise verantwortlich für fast alle amerikanischen Forschungsprojekte über alle Länder, die nicht der westlichen Hemisphäre angehören“ (30).

Die Forschungsergebnisse „sind in ihrem Tenor im Interesse ihrer Auftraggeber“. So „finanzieren Ford und Carnegie ein Forschungszentrum über Rußland an der Harvard-Universität, finanziert Rockefeller ein ebensolches Institut an der Columbia-Universität“ (31). Gleiches gilt für die militärische Auftragsforschung.

Speziell das CED „wurde zu Anfang der 40er Jahre gegründet mit der Aufgabe, die nach dem Krieg notwendige Rückkehr zur Zivilwirtschaft vorzubereiten. Die ersten Vorsitzenden des CED waren der Bankier und spätere Finanzminister Jesse Jones und die Millionäre Paul Hoffman und William Benton. Diese drei organisierten Wochenendseminare, auf denen sich Unternehmer und Bankiers mit hervorragenden Wissenschaftlern trafen und auf denen sehr viel intensiver als auf CFR-Seminaren gearbeitet wurde. Auf diesen Seminaren wurden die Richtlinien der amerikanischen Wirtschaftspolitik der Nachkriegszeit ausgearbeitet einschließlich... der langfristigen Finanz- und Geldpolitik und bestimmter Teile des Marshall-Plans“ (32).

So rückten auch einige Mitglieder des CED und angeworbene Ökonomen zur Ausführung des Marshall-Plans in die Regierung auf.

3. The National Security Council (NSC)

Um die Einflüsse des „big business“ auf die Regierungspolitik zu besprechen, reicht es nicht aus, nur die nicht-staatlichen Institutionen zu besprechen. Die Verbindungen zum Kapital werden auch umgekehrt geknüpft, über die „Bedeutung der Institutionen und Agenturen innerhalb der Regierung, die mit außenpolitischen Problemen beschäftigt sind...“ (33). Bezeichnend ist Domhoffs Aussage: „Genau wie bei den nichtstaatlichen Institutionen gibt es auch hier viel zu viele Organisationen, als daß sie hier alle en detail analysiert werden könnten“ (34).

„In der Folge einer Debatte zwischen dem Militär und seinen verschiedenen Protagonisten im Kongreß wurde das NSC von Kapitalvertretern initiiert auf der Grundlage der Erfahrungen, die bei dem Versuch gemacht wurden, während des 2. Weltkrieges die Arbeit der Ministerien und der militärischen Organisationen zu koordinieren. Das NSC ist im strikten Sinne eine Beratungsgruppe, deren Vorsitzender der Präsident ist und in der als gesetzliche Vertreter der Vizepräsident, der Außenminister, der Verteidigungsminister und der Direktor des „Büros für zivile und militä-

rische Mobilisierung“ (Office of Civil and Defense Mobilisation) sitzen. Allerdings kann der Präsident weitere Personen in Schlüsselfunktionen zu den Beratungen zuziehen. Ordentliche Mitglieder sind ebenfalls der Chef des CIA und der Oberbefehlshaber des Militärs“ (35).

Entsprechend ansehnlich ist dann auch die Liste der Namen, die in Verbindung mit dem NSC auftauchen: Robert McNamara, John Foster Dulles, Dean Acheson, General George C. Marshall, Averell Harriman, Richard Nixon, Allan Dulles, Lewis Strauss, McGeorge Bundy, Lyndon Johnson und die Kennedys, um nur die bekanntesten zu nennen.

Von den verschiedenen Präsidenten wurden Kommissionen eingesetzt, die die Aufgabe hatten, Kapitalinteressen mit militärisch-strategischen in Einklang zu bringen. So wurde Ende der 50er Jahre von Präsident Eisenhower das „Gaither“-Komitee eingesetzt. Am 7. November 1957 wurde auf einem Sondertreffen des NSC der Schlußbericht dieses Komitees diskutiert. Eines der wesentlichen Ergebnisse war, was an anderer Stelle noch auszuführen sein wird: Die Überbetonung der Nuklearwaffen und die „Vernachlässigung“ der konventionellen Waffengattungen. Die Erlangung der Kriegsführungsfähigkeit, schon in den 50er Jahren ein Problem der westlichen Welt, sollte durch das Ablösen der Strategie der „massive retaliation“ durch die der „flexible response“ erreicht werden. Expansionistisches Interesse in doppelter Bedeutung: Die am fraglichen Tag anwesenden Bankiers taten kund, „die Geschäftswelt werde, falls der Präsident dies wünsche, in verstärktem Maße das Verteidigungswesen unterstützen“ (36).

Im Gegensatz dazu steht der Einfluß des Militärs. In einer Studie des „Institute of war and peace“ bemerkt der Verfasser Samuel P. Huntington: „Am überraschendsten ist die relativ unbedeutende Rolle, die das Militär bei wichtigen militärischen Kursänderungen spielte. In keinem Fall gelang es ihm, wichtige Kursänderungen zu verhindern, und in keinem Fall hatten sie Einfluß bei Modifikationen alter Konzepte... am meisten ist man verwundert über die Neigung der Militärs, sich mit der gerade herrschenden Politik als dem Status quo abzufinden... General Landon war sehr viel eher bereit, die Politik des Außenministeriums zu akzeptieren als die Mitglieder der NSC-68-Untersuchungskommissionen“ (37).

Ähnliches ließe sich vom Kongreß berichten.

Kriegsinteressen der Westalliierten

Angesichts eines faschistischen Deutschlands nach 1933 hatte die Sowjetunion die Westmächte gedrängt, ein System der kollektiven Sicherheit zu schaffen. Daran hatten jedoch weder die USA noch Großbritannien noch Frankreich ein Interesse. „Die US-Regierung unterstützte vielmehr bis zum Ausbruch des 2. Weltkrieges die britisch-französische Politik der Beschwichtigung der faschistischen Aggressionen – eine Strategie, die darauf abzielte, den Expansionsdrang des deutschen und japanischen Imperialismus gegen die Sowjetunion zu lenken“ (38). Es wäre auch wohl kaum zum Kriegseintritt der Westmächte gekommen, „hätte sich der kriegerische Expansionsdrang des deutschen Kapitals nicht gleichzeitig nach Westen gewandt“ (39).

„In einem bemerkenswerten Positionspapier des US-Außenministeriums von 1941, das sich mit der Möglichkeit eines deutsch-sowjetischen Krieges befaßte, wurde noch folgende Empfehlung ausgesprochen: Wir sollten beharrlich an der Linie festhalten, daß die Tatsache, daß die Sowjetunion gegen Deutschland kämpft, nicht bedeutet, daß sie eine Verteidigerin, Vorkämpferin oder Anhängerin derjenigen Prinzipien der internationalen Beziehungen ist, die

wir unterstützen... Wir sollten der Sowjetunion kein Versprechen machen im Hinblick auf die Unterstützung, die wir im Falle eines deutsch-sowjetischen Konflikts geben würden, und wir sollten keine Verpflichtung in bezug auf unsere zukünftige Politik gegenüber der Sowjetunion... übernehmen“ (40).

Diesen Worten folgten entsprechende Taten. Auf dem Zenit der militärischen Expansion Hitlerdeutschlands war von westlicher „2.Front“ nichts zu sehen; erst anderthalb Jahre nach Stalingrad (31.Jan./2.Febr.1943: entscheidende Niederlagen für die deutsche Wehrmacht), am 6.Juni 1944, landeten englische und nordamerikanische Truppen in der Normandie. Ein halbes Jahr später hatte die Rote Armee die Truppen eines Landes, deren Führer bis zum „Endsieg“ kämpfen lassen wollten, bis zur Oder zurückgeworfen. Vom 4. bis 11. Februar 1945 trafen sich die „Großen Drei“ Churchill, Stalin und Roosevelt in Jalta; dort wurde die Aufteilung Deutschlands in Besatzungstruppen festgelegt, sobald der Krieg vorbei sein sollte. Die Rote Armee, die in der Folgezeit weite Teile der heutigen DDR und die „letzte Festung“ Berlin eroberte, und die US-amerikanischen Truppen trafen am 25. April bei Torgau zusammen. Die Elbe wurde die Grenze zwischen den Besatzungszonen; „Eisenhower lehnte es ab, weiter vorzustoßen und bleibt aus militärischen und politischen Erwägungen... an der Elbe stehen“ (41).



Amerikaner und Sowjets in Torgau, 1945

Die Truman-Ära

Am 12. April 1945 starb F.D. Roosevelt. Sein Nachfolger, Harry S. Truman, zeichnete sich durch eine andere „Gaugart“ aus. Schon 1941 war in der „New York Times“ ein bezeichnendes Zitat von ihm zu lesen: „Wenn wir sehen, daß Deutschland den Krieg gewinnt, sollten wir Rußland helfen, und wenn Rußland gewinnt, sollten wir Deutschland helfen und die Deutschen auf diese Weise so viele wie möglich umbringen lassen“ (42).

Bis zum Beginn der Potsdamer Konferenz (18. Juli 1945) nahm Truman in der Besetzung der Regierungsstellen etliche Veränderungen vor; neue Stellen wurden geschaffen. „Von den wichtigsten... 125 Regierungsämtern waren 49 durch Bankiers, Finanzmänner und Großindustrielle, 31

durch Militärs und 17 durch Juristen besetzt, die meistens über Beziehungen zur Finanzwelt verfügten“ (43). Dazu gehörte auch z.B. die Ablösung des Schatzministers Henry Morgenthau jr. Morgenthau's Pläne über die Zukunft Europas liefen denen des CFP und somit denen Trumans zuwider. Er – wie auch viele andere, die sich jedoch nicht durchsetzen konnten – befürworteten eine Politik des Arrangements mit der Sowjetunion, wobei letztlich auch (wirtschafts-)expansionistische Gedanken den Hintergrund lieferten; ihre Überlegungen liefen jedoch nicht auf eine Konfrontationspolitik hinaus, wie sie in der Folgezeit unter Truman verfolgt wurde. Diese Politik war es, von der Kennan 1957 sagte, daß sie eine Teilung Europas hätte vermeiden können.

Truman dagegen verfolgte eine Politik im vollen Bewußtsein, Präsident des Kriegsgewinners und der Weltmacht USA zu sein und im Interesse einer kapitalistischen Wirtschaft, deren Vertreter die Regierungsstellen durchsetzten. Dabei ignorierte er völlig die Interessen anderer Staaten, insbesondere solcher, die aufgrund eines anderen Wirtschafts- und Gesellschaftssystems der USA ein Dorn im Auge sein mußten. Das führte zu permanenten Konfrontationen mit den Interessen der Sowjetunion, wie sich schon bald in der Frage der Behandlung Polens und Deutschlands (um nur zwei Beispiele zu nennen) zeigte.

In der Polenfrage hatte die Sowjetunion ein verstärktes Interesse an einem a) starken und b) rußlandfreundlichen Polen. In der Geschichte war Rußland mehrmals über Polen überfallen worden; die polnische Vorkriegsregierung, die sich jetzt im Londoner Exil befand, hatte den Sowjets eine Truppenstationierung als Abwehrmaßnahme gegen einen erwarteten Angriff Nazideutschlands verweigert. Die USA bestanden bei der Aufnahme einer Vertretung Polens in die UNO auf die Anerkennung der Londoner Exilregierung, was die Russen ablehnten. Truman „beendete“ den Konflikt, indem er meinte, entweder die Russen machten gemeinsame Sache mit ihnen, oder sie könnten sich „zum Teufel scheren“ (44).

Überhaupt entwickelte sich die UNO zur öffentlichen Bühne, in der sich die USA als die „Guten“ darstellen und die UdSSR als die „Bösen“ präsentieren konnten. Dabei setzten die USA in drei von hundert Fällen ihre Anträge durch, wies auch der Fall Argentinien zeigte. Gerade dieses südamerikanische Land war nach dem Krieg Zufluchtsort vieler deutscher Faschisten aus hohen Ämtern geworden. Die USA drängten auf eine Aufnahme Argentinien. Trotz Proteste der Sowjets war es „völlig klar, daß die USA mit den lateinamerikanischen Regierungen im Schlepptau stets eine antisowjetische Mehrheit zusammenbringen konnten“ (45).

Der Kurs der Westintegration

Schon im Herbst 1945 bahnten zwei Ereignisse die neuen Entwicklungen an. Auf der Potsdamer Konferenz kam es zu Auseinandersetzungen insbesondere der wirtschaftlichen Behandlung Deutschlands. Die von Rußland, dem Land mit den mit Abstand höchsten Kriegsschäden (45a), geforderten Reparationsleistungen liefen den westlichen Interessen zuwider, möglichst bald ein produktives und kaufkräftiges Deutschland zu beleben. Da die russische Besatzungszone kaum industrialisierte Gebiete hatte, wurden Reparationsleistungen aus den Westzonen gefordert. Ein weiteres Interesse der Sowjets lag in der – im Potsdamer Abkommen festgeschriebenen – Behandlung Deutschlands als einer wirtschaftlichen Einheit. Sehr schnell schon mußten die Sowjets allerdings feststellen, daß ihre Wünsche nicht nur nicht im Interesse der transatlantischen Großmacht lagen, sondern schlichtweg mißachtet wurden.



In die Linie dieser Politik fügt sich der Abwurf der Atombomben über Hiroshima und Nagasaki. Weniger erwähnenswert erscheint die Tatsache, daß die USA bei den beiden Bomben zwei verschiedene Spaltmaterialien verwendeten, um die „Wirksamkeit“ vergleichen zu können; entscheidend ist die politische Situation, in die die Abwürfe fallen.

„Im Herbst 1945 standen die USA auf dem Gipfel ihrer Macht. Deutschland und Japan waren geschlagen. England hatte seine Weltmachtposition eingebüßt. Ebenbürtige Rivalen existierten für die großen US-Konzerne nicht mehr ... Die Sowjetunion ... hätte im Krieg über 20 Millionen Menschen verloren und materielle Schäden in Höhe von 679 Milliarden Rubel erlitten, ihr Nationaleinkommen lag 1945 um fast ein Fünftel unter dem Stand von 1940. Demgegenüber waren die USA mit 405.000 Kriegstoten davongekommen, ihr Sozialprodukt hatte sich während des Krieges mehr als verdoppelt, ihr Anteil an der Weltindustrieproduktion betrug bei Kriegsende 60 %.

Auch militärisch befanden sich die USA in einer sehr starken Position. Sie verfügten über ein modern ausgerüstetes Millionen-Heer sowie über die mächtigsten See- und Luftstreitkräfte der Welt: Während des Krieges waren in den USA über 35.000 viermotorige Bomber gebaut worden, und im August 1945 besaß die US-Luftwaffe 2.865 überschwere und 11.065 schwere Bomber. Die Gesamtzahl der Heeres- und Marineflugzeuge erreichte gegen Ende des Krieges die astronomische Zahl von weit mehr als 150.000. Schließlich fuhren bei Kriegsende 30 Flugzeugträger und 84 Geleiträger unter dem Sternenbanner. Vor allem aber waren die Vereinigten Staaten seit dem Sommer 1945 als einziger Staat der Welt im Besitz der Atombombe“ (46).

Noch am 8. Mai 1945, am Tag der Kapitulation Deutschlands, hatten die USA die Zusicherung der UdSSR erhalten, binnen drei Monaten in den Krieg gegen Japan einzugreifen. Bereits im Juli hatten die Japaner zu erkennen gegeben, daß sie zu einer Beendigung des Krieges bereit seien. Aufgrund dieser sich abzeichnenden Situation und der Entwicklung der US-Politik – gerade auch was die Verhandlungen um Deutschland anging – verstärkte sich bei den US-Amerikanern das Interesse, die UdSSR aus dem Krieg gegen Japan herauszuhalten, um eventuellen Ansprüchen der UdSSR vorzubeugen. Deshalb mußte der Krieg so schnell wie möglich und auf eine Art beendet werden, die es den USA ermöglichte, nach Kriegsende alleine zu entscheiden. Dieser Plan ging auf – wenige Tage nach den Abwürfen und nachdem die UdSSR vertragsgemäß in die Mandschurei einmarschiert war, kapitulierte Japan vor den USA.

In Westdeutschland hatte derweil der neue Militärgouverneur Lucius Clay Eisenhower abgelöst. Nachdem von den Westalliierten einseitig festgelegt worden war, daß Reparationszahlungen nun aus den eigenen Besatzungszonen zu leisten seien, stellte Clay im Mai 1946 die Reparationszahlungen an die Sowjetunion ein. Proteste der Sowjetunion und Gespräche über eine Einigung in Paris führten zu keinen Ergebnissen. Dabei war es insbesondere auch darum gegangen, wie konkret ein wirtschaftlich einheitliches Deutschland aussehen konnte. Daraufhin „machte die amerikanische Militärregierung am 20. Juli 1946 jeder interessierten Besatzungsmacht das Angebot, auch getrennt zu diskutieren, um gegebenenfalls gemeinsam beschlossene Abmachungen in die Tat umzusetzen“. In einer Rede in Stuttgart am 6.9.1946 begründete der amerikanische Außenminister Byrnes diese Wende der amerikanischen Deutschlandpolitik, die die Separatentwicklung der Westzonen einleitete, mit der Notwendigkeit, „den Stand der industriellen Erzeugung zu erreichen, auf den sich die Besatzungsmächte als auf das absolute Mindestmaß einer deutschen Friedenswirtschaft geeinigt hatten“. Da die Bestimmungen des Potsdamer Abkommens nicht eingehalten worden seien (!), werde man nun den Weg der wirtschaftlichen Vereinigung mitsallen Zonen beschreiten, die dazu bereit seien. Bereits war dazu vor allem Großbritannien“ (47).

Ein Gegenangebot der Sowjetunion, nach einer Volksabstimmung einer Regierung die Entscheidung über das WIE einer wirtschaftlichen Vereinigung zu überlassen, wurde von den Westalliierten mit Bedenken über die Entscheidungsfähigkeit des deutschen Volkes bzw. Bedenken dagegen, daß eine von ihm gewählte Regierung diese Befugnisse erhalten sollte, zurückgewiesen.

Die Separatentwicklung der Westzonen war damit – wie gesagt – eingeleitet; Ende des Jahres 1946 wandte sich Großbritannien aus seiner finanziellen Notlage heraus an die USA, „um eine Neuverteilung der Kosten aus der Bizone zu vereinbaren“ (48). Clay verband mit dieser Bitte die Möglichkeit, den politischen Einfluß der USA auszudehnen.

„Das schließlich am 17.12.1947 in Washington unterzeichnete Abkommen sah die Übernahme fast der gesamten finanziellen Lasten Großbritanniens aus der Bizone durch die Vereinigten Staaten vor ... Praktisch bedeutete dieses Abkommen das alleinige wirtschaftliche Bestimmungsrecht der Amerikaner für die Angelegenheiten der Bizone“. Nun „hätten nur noch die Deutschen selbst, wenn sie mit Mehrheit gegen die für sie für gut geheißenen Politik Widerstand geleistet hätten, das Konzept Clays und seiner Mitarbeiter verderben können. Daß es dazu kommen würde, war aber angesichts der Verheißung auf eine baldige Verbesserung der Wirtschaftslage durch den Marshall-Plan und angesichts der totalen militärischen Kontrolle, die die Besatzungsmächte ausübten, kaum zu erwarten“ (49).

Die Politik der „Eindämmung“ („Containment“)

George F. Kennan (50) umriß im Februar 1946 in seinem vielzitierten „8.000 Worte-Telegramm“ die zukünftige Politik der USA (51). Darin werden die Befürchtungen der UdSSR, von der kapitalistischen Welt eingekreist und erstickt zu werden, als Wahnvorstellungen abgetan (vgl. dazu die Bemerkungen zur militärischen Einkreisung). Nachdem das Gesellschaftssystem auf sozialdarwinistische Weise abgekanzelt worden ist („Der Weltkommunismus ist wie ein bössartiger Parasit, der sich nur von erkranktem Gewebe ernährt“), wird die Aufgabe der Eindämmung dieses „Parasiten“ als „politische Generalstabsarbeit“ bedeu-



Viele ältere Menschen werden sich an solche Szenen noch erinnern; aus der Sicht von heute sticht die – beabsichtigte – suggestive Wirkung der „ideologischen Westintegration“ ins Auge

tet. „Sie sollte mit derselben Gründlichkeit und Sorgfalt und nötigenfalls mit demselben Aufwand an Planung behandelt werden wie im Kriege ein großes strategisches Problem“ (52). Diese Worte müssen Truman in den Ohren geklungen haben. Am 10. März 1947, gleich zu Beginn der Moskauer Außenministerkonferenz (bis 24.4.), gab es Proteste der UdSSR wegen des Bizonenabkommens; nur zwei Tage später verkündete Truman auf der Konferenz seine Doktrin, die Politik des „Containments“. Aktuell bezog sie sich auf „Griechenland und die Türkei, die von kommunistischer Gefahr bedroht seien. Truman verkündete den Willen der USA zur Eindämmung des sowjetischen Einflusses in Südosteuropa und wo immer das in Zukunft nötig sei“ (53). Für die wirtschaftliche Seite dieser Politik nahm der neue Außenminister, George C. Marshall, diesen Faden auf und entwickelte ein „europäisches Hilfsprogramm“, den bereits genannten „Marshall-Plan“. In einer Rede in Harvard pointierte er dann auch die politische Stoßrichtung dieser „Hilfe“: „Eine Regierung, die durch Machenschaften versucht, die Gesundheit der anderen Länder zu hemmen, kann von uns keine Hilfe erwarten“. Damit war die Stoßlinie gegen die Sowjetunion deutlich angezeigt, und es war klar, daß die Marshallplanhilfe nicht bedingungslos gegeben würde“ (54). Entsprechend gab Marshall im März 1948 „der italienischen und anderen am Europahilfe-Programm ... teilnehmenden Ländern unumwunden bekannt, daß die Vergabe von ERP-Mitteln sofort eingestellt werde, wenn ein Land durch seine Wahlen (!) dem Kommunismus zur Macht verhelfe“ (55).

Dieser massive Druck für die teilweise existenziell auf die Wirtschaftshilfe angewiesenen Länder schlug sich – verstärkt durch massive Präsenz von Militär – in Italien bei den Wahlen 1948 zu deutlichen Manipulationen nieder. Für die Westzone erhielt Clay alsbald die Anweisung, „dem deutschen Volk die Möglichkeit zu geben, die Grundsätze und Vorteile einer freien Wirtschaft kennenzulernen“ (56), eine Maßnahme, von der das bundesdeutsche Bewußtsein heute noch zehrt.

„Nachdem die Londoner Außenministerkonferenz im Dezember 1947, wie zu erwarten war, in allen wichtigen

Fragen, bereits unter dem Eindruck des anlaufenden Marshallplans, gescheitert war und zum Abbruch der Verhandlungen zwischen den Westmächten und der Sowjetunion für die nächsten anderthalb Jahre geführt hatte, gingen die Amerikaner energisch an den weiteren Ausbau der Bizone. Der Wirtschaftsrat wurde in Richtung auf ein funktionierendes Regierungsorgan mit parlamentarischer Kontrolle umgebaut. Die französische Zone wurde, wenn auch nicht eingegliedert, so doch durch wirtschaftliche Abmachungen näher an die Bizone herangeführt. Nachdem Bevin bereits im Januar 1948 zur Gründung eines Westbündnisses aufgerufen hatte, kam es im März 1948 zur Unterzeichnung des Brüsseler Paktes, der auch Beistandsklauseln für Angriffe von außen enthielt. ... Die wirtschaftliche Eingliederung der Westzonen in das Westeuropäische Wirtschaftssystem wurde am 16.4.1948 manifestiert, als die drei westlichen Militärgouverneure das Abkommen über die Gründung der OEEC, der Organisation für europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit, unterzeichnet hatten, demzufolge Deutschland nun Mitglied dieser Wirtschaftsorganisation wurde“ (57).

Militärische Untermauerung der Westintegration

„Nach einem Artikel in der Zeitschrift ‚Newsweek‘ (1948) waren die amerikanischen Strategen darauf bedacht, den Ring der Luftstützpunkte um Rußland zu schließen und ihn dabei immer kleiner und enger zu machen, bis die Russen ersticken. Dies bedeutet, daß diese Stützpunkte immer näher an das Herz der russischen Gebiete heranzuschieben sind und sie sodann ... zur pausenlosen Bombardierung und zur Beschießung mit Lenkgeschossen zu benutzen“ (58).

Die Grundannahmen der Militärpolitik gegen den Osten umschrieb George F. Kennan unter dem Pseudonym „Mr. X“ in den „Foreign Affairs“ 1947:

„In Wirklichkeit sind die Möglichkeiten amerikanischer Politik keineswegs darauf beschränkt, die Front zu halten und das Beste zu hoffen (= Eindämmung). Es ist den Vereinigten Staaten durchaus möglich, durch ihre Aktionen die innere Entwicklung in Rußland selbst als auch innerhalb

der gesamten internationalen kommunistischen Bewegung zu beeinflussen ... Die Vereinigten Staaten haben es in der Hand, die Belastungen, unter denen die sowjetische Politik operieren muß, enorm zu verschärfen ... und auf diese Weise Entwicklungen zu fördern, die mit der Zeit ihren Ausdruck entweder im Zusammenbruch oder in der allmählichen Aufweichung der sowjetischen Macht finden müssen“ (59).

Er skizzierte damit die Politik eines umfassenden „rollback“, das gegenüber der Sowjetunion die erste Stufe in der Entwicklung amerikanischer Militärstrategien angesehen werden kann. Sie beschränkte sich im wesentlichen auf das amerikanische Atomwaffenpotential, indem gedroht wurde, nach dem Beispiel Hiroshima/Nagasaki russische Städte zu zerstören.

Zur Durchsetzung dieser Konfrontationspolitik bedurfte es „einer (wenn man von der faschistischen Propaganda in Deutschland und Italien absieht) in Friedenszeiten beispiellosen ideologischen Mobilmachung“ (60). Entsprechend der genannten „eigentlichen“ Bedrohung mußte sich die Propaganda in erster Linie auf die Bedrohung des Westens durch ein sozialistisch/kommunistisches Gesellschaftssystem richten. Es zeigte sich, daß die Propaganda von der „freien westlichen Welt“ gegenüber dem „versklavten Ostblock“ gerade in der BRD massiv übernommen wurde und mit der Diskussion um das „geteilte Deutschland“ nationalistisch aufgepöppelt wurde; auch die Wirkung dieser Manipulationen sind heute noch spürbar, ja durch die Diskussion um das Motto des Schlesiertreffens im Zusammenhang mit den FOFA-Plänen (Rogers-Plan) gefährlich aktualisiert worden. Durch diese Ideologisierung gelang es, dem Antikommunismus „einen negativen ‚Norm- und Appelcharacter‘“ zu geben, „der die Verpflichtung auf das eigene bürgerliche Weltssystem nicht zu einer Sache politisch-rationaler Überlegung, sondern zu einem moralischen Zwang werden läßt“ (61).

Zwischenbilanz

Im Januar veranlaßte Truman eine Untersuchung der eingeschlagenen Politik als Grundlage weiterer außenpolitischer Entscheidungsprozesse. Der „Nationale Sicherheitsrat“ (NSC) legte daraufhin seine Studie „NSC-68“ vor. In dem Papier, das maßgeblich von John Foster Dulles (62) mitgeschrieben wurde, wurde richtungsweisend für die Strategiediskussion in den USA in den 50er Jahren. Festgelegt wurden zum einen die „Konzeption und Option des Kalten Krieges als Kern der amerikanischen Nachkriegspolitik“ und die – damit verbundene – „stufenweise und systematische Eskalation der Systemkonfrontation der 50er Jahre mit dem Höhepunkt in der ‚Politik am Rande des Abgrunds‘“ (63). Dulles formulierte es in einem LIFE-Interview am 16. Januar 1956 folgendermaßen:

„Die Fähigkeit, ‚bis an den Rand‘ zu gehen, ohne daß es zum Krieg kommt, ist die notwendige Kunst. Wer sie nicht meistert, gerät zwangsläufig in den Krieg. Wer versucht davonzulaufen, wer Angst vor dem Abgrund hat, ist verloren. Wir mußten in den Abgrund schauen – als es um die Ausweitung des Krieges in Korea ging, als es um unser Eingreifen in Indochina ging, als es um Formosa ging“ (64).

Das NSC-Papier betont: „Ohne eine überlegene Anhäufung militärischer Macht ... ist eine Politik der Eindämmung, die in Wirklichkeit eine Politik kalkulierten und allmählichen Zwangs ist, nicht mehr als eine Politik des Bluffs“ (65).

Als Voraussetzung für eine solche „Politik der Stärke“ nennt „NSC-68“:

– „Generalmobilmachung aller geistigen und materiellen Ressourcen des Westens“, d.h.

– „Politische und ökonomische Vereinheitlichung der westlichen Welt“

– Nachhaltige Erhöhung der Rüstungsausgaben mit dem Ziel qualitativer und quantitativer Überlegenheit aller Heeresteile und Waffengattungen“

– „Ideologische Verpflichtung der Bevölkerung aller westlichen Staaten auf die USA“

– „Programme, um offene psychologische Kriegsführung (in den östlichen Satellitenstaaten) anzuzetteln, darauf angelegt, die massenhafte Lossagung von der Treuepflicht zur Sowjetunion zu ermutigen“ (66).

„Unter diesen Voraussetzungen mußten politische Kontakte und die diplomatischen Verhandlungen mit der UdSSR als taktisches Mittel zur einseitigen Schwächung der sowjetischen Position verstanden werden ... Die Verhandlungsangebote wurden in der diplomatischen Praxis mit für die UdSSR unannehmbaren, weil auf die Kalten-Kriegs-Ziele des Westens ausgerichteten Bedingungen verknüpft, auf diese Art ein Scheitern der Verhandlungen provoziert, das Scheitern wiederum der vorab aggressiv-hegemonialer Zielsetzungen bezichtigten UdSSR unterstellt und damit gleichzeitig die öffentliche Meinung für die westliche Politik der Stärke zusätzlich mobilisiert“ (67).

Ähnliches war vor noch nicht allzu langer Zeit bei den Verhandlungen um die Stationierung der Mittelstreckenraketen abgelaufen, und auch das Verhalten Reagans und die aktuellen Aussagen seines Beraters McFarlane, vor einem Treffen mit Gorbatschow sich erstmal „kennenzulernen“, weist auf die Erhaltung solcher Spielräume hin; bekanntlich laufen die Verhandlungen in Genf ja auch recht „zäh“.

„Allgemeines wie kurz- und mittelfristig anzustrebendes Ziel des Kalten Krieges müsse (nach Meinung der Verfasser von NSC-68) nach wie vor sein, die Systemkonfrontation bis zur inneren Zerstörung aller sozialistischen Länder bis zur Eliminierung sozialistischen Gedankenguts zu eskalieren“ (68).

Dabei darf auch schon für die Zeit der frühen 50er Jahre nicht vergessen werden, daß für die USA im Sinne ihres Interesses an „offenen Märkten“ der Kalte Krieg nicht zuletzt ein Mittel war, sich Handlungsspielräume in der „3. Welt“ zu erobern bzw. zu erhalten. Das grundsätzliche Interesse in diese Richtung gibt es nicht erst, seitdem es in „Air-Land-Battle 2000“ offen formuliert wird. Schon 1950 eskalierten die USA den Konflikt in Korea (s.u.), dem „Sprungbrett“ für den (süd-)ostasiatischen Raum, auf ihre eigene, für die folgende Außenpolitik typische Weise.

„Durch Aufrüstung, vielfache militärische Überlegenheit und weltweite Dislozierung amerikanischer Streitkräfte und Militäranlagen gedeckt, gingen die USA daran, in der Dritten Welt aktiv gegen jegliche Äußerung nationaler und/oder sozialrevolutionärer Befreiungsbewegungen entweder direkt militärisch zu intervenieren oder aber Diktaturen zur Wahrung eines amerikanischen wie weltweit kapitalistischen Interessen entsprechenden Status quo einzusetzen. 1950 überschritt McArthur den 38. Breitengrad und drang in Nordkorea ein, im August 1953 inszenierten die USA mittels des CIA den Staatsstreich im Iran, 1954 setzten sie – den bedrängten Franzosen zu Hilfe kommend – Diem in Südvietnam ein und intervenierten im gleichen Jahr in Guatemala. Senator Goldwater erklärte dazu: „...Es besteht überhaupt keine Notwendigkeit, uns für unser Handeln zu entschuldigen ... Wir handelten in unserem nationalen Interesse und, indem wir dies taten, bewahrten wir das Volk Guatemalas vor dem schlimmeren Übel“. 1958 schritten die USA im Libanon ein, intervenierten 1959 in Panama und bereiteten seit der kubanischen Revolution 1959 ... den Sturz der dortigen Revolutionsregierung vor. Aus Anlaß der Suezkrise 1956 bekräftigte Eisenhower noch einmal die Truman-Doktrin und erklärte, daß die

USA global Militär- und Wirtschaftshilfe leisten würden, „um die territoriale Unversehrtheit und politische Unabhängigkeit derjenigen Nationen zu sichern und zu schützen, die solche Hilfe gegen die offene Aggression all jener Staaten, dies vom internationalen Kommunismus kontrolliert werden, erbitten“ (69).

Die militärische Strategie, die sich an die Aussagen des NSC-68-Papiers anschloß, wurde „massive Vergeltung“ genannt und war technisch wie planerisch eine Weiterverfolgung des „roll back“. Das Ziel der Republikaner unter dem 1953 zum Präsidenten gewählten Eisenhower, die Kürzung der Regierungsausgaben, „kollidierte offenbar mit der Verpflichtung und dem Bekenntnis zu einer globalen Eindämmungspolitik, die nur mit einem riesigen Rüstungsbudget durchgeführt werden konnte“ (70). Die genannte Politik der Eindämmung und ihre militärische Strategie war also u.a. auch eine Folge der Kosten, die eine vollständige „Unterfütterung“ der politischen Ziele – insbesondere mit konventionellen Streitkräften – bedeutet hätte. Dieses grundsätzliche Problem der militärischen Umsetzung der Politik war bereits 1947 von Lippman formuliert worden:

„Die Streitkräfte der USA zeichnen sich durch ihre Beweglichkeit und Schnelligkeit, ihren Aktionsradius und ihre Angriffsschlagkraft aus. Sie können nur das Instrument einer Politik sein, deren Ziel es ist, eine Entscheidung und ein Abkommen herbeizuführen. Sie sind weder bestimmt noch geeignet für eine Taktik des In-Schach-Haltens...“ (71).

So verblaßte die Wirksamkeit der „massive retaliation“ bald, zumal das Heranwagen an den Abgrund auf die Dauer doch nicht das warme Plätzchen zu sein schien, das die Kapitalisten zur Durchsetzung ihrer Interessen aufsuchen wollten. Darüberhinaus hatte die Sowjetunion nicht nur 1949 ebenfalls eine Atombombe gezündet, sondern 1954 auch die Wasserstoffbombe, die in ihrer Wirkung die „USA und besonders ihre Verbündeten (da die UdSSR noch nicht über entsprechende Trägersysteme verfügte, die die Bombe in die USA hätten fliegen können) mit ihren großen Bevölkerungszentren und ihrer Nähe zu Rußland noch viel verwundbarer als die Sowjetunion“ (72) machte.

Entwicklung des westlichen Bündnisses

Die Entwicklung zu einem gemeinsamen westlichen Militärbündnis lief nur anfänglich ohne die offen diskutierte Bereitschaft, Westdeutschland zu beteiligen. Am 4. März 1947 schlossen Großbritannien und Frankreich den Vertrag von Dunkirk, der sich gegen Deutschland richtete. Doch schon bald, auf der Londoner Konferenz der drei Westmächte 1948, ergingen mit Unterstützung der BENELUX-Staaten Empfehlungen zu einem Militärbündnis, in dem Westdeutschland integriert sein sollte. Zur gleichen Zeit führte dann auch die UdSSR erste Bündnisgespräche mit Rumänien, Ungarn, Bulgarien und Finnland.

Im September wurde dann – quasi als Fortentwicklung der Option der „kollektiven Verteidigung“ der Staaten des Brüsseler Vertrages – die Schaffung einer Westeuropäischen Verteidigungsunion beschlossen.

Wenn auch die Diskussion um eine gemeinsame westeuropäische „Verteidigung“ damit nicht vom Tisch war, wurde sie doch überlagert von der Gründung des transatlantischen Bündnisses, der NATO. Am 4. April 1949 wurde der Nordatlantikvertrag von den USA, Belgien, Dänemark, Frankreich, Niederlande, Luxemburg, Italien, Großbritannien, Kanada, Norwegen, Island und Portugal unterzeichnet. Im NATO-Vertrag ist neben einer gemeinsamen militärischen „Verteidigung“ auch die wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit ausdrücklich erwähnt. Im Gegensatz zum Vertrag von Brüssel, der „ein rein europäischer Vertrag“ war, „der gegen Deutschland gerichtet war“, richtete

te sich „das Atlantische Bündnis ... gegen die Sowjetunion“ (78). Ab 1950 wurde an der integrierten „Verteidigung“ des NATO-Gebiets gearbeitet; Eisenhower wird Oberbefehlshaber der NATO in Europa (SACEUR). Die Organisation des Brüsseler Pakts ging in der NATO auf.

Erweitert wurde das militärische Netz durch diverse Verträge mit Ländern und weiteren westlich orientierten Bündnissen. Am 8. September 1950 unterzeichneten die Westmächte in San Francisco einen Friedensvertrag mit Japan. Im Gegenzug unterzeichnete Japan einen „Sicherheitsvertrag“ mit den USA. Am 22. Oktober wurden die gerade noch dem Sog der kommunistischen Bedrohung entrisenen Länder Griechenland und Türkei in die NATO aufgenommen. Abgelehnt wurde dagegen das Angebot der UdSSR im Mai 1954, in die NATO aufgenommen zu werden. Mit der Aufnahme der BRD in die NATO am 5. Mai 1955 erreichte die Kapazität des Nordatlantischen Bündnisses einen vorläufigen Höhepunkt.

1952 wird die „massive retaliation“ mit der Unterzeichnung des Dokuments MC 14/1 offizielle NATO-Doktrin. Bereits 1954 wurden in der BRD Depots angelegt, in denen atomare Gefechtsfeldwaffen (Granaten, Kurzstreckenraketen) gelagert wurden. Diese ergänzten die strategischen Atomwaffenpotentiale der USA. Dies wurde „notwendig“, da die Sowjetunion die strategische Überlegenheit der USA durch taktische Kurz- und Mittelstrecken-Atomwaffen auszugleichen suchte und in Stellung brachte. Die Einführung taktischer Atomwaffen war der erste Schritt in die Richtung einer flexibleren Atomkriegsstrategie und bedeutete somit eine Konzession an die Kritiker der „massive retaliation“. Bis 1955 wuchs die strategische Bomberflotte auf 400 an. Damit lag die Gesamtzahl der zu einem Atomangriff auf die Sowjetunion einsetzbaren US-Bomber bei ca. 1.350 (79).

Koreakrieg und europäisches Bündnis

Erste Überlegungen bezüglich einer gemeinsamen europäischen „Verteidigung“ und einem bundesdeutschen Wehrbeitrag wurden 1950 wieder öffentlich, als sich die USA in Korea „engagierten“:

„Korea wurde 1945 von der Sowjetunion und den USA in Übereinstimmung mit den zwischen beiden Ländern in Kaito, Jalta und Potsdam getroffenen Abmachungen besetzt. Am 10. August war der größte Teil Nordkoreas in russischer Hand. Am 8. September landeten amerikanische Truppen in Südkorea, und die USA schlugen eine Demarkationslinie am 38. Breitengrad vor ... Auf die Erfordernisse einer militärischen Lage gegründet, erwies sich die Wahl des 38. Breitengrades als Demarkationslinie als besonders unglücklich, weil die von den Japanern erbauten Industriewerke Koreas im Norden des Landes lagen, während das Gros der Bevölkerung im Süden wohnte. Eine unparteiliche Politik hätte Bemühungen unterstützt, die ausländischen Streitkräfte in diesem frühen Stadium abzuziehen, und auf eine sofortige Wiedervereinigung des Landes hingewirkt...“

Nach vierzigjähriger Besetzung durch die Japaner war Korea 1945 willens und bereit, wieder die Aufgaben einer Selbstregierung zu übernehmen. Im ganzen Land gab es eine Widerstandsbewegung, die nach der Kapitulation Japans überall in Korea Revolutionskomitees gegründet hatte“ (80).

Stattdessen wurde die koreanische Repräsentationsversammlung, die die nationale Unabhängigkeit Koreas vorbereiten sollte, von den USA mißachtet und eine „amerikanische“ Regierung unter Syngman Rhee installiert.

Im Juni „brachen“ (wie es so schön hieß) an der Demarkationslinie militärische Auseinandersetzungen aus, deren exakte Entwicklung aufzuführen im Rahmen dieser Ausführungen zu weit führen würden. Truman befahl umgehend militärische Unterstützung.

„Washingtons Entscheidung, sich in den Koreakrieg einzumischen, hatte viele Nachwirkungen, vor allem eine Kriegshysterie, die in den USA rasend schnell um sich griff. Es war das Jahr des meteorgleichen Aufstiegs Senator McCarthys, einer systematisch betriebenen Wiederaufrüstung und des ersten öffentlichen Versuchs, die deutsche Militärmaschinerie wieder anzukurbeln. Die Stimmung läßt sich an der Tatsache abschätzen, daß am 12. Juli, als die nordkoreanischen Streitkräfte sich in Richtung Süden auf Pusan zubewegten, das Repräsentantenhaus einem Kongreßmitglied Beifall klatschte, das den Vorschlag gemacht hatte, die Städte der Nordkoreaner mit Atombomben zu belegen, falls sie sich nicht innerhalb einer Woche zurückzögen“ (81).

Am 15. September landete McArthur und warf die Nordkoreaner zurück; als sich abzeichnete, daß damit die Auseinandersetzung beendet war, gab es in den USA Probleme. Das gesellschaftliche und wirtschaftliche Leben war auf Krieg eingestellt, und ein Ende war nicht im Interesse. Folgerichtig bot McArthur keine Verhandlungen an, sondern forderte die bedingungslose Kapitulation, was die Feindseligkeiten nur fortsetzen konnte. McArthur überschritt am 1. Oktober die Demarkationslinie und marschierte mit den – offiziell: UNO- – Truppen nordwärts.



„Nimmt man ähnliche Verhältnisse (wie die Verluste bei den US-amerikanischen Streitkräften) für die Verluste der Nordkoreaner, Chinesen und der UN-Truppen an, fielen dem Versuch, Nordkorea zu ‚befreien‘ – ein Vorhaben, das eindeutig außerhalb der UNO lag – vier Millionen Menschen zum Opfer“ (82).

Am 24. November startete McArthur einen Vorstoß zum Jalu-Fluß, der Nordgrenze Nordkoreas. Den einzigen Sinn, den diese Maßnahme haben konnte, erfüllte sie: zwei Tage später trat China in den Krieg ein. Daraufhin verlangten die USA unter der Androhung, andernfalls würde die UNO zusammenbrechen, die Verurteilung Chinas als Aggressor.

Die – aus militärischer Sicht – Sinnlosigkeit der Vorstöße im Norden Koreas verdeutlicht die Aussage von Emmet O'Donnell, General des US-Bomberkommandos:

„Kurz bevor die Chinesen in den Krieg eintraten, wurden von unseren Bombern keine Angriffe mehr geflogen. Es gab in Korea keine Ziele mehr“ (83).

Die USA nannten ihre Strategie in Nordkorea „operation killer“. Gemeint war damit der erstmalige Einsatz von Napalm; die Wirkung beschrieb ein BBC-Korrespondent:

„Vor uns stand eine merkwürdige, etwas vorgebeulte Gestalt mit gespreizten Beinen und seitwärts gestreckten Armen ... Er hatte keine Augen, und seinen ganzen Körper, der fast überall durch verbrannte Stoffetzen hindurch sichtbar war, bedeckte eine harte schwarze, mit gelbem Eiter gesprenkelte Kruste ... Der Mann mußte stehen, weil sein Körper keine Haut mehr hatte, sondern von einer leicht zerbrechlichen mürben Kruste überzogen war ...“ (84).

Es war nicht das erste (Hiroshima) und nicht das letzte Mal, daß die USA einen Konflikt nutzten, neue Waffen zu „erproben“ und mit ihrer schrecklichen Wirkung Entscheidungen zu ihren Gunsten herbeizuführen suchten.

Die „Kehrseite“ des Engagements der USA in der „3. Welt“ war – wie auch heute – eine Diskussion über die Absicherung der „Verteidigung“ in Europa.

„Spätestens aber mit dem Ausbruch des Koreakrieges und den gerade auch in der deutschen Bevölkerung geschürten Ängsten vor dem Kommunismus war dann der Weg für die westdeutsche Remilitarisierung im Sommer 1950 endgültig geebnet ... Bedingung in den Planungen des französischen Außenministers Plevin für eine Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG) blieb freilich, daß die Bundesrepublik keine Truppen unter eigener nationaler Verfügungsgewalt erhalten durfte“ (85).

Die USA dachten da schon „unabhängiger“, wie aus ihren früheren Überlegungen sichtbar wird (s.u.). So boten sie Frankreich im Tausch gegen eine Beteiligung in Indochina an, Frankreich sollte einem Beitritt eines remilitarisierten Westdeutschlands zustimmen. „Bis zum August 1954 liefen alle Vorherbereitungen in Richtung auf die EVG, die dann aber ausgerechnet am Einspruch der französischen Nationalversammlung scheiterten“ (86). Gaullisten und Kommunisten taten sich zusammen in der Befürchtung, ein wiedervereinigtes Deutschland könnte zu stark werden; darüberhinaus hätten auch die Franzosen einem gemeinsamen militärischen Oberkommando beugen müssen, und diesem „Ausverkauf der nationalen Souveränität“ wollte mensch nicht zustimmen. „Die weitere Entwicklung vollzog sich sehr schnell: Auf einer Konferenz in der französischen Hauptstadt im September/Oktober 1954 wurden die Pariser Verträge geschlossen, die der Bundesrepublik das Ende des Besatzungsregimes, den Beitritt zur Westeuropäischen Verteidigungsunion (WEU) und zur NATO ... brachten und ihr die Aufstellung einer Armee von maximal 500.000 Mann ermöglichten“ (87).

Westintegration militärisch: Wiederaufrüstung in der BRD

Vorab: So richtig es ist, den massiven Einfluß der USA bzgl. der Westintegration auf allen Gebieten – aus ihren ökonomischen Interessen heraus – hervorzuheben, so verkürzt wäre diese Erklärung als alleinige für diese Entwicklungen. Nicht umsonst wird betont, daß dieselben Flicks, Krupps und IG Farbens etc, die schon damals am Krieg verdienten, auch heute wieder dick im Geschäft sind. Dieselbe Kontinuität ist – nur einmal personell betrachtet – im militärischen Bereich festzustellen. Ihnen den Einsatz in den altgewohnten Bereichen zu ermöglichen, war sowohl Funktion der Berufung und späteren Wahl Adenauers, die nicht zuletzt in der schon auch hier früh einsetzenden Kommunehatz ihre Gründe hat, als auch sein Eigeninteresse als politischer Vertreter der bürgerlichen Schichten in der BRD.

Erste Überlegungen Für eine Wiederbewaffnung Deutschlands nach dem Krieg hatte es freilich schon früher gegeben. So ist von Winston Churchill zu lesen: „Noch vor Kriegsende, während die Deutschen bereits zu Hunderttausenden kapitulierten, und bei uns die Menge jubelnd durch die Straßen zog, telegraphierte ich an Lord Montgomery und wies ihn an, dafür zu sorgen, daß die deutschen Waffen gesammelt würden, damit man sie ohne weiteres wieder an die deutschen Soldaten ausgeben könnte, mit denen wir würden zusammenarbeiten müssen, wenn die Sowjets ihren Vormarsch fortsetzten.“ (90) Und schon 1944, am 20. November, wurde im Leitartikel der TIMES geäußert: „... In diesem System einer vereinten Sicherheit wird Deutschland, wenn es zuletzt seine Strafzeit abgebußt und seinen Weg in die Reihen der zivilisierten Nationen zurückgefunden hat, aufgefordert werden, mit den anderen Teilnehmern zusammenzuarbeiten. Zusammenhängende Stützpunkte und zusammenhängende Truppenkontingente werden so auf deutschem Boden zurückbleiben, mag auch der Rechtstitel für ihr Verbleiben geändert werden.“ (!)

Waren das vielleicht noch unkonkrete Wünsche, so gab



es doch schon sehr früh direkte Absichtserklärungen. Am 15. April, drei Tage nach Roosevelts Tod, gab es eine Konferenz im State Department, an der u.a. auch der spätere Außenminister Dulles teilnahm. L.L. Matthias berichtet darüber im „Neuen Vorwärts“: „Die Gruppe beschloß, ... Deutschland wieder aufzubauen und dann zu remilitarisieren. Deutschland sollte zu einem ‚Bollwerk‘ gegen Rußland gemacht werden.“ (91)

Allgemein wurde die Notwendigkeit gesehen, daß, sollte die Politik des „Containments“ umgesetzt werden, das Land an der NAhtstelle zum Osten in besonderer Weise in die Pläne eines gemeinsamen „roll back“ mit einbezogen werden mußte. (92) So war es keine überraschende Erkenntnis, als LE MONDE im April 1949 schrieb: „Die Wiederaufrüstung Deutschlands ist, ob wir es nun zugeben oder nicht, in dem Atlantik-Pakt (NATO) wie ein Embryo enthalten.“ Die primäre Intention des „Containments“, die die Nachkriegsentwicklung prägte, spiegelt sich auch im folgenden Zitat von R. Augstein wieder: „Die neue Armee wurde nicht gegründet, um den Bonner Staat zu schützen, sondern der neue Staat wurde gegründet, um eine Armee gegen die Sowjets ins Feld zu stellen – mag diese Ratio im In – und Ausland auch nicht voll bewußt geworden sein.“ (93)

Aus einer – zumindest bei weiten Teilen der Bevölkerung – vorherrschenden „Nie wieder Krieg“-Stimmung eine (zumindest über eine parlamentarische Mehrheit) Zustimmung zu einer Remilitarisierung hinzubekommen, erscheint verwunderlich, ist es aber nicht. Wenn auch die breite Gegenbewegung nicht übersehen werden darf, so stützte sich die Zustimmung in der öffentlichen Meinung auf die selbe ideologische Kampagne, wie auch in den USA. Im westlichen Deutschland konnte dabei nahtlos an die Propaganda von der „Gefahr aus dem Osten“ aus der Zeit des Hitlerfaschismus angeknüpft werden. „Die beiden ursprünglichen ideologischen Säulen der jungen Bundesrepublik – Antikommunismus und Antifaschismus – schmolzen sehr rasch zum Antikommunismus zusammen, der auf eine lange Tradition zurückblicken konnte. Er wurde zur Integrationsideologie, die auch historisch schwer kompromittierten Kräften einen Platz in der Politik der Westorientierung einräumte.“ (94)

Während Adenauer am 9. Februar 1948 auf die Frage nach deutscher Wiederbewaffnung verlauten ließ, er „denke über dieses Problem nicht nach“, so ist es klar, daß er schon im gleichen Monat eine „Denkschrift über die vergleichsweise Stärken der europäischen Armeen und die Vorschläge für einen deutschen Verteidigungsbeitrag“ durch General Speidel ausarbeiten ließ. 1950 wurde dann eine „Denkschrift des militärischen Expertenausschusses über die Aufstellung eines deutschen Kontingents im Rahmen einer übernationalen Streitmacht zur Verteidigung Westeuropas“ ausgearbeitet. Diese Schrift, nach dem Ort ihres Entstehens „Himmeroder Denkschrift“ benannt, entsprangen im Kern den Erfahrungen der Offiziere aus der Wehrmachtszeit, die an ihrer Ausarbeitung beteiligt waren. Sie durften wieder planen! Konzeptionell orientierte sich das Papier an der Vorne- bzw. Vorwärtsverteidigung der NATO. Auch diesmal sollte der Krieg nach Möglichkeit im Osten geführt werden.

Es lohnt sich, diese Denkschrift, die eine der Grundsteine der heutigen Bundeswehr bildete, genauer zu besehen. Als „Voraussetzung für die Aufstellung eines deutschen Kontingents“ wird genannt

- „die militärische Gleichberechtigung der westdeutschen Bundesrepublik im Rahmen der europäisch - atlantischen Gemeinschaft“

- die „militärische Gleichberechtigung Ein Soldat ‚2. Klasse‘ wird sich nie mit der notwendigen sittlichen Kraft einsetzen“

- die „Rehabilitierung des deutschen Soldaten durch eine Erklärung von Regierungsvertretern der Westmächte“ und „Einstellung jeder Diffamierung des deutschen Soldaten (einschließlich der im Rahmen der Wehrmacht seinerzeit eingesetzten Waffen-SS) und Maßnahmen zur Umstellung der öffentlichen Meinung im In- und Ausland“ (95).

Dabei handelte es sich nicht um die Ideen verknöcherter, nicht ernstzunehmender Veteranen, sondern um den Stamm der Planungsgruppe, die die konkreten Vorbereitungen für einen deutschen „Wehr“beitrag leisten sollten. Nach einem von ihnen von ihnen wurde die entsprechende Dienststelle, die am 26. Oktober 1950 unter Umgehung parlamentarischer Zustimmung auf Anweisung Adenauers eingerichtet wurde, „Amt Blank“ genannt. Sie war der Vorläufer des Verteidigungsministeriums, Theodor Blank der erste Verteidigungsminister der BRD. Adenauers ignorantes Vorgehen gegenüber dem Parlament führte wohl zu außerparlamentarischen Protesten und zum Rücktritt des damaligen Innenministers Gustav Heinemann, der später das Parteibuch wechselte; ansonsten wurde die eingeschlagene Politik vorangetrieben. Adenauers Absichten lagen dabei sehr nahe an denen von Dulles, mit einem „Schuß“ deutschen „Wiedervereinigungsrevanchismus“. Dazu Zitate von beiden – zunächst Dulles: „Ein wiedererstarktes Deutschland kann ein großer Trumpf in den Händen des Westens sein. Indem es Ostdeutschland in den Machtbereich des Westens zieht, kann es eine vorgeschobene strategische Position in Mitteleuropa gewinnen, welche die sowjetkommunistischen militärischen und politischen Positionen in Polen, der Tschechoslowakei, in Ungarn und anderen benachbarten Ländern unterminiert.“ (96) Und Adenauer: „Ich möchte ihnen sagen, daß ich der festen Überzeugung bin, auf dem eingeschlagenen Weg auch die Wiedervereinigung Deutschlands zu erreichen. Kann einer glauben, daß Sowjetrußland jemals, ohne dazu genötigt zu sein, die Ostzone wieder freigeben wird? Ich glaube es nicht. Aber ich denke mir die Entwicklung folgendermaßen: Wenn der Westen stärker ist als Sowjetrußland, dann ist der Tag der Verhandlungen mit Sowjetrußland gekommen. Dann wird man auch Sowjetrußland klar machen müssen, daß es so nicht geht, daß es unmöglich halb Europa in Sklaverei halten kann, und daß im Wege einer Auseinandersetzung, nicht einer kriegerischen Auseinandersetzung, die Verhältnisse in Osteuropa neu geklärt werden müssen.“ (Rede in Heidelberg/1.2.1952)



Diese – auf die Deutschlandfrage zugespitzte – Politik wurde somit von Adenauer nicht „vasallenmäßig ausgeführt“, sondern massiv selbst betrieben. So trug sich Eisenhower mit dem Gedanken, mit Westdeutschland nach dem Muster Österreichs zu verfahren, mit dem am 15. Mai 1955 ein Friedensvertrag mit den 4 (!) Alliierten unterzeichnet wurde, der Österreich die Souveränität nicht auf Grundlage eines Militärbeitrages, sondern auf Grundlage

der Verpflichtung, keinem Militärpakt beizutreten oder militärische Stützpunkte auf seinem Territorium zuzulassen, gewährte. „Aber Bundeskanzler Adenauer war zutiefst erschüttert, daß der amerikanische Präsident sich mit dem Gedanken, einer Reihe von neutralen Staaten vom Norden bis zum Süden quer durch Europa‘ abfinden wollte. Adenauer vertrat die Ansicht, daß die Sowjets schwach seien und dazu bewogen werden könnten, sich härtesten Forderungen des Westens zu fügen, und setzte seine Auffassung durch. Am 10. Mai (1955) berichtete die NEW YORK TIMES, daß ‚viele wesentliche Punkte in dem Memorandum der Alliierten auf der (vorbereitenden) Genfer Konferenz von Dr. Adenauer‘ stammten ‚und auf sein Betreiben hin angenommen wurden‘. Und am 19. Juli bemerkte die TIMES, daß ‚die Theorie des deutschen Bundeskanzlers über die innere Schwäche der Sowjetunion in Washington akzeptiert wurde und als Erklärung für einige der jüngsten Äußerungen amerikanischer Regierungsbeamter gelten darf.“ (97) Sie wurde allerdings nicht ohne Wohlwollen akzeptiert.

Die betriebene Politik lief bekanntlich auf den NATO-Beitritt hinaus. „Die Sowjetunion ist natürlich kein Mitglied der NATO; und während britische, französische Streitkräfte im Rahmen des NATO-Systems vermutlich weiter stationiert bleiben würden, muß man annehmen, daß von der Sowjetunion der Abzug ihrer Truppen aus Deutschland erwartet wurde.“ (98)

„Am 12. November 1955, dem offiziellen Gründungstag der Bundeswehr, wurden die ersten 101 Soldaten ernannt. Am 2.1.1956 begann die Einberufung der ersten 1.000 Freiwilligen. ... mit Blanks Amtsantritt war sein konservatives, auf der Himmeroder Denkschrift beruhendes Rüstungskonzept, das den Aufbau eines relativ konventionell ausgestatteten Massenhieres in kürzester Frist vorsah, praktisch schon gescheitert. Wichtige Teile der Westdeutschen Wirtschaft fürchteten, daß die Bundeswehr der Industrie dringend benötigtes Personal, vor allem auf dem angespannten Facharbeitermarkt, entziehen würde. Außerdem wurde hier eine Ausrüstung mit modernen, hochwertigen Waffensystemen favorisiert, in deren Produktion man selbst einzusteigen trachtete. In den ersten Jahren war die Ausrüstung der Bundeswehr fast vollständig aus den USA gekommen.“

In verklausulierter, gleichwohl verstehbarer Form meldete der Bundesverband der deutschen Industrie seine Interessen bereits 1954 als ‚Opfer zu einem deutschen Rüstungsbeitrag‘ an: ‚Die deutsche Industrie (ist) sich klar darüber, daß der auf diesen Konferenzen (London und Paris 1954) beschlossene deutsche Wehrbeitrag nicht als Zugeständnis eines Vorrechtes für Deutschland anzusehen ist, sondern als Pflicht (!), die mit einer ersten finanziellen und auch psychologischen Belastung verbunden ist. Die deutsche Industrie ist aber bereit, diese Belastung zu tragen, weil sie sich ihrer Verpflichtung zur Verteidigung des Friedens und der Freiheit bewußt ist. Es fällt ihr nicht leicht, sich zu dieser Einstellung durchzuringen nach der allgemeinen Verleumdung und Herabsetzung (!), der sie sich in besonderem Maße nach diesem Kriege ausgesetzt sah, nach dem böartigen Herausstellen der Gewinnsucht als des angeblich einzig leitenden Gedankens bei der Rüstungsfertigung, nach den unwürdigen Maßnahmen, denen führende Persönlichkeiten der Industrie ausgesetzt waren.‘

Repräsentant der Wirtschaft wurde Franz - Josef Strauß, der Theodor Blank am 16.10.1956 als Verteidigungsminister ablöste. Strauß, der bis dahin bezeichnenderweise das Amt des ersten Atomministers der Bundesrepublik bekleidet hatte, reduzierte zunächst das Tempo des personellen Aufbaus der Streitkräfte und forcierte dafür konsequent den Aufbau einer hochmodernen westdeutschen Waffenindustrie. Unter seiner Schirmherrschaft entwickelte sich im Münchner Raum ein bedeutendes Rüstungszentrum. Der vergleichsweise aggressivere Rüstungskurs der CSU setzte

sich in der Regierungspolitik durch: „Die Revision des Rüstungsprogramms (wurde erzwungen) durch die Formierung einer Opposition innerhalb der herrschenden Regierungskoalition, wobei die Landesgruppe der Christlich-Sozialen Union als Zentrum fungierte ... Ihre Erfolg erklärt sich wesentlich dadurch, daß sie sich den Erwartungen wichtiger Interessengruppen zueigen machten und gegenüber der Bundesregierung vertraten.“

Symbol des neuen Militärkonzeptes wurde der „Starfighter“ (F 104 G), dessen Lizenzproduktion in neu zu errichtenden deutschen Luftfahrtunternehmen Strauß durchsetzte. Dieses in den USA zunächst als Jäger konzipierte Flugzeug wurde in der Bundesrepublik auf den Transport von Atomwaffen umgerüstet. Mit dieser Orientierung auf die nukleare Bomberrüstung ging die Forderung nach eigenen taktischen Atomwaffen einher, die in Konrad Adenauers Augen eine „praktisch weiterentwickelte Artillerie“ darstellten. Typisch für die Protagonisten der Nuklearrüstung war die Argumentation des damaligen Leiters der Unterabteilung „Führung im Führungsstab der Bundeswehr und späteren Generalinspektors de Maiziere im Jahre 1957: „Man kann die Truppe nicht zweigleisig ausbilden, nämlich für einen Einsatz im Atomkrieg und im konventionellen Krieg. Sicher aber wird es leichter sein, eine für den Atomkrieg vorbereitete Truppe im konventionellen Kampf einzusetzen, als eine nur für konventionellen Kampf ausgebildete Truppe im Atomkrieg verwenden zu müssen. Es ist heute Pflicht, militärische Führer und Truppen auf den schlimmsten Fall praktisch und physisch vorzubereiten.“



Wahlplakat (auch der CDU!) 1949

Ziel dieser Atompolitik der Bundeswehrführung und Bundesregierung war es zum einen, die Stärkung des eigenen militärischen Gewichts in der NATO zu erreichen ...

Die Bundesregierung setzte ihre Ziele ... insofern durch, als die Bewaffnung der Bundeswehr mit atomaren Trägerwaffen (siehe Starfighter) in den nächsten Jahren erfolgte. Die Sprengköpfe selbst blieben unter amerikanischer Kontrolle. Neben diesem „Zweischlüsselsystem“ mündeten alle Vorstöße zur Beteiligung der Bundesrepublik an der atomaren Bewaffnung der NATO in der Einrichtung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) im Jahre 1966, deren ständiges Mitglied die Bundesrepublik die Bundesrepublik seither ist.“ (99) Die NPG ist es ja auch, die in den Vorschlägen Todenhöfers in der aktuellen „Europäisierungsdebatte“ eine Hauptrolle bei den Überlegungen spielen, wie dem zweiten Standbein – Europa – und einer mit möglichst großen Entscheidungsbefugnissen beteiligten BRD endlich auf die Sprünge geholfen werden kann.

Glaubwürdigkeitskrise und neue Aussichten

Die „Politik der Stärke“ und die ihr entsprechenden militärischen Strategien entbehrten nicht einer immanenten Schizophrenie: Es war klar, daß die Ideologie des Antikommunismus nötig war, um sie durchzusetzen. Gleichzeitig war jedem Planer klar, der etwas davon verstand, daß es eben insbesondere nicht die Russen waren, die jede Emanzipationsbestrebung in der „3. Welt“ anzettelten. So nutzte auch die Drohung, russische Städte in Schutt und Asche zu legen, wenig. Auch war es nicht zu einer Wiedervereinigung nach US-amerikanischen Vorstellungen (und natürlich auch der herrschenden Kreise in der BRD) gekommen, im Gegenteil: die Fronten hatten sich verhärtet. Selbst Kennan erkannte 1958, daß ein Abzug der Roten Armee und somit eine Regelung für Europa auf dem Verhandlungswege nur über ein militärisches Disengagement des Westens erreichbar gewesen wäre. „Kennan erkannte also, daß das Militärbündnis (die NATO) ein Hindernis für die Lösung jener politischen Frage darstellte, die Europa in Lager spaltete und verhinderte, daß die europäischen Völker ihre volle Unabhängigkeit erreichten“ (88).

Auch auf rein militärischem Gebiet hatten offensive Pläne ihre Schwierigkeiten: Durch die „massive retaliation“ konnten die russischen Städte, Industrie- und Versorgungsbetriebe wohl zerstört werden, nicht aber die Rote Armee. Diese war als Reaktion auf die Bedrohung in ihrer Kampfdoktrin zu einer schnellen Vorwärtsverteidigung übergegangen; die Folge davon war, wie Churchill richtig bemerkte: „Je mehr wir mit der Vernichtung russischer Städte drohen, desto klarer wird es, daß die Russen gemäß ihrem Verteidigungsplan in europäischen Städten festsetzen würden, die wir nicht zerstören könnten, ohne hunderttausende unserer eigenen Freunde umzubringen“ (89). Der „Stolperdraht NATO“, insbesondere die Bundeswehr, sollte dem strategisch entgegenwirken. Das konnte jedoch nur und auch nur bedingt bestenfalls für Europa gelten; für die selbstgesetzten Interessen (inzwischen des mehr oder weniger ganzen) Westens fehlte sowohl militärtechnisch eine konventionelle Ausrüstung als auch politisch ein flexibles Konzept. Dies wurde in der Kuba-Krise besonders deutlich, und die von Kissinger in seiner Studie entwickelten Ideen wurden dann auch Anfang der 60er Jahre von McNamara zur neuen NATO-Strategie, der „flexible response“ umgesetzt.

Hans - Peter Hubert

Anmerkungen und verwendete Literatur

- 1) Engels, Friedrich, Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates, Dietz Verlag Berlin, S.9
- 2) William Appleman Williams, Monopole und amerikanische Außenpolitik, in: David Horowitz (Hrsg.): Big Business, Frankfurt (MÄRZ) 1971, S.67-101. Hier: S.73, künftig zit. als „Williams“; Sammelband künftig zit. als „Horowitz“BB
- 3) ebda.
- 4) ders., S.77
- 5) ders., S.72
- 6) Lloyd C.Gardener, New Deal, neue Grenzen und Kalter Krieg: über die amerikanische Expansionspolitik 1933 - 1945, in: Horowitz/BB, S.102 - 138, künftig zit. als „Gardener“, hier, S.112
- 7) ebda.
- 8) ebda.
- 9) B.Greiner/K.Steinhaus, Auf dem Weg in den 3.Weltkrieg?, Köln (PRV) 1981, S.14, künftig zit. als „Steinhaus“
- 10) vgl. dazu: Greiner, Berd, Amerikanische Außenpolitik von Truman bis heute, Köln 1980, S.12, künftig zit. als „Greiner“
- 11) Horowitz, David, Kalter Krieg, Berlin (Wagenbach) 1980, S.17, künftig zit. als „Horowitz/K“
- 12) Gardener, S.120
- 13) ders., S.121
- 14) Eakins, David W., Kapitalistische Planung und die Nachkriegsexpansion der USA, in: Horowitz/BB, S.139-169, hier S.153, künftig zit. als „Eakins“
- 15) ders., S.143
- 16) ders., S.145
- 17) ders., S.148 f.
- 18) ders., S.157
- 19) ders., S.161
- 20) zit. b.ders., S.162
- 21) ebda.
- 22) ders., S.163
- 23) Williams, S.95
- 24) Horowitz, David, Vorwort zu Horowitz/BB, S.11
- 25) ders., S.12 f.
- 26) ebda.
- 27) Domhof, G.William, Wer bestimmte die US-Außenpolitik 1945 - 1963?, in: Horowitz/BB, S.22-66, hier, S.30 ff., künftig zit. als „Domhof“
- 28) ders., S.32
- 29) zit. nach ders., S.32
- 30) ders., S.36
- 31) ders., S.36 f.
- 32) ders., S.34
- 33) ders., S.38
- 34) ebda.
- 35) ders., S.39
- 36) ders., S.45
- 37) Huntington, Samuel P., The Common Defense, New York 1961, S.115, zit. nach Domhof, S.46
- 38) Steinhaus, S.14
- 39) dies., S.13
- 40) dies., S.15 f.
- 41) nach Geschichts-Ploetz (!)
- 42) New York Times v.27.4.1941
- 43) Smith, Howard, The state of Europe, 1949, S.83, zit. nach Horowitz/KK, S.43
- 44) vgl. Horowitz/KK, S.25 ff.
- 45) ders., S.31
- 46) Steinhaus, S.20
- 47) Schmidt, Eberhard, Die verhinderte Neuordnung 1945 - 1952, Frankfurt a.M. 1970, S.22, künftig zit. als „Schmidt“
- 48) ders., S.110
- 49) ders., S.111
- 50) George F.Kennan war u.a. US-Botschafter in Moskau und Belgrad
- 51) vgl. Abdruck des Telegramms in „Steinhaus“, S.77 ff.
- 52) abgedruckt in: George F.Kennan, Memoiren eines Diplomaten, München 1971, Bd.2, S.552 ff., zit. nach: Steinhaus, S.82
- 53) Schmidt, S.107
- 54) ders., S.109
- 55) Horowitz/KK, S.77
- 56) Schmidt, S.110
- 57) ders., S.111 f.
- 58) Steinhaus, S.39
- 59) Greiner, S.21
- 60) ders., S.33
- 61) ders., S.37
- 62) John Foster Dulles war u.a. Außenminister unter Eisenhower; sein Bruder Allan war Chef des CIA.
- 63) Greiner 24
- 64) zit. nach Bodensieck, Heinrich. Der Kalte Krieg, Welt-politik 1945-1962, Stuttgart 1971, S.71, künftig zit. als „Bodensieck“
- 65) zit. nach Steinhaus 29
- 66) Greiner 29
- 67) ders. 29 f.
- 68) ders. 26
- 69) ders. 41
- 70) Horowitz 130
- 71) zit. nach ders. 131
- 72) ebda.
- 73) bis 77 entfallen.
- 78) Metselaar, Gerard/van Herpen, Marcel, Die NATO-„Nachrüstung“ - Etappe auf dem Weg zu einer europäischen Atommacht?, in: Arbeiterkampf Nr. 218, S.22
- 79) vgl. Brzeinski, Zbigniew. How the Cold war was played, in: Foreign Affairs Vol. 51, Nr.1/1982, S.183, zit. nach Horowitz 99
- 80) Horowitz 100 f.
- 81) ders. 115
- 82) ders. 117
- 83) zit. nach ders. 124
- 84) zit. nach ders. 125
- 85) Münch, Matthias, Bundeswehr - Gefahr für die Demokratie? Köln 1983, S.21, künftig zit. als „Münch“
- 86) ebda.
- 87) ebda.
- 88) Horowitz 297
- 89) zit. nach ders. 238
- 90) Churchill, R. (Hrsg.), The unwritten Alliance - Speeches 1953-59 by Winston S.Churchill, London 1961, S.196 f. zit. nach: Albrecht, Ulrich, Die Wiederaufrüstung der Bundesrepublik, Köln 1980, S.13, künftig zit. als „Albrecht“
- 91) L.L. Matthias, Wie kam es zur Teilung Deutschlands?, in: Neuer Vorwärts v. 3.12.1954, zit. nach Albrecht, S.12
- 92) vgl. ebda.
- 93) Münch 26
- 94) alles zit. nach Albrecht 108 ff.
- 95) Dulles, John Foster, War or peace, London 1950, S.156, zit. nach Albrecht 28
- 96) Horowitz 285
- 97) ders. 286
- 98) Münch 31 ff.

Kuba-Krise und »Flexible Response«

Entspannungspolitik

Die 60er und 70er Jahre bzw. deren zweite und erste Hälfte, werden allgemein als Epoche der „Entspannung“ zwischen den USA und der Sowjetunion, wie der Bundesrepublik zu den osteuropäischen Staaten angesehen.

Vielfach wurde und wird (heute in Teilen der Friedensbewegung) dabei der Vorstellung nachgegangen, daß die „Entspannungspolitik“ eine grundsätzliche Wandlung – hin zu mehr „Friedfertigkeit“ – der „ehemals feindlich“ gegenüberstehenden Systemen sei. Verbunden mit derartigen Einschätzungen war der Glaube, „Entspannungspolitik“ sei unumkehrbar.

Bei näherer Betrachtung ist eine solche Sichtweise jedoch nicht haltbar. Ohne jetzt in diesem Zusammenhang im einzelnen die Geschichte der „Entspannungspolitik“ nachzeichnen zu wollen, läßt sich doch so viel sagen:

– Die „Entspannungspolitik“ ist Produkt der atomaren Patt-Situation, wie sie sich in der ersten Hälfte der 60er Jahre zwischen den USA und der Sowjetunion herausgebildet hatte.

– Die Epoche der „Entspannung“ und „Stabilisierung“ gilt nur für bestimmte weltpolitische Regionen. Und zwar jene Regionen, in denen durch das atomare Patt eine militärische Konfrontation keine, zumindest zeitweise, Erfolgsaussichten mehr hatte. Also erstens zwischen den USA und der Sowjetunion und zweitens in Europa, an der direkten Frontlinie zwischen NATO und dem Warschauer Pakt.

Für andere Weltregionen spielte die „Entspannungspolitik“ kaum eine Rolle. Vielmehr spielte sich dort eine Reihe von militärischen Konflikten ab, die, entsprechend der militärstrategischen Überlegungen der USA und der NATO in der ersten Hälfte der 60er Jahre, unterhalb der Atomschwelle lagen.

– Über vertraglich abgesicherte „Rüstungskontrollmaßnahmen“ sollte ein „unsinniges“ Wettüben vermieden werden. Interessant ist hier, daß dies nur für die Bereiche galt, die waffentechnologisch überholt oder wo eine qualitative Veränderung keine greifbaren Erfolge bringen würde. Dies galt für den Atomwaffentestvertrag, für die Begrenzung der Interkontinental-Trägersysteme und für den Raketen-Abwehr-Vertrag.

– Die waffentechnologischen Neuentwicklungen und die damit verbundene Neuauflage militärstrategischer Überlegungen, auf Seiten der USA/NATO (Begrenzbarkeit nuklearer Kriegsführung, gesicherte „Entwaffnung“), begrenzten die Dauer der „entspannungspolitischen“ Epoche.

– Für die „Entspannungspolitik“/„Neue Ostpolitik“ der BRD gilt, daß auch sie ihren Hintergrund in den veränderten internationalen Bedingungen der 60er Jahre hatte. a) Der Abkehr der USA von der Politik des „Kalten Krieges“, b) Der zunehmenden internationalen Anerkennung der DDR und der gleichzeitigen außenpolitischen Isolierung der BRD durch die „Hallstein“-Doktrin (Androhung des Abbruchs diplomatischer Beziehungen zu jenen Staaten, die die DDR anerkannten).

– Die Konzeption dieser „Entspannungspolitik“ war darauf ausgerichtet, den Status Quo in Europa durch „Wandel durch Annäherung“ zu überwinden. Sprich: sie setzte auf die innere Umwandlung der osteuropäischen Staaten hin zum Westen.

Im Folgenden seien die wichtigsten Stationen der „Entspannungspolitik“ aufgelistet:

20.6.1963 – Das Abkommen über die direkte Fernsprecheverbindung zwischen Washington und Moskau wird in Genf unterzeichnet.

15. - 25.7.1963 – Die Moskauer Gespräche zwischen den Vereinigten Staaten, Großbritannien und der SU führen zur Paraphierung eines Abkommens über das Verbot von Kernwaffenversuchen in der Atmosphäre, im Weltraum und unter Wasser.

10.10.1963 – Der Moskauer Vertrag über die teilweise Einstellung der Kernwaffenversuche tritt in Kraft.

19.1.1968 – Die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion einigen sich über einen vollständigen Entwurf des Vertrages über eine Nichtverbreitung von Kernwaffen und bringen ihn auf der Genfer Abrüstungskonferenz ein.

5.3.1970 – Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen zwischen den USA und der UdSSR.

16.4.1970 – Aufnahme der SALT I Verhandlungen in Wien.

12.8.1970 – In Moskau wird das „Gewaltverzichtsabkommen“ zwischen der UdSSR und der BRD unterzeichnet.

2.11.1970 – Beginn der zweiten Sitzungsperiode der amerikanischen-sowjetischen SALT I-Verhandlungen in Helsinki.

7.12.1970 – Unterzeichnung eines Vertrages über die Normalisierung der Beziehungen zwischen der Volksrepublik Polen und der BRD in Warschau.

26.5.1972 – Unterzeichnung eines Abkommens über die Begrenzung der strategischen Rüstung (SALT I) zwischen den USA und der UdSSR in Moskau.

31.5.1972 – Die Ministertagung des NATO-Rats beschließt die Aufnahme von Vorgesprächen für die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE).

3.6.1972 – Unterzeichnung des Viermächteabkommens über Berlin durch die Außenminister Frankreichs, Großbritanniens, der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion.

21.11.1972 – In Genf Aufnahme von SALT II-Gesprächen.

31.1. - 29.3.1973 – Multilaterale Sondierungsgespräche über MBFR in Wien.

21.12.1972 – Unterzeichnung des Grundvertrages zwischen der BRD und der DDR.

25.6.1973 – Bekanntgabe der amerikanisch-sowjetischen Einigung über die Verhinderung eines Nuklearkrieges.

3.7.1973 – Eröffnung der ersten KSZE-Phase in Helsinki.

18.9.1973 – Beginn der zweiten KSZE-Phase in Genf.

30.10.1973 – Beginn der MBFR-Verhandlungen in Wien (bis heute ohne Ergebnis).

31.7. - 7.8.1975 – Endphase der KSZE in Helsinki. Die KSZE-Schlußakte wird von den Regierungschefs unterzeichnet.

(aus „NATO-Handbuch“ und „Antimil. Informationen“ / Heft 12/82)

Geschichte der NATO/Anfang der 60er Jahre bis Mitte der 70er Jahre

Die Glaubwürdigkeitskrise der nuklearen Militärdoktrin der NATO

Durch den Sputnik-Start demonstrierte die Sowjetunion, 1957, daß sie in der Lage war, amerikanisches Territorium mit eigenen Trägersystemen (Interkontinentalraketen), atomar zu bedrohen. Dieser Umstand war ausschlaggebend, daß die Nuklearstrategie der NATO in Frage gestellt wurde. Im „Atlantischen Bündnis“ entwickelte sich die Fragestellung, bis zu welcher Risikostufe die USA gehen würde, wenn eigene Städte gefährdet seien. Die europäischen Bündnispartner forderten daher, entweder an der Planung des Einsatzes der strategischen Waffen beteiligt oder über eigene Atomwaffen verfügen zu können.

In den USA selber hatten schon in der zweiten Hälfte der 50er Jahre Wissenschaftler die Kritik an der bisherigen Militärstrategie entwickelt, deren Quintessenz zum militärpolitischen Konzept der Kennedy-Administration wurde und deren wesentliche Bestandteile – Kriegsbegrenzung, Rüstungskontrolle, Optionsvielfalt und Koexistenzpolitik waren (aus „Militärstrategie und Militärbündnisse“, Amerikanische Militärstrategie 1945-1978, Klaus Dieter Schwarz, S.352). Zielsetzung war die „Schaffung eines differenzierten Machtinstrumentariums, ... das von der Vorstellung eines begrenzten Nuklearkrieges über die Bereitschaft zur militärischen Intervention bis hin zu Umsturzversuchen oder Umstürzbekämpfung durch den amerikanischen Geheimdienst reichte“ (ebda., S.353).

Der Ost-West-Gegensatz wurde von der Kennedy-Administration globalisiert. Kennedy forderte eine „Erneuerung der weltweiten Verpflichtungen Amerikas“ (Kongreßbotschaften Kennedy's vom 28.3.61 und 25.5.61). Die Interessen US-amerikanischer Globalpolitik sollte sich in stärkerem Maße auf die Länder der „Dritten Welt“ konzentrieren. Auf die Entwicklungen in Asien, Lateinamerika, Afrika und Mittelost sollte mehr Augenmerk gerichtet werden (ebda., S.352). Die militärischen Konfliktlinien in Mitteleuropa relativierten sich nicht zuletzt auch und gerade aufgrund der Entwicklung auf der nuklearen Ebene.

Für die militärischen Anforderungen sollte dies heißen, sich auf die Führung von 2 1/2 Kriegen (Europa, Asien und ein kleiner Krieg in der 3. Welt) vorzubereiten (ebda., S. 354).

Die „flexible response“ (flexible Erwidern)

Die militärstrategische Konzeption der Kennedy-Administration, zunächst nur gültig für die US-Streitkräfte, war die „flexible response“. Die Einführung dieser Doktrin bedeutete jedoch nicht die Aufhebung der Drohung mit „massiver Vergeltung“, sondern deren Ergänzung um militärische Optionen, die unter der Grenze der gegenseitigen totalen Vernichtung lagen. Die Bereitschaft zur nuklearen Kriegsführung sollte durch die Begrenzbarkeit der Kriegsziele sowie der benutzten Mittel wieder Glaubwürdigkeit erlangen, bei gleichzeitiger Anerkennung des atomaren Patts (sprich mögliche Verhinderung eines totalen, vernichtenden Nuklearkrieges).

Zur Umsetzung dieser Doktrin war es jedoch erforderlich, über entsprechende militärische Mittel zu verfügen, die den Anforderungen der neuen Strategie entsprachen, also in ihrer Wirkungsweise nicht die Existenz der Sowjetunion direkt zu gefährden und selbst so unverwundbar zu

sein, daß die Sowjetunion nicht zu einer präventiven oder präemptiven Reaktion herausgefordert wird („Die atomare Sackgasse“, Teil II, Der Arbeiterkampf, 245).

Umsetzung hieß konkret Beherrschung der „command“- „control“- und „Communicationssysteme“, die Härtung (Verbunkerung) des eigenen Nuklearpotentials, die Kontrolle über die Wirkung atomarer Waffensysteme (Zielerfassung, Zielgenauigkeit, Zerstörungsgrad und -radius), die Konzentration der gesamten atomaren Potentiale in den Händen des US-Präsidenten, sowie die Integration der nuklearen NATO-Partner in das System der USA (ebda.). Die Verbündeten sollten auf eigene nationale Nuklearpotentiale verzichten oder sie der NATO unterstellen. Das konkrete Aufrüstungsprogramm der USA umfaßte 50 Milliarden US-Dollar. Die Minutemann-Interkontinental-Rakete sollte das Rückgrat des US-Nuklearpotentials werden. Ein umfassendes U-Boot-Programm (mit Nuklearraketen ausgerüstet) sollte bis Ende der 60er Jahre abgeschlossen sein und die gesicherte „Zweitschlagfähigkeit“ der USA garantieren. Außerdem sollte die Luftmobilität der US-Streitkräfte verbessert werden („Militärstrategien...“, S. 354; vgl. auch „NATO-Strategie und Streitkräfte“, Militärverlag DDR 1980, S.210-219).

In Europa wurden die Mittelstreckenraketen aus Großbritannien, Italien und der Türkei abgezogen. Gleichzeitig wurde jene A-Waffe aufgestockt, deren Funktion auf den europäischen Kriegsschauplatz (unter Aussparung der Sowjetunion) beschränkt werden sollte.

Neben dieser Veränderung im nuklearen Bereich sollten die konventionellen Streitkräfte ausgebaut werden. Dies entsprach auch der US-Vorstellung der 2 1/2-Kriege. Da die USA durch diese Konzeption an der europäischen Zentralfront entlastet werden mußte (um US-Truppen für andere Kriegsschauplätze freizumachen), erforderte dies verstärkte Rüstungsanstrengungen für die europäischen Verbündeten.

Eine Ergänzung der „flexible response“ sollte die Anfang der 60er Jahre von US-Verteidigungsminister McNamara in die Diskussion gebrachte „counterforce“-Doktrin sein (Ann Aobco-Rede McNamara's am 16.6.1962). Sie beinhaltete die Entwaffnung des Gegners als Verhinderung eines totalen nuklearen Schlagabtausches. Die militärische Durchsetzung setzte jedoch eine nuklearstrategische Überlegenheit voraus, die jeden einfachen Zuwachs des Gegners durch einen geometrischen Zuwachs auf US-amerikanischer Seite hätte nach sich ziehen müssen. Ein Unterfangen, das kaum zu realisieren war. Zumal auch die Sowjetunion bis Mitte der 60er Jahre die „gesicherte Zweitschlagfähigkeit“ erlangt hatte. Ein weiteres Problem bildete der Umstand, daß die Handhabung dieser Doktrin wesentlich von Reaktion/Initiative des Gegners abhing. Griff dieser nämlich US-Städte an, reduzierte sich die strategische Option einzig und allein auf die Alternative der „massiven Vergeltung“, also des globalen Schlagabtausches, welches natürlich die Funktion der „flexible response“ hinfällig werden ließ („Militärstrategien...“, S.355-356).

Eine Modifizierung von „counterforce“ wurde 1963, ebenfalls von McNamara, in die Diskussion gebracht, „city avoidance“. Eine Konzeption, die zum Ziel hatte, die sowjetischen Städte zu schonen und der Sowjetunion zu signalisieren, sie anzugreifen, sollte die SU die Städte in den USA angreifen. Der Haken bei diesen Überlegungen war jedoch, daß die Sowjetunion aufgrund ihrer waffentechnologischen Unterlegenheit nicht in der Lage war, US-Nuklearwaffen anzugreifen (zumal diese durch „Härtung“ überlebensfähig gemacht worden waren) und somit ein Angriff auf US-Städte folgen mußte, somit auch hier der „massive Schlagabtausch“ die militärische Konsequenz blieb („Militärstrategien...“, S.357).

Die nuklearstrategische Option der Kennedy-Administration, begrenzbare Kriege auch unter Einsatz nuklearer Waffen führen zu können, scheiterte zunächst an den damals noch nicht zu realisierenden, technologischen Voraussetzungen (1964). Das nuklearstrategische Dilemma, das sich aus der atomaren Patt-Situation ergab, blieb bestimmend (bis heute) für die Diskussionen innerhalb der NATO.

Die Auseinandersetzungen im „Atlantischen Bündnis“/ Die BRD und die neue Strategie

Die Einführung der neuen US-Nuklearstrategie führte bei den europäischen Bündnispartnern zu erheblichen Irritationen, Kritik und Skepsis. Insbesondere an den Reaktionen Frankreichs (s.u.) und der BRD wurde dies sehr deutlich.

Für die BRD war die nuklearstrategische Überlegenheit der USA wesentlicher Ausgangspunkt für das „erfolgreiche“ Bestehen militärischer Waffengänge gegen die Sowjetunion. Die Option „begrenzt atomarer Militäraktionen“, wie sie die USA mit der „flexible response“ möglich erschien, ließen nun die europäische bzw. die bundesdeutsche Anbindung an das A-Waffenpotential der USA in Zweifel geraten. Führende Repräsentanten der Adenauer-Administration sahen in der „flexible response“ eine Gefährdung westdeutscher „Sicherheitsinteressen“, offenbarte sie doch das „sicherheitspolitische Dilemma“ der BRD. Die räumliche Tiefe der BRD sowie der Umstand, daß die zentrale Frontlinie zum Warschauer Pakt die östliche Grenze der Bundesrepublik bildete, erforderte aus Sicht der BRD-Führung eine rasche Verlagerung des Kriegsschauplatzes nach Osten hin bei gleichzeitiger beschleunigter Eskalationsbereitschaft; will sagen, bei frühzeitigem Einsatz des strategischen nuklearen Potentials der NATO, bzw. mit der frühzeitigen Androhung der „massiven Vergeltung“. Eine konventionelle Orientierung bei relativ später Eskalationsbereitschaft versprach, auf dem Hintergrund der bislang vernachlässigten konventionellen Aufrüstung der NATO-Streitkräfte nicht zu kalkulierenden Risiken. Darüberhinaus wurde befürchtet, daß bei einer Begrenzung von Konflikten die USA ihre atomare „Schutz“-Garantie nicht mehr erfüllen würde, ginge es nur um Europa (vgl. F.J. Strauß, „Glaubhafte Sicherheit durch Abschreckung“, in: Außenpolitik 8/1961).

Bei aller Kritik der BRD am neuen strategischen Konzept gegenüber offenbarte aber auch das Festhalten an der „massiven Vergeltung“ die Widersprüchlichkeit der BRD-„Sicherheitsinteressen“, wäre doch die Folge die totale Vernichtung des bundesdeutschen Territoriums.

Lehnte die Adenauer-Administration die „flexible response“ zunächst ab, stand die SPD-Opposition den neuen nuklearstrategischen Überlegungen aufgeschlossener gegenüber, enthielt sie doch in der Orientierung auf den Ausbau der konventionellen Streitkräfte Elemente, die von der SPD schon seit längerem gefordert wurden (vgl. Artikel von H. Schmidt in „Die Zeit“ vom 17. und 24.8.1962).

Nach dem Ausscheiden von Strauß aus dem Kabinett Adenauer kam es zu Annäherungen zwischen der Bundesregierung und der Opposition. Die Möglichkeit einer Akzeptierung der „flexible response“ schien möglich, wenn a) die Forderung der Bundeswehrführung nach einer für das Bündnis verbindlichen „Vorwärtsverteidigung“ durch alle Bündnispartner akzeptiert würde und b) der Einsatzzeitpunkt nuklearer Waffen im Konzept der „flexible response“ nicht genau festgelegt und möglichst weit vorne liegen würde.

Durch die allgemeine Akzeptierung der „Vorwärts“-Verteidigung als Doktrin aller NATO-Bündnispartner im Bereich der Zentralfront und die damit erfolgte Stationierung von NATO-Truppenverbänden in den granznahen Bereich (ab 1.9.1963 offizielle Strategie, siehe auch „NATO-

Strategie und Streitkräfte“, S.235), sowie die Bereitschaft, die nukleare Eskalation kontrolliert, aber für den Gegner nicht kalkulierbar im Konzept der „flexiblen Reaktion“ zu handhaben, ermöglichte es der BRD, der „flexible response“ ihre Zustimmung zu geben. Die „flexible response“ wurde auf der NATO-Tagung vom 13./14.12.1967 zur offiziellen nuklearstrategischen Doktrin der NATO.

Gleichwohl bleibt festzustellen, daß innerhalb der NATO unterschiedliche Interpretationen bezüglich der „flexible response“ existieren und bis heute zu Konflikten in der nuklearstrategischen Diskussion führen. So sehen im wesentlichen Militär-Experten der USA in der „flexible response“ die Möglichkeit, auf allen Ebenen den eigenen militärischen Sieg zu erreichen, dem Gegner die Unmöglichkeit eines Sieges vor Augen zu führen. Auf europäischer Seite wird jedoch nach wie vor auf die Option der „massiven Vergeltung“ gesetzt, um so dem Gegner zu signalisieren, daß ein militärischer Erfolg für ihn unmöglich ist (D. Schulze-Marmeling, „Die atomare Sackgasse“, Teil III, „Arbeiterkampf“, 246).

Frankreichs Sonderweg — Ausstieg aus der militärischen Integration der NATO

Im Rahmen der militärstrategischen Krise im atlantischen Bündnis spielte die französische Kritik an den beabsichtigten Veränderung der NATO-Strategie eine besondere Rolle, die schließlich dazu führte, daß Frankreich aus der militärischen Struktur austrat und darauf bestand, daß die NATO ihre militärischen Positionen in Frankreich räumte. Die französische Kritik in der militärstrategischen Diskussion bildete jedoch nicht den einzigen Grund für den französischen Ausstieg. Innerimperialistische Konkurrenzen, insbesondere die Ablehnung der US-amerikanischen Führungspositionen bildeten den Motor des französischen Verhaltens.

Nach dem Machtantritt de Gaulles im Jahre 1958 deutete sich diese Kontroverse bereits an. In einem Memorandum (September 1958) de Gaulles an den damaligen US-Präsidenten Eisenhower gerichtet, erklärt dieser, daß Frankreich nun wieder seine „historische Rolle“ in der internationalen Politik einnehmen wolle, es daher den USA nicht allein zugestanden werden könne, allein „lebenswichtige Entscheidungen für die Verteidigung der freien Welt“ zu treffen („Die atomare Sackgasse, Teil 3“, Arbeiterkampf 246).

Aufgrund des Verlustes der Fähigkeit der einseitigen gesicherten „massiven Vergeltung“ der USA und des sich abzeichnenden nuklearen Patts zwischen den USA und der Sowjetunion bestritt Frankreich den Vereinigten Staaten die Führungsrolle im westlichen Bündnis.

Die bisherigen Strukturen der NATO sollten dahingehend verändert werden, daß zukünftig ein Dreierdirektorium (die drei westlichen Nuklearmächte USA, Großbritannien, Frankreich) über die globale und nukleare Strategie der NATO sowie über den Einsatz aller nuklearen Waffen entscheiden sollte. Da diese Vorstellungen diametral den US-amerikanischen Überlegungen gegenüberstanden (diese beabsichtigten ja gerade die Integration der Nuklearpotentiale unter einen Oberbefehl sowie die politische Entscheidungsgewalt beim US-Präsidenten), aber auch die Interessenslage des dritten Adressaten (Großbritannien) eine andere war (nukleare Abhängigkeit von den USA sowie erhebliche französische Vorbehalte gegenüber einem EG-Beitritt Großbritanniens) war der französische Vorschlag von Anfang an zum Scheitern verurteilt. Dies wohlweislich einkalkulierend verband Frankreich seinen Vorschlag mit der Drohung der einseitigen Aufkündigung der Mitarbeit im atlantischen Bündnis. Nachdem der Vorschlag mehr oder weniger abschlägig beschieden worden war, schloß de Gaulle: „Die NATO hat also aufge-

bört, den Westeuropäern ihre Existenz zu garantieren. Wenn aber die Wirklichkeit des Schutzes zweifelhaft geworden ist, warum sollte man dann noch sein Schicksal den „Beschützern“ anvertrauen“ („Die atomare... Teil.3).

Da die Abkehr der Kennedy-Administration von der Strategie der „massiven Vergeltung“ die Beurteilung der Lage untermauerte, formulierte de Gaulle ein nationales sicherheitspolitisches Konzept, eine eigene nationale Verteidigung dessen Rückgrat eine nationale nukleare Abschreckungsstreitmacht bilden sollte. Insgesamt wollte Frankreich eine international unabhängige (von den USA) Weltpolitik betreiben und die alte Rolle als Weltmacht wieder einnehmen.

Radikalsten Ausdruck fand dieses Streben nach vollständiger Handlungsfreiheit in der militärischen Doktrin der Rundumverteidigung, die von Generalstabschef Ailleret formuliert wurde. Für ihn war die „Bedrohung aus dem Osten“ überholt. Unklar sei zukünftig, woher die Bedrohung kommen würde, so daß Frankreich ein „Verteidigungssystem“ benötige, das sich speziell gegen niemand richte, allerdings eine Abschreckung in alle Richtungen erlaube. Favoursiert wurde ein Arsenal von Interkontinental-Raketen sowie die militärische Nutzung des Weltraums (hierzu Artikel des französischen Generalstabschefs Ailleret in „Defense National“ vom 3.12.67, in: „Abrüstung und Sicherheit“, Bd.5/H.Siegler).

Dieses Projekt scheiterte jedoch bald an den ökonomischen und politischen Bedingungen der 68er Systemkrise. Außerdem wurde das östliche Feindbild durch den Einmarsch der Warschauer Pakt-Truppen in die CSSR wieder reaktiviert.

Am 10.3.66 kündigte Frankreich den Austritt aus der militärischen Organisation der NATO an. Am 1.7.66 endete die Unterstellung der französischen Streitkräfte unter den Befehl der NATO. Gleichzeitig erfolgte die Verlegung des militärischen und politischen Hauptquartiers der NATO aus Frankreich nach Belgien (NATO-Handbuch, Brüssel 82, S.74 ff.).

Der Rückzug Frankreichs aus der Militärorganisation der NATO führte jedoch nicht zu einer grundsätzlichen Abkehr von der NATO, sondern nach relativ kurzer Zeit kam es wieder zu Annäherungen. Gründe hierfür lagen zum einen in dem Umstand, daß die Abkehr Frankreichs von der NATO mit den politischen Zielpositionen de Gaulles eng verbunden war, zum anderen, daß sich sehr frühzeitig die französische Nuklearstrategie des „alles oder nichts“ (massive Vergeltung) das gleiche Dilemma der Glaubwürdigkeit erzielte wie den USA Ende der 50er Jahre. Ähnlich der US-Entwicklung erwuchs das Bedürfnis nach Flexibilität und zusätzlichen militärischen Optionen für eine Kriegsführung unterhalb der Schwelle eines massiven nuklearen Schlagabtausches.

Infolge forcierte Frankreich den quantitativen wie qualitativen Ausbau seiner Nuklearstreitkräfte (Zweitschlagskapazität), eine Modernisierung der taktischen Nuklearwaffen sowie eine stärkere konventionelle Aufrüstung. Da dieses erhebliche finanzielle wie technologisch-wissenschaftliche Mittel erforderte, ergaben sich daraus Bemühungen, mit anderen europäischen Staaten, insbesondere Großbritannien und BRD, zu einer intensiveren Zusammenarbeit zu kommen (zu diesem Komplex auch „NATO-Strategie und Streitkräfte“, S.225-233, S.383-390).

Europäisierungsversuche und Streben der Bundesrepublik nach dem Besitz von Atom-Waffen

Im Rahmen des französischen Widerstandes gegen die Plannungen der USA, die europäischen Streitkräfte in das Konzept der „flexible response“ einzubinden, entwickelten sich zeitweise Hoffnungen auf eine engere Zusammenarbeit auf atomarem Sektor zwischen der Bundesrepublik und Großbritannien.

Auf Unterstützung der USA hin sollte Großbritannien an der atomaren Aufrüstung der BRD mitwirken. In der neuen Strategie sollten die BRD und Großbritannien einen zentralen Platz einnehmen, sie sollten den Kern einer europäischen atomaren Streitmacht, der „Multilateral Force“ (MLF) bilden.

Diesem Versuch, auf militärischer Ebene zu einer „intensiveren“ europäischen Zusammenarbeit zu kommen, standen erhebliche Schwierigkeiten auf der politischen Ebene entgegen. Großbritannien war nicht Mitglied der EWG, und Frankreich, interessiert an einer ungefährteten Hegemonialstellung im Rahmen der europäischen Gemeinschaft, verwehrte diesen den Zutritt mit der Begründung, daß zwischen den USA und Großbritannien eine zu intensive angelsächsische Verbindung auf dem nuklearen Sektor bestünde (Vertrag von Nassau, 18. - 20.12.1962), diese jedoch einer europäischen Einigung entgegenstehe.

Gegenüber der Bundesrepublik offerierte Frankreich das Angebot eines deutsch-französischen Freundschaftsvertrages als Kern eines vereinten Europas. Die Möglichkeit einer nuklearen Zusammenarbeit als militärisch-nukleares Zentrum eines westeuropäischen Militärsystems war von Frankreich jedoch nicht beabsichtigt. Interessiert war Frankreich an einer finanziellen und technologischen Unterstützung beim Bau der „force de frappe“.

Das von der Kennedy-Administration am 14.1.63 offerierte Konzept der MLF beinhaltete ebenfalls eine mögliche Verfügungsgewalt über Atomwaffen, sollte doch über dieses Konzept auch die Struktur der NATO insofern erneuert werden, als daß ein „europäischer Pfeiler“ die zweite Säule neben den USA bilden sollte. Zumindest schien es so.

Das Projekt scheiterte schließlich am Mißtrauen der Briten den Westdeutschen gegenüber, zeichnete es sich doch sehr deutlich ab, daß das alleinige Interesse der BRD einer Teilhabe an Besitz, Verfügung und Kenntnis der für den europäischen Kriegsschauplatz bestimmten Atomwaffen galt („Etappe auf dem Weg zu einer europäischen Atommacht“, Teil 2, G.Metselaar, M.v.Herpen, in „Arbeiterkampf“, 220).

Seit dem Beitritt der BRD zur NATO 1955 lieferte das Streben der BRD nach Verfügungsgewalt über Atomwaffen ständigen Diskussions- und Konfliktstoff im atlantischen Bündnis. Im August 1960 drängte die Bundeswehrführung nach Nuklearbewaffnung der Bundeswehr. „Die Bundeswehr ... kann weder auf die allgemeine Wehrpflicht, noch auf die Zugehörigkeit zur NATO, noch auf die atomare Bewaffnung verzichten“ („Der Griff zur Bombe“, Westdeutsche Plutoniumpolitik 1954-1984, S.17).

Anfang 1961 betonten Strauß und Adenauer die gemeinsame Kontrolle und Entscheidungsgewalt über Nuklearwaffen im NATO-Rahmen bzw. die „baldigst mögliche Etablierung der NATO-Nuklearstreitmacht“ (ebda., S.17).

In der Auseinandersetzung um die MLF wurde seitens der westdeutschen Administration sehr deutlich gemacht, daß es der BRD weniger um die Erreichung eines europäischen Ideals, sondern vielmehr um den Erwerb westdeutscher atomarer Optionen gegen Osten gehe. Dabei war es egal, ob nun die Briten oder die Franzosen der geeignete Partner waren. „Strauß z.B. verlangte namens der westdeutschen Regierung Mitsprache sowohl über die amerikanischen wie über die französischen Atomwaffen“ („Etappe auf dem Weg...“, 220).

Verteidigungsminister v.Hassel erklärte am 25.3.63 in einem Gespräch mit der FAZ: „Sobald aber sichtbar werde, daß die multilaterale Streitmacht tatsächlich ein militärisches Instrument werde, müsse es möglich sein, den amerikanischen Partner vom Veto abzubringen und den Mehrheitsbeschluß für die politische und militärische Nutzung dieser Streitmacht (MLF, d.Verf.) herbeizuführen“ (Griff zur..., S.17).

Im Juni 1965 betonte Bundestagspräsident Gerstenmeier (CDU), daß die BRD den gleichen Status beanspruche wie Frankreich und Großbritannien: „Das sei keineswegs archaischer Nationalismus, betonte Gerstenmaier, denn nur mit einem solchen Rang könne die Bundesrepublik einen angemessenen materiellen und geistigen Beitrag zur Sicherung der Allianz leisten. Und nur mit dem Rang einer größeren Macht könne sie ihren Anspruch auf deutsche Wiedervereinigung wirkungsvoll vertreten...“ („Griff zur...“, S.17). Schließlich, als das Scheitern des MLF-Projektes sich abzeichnete, drohte die BRD gar mit dem Erwerb eigener Atomwaffen.

1965 veränderten die USA ihre Haltung zur Atombewaffnung der BRD insofern, als daß sie eine Änderung des „Mac-Mahon-Act“, das die Weitergabe von den Briten anvertrauten amerikanischen Atomgeheimnisse in die BRD ermöglicht hätte, ausschloß.

Nachdem das Projekt einer multilateralen Atomstreitmacht gestorben war, wurde der BRD die Mitarbeit in der Nuklearen Planungsgruppe angeboten, die ab 1968 ihre Tätigkeit aufnahm. Die NPG hat Operationspläne für die taktischen Atomwaffen in Europa ausgearbeitet, wobei es vor allem um die Feststellung der genauen Zeitabschnitte der atomaren Eskalation in Kriegszeiten ging. Der spezifische europäische Beitrag besteht in der Abgrenzung der „flexiblen Antworten“ in einer Eskalationsentwicklung von konventionellen Waffen über minder schwere Atomwaffen bis zum „strategischen Niveau“ massiver Vernichtung.

Zusätzlich wurde 1968 die sog. „Eurogroup“ eingerichtet. Mitglieder sind die europäischen Mitglieder der NATO ausschließlich Frankreich. Die Bildung dieses Gremiums sollte im Rahmen der Strukturveränderungen der Organisation der „atlantischen Gemeinschaft“ den Wunsch der europäischen Bündnispartner entsprechen, den „europäischen Pfeiler“ der NATO „zu stärken“ (NATO-Handbuch).

Die Frage nuklearer europäischer Zusammenarbeit wurde Anfang der 70er Jahre erneut aufgewärmt. Diesmal wurde eine britisch-französische Zusammenarbeit ins Spiel gebracht. Hintergrund war die strategische Aufgabe der jeweiligen nationalen Atomstreitmacht. Der Aspekt bisheriger „nuklearer Aufgabenstellung“, die nationale Unverletzlichkeit zu garantieren, verlagerte sich beständig in Richtung auf eine europäische Aufgabenstellung, im Zusammenhang globaler NATO-Überlegungen. Diese Entwicklung wurde von den Vereinigten Staaten unterstützt, da sie im Zuge zunehmender Aufgabenteilung innerhalb der NATO die „europäische Eigenverantwortlichkeit“ begrüßten (Spitzenkonferenz zwischen USA/Großbritannien/Frankreich). Obwohl in beiden Ländern die jeweils nationalen Führungen (Edward Heath und G.Pompidou) eine derartige Entwicklung befürworteten, scheiterten diese Überlegungen a) an dem Umstand, daß der damalige französische Verteidigungsminister, der Gaullist M.Debre, die offizielle NATO-Strategie nach wie vor ablehnte und b) Frankreich nicht Mitglied der NATO war.

Das Kapitel der Versuche auf europäischer Ebene zur Zusammenarbeit im nuklear-militärischen Bereich zu kommen, war damit keineswegs beendet. Gegen Ende der 70er Jahre wurde eine derartige Möglichkeit erneut aufgegriffen. In dem 1979 erschienenen Buch „Euroshima“ problematisierten französische Wissenschaftler und Militärs diese Frage und plädierten für eine Zusammenarbeit. In französischen Regierungskreisen entwickelten sich ebenfalls Sympathien. Auf britischer Seite gewannen diese Überlegungen wieder an Interesse, nachdem Maggie Thatcher die Regierungsmacht übernommen hatte.

Gleichwohl bildet das mögliche britisch-französische Zusammengehen nicht die einzige Überlegung für eine europäische Atomstreitmacht. Die Zusammenarbeit der BRD mit Frankreich bildete seit Ende der 70er Jahre ebenfalls einen nicht unwichtigen Diskussionsgegenstand.

1979 wurde bekannt, daß der damalige französische Präsident Giscard d'Estaing eine Arbeitsgruppe eingerichtet hatte, die die Möglichkeiten untersuchen sollte, wie schrittweise eine europäische Streitmacht, einschließlich einer europäischen Atommacht, aufzubauen sei. Als Partner war die BRD im Gespräch. Insbesondere technologische und finanzielle Unterstützung, ähnlich wie schon in der ersten Hälfte der 60er Jahre, wurde von einer Beteiligung der BRD erhofft. Seitens der Bundesrepublik wurde eine Beteiligung am Entscheidungsprozeß des Einsatzes von Nuklearwaffen gefordert, wie auch darauf gedrängt, in einer deutsch-französischen Zusammenarbeit keine Alternative zur NATO zu sehen, sondern die Zusammenarbeit als Bestandteil der Verstärkung der NATO zu begreifen. Gleichzeitig sollte Frankreich in die integrierte Kommandostruktur der NATO wieder aufgenommen werden und die „Vorwärts“-Verteidigung der NATO unterstützen müssen.

Hinderungsgrund für eine Realisierung des Projektes bildete auch hier die Bedenken, der Bundesrepublik die Möglichkeit der Verfügungsgewalt von Atomwaffen einzuräumen (siehe zu diesem Komplex „Die NATO-„Nachrüstung“. Etappe auf dem Weg zu einer europäischen Atommacht?“ , Arbeiterkampf 220 u.218).

Die „Schlesinger Doktrin“

Eine Wiederbelebung der nuklearstrategischen Diskussion erfolgte in der ersten Hälfte der 70er Jahre durch den US-Verteidigungsminister James Schlesinger. Dieser versuchte, unter der Begrifflichkeit der „realistischen Abschreckung“ das strategische Potential der USA wieder politisch einsetzbar zu machen, sprich mit dem militärischen Einsatz der nuklearstrategischen Waffen wieder drohen zu können. Eine interministerielle Studiengruppe hatte bereits 1972 die wesentlichen Punkte des neuen Konzeptes herausgearbeitet. Ihre Kritik galt den zu wenig vorhandenen flexiblen Optionen in der US-amerikanischen Zielplanung. Vielmehr sollte „strategische Flexibilität“ erreicht werden, sollten zusätzliche Abstufungen in der strategischen Auseinandersetzung unterhalb der massiven Vergeltung geschaffen werden. Die neue US-amerikanische Zieldoktrin sollte einen Konflikt auf unterer Ebene begrenzen und ohne Eskalationsmechanismus auch dort beenden, dies auf der Ebene der strategischen Kriegsführung.

Mit einem umfangreichen Rüstungsprogramm sollten die Grundlagen für diese strategischen Überlegungen geschaffen werden:

- Zielprogrammierung und Bahnverfolgung der Interkontinental-Raketen,
- Verfügbarkeit aller relevanten Daten in Echtzeit,
- Kenntnis der Lage und Härten der gegnerischen, landgestützten Raketen,
- erhöhte Treffgenauigkeit durch verbesserte Gefechtstechnologien (MIRV-MARV).

Neue Waffensysteme wurden vorbereitet: der B1-Bomber, die MX-Rakete, die „Cruise Missile“, die Pershing II, die Neutronenwaffe und neue U-Boote der „Trident-Klasse“. Für die NATO bzw. für die Bündnispartner der „atlantischen Allianz“ ergaben sich aus diesen „Neuorientierungen“ weitreichende Konsequenzen. So gewann die Forderung nach forcierter konventioneller Aufrüstung mehr Gewicht. Durch die von den USA in Aussicht gestellte Option der

„gesicherten counterforce“ („gesicherter Entwaffnungsschlag“) veränderte sich das bisher gültige Prinzip der „flexible response“, „der Unkalkulierbarkeit des nuklearen Eskalationsrisikos“. Die Begrenzbarkeit in der nuklear-strategischen Option erforderte eine konventionelle Option zur Neutralisierung der konventionellen Streitkräfte des Warschauer Paktes.

Für die Zukunft erforderte dies, daß die NATO in Europa über ein wesentlich erweitertes Spektrum an militärischen Optionen, konventioneller und taktisch-nuklearer Art verfügen mußte als bisher. „Flexible response“ galt es real auszufüllen. (hierzu „Amerikanische Militärstrategie 1945 - 1978“, K.D.Schwarz, S.362-366).

Zeittafel

November 1958 – „Berlin-Ultimatum“ der Sowjetunion. Aufkündigung des „Vier-Mächte“-Abkommens durch die Sowjetunion. Diese lenkt später wieder ein.

1.5.1960 – Über der Sowjetunion wird das US-amerikanische Spionageflugzeug „U 2“ abgeschossen.

27.5.1960 – Militärputsch in der Türkei.

1.7.1960 – Kongo-Konflikt: Belgische Fallschirmjäger-Truppen besetzen ihre ehemalige und erst vor kurzem unabhängig gewordene Kolonie Kongo. Der Präsident der Zentralregierung wird ermordet, ein dem Westen wohlwollend gegenüberstehendes Regime übernimmt nach längeren Auseinandersetzungen die Macht.

17./18.4.1961 – 1400 Exilkubaner, ausgerüstet und finanziert von den USA, landen in der „Schweinebucht“ auf Kuba, werden aber von den Kubanern besiegt.

13.8.1961 – Die DDR sichert ihre Grenze gegenüber der Bundesrepublik und baut die „Berliner Mauer“.

November 1961 – US-Justizminister R.Kennedy beauftragt den CIA mit der Operation „Mongoose“ zum Sturz Castros. Die US-Stabschefs werden beauftragt, detaillierte Interventionspläne für Kuba auszuarbeiten.

18.3.1962 – Algerien wird nach jahrelangem Krieg gegen Frankreich unabhängig.

18.4.1962 – In einer Volksbefragung stimmt die französische Bevölkerung der Unabhängigkeit Algeriens zu.

22.10. - 20.11.1962 – Kuba-Krise. Die Vereinigten Staaten nehmen die Aufstellung sowjetischer Atomraketen zum Anlaß, mit militärischer Intervention gegenüber Kuba und militärischen Handlungen gegenüber der Sowjetunion zu drohen. Gegenüber Kuba wird eine Seeblockade verhängt.

1963 – Die USA erwägen eine militärische Intervention gegen China, um deren Atomrüstungsanlagen auszuschalten.

1.11.1963 – Um ihren Einfluß in Vietnam zu erhöhen, organisiert der US-amerikanische Geheimdienst einen Putsch gegen den bisher von ihnen gehätschelten Diktator von Süd-Vietnam Diem.

Kennedy-Ära 1961 - 63 – In diesem Zeitraum stürzten in den USA ausgebildete Militärs die verfassungsmäßigen Regierungen in folgenden Ländern: Januar 1961 - El Salvador; März 1962 - Argentinien; Juli 1962 - Peru; März 1963 - Guatemala; Juli 1963 - Ecuador; September 1963 - Dominikanische Republik; Oktober 1963 - Honduras. Alle Putsch-Regimes werden anschließend von den USA anerkannt.

Ebenfalls in der Kennedy-Ära erhöhen die USA die Anzahl ihrer „Militärberater“ in Vietnam von 1.000 auf 16.900 Mann.

1964 – Kuba wird mit einem diplomatischen und wirtschaftlichen Boykott belegt. 750 Exilkubaner werden im Kongo und der Dominikanischen Republik für die „Rückeroberung“ Kubas ausgebildet.

1./2.4.1964 – Sturz des linken Präsidenten Goulart in Brasilien und Errichtung einer Militärdiktatur, deren Machtausübung bis in die heutigen Tage reicht.

Anfang August 1964 – „Tonkin-Affäre“. Ein von den USA provozierte Zwischenfall im Golf von Tonkin, vor der Nord-Vietnamesischen Küste, nehmen die USA zum Anlaß, um in den vietnamesischen Bürgerkrieg massiver auf Seiten der Süd-Vietnamesischen Diktatur militärisch zu intervenieren.

Februar 1965 – Die USA eröffnen den Luftkrieg gegenüber Nord-Vietnam.

Ende April 1965 – Ca. 22.000 US-Truppen landen in der Dominikanischen Republik, um ein „zweites Kuba“ zu verhindern. Zuvor hatte das dominikanische Militär Waffen an die Bevölkerung ausgegeben, um den durch rechte Militärs 1963 gestürzten Reformpolitiker Juan Bosch an die Macht zu bringen.

28.7.1965 – Erhöhung der US-Truppenstärke in Süd-Vietnam auf 135.000 Mann. Bis 1968 erhöht sich diese Zahl auf 536.100 Mann. Bis Ende 1967 hatten die USA auf Vietnam schon mehr Bomben abgeworfen als die 1,5 Mio. Tonnen im zweiten Weltkrieg (insgesamt).

Frühjahr 1964 – Kämpfe auf Zypern.

21.4.1967 – Militärputsch in Griechenland.

Juni 1967 – 6-Tage-Krieg im Nahen Osten. Israel überfällt seine arabischen Nachbarn und besetzt in einem Blitzkrieg-Unternehmen die Sinai-Halbinsel, das West-Jordanland und die Golan-Höhen.

20./21.8.1968 – Warschauer Pakt-Truppen besetzen die CSSR und „beenden“ den sog. „Prager Frühling“.

11.9.1973 – In Chile putscht das Militär. Die gewählte Allende-Regierung wird gestürzt, Allende ermordet, eine Jagd nach Linken wird eingeleitet. Einrichtung von Konzentrationslagern.

November 1973 – Erstes Ölembargo der arabischen Erdölförderstaaten, als Druckmittel gegen die westeuropäischen Staaten. Ausgelöst wurde das Embargo durch den Jom-Kippur-Krieg zwischen Israel und seinen arabischen Nachbarn.

20.7.1974 – Zypern-Krise. Krieg zwischen den NATO-Partnern Türkei und Griechenland. Infolge wird die seit 1967 an der Macht befindliche Militärdiktatur in Griechenland gestürzt.

14.8.1974 – Die neue Regierung in Griechenland gliedert die griechischen Streitkräfte aus der NATO aus (bis zum Regierungsantritt von Rallis 1979).

Frühjahr 1975 – Die nordvietnamesischen Truppen und der Vietcong besiegen die USA und die südvietnamesischen Truppen.

25.4.1975 – Revolution in Portugal. Der Diktator wird gestürzt. Portugal wird aus wichtigen NATO-Gremien ausgeschlossen. Die USA üben starken Druck auf die neue Regierung aus.

1978 – Nach einem Aufstand in Shaba (Provinz Katanga/Kongo) greifen belgische, französische und marokkanische Truppen ein und schlagen den Aufstand nieder. Logistisch werden sie von den USA, finanziell von der BRD unterstützt.

(Die o.a.Daten sind aus „Vergessene Interventionen“, Blätter für deutsche und internationale Politik, Nr. 3 u. 4/80, in: NATO-Broschüre, hrsg. Bremer Anti-Nato-Gruppe, 1980; „NATO-Handbuch“, hrsg. NATO-Informationsteilung Brüssel 1982; „Antimilitaristische Informationen“, Heft 12, Dezember 1982)

Krise und Strategieentwicklung

Das Strategiedilemma der NATO

Eine Verstärkung der Bemühungen um eine grundlegende Revision der NATO-Gesamtstrategie lassen sich bis zum Anfang der 70er Jahre zurückverfolgen. Immer deutlicher wurde, daß die US-Nuklearstrategie, auf die sich die Verteidigung Europas und der USA stützte, unrealistisch und damit unglaublich geworden war. Hinter der gerade erst durchgesetzten und „endlich“ von europäischen und amerikanischen NATO-Partnern nach außen hin einig vertretenen Strategie der flexible response verbargen sich von Anfang an unterschiedliche Interpretationen (vgl. dazu: Wellmann, *ami* 7/83, S.III 107):

— Die USA hatten ein massives Interesse daran, den Einsatz strategischer Atomwaffen im Rahmen der flexiblen Kriegsführung in Europa nach Möglichkeit überflüssig zu machen oder ihn zumindest zu verzögern. Ein strategischer Schlag gegen die SU wäre der letztmögliche Schritt gewesen, der zudem von dieser massiv vergolten, also mit der nuklearen Verwüstung der USA beantwortet worden wäre. Die Drohung damit war also wenig glaubhaft.

Deshalb sollten die europäischen NATO-Streitkräfte in konventioneller Kriegsführung den Warschauer Vertragsgruppen die militärischen Erfolgsaussichten verweigern („deterrence by denial“). Aus diesem Grund forderten amerikanischen Politiker von den Europäern immer wieder eine

Verstärkung und Verbesserung ihrer Fähigkeiten, Europa konventionell zu verteidigen (wie der damalige US-Präsident Nixon 1970). Zu diesem Zeitpunkt begannen auch die Studien an dem 1981 vorgestellten Konzept „Airland-Battle and Corps 86“ durch das US-Army Training and Doctrine Command (TRADOC) (vgl. Mechttersheimer 1984, S.34). Diese aggressive Doktrin, die für die US-Streitkräfte in Europa bereits Gültigkeit hat und mit den anderen Verbündeten in Manövern geprobt wird, ist also keineswegs Ausdruck einer völlig neuen „harten“ US-Politik, sondern sie verwirklicht schon in Zeiten der „Entspannungspolitik“ begonnene Planungen.

— Die Europäer gingen im Gegensatz dazu von der Bereitschaft der USA aus, frühzeitig ihr strategisches Potential ins Spiel zu bringen, um durch die „Bestrafung“ oder die Drohung damit die UdSSR und ihre Vertragspartner von der Fortführung des Krieges abzuschrecken („deterrence by punishment“).

Beide Interpretationen führten früher oder später an einen Punkt, der genau der alten Doktrin der massiven Vergeltung entsprach — die Drohung mit dem „großen Knüppel“ des strategischen Atomwaffenpotentials der USA. Das Dilemma benannte z.B. Elmo Zumwalt, Ex-Admiral und Vorsitzender der Vereinigten Stabschefs: „Wir können dem Gegner keine Abfolge von Eskalationsschritten mehr androhen, die er mehr zu fürchten hätte als wir“ (nach Bittorf, *SPIEGEL* 8/83).



Die Ministertagung der EUROGROUP unter Vorsitz des britischen Verteidigungsministers Heseltine im NATO-Hauptquartier in Brüssel

Die fehlende Glaubwürdigkeit der Nukleardrohung gegenüber der Sowjetunion ließ auch die Nuklearstrategie der USA für ihre europäischen Verbündeten unglaublich werden. „Das Vertrauen in die amerikanische Militärführung war an einem Tiefpunkt angelangt“, schluchzt der bürgerliche Militärtheoretiker Schwarz (Schwarz 1980, S.361).

MAD oder NUTS? *)

Die Voraussetzungen an eine glaubhafte, weil anwendbare Nuklearstrategie wurde unter Nixon vor allem durch dessen Verteidigungsminister Schlesinger formuliert. Eine schrittweise Änderung der Doktrinen begann – gemäß der schon 1959 angesichts des atomaren Patts von Kissinger formulierten Maxime: „Eine strategische Doktrin soll Macht in Politik umsetzen“ (Schwarz, S.246)

Ziel war es, der Sowjetunion bei erfolgloser konventioneller, regionaler Verteidigung eine Stufenfolge von Atomschlägen androhen zu können, die ihr den Nutzen des Aufgebens größer erscheinen ließ als das Risiko der atomaren Vergeltung gegen das Territorium der USA, weil letzteres zu ihrer völligen Vernichtung durch die amerikanische massive Vergeltung geführt hätte.

In Nixons Doktrin der Selektivität und Flexibilität wird konsequent die Forderung nach größerer Zielgenauigkeit der US-Atomwaffen aufgestellt, um mit gezielten Schlägen gegen begrenzte Ziele den Gegner zum Nachgeben zu zwingen, ohne daß der Krieg bis zur beiderseitigen nuklearen Verwüstung weitergeführt wird (Aldridge 1984, S.36 f.). Schlesinger präziserte diese Vorgaben in seiner „Politik der realistischen Abschreckung“: Er verkündete den Abschied von der Doktrin der gesicherten Zerstörung des gegnerischen Territoriums („MAD“, s.o.) und plädierte dafür, die dadurch „frei“ werdenden strategischen Atomwaffen für abgestufte Schläge unterhalb der Schwelle der massiven Vergeltung („limited nuclear options“) einzuplanen. Gemäß seiner „counterforce“-Doktrin sollten sie gezielt u.a. gegen sowjetische Militäreinrichtungen eingesetzt werden. Das Ziel der Begrenzbarkeit des Krieges auf einer unteren Stufe sollte erreicht werden „in der Verknüpfung von effektiver Gegenabschreckung... und der Fähigkeit zu kontrollierter Eskalation“ (Schwarz, S.364). Die Glaubwürdigkeit dieser Zieldoktrin hängt wesentlich von den vom Gegner wahrgenommenen technischen Möglichkeiten – also Waffensystemen – ab. Die USA gingen also daran, die zur Verfügung stehende Militärtechnologie zu verbessern und neue Waffensysteme vorzubereiten, die insbesondere durch eine erhöhte Treffgenauigkeit zur begrenzten strategischen Kriegsführung geeignet sein sollten. Die Forschungs- und Entwicklungsarbeiten für die heute z.T. bereitstehenden Waffensysteme wie die Pershing II (besonders dessen zielgenaues Endanflugsystem), die Cruise Missiles, die MX etc. begannen in dieser Zeit oder bekamen eine besondere Dynamik (zur Entwicklung von Pershing und Cruise Missiles vgl. u.a. Bittorf 1982, S.21 f.).

Besonders deutlich wurde die „Wende“ von der Abschreckungsideologie zur Kriegsführungsstrategie, als Schlesinger 1975 ankündigte, die USA würden „den ‚Ersteinsatz‘ nuklearer Waffen in Betracht ziehen... um einen großangelegten, konventionell vorgetragenen Vormarsch... in Europa zu stoppen“ (Aldridge, S.40).

*) MAD: Abkürzung für die alte Strategie mutual assured destruction, NUTS: für nuclear utilization strategy, nukleare Anwendungsstrategie. Die deutsche Bedeutung der beiden Abkürzungen: verrückt

Voraussetzung dafür ist jedoch, daß die konventionellen Streitkräfte der NATO in Europa in der Lage sind, den Bodentruppen der WVO wirkungsvoller zu begegnen. Dies war – neben der Glaubwürdigkeit der Nuklearstrategie – das zweite Kernproblem der NATO: Wenn durch Eröffnung einer glaubwürdigen Strategie der begrenzten nuklearen Optionen die Kriegsführung mit atomaren Waffen insgesamt wieder möglich wird, steigt die Bedeutung der konventionellen Streitkräfte für das Austragen bewaffneter regionaler Konflikte z.B. in Europa. Da dem Gegner nach der neuen Doktrin „nur“ ein begrenzter Schaden durch Atomwaffen angedroht oder zugefügt werden soll, müssen zunächst und vor allem die konventionellen Boden- und Luftstreitkräfte eingesetzt werden. Bei einem zu frühzeitigen Einsatz von begrenzten Atomschlägen bleibt wieder nur die Möglichkeit der nuklearen Eskalation und letztendlich der massive retaliation.

Der „alte“ Zielkonflikt zwischen den Europäern und US-Amerikanern bleibt also bestehen, solange die Forderung nicht eingelöst ist, daß die europäischen NATO-Partner die Möglichkeiten zur tatsächlichen „flexibility in response“ besitzen.



Bekanntlich wird dieser Streit in der Öffentlichkeit seit langem geführt; im wesentlichen finanzielle Gesichtspunkte werden bemüht, um eine stärkere „europäische Verantwortung“ im konventionellen Bereich als nicht leistbar darzustellen. Die Entstehung und Behandlung der Doktrin „Air-Land-Battle“ und deren für die europäischen NATO-Streitkräfte 1985 beschlossene Fassung des Konzepts der „follow-on-forces-attack“ (FOFA) zeigt jedoch: Schon in den 70er Jahren gab es – vor allem, aber nicht nur – zwischen Vertretern der damaligen CDU-Opposition und der US-Administration konkrete Überlegungen in Richtung auf eine Verbesserung der konventionellen Kriegsführung in Europa. Wörner, Dregger u.a. äußerten sich in einem Papier 1977 in diesem Sinne, 1979 erschien eine Schrift des Bundeswehr-Generals Schulze mit dem Titel „Vorneverteidigung im Zusammenwirken von Land- und Luftstreitkräften“ (Mechtersheimer, S.57, taz-Sondernr.).

Airland-Battle und FOFA sind tatsächlich keine Abkehr von der NATO-Strategie der flexible response, wie von einigen Sozialdemokraten beklagt wird, sondern deren logische Ausformulierung. Einen ersten Schritt in diese Richtung stellte das 1977 verabschiedete NATO-Langzeitprogramm dar, in dem sich die Forderungen nach Verbesserung der Logistik, der Einsatzbereitschaft und der Verkürzung der Reaktions- und Mobilisierungszeiten niederschlugen (Müller, ami 12/82, S.III-182).

Als ein Vorschlag in diesem Zusammenhang der Verbesserung der Fähigkeiten der konventionellen Truppen in Europa ist auch Carters Neutronenbombe zu sehen: Diese „saubere“ Atomwaffe ist, weil sie Lebewesen tötet, aber keine großen materiellen Verwüstungen verursacht, geeignet, die Bodentruppen der Warschauer Vertragsstaaten zu stoppen, ohne die Auseinandersetzung auf die Ebene eines allgemeinen nuklearen Schlagabtauschs zu eskalieren.

Der Übergang zur „neuen“ Globalpolitik

Die Bestrebungen, aus der „Selbstabschreckung“ unter dem nuklearen Patt auszubrechen und die Führbarkeit von Kriegen vorzubereiten, bekamen angesichts der weltpolitischen Entwicklungen in den 70er Jahren eine besondere Dynamik: Immer deutlicher wurde, daß die Nixon-Doktrin wenig brauchbar war für die Aufrechterhaltung der US-amerikanischen Vormachtstellung in der Welt. Die regionalen Stellvertreter-Regime, an die die USA und andere kapitalistische Staaten die Verwaltung ihrer wirtschaftlichen und politischen Interessen delegiert hatten, konnten dem Druck der Emanzipationsbewegungen in den Ländern der sog. „3. Welt“ nicht standhalten:

- Die in der ideologisch übertriebenen „Ölkrise“ sichtbare werdende Politik von Ölförder-Ländern, sich ihre Preise nicht mehr von den USA und europäischen Verbraucherstaaten diktieren zu lassen, wurde zum Anlaß genommen, militärische Interventionen in diesen Ländern zu fordern und schon zu proben. Der Aufbau einer amerikanischen „Feuerwehr-Truppe“ wurde in Form der „Schnellen Eingreiftruppe“ (RDF – Rapid Deployment Force) vorangetrieben.
- Nach der Befreiung ehemals portugiesischer Kolonien (Angola etc.) in Afrika wurde innerhalb der NATO laut über eine Erweiterung ihres Einsatzgebietes nachgedacht. Forderungen nach einer effektiveren Arbeitsteilung wurden aufgestellt.
- Nach dem Sturz des Schah im Iran wurde durch Carter der persische Golf zur amerikanischen Interessenszone erklärt („Carter-Doktrin“) und die Wende zur offenen, globalen Interventionspolitik eingeleitet (nach Schulze-Mar-meling, 1982, S.6).
- Die Eröffnung einer „neuen Globalstrategie der USA fand in verschiedenen militärischen Maßnahmen, Planungen und Überlegungen ihren Ausdruck:
- Die USA strebten an, die Möglichkeiten wiederzuerlangen, in drei unterschiedlichen Regionen Kriege führen zu können (vorher galt das Konzept des „1 1/2-Kriege“), der Aufbau von Schnellen Eingreiftruppen wurde forciert.
- Im Bündnis mit den anderen NATO-Partnern mußte nach einer gemeinsamen arbeitsteiligen Strategie gesucht werden, um die weltweiten militärischen Einsatzoptionen effektiver aufeinander abzustimmen, die USA von anderen Aufgaben zu entlasten etc.

Nicht zuletzt war es notwendig, die Bestrebungen nach einer glaubhaften, führbaren und gewinnbaren Strategie des Atomwaffeneinsatzes zu einem für alle Verbündeten annehmbaren Erfolg zu bringen.

Die unter Carters Verteidigungsminister Brown formulierte und später durch Caspar Weinberger weiterentwickelte Strategie der „horizontalen Eskalation“ plant den Einsatz von Atomwaffen gegen die Sowjetunion in der militärischen Lösung regionaler Konflikte z.B. in der Ölregion mit ein. Bei einer Intervention in Krisengebieten sollte einem sowjetischen Eingreifen dadurch begegnet werden, daß diese an anderer Stelle – gedacht ist im wesentlichen

an die westeuropäische Zentralfront – mit punktzielgenauen Atomschlägen gegen begrenzte, wichtige Ziele bedroht und damit in Schach gehalten wird. (Geprüft wurde dieses Konzept annäherungsweise anläßlich der sog. „Geiselfreiung“ im Iran, als die USA ihre in Großbritannien stationierten Atombomber F-111 vorsorglich Richtung Osten starten ließen, vgl. Bittorf, SPIEGEL 9/83.)

Die für derartige „Nadelstiche“ gegen die Sowjetunion geeigneten Waffen befanden sich seit langem im Entwicklungsstadium, die Einführung dieser neuen Waffensysteme Pershing II und Cruise Missiles wurde nun behutsam vorbereitet. In der Geschichte des NATO-Doppelbeschlusses von 1979 und der zur Zeit erfolgenden Stationierung dieser Waffen findet sich der Versuch wieder, den unterschiedlichen Interessen der USA auf der einen und Europas auf der anderen Seite gerecht zu werden.

– Die amerikanische Nukleargarantie für Europa war endgültig erschüttert. Helmut Schmidt in seiner berühmten Londoner Rede am 28.10.1977: „Durch SALT neutralisieren sich die strategischen Nuklearpotentiale der USA und der Sowjetunion“ (nach Bittorf, S.77). Und Bittorf erläutert weiter: „Wenn die strategischen Waffen der beiden Supermächte einander neutralisieren, dann sind diese von den Salt-Abkommen erfaßten strategischen Waffen nur noch dazu gut, einen Angriff der einen Supermacht auf die andere abzuwehren“. In Europa stationierte amerikanische Atomwaffen, die von ihrer Reichweite geeignet waren, sowjetisches Territorium zu bedrohen, wären in der Lage, Europa wieder an den „Schutzschirm“ der USA anzukoppeln. Im Rahmen einer neu verstandenen Risikoteilung sollte ein in Europa stattfindender Krieg auf Europa begrenzt werden, die strategischen Atomwaffen der USA erst bei Bedrohung ihres Territoriums eingesetzt werden.

– Für die USA bekamen die neuen Waffen den Sinn, neue Stufen im Rahmen eines Eskalationskonzeptes zu schaffen, das den Einsatz strategischer Waffen hinausschieben oder überflüssig machen sollte. Die Pershing II ist die Waffe, die am ehesten geeignet ist, die zuerst von Schlesinger geforderten punktzielgenauen Einsätze gegen sowjetische Militäranlagen etc. durchzuführen. Im Rahmen des Konzepts der „horizontalen Eskalation“ im Falle des militärischen Eingreifens in außereuropäischen Regionen sollte die Drohung mit dem Einsatz dieser Waffen die Sowjetunion zum Stillhalten zwingen.

Nur die Landstationierung dieser neuen Waffen, also die Tatsache, daß sie – obwohl im amerikanischen Besitz – auf dem Territorium der Verbündeten stationiert waren, bot die Chance, den Krieg auf Europa zu beschränken. Der Einsatz von U-Boot-gestützten Waffen z.B., die es ja bereits gab, bot der Sowjetunion nun die Möglichkeit, ihr strategisches Potential zur Vergeltung gegen das Territorium der USA zu richten, was mit ihrer eigenen Vernichtung durch die amerikanischen Zweitschlagswaffen beantwortet worden wäre.

Neben ihrer Bedeutung in diesem Zusammenhang fanden die neuen Waffensysteme – neben Pershing II und Cruise Missiles vor allem die ebenfalls zielgenaue und zum Zweitschlag fähige MX-Rakete – in der Konzeption einer anwendbaren Kriegsführungsstrategie ihren Platz, wie sie in Carters Presidential Directive 59 ihren Ausdruck fand. Ziel dieser Strategie, die US-Verteidigungsminister Brown als „letzten Schritt aus der massive retaliation“ bezeichnet hat, soll sein, die UdSSR als lebensfähigen Staat vernichten zu können. Dies sollte durch punktzielgenaue „Enthauptungsschläge“ erreicht werden; die UdSSR sollte danach nur noch die Wahl haben, zu kapitulieren und sich den jeweiligen politischen Vorstellungen der USA zu beugen, oder die Eskalation durch ihre strategischen Waffen weiterzuführen

und danach wahrscheinlich völlig vernichtet zu sein (vgl. Korkisch, ÖMZ 4/83, S.316; Aldridge, S.43).

Dieses Konzept, das von den USA und ihren Verbündeten die strategische Überlegenheit und Fähigkeit, jede mögliche Stufe des Konflikts zu dominieren verlangt, wurde unter Reagan fortgeschrieben und militärisch in die Tat umgesetzt. Das 1982 bekannt gewordene „Leitliniendokument“ des Pentagon (New York Times vom 30.5., veröffentlicht in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 8/82) enthält die detaillierte Planung eines solchen längerandauernden Krieges mit der Sowjetunion.

Das 1983 von Reagan verkündete „star wars“-Programm soll auf zweifache Weise dazu beitragen, die nukleare Kriegsführungsstrategie abzusichern:

- Eine wesentliche technologische Verbesserung und Weiterentwicklung der satellitengestützten Aufklärungs- und Kommunikationssysteme soll schnelle, flexible und zielgenaue Einsätze in allen Teilen der Welt ermöglichen.

- Ein weltraumgestütztes Raketenabwehrsystem, das sowjetische Atomwaffen quasi unbrauchbar macht, würde die USA in die Lage versetzen, relativ unbedroht durch die SU militärische Aktionen überall auf der Welt durchzuführen und letztlich auch die SU politisch zu lähmen.

der für die US-Streitkräfte gültigen Doktrin Airland-Battle.

Airland-Battle und das darauf basierende amerikanische Field Manual 100/5 ziehen darüberhinaus noch den Einsatz von atomaren Waffen im Verlauf der konventionellen Auseinandersetzung ins Kalkül (vgl. dazu insbesondere: Die Grünen im Bundestag, Angriff 1984; Militärpolitik Dokumentation, Heft 34/35 1983, Mechttersheimer 1984).

„Mit der wachsenden Begrenzbarkeit der Kriegsführungspotentiale verlieren die Atomwaffen ihren Schrecken als Werkzeuge eines atomaren Weltunterganges“ (Mechttersheimer, S.32). Die Führbarkeit von Kriegen erfordert die Entwicklung einer führbaren Gesamtstrategie in allen Bereichen der NATO-Streitkräfte: „Deshalb muß die Aufwertung der Verteidigung im gesamtstrategischen Konzept der NATO durch die Entwicklung einer differenzierten Skala taktisch-nuklearer Gefechtsfeldoptionen zur Absicherung und Verstärkung der konventionellen Verteidigung ergänzt werden. Entscheidend dabei ist, daß die konventionellen und nuklearen Optionen im Zusammenhang zu sehen sind“ (Schwarz, S.366). Diesen Zusammenhang liefert die Airland-Battle-Doktrin für die amerikanischen und das FOFA-Konzept für die gesamten NATO-Streitkräfte in Europa.



Die drei obersten NATO-Oberbefehlshaber – v.l.n.r. General Rogers, Oberster Allierter Befehlshaber Europa; Admiral Wesley McDonald, Oberster Allierter Befehlshaber Atlantik; Admiral Sir William Staveley, Allierter Oberbefehlshaber Ärmelkanal

Auch in Europa: Die „war fighter“ gehen in die Startlöcher

Während unter insbesondere Carter und Reagan die Bemühungen verstärkt wurden, das nuklearstrategische Grundproblem der NATO in Richtung auf Eröffnung von Kriegsführungsoptionen zu lösen, wird auch das damit verknüpfte Problem einer verstärkten und effektiveren Kriegsführungsfähigkeit für das europäische Schlachtfeld in Angriff genommen. Das europäische Dilemma wurde weiter oben beschrieben.

„Die konsequente Einlösung des bisher lediglich verbalen Anspruchs der NATO-Doktrin auf ‚flexibility in response‘“ (Schwarz, S.366) wurde auf der Ebene der Doktrinen und Konzepte insbesondere entlang des sog. „Rogers-Plans“ diskutiert: Der europäische NATO-Oberbefehlshaber fordert darin eine massive Verstärkung der konventionellen Fähigkeiten des Bündnisses in Europa, um in der Lage zu sein, schnelle (Gegen?-)Angriffsoperationen tief in den gegnerischen Raum durchführen zu können. Dadurch soll der Einsatz atomarer Waffen hinausgezögert bzw. überflüssig gemacht werden. Diese Vorstellungen finden sich in dem inzwischen für die NATO gültigen Konzept FOFA (follow-on-forces-attack) wieder und entsprechen den Richtlinien

Die konkrete Umsetzung dieser Kriegsführungskonzepte erfolgt auf der Ebene der Entwicklung und Beschaffung neuer Waffensysteme, die auch in der Bundesrepublik massiv vorangetrieben werden (vgl. dazu u.a.: Die konventionelle Aufrüstung für die 90er Jahre, Hrsg.: Borgmann u.a., 1984).

„Die ganze Welt ist Sache der NATO“ (Alexander Haig)

Die globalen Interessen der NATO-Staaten verlangen die Fähigkeit, überall militärisch in der Lage zu sein, diesen auch Nachdruck zu verleihen. Voraussetzung für die Eröffnung neuer globaler Interventionsfähigkeiten war die Lösung des nuklearstrategischen Dilemmas der USA auf der einen Seite und die damit verbundene Lösung des Problems, auch für die europäischen NATO-Streitkräfte Kriegsführungsoptionen zu eröffnen, auf der anderen Seite.

Darüberhinaus verlangt die nach dem Zusammenbruch der Nixon-Doktrin verstärkte Hinwendung zu einer neuen globalen Eindämmungspolitik den Umbau von Verantwortlichkeiten innerhalb des gesamten Bündnisses (s.o.). Schon früh in den 70er Jahren verlangten die USA eine Entlastung angesichts der Bereitschaft, in außereuropäischen Regionen militärisch zu intervenieren.



Trotz zum Teil erheblich konkurrierender Interessen der NATO-Staaten vor allem im weltwirtschaftlichen Bereich eint sie ein gemeinsames Interesse an der grundlegenden Absicherung der existierenden weltwirtschaftlichen Struktur und des darauf basierenden politischen Systems. Da die offizielle Ausdehnung des NATO-Geltungsbereichs und vor allem die Beteiligung westdeutscher Truppen an sog. „out of area“-Einsätzen politisch vorerst nicht opportun schien (vgl. Schulze-Marmeling 1982), wird die globalorientierte Umstrukturierung des Bündnisses im Rahmen eines arbeitsteiligen Konzepts vorangetrieben.

In der sog. Direktorenstudie wurde 1981 vorgeschlagen, „eine arbeitsteilige Politik einzuschlagen, mit der die Hauptlast für die Aufstellung einer schnellen Eingreiftruppe auf die Vereinigten Staaten fällt, während die Europäer einen gewissen Beitrag leisten..., und/oder Unterstützung für die amerikanische schnelle Eingreiftruppe bereitstellen, sich um Verstärkung bestehender westlicher Stützpunkte ... bemühen und ... die Möglichkeit schaffen, daß amerikanische Ressourcen für den mittleren Osten freigesetzt werden“ (Autoren der Studie waren die Direktoren der vier führenden außenpolitischen Forschungsinstitute der USA, Frankreichs, Großbritanniens und der BRD; hier nach einem Teilabdruck in AIB Sonderheft 2/84, S.52).

Die Voraussetzungen für dieses arbeitsteilige, globalstrategische NATO-Gesamtkonzept werden seit Beginn der 80er Jahre geschaffen, einige Stichworte mögen genügen:

- Der im NATO-Langzeitprogramm beschlossene Umbau der militärischen Infrastruktur wird vorangetrieben.
- Das 1982 zwischen der BRD und den USA abgeschlossene Wartime Host Nation Support-Abkommen regelt die zivile und militärische Unterstützung von zusätzlichen im Kriegsfall eingeflogenen Verstärkungstruppen der USA. Da diese von den Truppen der RDF faktisch nicht unterscheidbar sind, gilt dies auch für die Unterstützung bzw. den Einsatz von aus Europa in anderen Regionen eingesetzten Truppen (Mechtersheimer, S.53).

– Im Rahmen der POMCUS-Maßnahmen (Prepositioned Overseas Material Configured in Unit Sets) wird schweres Kriegsgerät für diese Truppen bereits jetzt in Europa eingelagert (vgl. Die Grünen ..., S.A39 ff.).

Ähnliche Abkommen wurden/werden mit anderen europäischen NATO-Staaten abgeschlossen.

Das Konzept der globalen Arbeitsteilung wird am deutlichsten in der amerikanischen Studie *Airland Battle 2000* beschrieben, das – neben einer Fortentwicklung der Einsatzgrundsätze für die nach *Airland Battle* kämpfenden Bodentruppen in Europa – Anlässe zum Handeln außerhalb des Geltungsbereichs des NATO-Vertrags benennt (Abdruck u.a. in *Militärpolitik Dokumentation* Heft 34/35).

Eine Weiterentwicklung der arbeitsteiligen Politik innerhalb der NATO findet sich in der Diskussion um die „Europäisierung“. Dabei wird der konsequentere Ausbau des „europäischen Pfeilers der NATO“ als Entlastung der USA von hiesigen Verpflichtungen gefordert (vgl. Artikel in diesem Heft). Erste Konsequenzen wurden mit der Wiederbelebung der Westeuropäischen Union (WEU) gezogen.

Auch die Diskussion um „out of area“-Aktionen und Forderungen nach einer Ausweitung des Operationsgebietes des Bündnisses werden in diesen Planungen berücksichtigt: Nachdem bereits 1980 der Aktionsradius der Bundesmarine ausgedehnt wurde, beschloß auch die WEU ein abgestimmtes militärisches Vorgehen bei Anlässen außerhalb ihres Geltungsbereiches.

Probleme und Widersprüche bleiben

Die dargestellte Entwicklung der NATO-Strategie vollzieht und vollzog sich nicht gradlinig, sondern als Auseinandersetzung unterschiedlicher Vorstellungen und Kompromißversuche divergierender Interessen sowohl innerhalb der einzelnen Staaten als auch untereinander. In ihrer grundsätzlichen Zielsetzung – die militärische Umsetzung und Durchsetzung politischer Ziele auch im Atomzeitalter zu gewährleisten – unterscheiden sie sich nicht.

So gibt es in den USA neben den zur Zeit dominierenden „war planners“, die auf die Führbarkeit und Gewinnbarkeit von atomaren Auseinandersetzungen vorbereiten, eine eher „atompessimistische“ Strömung, die eine Begrenzbarkeit von Atomkriegen für ausgeschlossen hält. So forderten etwa die US-Politiker McGeorge Bundy, George F. Kennan, Robert S. McNamara und Gerard Smith in einem gemeinsamen Aufsatz aus diesem Grund den Verzicht auf den Ersteinsatz von Atomwaffen. Gleichmaßen um die militärische Handlungsfähigkeit des Bündnisses bemüht, fordern sie stattdessen den konsequenteren Ausbau der konventionellen Streitkräfte, um den Einsatz von Atomwaffen, auf die auch sie als letzte Drohung nicht verzichten wollen, überflüssig zu machen (vgl. dsm, AK244 oder Bauer, ami 7/83, S.III 130 ff.). Diesem Vorschlag, der die grundsätzlichen Bestrebungen nach Kriegsführungsoptionen nicht infrage stellt, haben sich z.B. Sicherheitspolitiker der westdeutschen Sozialdemokratie angeschlossen.

Auch hinter der derzeit scheinbar geschlossenen Front der Pentagon-Strategen verbergen sich unterschiedliche Ansätze: Unter dem Eindruck der für die USA sinkenden Bedeutung des europäischen Wirtschaftsraumes und der steigenden Bedeutung der pazifischen Region ruft eine Fraktion von „Globalisten“ nach einer stärkeren Konzentration auf den Ausbau der Seestreitkräfte, um auch in diesem Teil der Welt militärisch präsent zu sein. Darüberhinaus „sieht man in Washington die Wahrscheinlichkeit viel größer, daß Dritte-Welt-Konflikte die amerikanischen Interessen berühren, als daß der Warschauer Pakt die NATO direkt angreift“ (Komer, Europa-Archiv 8/84, S.256). Auch wenn es zunächst richtig ist, daß die Stärkung des europäischen Pfeilers der NATO der Effektivierung der Gesamtstrategie des Bündnisses dient, entsprechende Forderungen seitens der USA also nicht unbedingt als Zeichen von Abkopplungstendenzen der USA von Europa zu bewerten sind, gibt es in Teilen der US-Strategen diesen Trend zum „Unilateralismus“. Überlegungen in den USA, sich verstärkt auf die eigenen Kräfte zu stützen oder sich „auf eine vorrangig maritime Strategie hinzubewegen, die unvermeidlich den amerikanischen Beitrag zur konventionellen Verteidigung der NATO schwächen wird“ (Komer, S.258), sollen sicherlich auch den Druck auf die Europäer erhöhen, ihre Kriegsführungsfähigkeiten zu stärken.

Andererseits zeigen sie, daß der grundlegende Widerspruch innerhalb der NATO, der sich aus der unterschiedlichen geostrategischen Lage erklären läßt, weiterbesteht: Inwieweit können sich die Europäer – vor allem die Bundesrepublik – darauf verlassen, daß die USA im Falle eines europäischen Krieges ihr Atomwaffenpotential für die Europäer einsetzen und damit ihr eigenes Territorium potentiellen nuklearen Gegenschlügen der Sowjetunion preisgeben?

Dieses Problem hatte schon zum Austritt Frankreichs aus den militärischen Strukturen der NATO und zum Aufbau der französischen force de frappe geführt. Die derzeitige Entwicklung scheint mit der Realisierung von glaubwürdigen Kriegsführungsmöglichkeiten der europäischen NATO-Streitkräfte und der Eröffnung realistischer Nuklearoptionen durch die USA das Problem zu lösen. So arbeitet auch Frankreich inzwischen wieder begeistert an der Planung und Umsetzung neuer militärischer Handlungsmöglichkeiten innerhalb der NATO mit.

Der grundsätzlich jedoch weiterschwelende Widerspruch birgt die Gefahr in sich, daß die BRD ersuchen wird, sich eigene Atomwaffen zu verschaffen, um dadurch ein handfestes Mittel in der Hand zu haben, mit dem sie den Einsatz der alliierten Atomwaffensysteme mitbestimmen kann.

Johannes Massolle

Literatur

- W.Bittorf: Nachrüstung, Reinbek 1981
- W.Bittorf: Raketen töten nicht – Menschen töten. SPIEGEL 8 u.9 vom 21.2.bzw. 28.2.1983
- A.Mechtersheimer: Zeitbombe NATO, Köln 1984
- R.C.Aldridge: Erstschock! München 1984
- K.-D.Schwarz: Sicherheitspolitik, Bad Honnef 1980
- Borgmann u.a. (Hrsg.): Die konventionelle Aufrüstung für die 90er Jahre, Kassel 1984
- Militärpolitik Dokumentation, Heft 34/35, Frankfurt 1983
- Die GRÜNEN im Bundestag (Hrsg.): Angriff als Verteidigung, Bonn/Hamburg 1984
- Antimilitarismus-Kommission KB Göttingen: NATO zwischen Manöver und Krieg, Göttingen o.D.
- AIB Sonderheft 2/84: Airland battle und die Rolle der Bundesrepublik, Dortmund 1984
- antimilitarismus information (ami) Heft 12/82: NATO Geschichte, Strategie, Politik, Westberlin 1984
- ami 7/83: Konventionelle Rüstung, Westberlin 1983
- Koordinationskreis 3.Welt (Hrsg.): 1.2.3.Welt, Bonn o.D.
- C.Wellmann: Konventionalisierung der NATO-Strategie, in: ami 7/83
- die tageszeitung, Sondernummer zu airland battle etc. April 1984
- H.Müller: Die Schnelle Eingreiftruppe der USA, in: amis12/82
- D.Schulze-Marmeling: BRD und NATO Militärstrategie, in: KK3W (Hrsg.), S.6
- F.Korkisch: Die Nuklearstrategie der USA, in: Österreichische Militär Zeitschrift, Heft 4/1983, S.312-320
- Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 8/82
- H.Bauer: Das No-First-Use-Konzept, an: ami 7/83
- dsm: Die atomare Sackgasse und die Zukunft der NATO, in: Arbeiterkampf Heft 244, 1984
- R.W.Komer: Sicherheitsfragen zwischen den Vereinigten Staaten und Europa, in: Europa-Archiv, Folge 8/84, S.249 - 268

Bericht über Spanien an den END



Felipe Gonzales und Willy Brandt — beide verbindet nicht nur die Sozialistische Internationale, sondern auch das Festhalten am transatlantischen Bündnis

Gemeinsame Vorlage verschiedener spanischer Friedensgruppen für den END, November 1984, Übersetzung aus dem Englischen

Am 23. Oktober 1984 legte der Präsident der spanischen Regierung, Felipe Gonzales, seine Position zur Frage des spanischen NATO-Beitritts dar. Er empfahl der Opposition ein 10-Punkte-Programm, mit dem ein Konsens über die spanische Verteidigungs- und Außenpolitik erreicht werden sollte. Laut Gonzales ist „Spanien, als ein Staat, der zur Gemeinschaft Washingtons gehört, ein Mitglied der NATO und nimmt an deren Institutionen teil“. Er fügte hinzu: „Nach meiner Meinung bildet diese Position den besten Ausgangspunkt für eine politische Diskussion und ist voraussichtlich die, die den wahrscheinlichsten Konsens beinhaltet“ und, daß falls dieser Konsens besteht, „er sich nicht im Gegensatz zu dem erwähnten Vertrag befindet“. Nach seiner Meinung muß Spanien nicht Teil der militärischen Integration der NATO werden.

Seine weiteren Vorschläge waren: eine stetige Verminderung von US-Truppen auf spanischem Territorium; die Verfestigung einer nicht-atomaren Politik in Spanien, wie es vom Parlament entschieden ist; den Vertrag über die Nichtverbreitung von Atomwaffen im Moment nicht zu unterzeichnen; über die Mitgliedschaft Spaniens in der WEU zu verhandeln; zusätzlich zur Mitgliedschaft in der NATO in Richtung der Souveränität Gibraltars zu arbeiten; sich um die Kandidatur Spaniens in den UN-Abrüstungsausschuß zu bemühen; die Entwicklung bilateraler Vereinbarungen

zur Verteidigungszusammenarbeit mit anderen westeuropäischen Ländern; und einen Konsens über die Verteidigung „auf interner und externer Ebene“ zu erzielen, was das Zustandekommen eines strategischen Plans voraussetzen würde.

Diese Vorschläge, die weder von der Coalicion Popular (einer parlamentarischen Gruppe des rechten Flügels, die die meisten Abgeordneten nach der PSOE — der spanischen sozialistischen Partei — stellt) noch von anderen mit-rechts Fraktionen des Parlaments abgelehnt werden, beinhalten einen langen politischen Prozeß, in dem die PSOE ihre politische Position grundlegend geändert hat.

1982, als die UCD (Vereinigung der Demokratischen Mitte) in der Regierung saß, widersetzte sich die PSOE der spanischen NATO-Mitgliedschaft. Wie auch immer, der Wandel ihrer Position ist nicht bloß eine Frage einer Änderung der politischen Strategie als Regierungspartei, als vielmehr das Resultat einer generellen Entwicklung hin zur Integration Spaniens in internationale militärische Anforderungen.

Vereinbarungen mit den USA

Es ist oft festgestellt worden, daß Spanien ein neutrales Land war, bevor es das 16. Mitglied der NATO im Mai 1982 wurde. In Wirklichkeit verlor Spanien den Anschein von Neutralität auf der Ebene internationaler Militärpolitik, nachdem es in Verteidigungsplänen der USA auftauchte und den Vertrag mit Washington 1953 unterzeichnete. Spanien wurde Teil der „Ratford-Linie“, einer Kette von US-Militärstützpunkten; US-Streitkräfte benutzten die Flughäfen von Torrejon de Ardoz (nahe Madrid), Zaragoza und Moron (Sevilla) und die Häfen in Rota (nahe Gibraltar und Cadix) sowie weitere Einrichtungen. B-47 und B-58 Bomber, Flugzeuge und Atom-U-Boote, US-Militärpersonal waren überall an der spanischen Küste stationiert, genauso wie sich heute dort Phantom-Kampfbomber, das „Cobat Grande“-Radar-Warnsystem, 12445 Soldaten und 1699 Zivilisten in den Militärbasen und anderen Einrichtungen befinden, so wie es in dem erwähnten Abkommen festgehalten ist. Tatsächlich befinden sich seit 1971 Atom-U-Boote in Rota.

Von 1953 bis 1982 wurde Vertrag zwischen Spanien und den USA durch Vereinbarungen (1963, 1970), den Vertrag von 1979 und den spanisch-amerikanischen Freundschaftsvertrag, der am 20. Juli 1982 unterzeichnet wurde und am 20. April in Kraft trat, erweitert. In dieser Periode wurde der Weg für die spanische NATO-Mitgliedschaft geebnet.

1976 und 1977 während des demokratischen Wandels wurden Organisationen und Gremien ins Leben gerufen, die Spanien — über die USA — mit der NATO verbanden. Im selben Zeitraum wurde ein Netz von Kontroll- und Warnsystemen in Spanien errichtet, das später von der NATO genutzt werden sollte. Die Vereinbarung von 1982 klärte weiterhin die Frage der Kooperation mit den anderen NATO-Ländern bei Forschung und Entwicklung, um

„eine Standardisierung und gemeinsame Operationsfähigkeit zwischen den Ländern des Atlantischen Bündnisses zu erreichen“. Die Vereinbarung richtete sich ebenfalls auf die Modernisierung der spanischen Streitkräfte zur Erreichung eines gemeinsamen Levels mit den anderen NATO-Ländern.

Die Modernisierung soll u.a. mit dem META-Plan erreicht werden, der neben anderen Zielen auch die Reduzierung der Streitkräfte bis 1990 von insgesamt 239000 zu 150000 Mitgliedern vorsieht sowie Spanien in sechs statt bisher neun Militärzonen aufteilt. Der META-Plan wurde auf der Überlegung eines geringeren Umfangs aber höherer Qualität der Streitkräfte entwickelt.

NATO-Mitgliedschaft und Abkommen mit Europa

Die herrschende Struktur spanischer Verteidigungspolitik ist also das Abkommen mit den USA und die Eingliederung in die NATO gewesen.

Verschiedene Aussagen von Mitgliedern der militärischen Hierarchie und der Regierung beziehen sich auf zwei mögliche Konfliktbereiche, die in Betracht kommen: der erste, ein spezifisch spanischer, ist ein Konflikt mit Marokko über Ceuta und Melilla, und der zweite, den sich Spanien mit seinen anderen westlichen Verbündeten teilt, ist der mögliche Konflikt mit den Warschauer-Pakt-Staaten.

Die Sozialisten sind gewählt worden, ehe die Verhandlungen über die Integration Spaniens in das militärische Kommando der NATO abgeschlossen waren. Die Regierung legte dann zwar die Verhandlungen auf Eis, nicht aber die Teilnahme an den wichtigsten NATO-Ausschüssen und Strukturen, wie z.B. der „Unabhängigen Europäischen Programmgruppe“ (IEPG), dem Ausschuß für Verteidigungsplanung (CDP) und der besonderen Konsultationsgruppe (SCG). Gleichzeitig wurde Spanien Mitglied von Projekten wie dem Bau des „Fregattenhafen 90“ und dem Europäischen Kampfflugzeug (EFA) mit der BRD, Frankreich, Großbritannien und Italien.

Die Zeitung El Pais (die renommierteste Zeitung innerhalb Spaniens – d.Ü.) stellte in ihrer Ausgabe vom 20.2. 1984 fest, daß Spanien sich in Richtung der Integration bewegt, indem es an den verschiedensten Ausschüssen der NATO teilnimmt, über deren Arbeit die spanische Armee kontinuierlich informiert ist und, daß viele spanische Armee-Offiziere an speziellen Kursen teilnehmen, in denen sie an die NATO-Systeme assimiliert werden; daß sämtliche spanischen Streitkräfte mit den Informations- und Spionage-Systemen der NATO vertraut gemacht werden; daß der Ausrüstungsstand der spanischen Luftabwehr und Kontrollsysteme dem der anderen NATO-Länder entspricht.

Auf einer anderen Ebene benutzt die sozialistische Regierung die Frage des EG-Beitritts als eine Art Erpressung bezüglich der NATO-Mitgliedschaft. In der spanischen wie in anderen europäischen Regierungen wird die Frage der zivilen und wirtschaftlichen Integration unter militärischen Gesichtspunkten behandelt.

Was die Vielzahl von Abkommen über die Verteidigungszusammenarbeit betrifft, so sind in den letzten Jahren verschiedene Abkommen über die Zusammenarbeit im Bereich der Waffeproduktion geschlossen worden und es liegen weitere mit Frankreich, der BRD, den USA, Italien, Großbritannien, Griechenland, der Türkei, Portugal und Holland zur Unterzeichnung vor. Zur selben Zeit wurden Abkommen mit verschiedenen lateinamerikanischen Ländern, wie Venezuela und Brasilien erzielt. Die Regierungspolitik zielt darauf ab, ein Gegengewicht zu den umfangreichen eigenen Waffenkäufen zu schaffen. Im Oktober 1983 stellte der spanische Verteidigungsminister, Narcis Erra, fest, daß „Spa-

nien sich mit der Verteidigung der Werte der westlichen Gesellschaften identifiziert und, daß seine neue Waffenpolitik weniger auf das Erreichen von Verhandlungserfolgen, als vielmehr auf die industrielle Entwicklung Spaniens abzielt.

Der Waffenhandel

Einige der Vereinbarungen für den Kauf und/oder die Produktion von Waffen zwischen Spanien und anderen Ländern beinhalten die Möglichkeit der Öffnung neuer Märkte für spanische Waffen.

Nach dem SIPRI Jahrbuch 1984 „verstärkte Spanien die eigene Ausrüstung mit militärischen Gütern und seine Waffenexporte in alte und neue Märkte in den letzten Jahren, um die eigene Waffenproduktion zu festigen und auszubauen“.

1984 exportierte Spanien Waffen im Wert von 130.000 Mio Pesetas (1982: 94685 und 1983: 10000). Iran, Chile, Honduras, Indonesien und Uruguay gehören genauso zu den spanischen Kunden wie die verschiedenen mitteleuropäischen Länder (SIPRI-Jahrbuch 1984). 1983 stammten 92 % dieser Exporte von staatlichen Unternehmen und 8 % von privaten Firmen (El Pais, 15.8.84). Dies spiegelt die sektorale Strukturierung der spanischen Waffenindustrie wieder – der Großteil der Waffenindustrie, die Produktion von 80 % der spanischen Waffen, wird von dem „Nationalen Institut der Industrie“ (INI) kontrolliert. Nahezu 45000 Menschen arbeiten in den staatlichen Waffenfabriken, während 15000 bei privaten Waffenproduzenten beschäftigt sind. Die Regierung betont, daß die Waffenindustrie Arbeitsplätze schafft und, daß Abkommen über die Zusammenarbeit in der Waffenproduktion eine Angleichung an die moderne Technologie erlauben. Genau dieses Argument wurde bei dem Vertragsabschluß mit den USA benutzt, der Spanien 20000 Mio Pesetas für das F-18A-Kampfflugzeug kostete.

Investition, Etat, Lobby

Andere unbestreitbare Anzeichen für die spanische Eingliederung in die Szene der Waffenproduzenten sind der Staatshaushalt und ein Vergleich der Ausgaben für Militärgüter und Sozialleistungen. 1983 stiegen die öffentlichen Investitionen in die Waffenindustrie auf 14112 Mio Pesetas – mit anderen Worten: 146 % mehr als im Juli des vorangegangenen Jahres (El Pais, 15.7.84). 1984 haben die Militärausgaben die 500.000 Mio Peseta-Marke überklettert; 1983 betrugen die Militärausgaben 47837 Mio Pesetas oder 10,3 % des Staatshaushaltes.

Das für 1985 beantragte Budget sieht eine Steigerung von 11,4 % gegenüber dem Vorjahr vor – vorgesehen sind 679811 Pesetas.

Gleichzeitig gibt es hier einen deutlichen Unterschied in der Steigerung des gesamten Staatsetats und der Militärausgaben: 4,7 % gegenüber 13 % Wachstum. Während die Ausgaben für Öffentliche Dienste, Erziehung, Wissenschaft und Gesundheit etc. reduziert werden, steigen die für Verteidigung.

Es gibt etwa 2,5 Mio Arbeitslose in Spanien und nur ca. ein Drittel von ihnen erhält eine Unterstützung. Die kurzfristige Sichtweise der Regierung läßt hier wenig Chancen für eine Verbesserung erwarten.

Militärausgaben werden durch das Gesetz 44/82 „Hausmittel für Investitionen zur Instandhaltung der Streitkräfte“ (v.7.7.82) abgedeckt. Darin wird kalkuliert, daß etwa eine Mio Pesetas täglich für Waffen auszugeben sind.

Militärischen Forschungs- und Entwicklungskosten sind gestiegen und die des INI werden auf 34000 Mio Pesetas in den nächsten 5 Jahren steigen (El Pais, 15.8.83; 15.7.84 und 11.1984).

Es bestehen beunruhigende Anzeichen dafür, daß Spanien auf dem Weg ist, einen militärisch-industriellen Komplex aufzubauen. Erstens wurde ein Beratungskomitee für Waffen- und Materialbeschaffung (CADAM) ins Leben gerufen, mit 26 Repräsentanten aus der Waffenindustrie, sowie dem Verteidigungs-, Wirtschafts- und Industrieministerium. Zweitens wurde eine Organisation zur Förderung der Verbreitung spanischer Waffen gegründet und seit November 84 sind verschiedene US-amerikanische Geschäftsleute und Interessenvertreter damit beschäftigt, für DEFEX in den USA zu werben. Am 24. Oktober 1984 berichtete El Pais, daß der erste Sekretär des Verteidigungsministeriums, Edward Serra, sich mit Frank Calucci, dem ehemaligen CIA-Direktor und jetzigen Direktor einer Lobby-Firma, die eventuell in Spanien vertreten könnte, getroffen hatte. Es sollte daran erinnert werden, daß Calucci wiederholt unter dem Verdacht stand, der Architekt der CIA-Aktivitäten während der Revolution in Portugal gewesen zu sein. Ein Vertrag zwischen DEFEX und einer US-Vertretung würde 200 Mio Pesetas jährlich kosten.

Einige weitere Tatsachen sollten Beachtung finden. Eines der ökologisch reichsten Gebiete Spaniens, Cabaneros (im Bezirks Ciudad Real, in der Mitte Spaniens) wird in eine Feuerstelle für die Luftwaffe Spaniens und der NATO verwandelt. Die spanische Luftwaffe beabsichtigt, 16573 Hektar dieses Gebietes zu benutzen. Viele Ökologie- und Friedensgruppen wenden sich gegen diese Absicht, deren Verwirklichung die Auslöschung vielfältiger Lebensarten bedeuten würde. Gleichzeitig ließ das Verteidigungsministerium die Bewohner von 96 Besitztümern in Sonseca (Toledo, im Süden von Madrid) wissen, daß ihr Land enteignet wird, um eine meteorologische und seismographische Station auszubauen, die zu dem Kooperationsabkommen mit den USA gehört. Spanische Bürger waren nie in der Lage, diese Gegend zu besuchen und sie wird allgemein als nicht für den zivilen Gebrauch betrachtet.

Spanien ist ein Mitglied der NATO

Es existieren eine Menge Studien und Spekulationen, was die Rolle Spaniens in der NATO angeht. Sie können folgendermaßen zusammengefaßt werden:

- a) als strategisches Waffenlager und Standort einer elektronischen Befehlszentrale im Konfliktfall
- b) die Nutzung als „geschützte Basis“, um vorgerückte Missionen von Kampftruppen der Luft- und Bodeneinheiten zu unterstützen
- c) als Manövergebiet
- d) als Stärkung der Südflanke der NATO
- e) zur Projektion auf den Mittelmeer-, Atlantischen- und afrikanischen Raum
- f) als Ausgangs- und Nachschubbasis für die RDF (Rapid Deployment Forces oder Rapid Deployment Joint Task Forces) im Fall einer Intervention im Persischen Golf
- g) als Landestelle für US-Truppen und Material im Konfliktfall.

Zusammengefaßt: als Operationsbasis im Fall eines Mitteleuropäischen Konflikts und als Plattform für Konflikte außerhalb Europas.

Abgesehen von den rein militärischen Vorteilen, die Spaniens NATO-Eintritt dem Bündnis liefert, bedeutet er auch eine Stärkung des politischen Zusammenhalts der Allianz, die bekanntlich an einer Reihe interner Widersprüche leidet.

Ein Bericht des General W.L. Heiberg, den dieser für die Nationale Verteidigungs-Universität in Washington verfaßt hat (1982), stellt fest, daß „Spaniens NATO-Beitritt im vierten Jahrzehnt ihres Bestehens zeigt, daß die Organisation lebensfähig ist und eine Situation des letzten Jahrzehnts überstanden hat, in der einige Ereignisse ihrem Ansehen geschadet haben und sogar ihre Existenz in Frage stand“.

Vier grundlegende Punkte sollten in diesem Zusammenhang und in Hinblick auf die nach einer Globalisierung ihrer Interessen ausgerichteten Politik der Reagan-Administration beachtet werden:

1. Die Entscheidung zur Stationierung von Mittelstreckenraketen in Europa – kontrolliert von den USA – als symbolische und politische Garantie des Bündnisses zwischen USA und Europa.
2. Die Intention der USA, daß ihre Verbündeten einer Erweiterung des NATO-Geltungsbereichs zustimmen sollen; die RDF ist ein Symptom hierfür.
3. Der Druck – wiederum aus Washington – auf ihre Verbündeten, die Militärausgaben zu erhöhen.
4. Spaniens Eintritt in die NATO.

verantwortlich für die Übersetzung: Thomas Becker

blätter der 3w
Informationszentrum dritte welt - 3w

Schwerpunktthema:

blätter der 3w
Informationszentrum dritte welt - 3w



Nr. 124 · März 1985

Ökologie und Dritte Welt:
Ökologische Krise in Indien und soziale Bewegung · Die Zerstörung der Regenwälder · Umweltprobleme in Kuala Lumpur

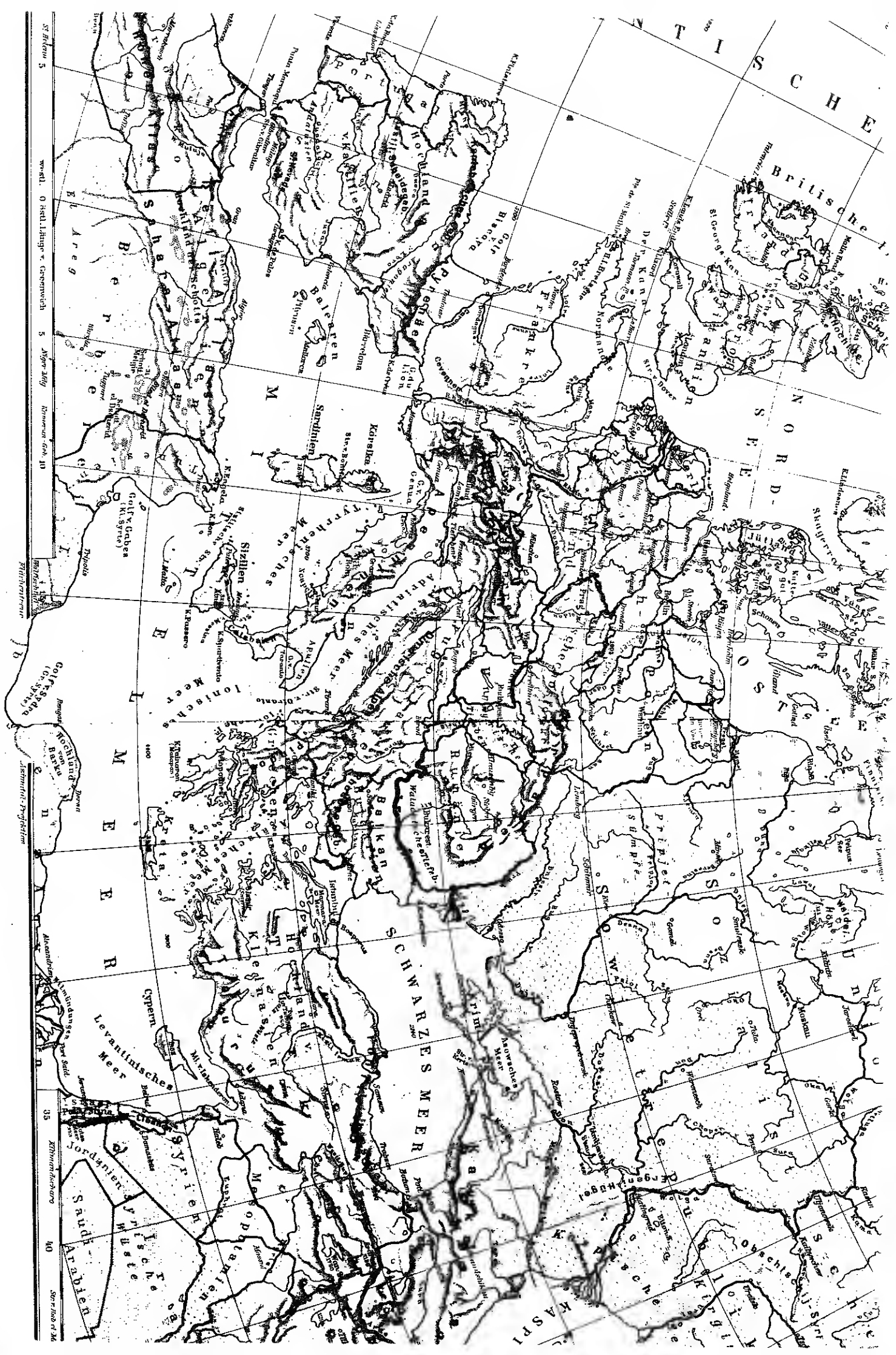
Nachrichten und Berichte zu:
Peru, Chile, Neukaledonien, Nicaragua, Libyen

Die Äthiopisierung der Hungerberichterstattung · Aufruf zum 8. BUKO · Register

Einzelpreis DM 5,-; Jahresabo: DM 40,-
(DM 30,- für einkommensschwache Gruppen) bei 8 Ausgaben im Jahr.
Informationszentrum Dritte Welt,
Postfach 5328, 7800 Freiburg

Maßstab 1 : 15 000 000

35 Kilometers 40 Seemeilen



Die NATO-Süd- und Südost-Flanke

Angriffsplattform in alle Richtungen

Die Südflanke der NATO umfaßt das Gebiet von den spanischen Kanarischen Inseln (westlich von Marokko) und den portugiesischen Azoren (ca. 1600 km westlich von Portugal) bis zur südöstlichen Grenze der Türkei. Mitgliedsländer der NATO-Südflanke sind Portugal, Spanien, Italien, Griechenland und die Türkei, wobei die USA mit der 6. US- (Mittelmeer-) Flotte, Frankreich mit seiner Mittelmeerflotte und auch Großbritannien und die BRD mit häufiger Flottenpräsenz an der Südflanke zugegen sind. Der geostrategische Kern ist natürlich das Mittelmeer: das „mare nostrum“ der NATO. Das Mittelmeer als größter Seekorridor der Welt verbindet bekanntlich den Atlantik durch den Suez-Kanal mit dem Indischen Ozean und Pazifik. Ca. 40 % der Erdöllieferungen für Westeuropa durchlaufen das Mittelmeer; ebenso über die Hälfte des Außenhandels der Sowjetunion (1). Auch wenn die NATO die Südflanke politisch und militärisch kontrolliert, so hat es doch in den letzten Jahren immer wieder „Problemfelder“ im Süden gegeben wie zum Beispiel der griechisch-türkische Streit um Zypern und die Ägäis, die „Nahostkriege“, die „Unruheherde“ Libyen und Syrien. Da geraten NATO-Strategen des öfteren ins Schwärmen über die gute alte Zeit relativ problemloser imperialistischer Herrschaft in jener Region: „Ansonsten war das Mittelmeer ein friedliches Binnenmeer, vom Winde des Kalten Krieges unberührt, der in Zentraleuropa und vor allem in Berlin bereits heftig blies. Noch hielten die Engländer hier Positionen wie Suez, Zypern, Ägypten, Malta und Gibraltar; Marokko und Algerien lagen in französischer Hand; Libyen unter König Idris stellte ebenso kein Problem dar wie der Libanon und Syrien. Griechenland, Italien und Frankreich erholten sich mit Hilfe des Marshall-Planes und bildeten zusammen mit den USA eine einheitliche Front gegen jeden weiteren Expansionsversuch der Sowjetunion in Europa. Dazu kam die Türkei, die Schutz bei den USA suchte und fand. Jugoslawien löste sich aus dem Machtbereich der UdSSR. Im Westen fand man es nun doch besser, daß 1936 in Spanien die Volksfront nicht gesiegt hatte; bereitwillig holte man Franco aus der Isolierung. Obendrein herrschte die 6. US-Flotte über das Mittelmeer“ (2).

Entgegen dieser früheren Idylle wird gegenwärtig in einigen Beiträgen immer wieder auf die „Übermacht der sowjetischen Eskadra“ hingewiesen. So polemisiert der westdeutsche NATO-General a.D. Johannes Steinhoff: „Die Süd- und Südostflanke der NATO droht zu einem fragilen Gebilde abzumauern, das einzustürzen droht, wenn die anderen Partner weiter untätig, ohne Initiative und Bereitschaft, sich zu engagieren, zusehen“ (3). Gegenüber einer derartigen Panikmache kommt selbst eine NATO-Studie zu dem Ergebnis: „Die oft geäußerte Furcht, die sowjetische Marine sei irgendwie kurz davor, den Westen von seinen Verbindungswegen im Mittelmeer, im Roten Meer oder im Persischen Golf und damit von der Ölfuhr abzuschneiden, muß ins rechte Verhältnis gerückt werden: Nichts deutet darauf hin, daß die Sowjets drauf und dran seien, auf

diese Weise einen Krieg anzufangen — denn darauf würde es hinauslaufen, wobei die Gründe für ein derartiges Vorgehen niemals genau genannt werden. Man sollte solche Szenarien nicht allzu ernst nehmen“. Vielmehr hätten die „sowjetischen Marinestreitkräfte nur wenig Aussicht, eine ernsthaftere militärische Auseinandersetzung zu überstehen“ (4). Das Problem der NATO im Süden ist nicht die „Bedrohung“ durch die sowjetische Eskadra oder die „Backfire“-Bomber, sondern die politischen Probleme innerhalb der Allianz (5).



Der C-101 „Aviojet“, eine spanische Eigenkonstruktion

Das Mittelmeer — „mare nostrum“ der NATO

Die Funktion der NATO-Südflanke hängt unmittelbar mit der geostrategischen Lage der „Allianzpartner“ zusammen. Naturgemäß kommt der maritimen Strategie an der Südflanke hervorragende Bedeutung zu, und dies besonders vor dem Hintergrund des forcierten Flottenprogramms der NATO und speziell der USA unter Reagan und Marineminister Lehman (6). Die NATO verfügt im Mittelmeer über mehr als 190 Einheiten, nicht mitgerechnet die 46 Schiffe der französischen Mittelmeerflotte. Im Mittelmeer gilt für die NATO eindeutig die Maxime amerikanischer maritimer Politik, wie sie von Kriegsminister Weinberger formuliert wurde: die Marine ist „kein Bereich, in dem Begriffe wie Gleichwertigkeit oder Parität irgendeinen Sinn haben. Wir müssen die Flottenüberlegenheit besitzen“ (7).

Die vorrangige Funktion der NATO ist dabei gegen den Warschauer Pakt gerichtet:

- a) die Bedrohung der NATO-Schifffahrt im Kriegsfall zu neutralisieren, die Seeherrschaft zu errichten und aufrechtzuerhalten;
- b) die logistische und strategische Tiefe (Spanien, Portugal) zur Absicherung und Versorgung des „Kriegsschauplatzes“ an der „Zentralfont“ zu gewährleisten: im Kriegsfall müßten täglich mehr als 250.000 Tonnen aus den USA an die „Front“ befördert werden;

c) die Südostflanke hat nicht so sehr die Funktion, der Sowjetunion die Durchfahrt ins Mittelmeer unmöglich zu machen („Sperrriegelfunktion“); vielmehr geht es um die offensive Kriegsführung. „Mehr als die Nordflanke eignet sich die Südostflanke der NATO, um den genannten Vorteil des Warschauer Paktes (gemeint ist die tiefe Staffellung der Truppen) zu eliminieren; denn aus Griechenland und der Türkei kann sein gesamter südlicher Bereich westlich des Urals mit konventionellen Waffen erfaßt werden. Deshalb sind von der NATO-Planung zwei Flugzeugträger vorgesehen. Demnach übt die Südostflanke der NATO nicht die Funktion eines Riegels, sondern die einer Angriffsplattform aus, eben zur Entlastung der Zentralfront in Europa, das heißt der Bundesrepublik Deutschland“ (8). In diesem Zusammenhang erweist sich auch die Bedeutung der 6.US-Flotte mit ihren beiden Flugzeugträgern, denn „eine im Mittelmeer dominierende 6.US-Flotte hat durch ihre Luftwaffe die Möglichkeit, einen eventuellen Angriff des Warschauer Paktes gegen Westen (bzw. umgekehrt) von der Flanke her, z.B. durch die Bombardierung von Verkehrsknotenpunkten, erheblich zu stören“ (9). Die NATO hält sich hier an die klassische Kriegstaktik von Clausewitz: „Fallen die Flanken, so fällt das Zentrum“.

d) durch die – quantitativ – starken Streitkräfte der Türkei und Griechenlands wird automatisch ein erheblicher Teil der Truppen des Warschauer Paktes an einer potentiellen südlichen Front gebunden bzw. müssen zusätzliche Truppen aus Mitteleuropa abgezogen werden. So führt das „Leitlinien-Dokument zur umfassenden Kriegsvorbereitung 1984-88“ aus, daß „Offensivmaßnahmen gegen die Flanken des Warschauer Paktes besondere Bedeutung erhalten werden, um einen Abzug von Verbänden des Paktes von der Zentralfront zu erzwingen“ (10).

Eine zweite Funktion der NATO-Südflanke richtet sich gegen den Nahen und Mittleren Osten: Unterstützung der zionistischen Politik Israels, Kontrolle des Status Quo, „Sicherung“ der Rohstoffausbeutung, vornehmlich des „freien“ Erdölflusses. Hier gibt es allerdings – besonders in der Haltung gegenüber Israel und den arabischen Ländern – Meinungsverschiedenheiten innerhalb der NATO (s.u.). Bislang haben sich aber in den „Nahost-Konflikten“ die USA mittels ihrer 6.Flotte und der entsprechenden „Kommunikationssysteme“ immer durchsetzen können, zuletzt 1982 bei der direkten Bombardierung auf drusische Stellungen in den Chouf-Bergen im Libanon.

Eine dritte Aufgabe übt die Südflanke als „Machtprojektion“ gegen Nordafrika aus. Aber auch in diesem Punkt – besonders in der „Behandlung“ Libyens – gibt es erhebliche Differenzen zwischen den NATO-Mittelmeerraumrainern und den USA. Wie weit aber vor allem die US-„Machtprojektion“ gegenüber Afrika gehen kann, demonstrierte die US-Flotte im August 1981, als sie zwei libysche Flugzeuge über dem Golf der Großen Syrty abschoß. Auch Frankreich hat mit seinem „Engagement“ im Tschad seine „Zuständigkeit“ für Afrika unterstrichen.

Eine weitere Funktion, die für die NATO-Südwestflanke von Bedeutung ist, konzentriert sich auf den atlantischen Bereich. Portugal und Spanien mit den entsprechenden Inselgruppen (Azoren, Kanarische Inseln) sind hier sowohl für die Ost-West-Route als auch für die Nord-Süd-Verbindungsline von enormer strategischer Bedeutung. Seit langem existieren hier Planungen seitens der NATO, eine „südatlantische Verteidigungsgemeinschaft“ mit Portugal, Südafrika, Argentinien und Brasilien zu bilden (11).

Das „Herzstück“ der Südflanke: die 6.US-Flotte

Die USA unterhalten in der Mittelmeer-Region insgesamt 199 militärische Einrichtungen. Die Stützpunkte und „facilities“ der US-Army lassen sich in vier Kategorien aufteilen: 1. Kampfstützpunkte und Einrichtungen wie Luft-, Flotten- und (Nuklear-)Raketenbasen; 2. Elektronische Spionagestationen an der Grenze zum Warschauer Pakt; 3. Melde- und Nachrichtenstützpunkte und 4. Trainings- und Nachschubbasen. Das Kernstück der US-Präsenz an der NATO-Südflanke ist die 6.Flotte. Die „Geburtsstunde“ dieser Mittelmeerflotte steht im Zusammenhang mit der Zerschlagung der kommunistischen Bewegung in Griechenland bzw. mit der amerikanischen „Containment“ und „roll back“-Strategie. Als „maritime Machtdemonstration“ war die 6.Flotte Bestandteil der „Truman-Doktrin“ vom März 1947. Griechenland wurde das erste Empfängerland der amerikanischen Hilfe, mit deren 250 Millionen Dollar Militärhilfe Griechenland in den „Freien Westen“ geschlossen werden konnte. Seitdem ist die 6.US-Flotte das bestimmende militärische Element im Mittelmeer mit gelegentlichen Abstechern von Flottenteilen in den Indischen Ozean. Die Stützpunkte der Flotte liegen in Rota (Spanien), Sigonella (Sizilien), Gaeta und Neapel (Italien), Souda Bay (Kreta/Griechenland) und Izmir (Türkei). Der personale Bestand der 6.Flotte umfaßt ca. 30.000 Marinesoldaten (12). Der „homeport“ im Mittelmeer liegt in Souda Bay. Das Kontingent der 6.Flotte besteht aus zwei Flugzeugträgern, einem Hubschrauberträger, einem Lenkwaffen- und zwei herkömmlichen Kreuzern, fünf Lenkwaffenzerstörern, zwanzig weiteren Zerstörern, zwanzig U-Boote (ohne die Atom-U-Boote) sowie 15 sonstigen Einheiten samt amphibischen Eliteverbänden mit 1800 Marinesoldaten. Die auf den Flugzeugträgern stationierten Flugzeuge können Atomwaffentragen. Zu den militärischen Aufgaben der 6.Flotte gehört u.a. die Durchführung „begrenzter Interventionen mit Luftstreitkräften und kleineren Truppenlandungen an fremden Küsten“ (13).

Anmerkungen:

- 1) FAZ, 29.11.84
- 2) Kedros, Das Mittelmeer in der Ost-West-Auseinandersetzung, in: Beiträge zur Konfliktforschung, 1/83, S.69 f.
- 3) Steinhoff, Wohin treibt die NATO? Hamburg 1976, S.98
- 4) A.Z. Rubinstein, Die Sowjetunion und das östliche Mittelmeer, in: Beiträge zur Konfliktforschung 4/79, S.694. Übrigens entlarvt Rubinsteins Arbeit – ein NATO-Forschungsstipendium – das Propagandamärchen von der „russischen Gefahr“: „Kein Mitglied der NATO glaubt, daß die Sowjetunion ein militärisches Kräfteressen sucht“.
- 5) Rubinstein, S.697
- 6) Christian Müller, Heerlager Europa. Zürich 1983, S.155
- 7) IPW, 1980, S.49
- 8) Kedros, a.a.O., S.81
- 9) ebda., S.79
- 10) in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 7/82, S.1015
- 11) Vgl. D.Schulze-Marmeling, Der Südatlantik im Fadenkreuz imperialistischer Interessen, in: AIB 9/84 und 10/84
- 12) Dieter Mahncke, u.a., Seemacht und Außenpolitik, Ffm. 1974, S.331 ff. Vgl. auch Militärgeschichtliches Institut der DDR, Imperialistische Militärblockpolitik – Geschichte und Gegenwart, Berlin 1980
- 13) Lothar Rühl, in: Die Welt, 30.9.67

PORTUGAL

Portugal: „Der gesicherte Hinterhof der kontinentalen NATO“

Während des zweiten Weltkrieges wurde Portugal von den USA von einer „bedingten Neutralität“ (die sich zum Beispiel in einer Beteiligung einer portugiesischen Fremdenlegion am „Rußlandfeldzug“ dokumentierte) zu einer „kollaborierenden Neutralität“ mit den Alliierten gezwungen. 1943 mußte Portugal die auf den Azoren gelegenen Stützpunkte Lajes und Santa Maria für die USA öffnen, um den Nachschub mit Kriegsmaterial an die europäische Front zu gewährleisten. Nach Beendigung des zweiten Weltkrieges behielten die USA gleich den Azorenstützpunkt (1).

Portugal ist bereits seit 1949 (Gründungs-)Mitglied der NATO. Die damalige Militärdiktatur unter Salazar war ständig bestrebt, den „Verantwortungsbereich“ der NATO über den Wendekreis des Krebses nach Süden auszudehnen, um in dem portugiesischen Kolonialkrieg zwischen 1961 und 1974 auch die militärische Unterstützung der NATO zu erhalten. Die portugiesischen Bemühungen scheiterten aber – wie ähnliche Versuche der Briten und Franzosen in den 50er Jahren (z.B. in der „Suez-Krise“) – am Veto der USA, die ihre eigenen Interessen an der „Unabhängigkeit“ der Kolonialstaaten hatten.

Die portugiesische Kolonialmacht brach nach dem Militärputsch und der „Nelkenrevolution“ vom 25. April 1974 schnell zusammen. Auf die revolutionäre Politik der „Bewegung der Streitkräfte“ und der Volksmassen reagierte die NATO einerseits mit massivem Druck und andererseits mit der Unterstützung der 1973 in Bad Münstereifel gegründeten, reformistischen PS von Mario Soares. Bereits ein Jahr nach der „Nelkenrevolution“ erhielt die PS bei den Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung fast 40 % der Stimmen und blieb bis heute die stärkste Fraktion. Das sozialdemokratische „Modell Portugal“ steckt heute in seiner tiefsten ökonomischen Krise: die neun bürgerlich-sozialdemokratischen Regierungen haben es in acht Jahren geschafft, Portugal mit über 14 Milliarden Dollar gegenüber den imperialistischen Zentren zu verschulden; das sind immerhin 70 % des Bruttosozialprodukts (2)!!

US-Pfeiler gegen die arabischen Völker

Die militärstrategische Bedeutung Portugals für die NATO ergibt sich aus mehreren Faktoren, die der Altstrategie der FAZ, Adalbert Weinstein, wie folgt zusammenfaßt: „Portugal ist der gesicherte Hinterhof der kontinentalen NATO. Es bietet sich als Versorgungsbasis des ganzen Paktsystems an. Es greift mit der Inselgruppe der Azoren weit in den Atlantik hinein. Damit ist das Land der nächste europäische Nachbar Amerikas... Der den Vereinigten Staaten zur Verfügung gestellte Luftstützpunkt Lajes auf der Azoreninsel Terceira ist für die amerikanische Luftwaffe ein Pfeiler, über den sich eine Luftbrücke nach Europa schlagen läßt. Lajes ist aber auch eine strategische Drehscheibe, die die Regierung Reagan für ihren Aufmarsch im Persischen Golf braucht. Zu den weiter südlich gelegenen Kapverdischen Inseln (ehemalige Kolonien) pflegt Lissabon gute Beziehungen. Es könnte hier vermitteln, wenn Washington seine Stützpunktkette in den südlichen Atlantik ausdehnen wollte“ (3).

Auf der Azoreninsel Santa Maria liegt außerdem ein U-Boot-Abwehrzentrum mit Sonarsystemen, an dem u.a. auch die BRD beteiligt ist. Die USA haben sowohl Nutzungs- als auch Stationierungsrechte auf den Azoren. Die von Weinstein hervorgehobene Bedeutung für den Nahen Osten stellten die USA bereits in vergangenen Zeiten unter Beweis: „Der über Lajes Field Air Base laufenden amerikanischen Luftbrücke verdankte Israel im Yom-Kippur-Krieg 1973 die Fähigkeit, durch offensives Vorgehen eine Wende im Kriegsverlauf zu erzwingen“ (4). Im Dezember 1983 konnten die USA das „Abkommen über die Benutzung der Azoren“ bis 1991 verlängern. Portugal erhielt als „Gegenleistung“ Finanz- und Militärhilfe in Höhe von 655 Mio Dollar in den ersten vier Jahren, davon 400 Mio als „Schenkung“ und 225 Mio Dollar in Form von Krediten, die für den Kauf von Rüstungsgütern in den USA vorgesehen sind (5). Geplant ist auch der Ausbau des Luftstützpunktes Lajes mit einer zweiten Piste und der Ausbau des Seehafens, damit auch größere (Kriegs-)Schiffe die Azoren anlaufen können. Gleichzeitig suchen die USA noch nach Alternativflugplätzen und -seehäfen zum Transport und Versorgung der Schnellen Eingreiftruppe. Frankreich unterhält auf dem südlich der Azoren gelegenen portugiesischen Madeira-Archipel einen Luftstützpunkt sowie auf der Azoreninsel Flores zwei Beobachtungsstationen. Hier soll die Abstimmung zwischen den USA und Frankreich „optimiert“ werden. Einen weiteren Alternativflugplatz sehen die USA in dem BRD-Stützpunkt Beja im Alentejo, wo die westdeutsche Luftwaffe u.a. ihre Piloten im Tiefflug ausbildet (6). Anfang Februar war der NATO-Stützpunkt Beja Ziel eines Anschlages der FP-25, die auch wenige Tage zuvor NATO-Kriegsschiffe im Hafen von Lissabon erfolglos „bombardiert“ hatten.

Die NATO hat durch hohe Investitionen die militärische Infrastruktur in Portugal verbessert: so wurden die Flugplätze für Seeaufklärer in Espinho bei Porto und Porto Santo auf Madeira ausgebaut. Auch der Luftstützpunkt Montijo wird für maritime „Aufklärungsaufgaben“ genutzt. An der Küste von Caparica hat die NATO große Munitions- und Treibstofflager anlegen lassen; hier liegen auch die Sende- und Empfangsstationen für das IBERLANT-Hauptquartier der NATO (7).

Außer der intensivierte „Zusammenarbeit“ mit den USA schloß Portugal auch im März 1982 einen Vertrag über die militärische Zusammenarbeit mit Italien ab. Im November 1982 folgte dann ein „rüstungswirtschaftliches Kooperationsabkommen“ mit der BRD. Die BRD hat in ihrer Tranche bis Mitte 1984 45 Mio DM „Verteidigungshilfe“ an Portugal gezahlt. Diese „Verteidigungshilfe“ beinhaltet – wie gewöhnlich – zu 80 % Neumaterial und zu 20 % „Überschußmaterial“ wie Flugabwehrraketen, Radargeräte, Radpanzer etc. (8).

Anmerkungen:

- 1) Alvaro des Vasconcelos, Die NATO-Mitgliedschaft Spaniens und die Verteidigung Portugals, in: Europa-Archiv 23/82, S.705 ff.
- 2) Thomas Fischer, Portugal – 10 Jahre nach der „Nelkenrevolution“, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 3/84, S.354 ff.
- 3) FAZ, 6.4.81
- 4) Europäische Wehrkunde, 8/77, S.394
- 5) FR, 14.12.83
- 6) Welt, 27.7.83
- 7) EWK 8/77
- 8) Wehrdienst 913/83

SPANIEN

Spanien: „Ein außerordentlich kühnes Programm“

1953 wurde Spanien durch den Abschluß des spanisch-amerikanischen Stützpunktabkommens stärker in das westliche Militärsystem integriert, ohne aber bereits Mitglied der NATO zu werden. Für diesen Schritt erwiesen sich anscheinend die Bedenken der Niederlande, Großbritanniens, Dänemarks und Norwegens als zu stark, das faschistische Spanien in die NATO zu holen. Ergebnis des spanisch-amerikanischen Abkommens von 1953 war die Einrichtung von 4. amerikanischen Stützpunkten in Spanien sowie weiterer „facilities“ und die Stationierung von über 10.000 GI's. Dieses Abkommen diente in seinen militärischen Funktionen ausschließlich den nationalen amerikanischen Interessen. Erst 1976 wurde ein „Freundschafts- und Zusammenarbeitsvertrag“ abgeschlossen, der auch „Übergangsbestimmungen zur Vorbereitung einer angemessenen Rolle Spaniens in der NATO“ implizierte (1). Am 30.5.1982 war es dann so weit: Spanien wurde 16. Mitglied der politischen Integration der NATO. Die militärische Integration hat Spanien bis heute nicht vollzogen; nach wie vor ist die Mehrheit des spanischen Volkes gegen einen NATO-Beitritt. Man darf gespannt sein, mit welchen Tricks und Junktimen das spanische Volk von der segensreichen Mitgliedschaft in der NATO „überzeugt“ werden soll: wahrscheinlich nach dem Motto „Für Frieden, Freiheit und NATO“ oder „Für Krieg, Terror und Austritt“!

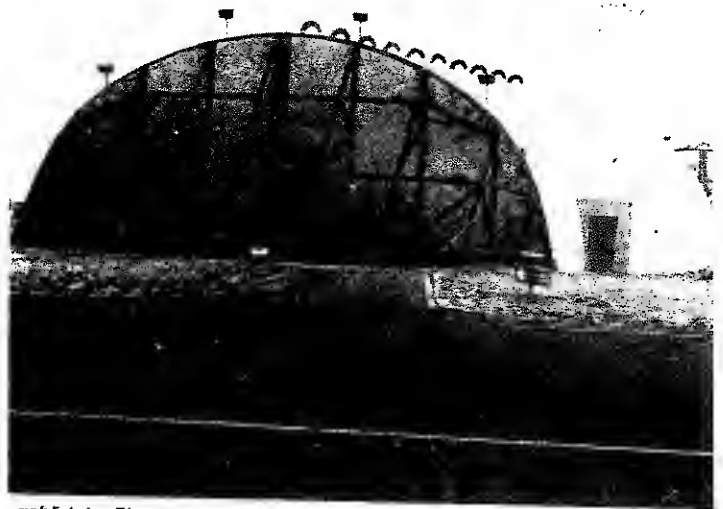
Probleme innerhalb der NATO gibt es für Spanien allerdings schon heute: besonders mit Großbritannien wegen der „Gibraltar-Frage“ und mit Portugal aufgrund von Differenzen über die NATO-Kommandostruktur. Spanien würde nach der jetzigen NATO-Kommandostruktur verschiedenen Kommando-Bereichen zugewiesen (einerseits als Atlantik-Anrainer dem NATO-Oberbefehlshaber für den Atlantikbereich – SACLANT, und andererseits als Nachschubbasis für die europäische „Zentralfront“ dem Oberbefehlshaber Europa – SACEUR).

Die „vorgeschobenen Stationen“ der NATO

In ihrer militärstrategischen Funktion ist Spanien in mehrerer Hinsicht für die NATO interessant:

1. „Für die Sicherung der Südflanke Europas sind die Balearen aufgrund ihrer dominierenden Rolle im westlichen Mittelmeer von ausschlaggebender Bedeutung. Die Balearen bilden einen vom Lande her ständig vorgeschobenen Posten zur Kontrolle des westlichen Mittelmeers sowie des Zugangs zu Gibraltar und Nordafrika... Der Besitz der Balearen ist in einem Krieg besonders wichtig, da das Mittelmeer für isolierte maritime Auseinandersetzungen nur wenig Raum bietet und diese Inseln auch zentral – also für die Kontrolle günstig im westlichen Teil dieses Raumes liegen. Im Kriegsfall müßte die NATO bzw. die 6. US-Flotte ihre Schiffe durch Luftstreitkräfte unterstützen können. Das ist von dieser Inselgruppe mit seinen Flugplätzen auf Ibiza, Menorca und Mallorca möglich, wobei durch diese „vorgeschobene Stationierung“ Vorteile erzielt werden, die sonst nur durch teure und gefährdete Flugzeugträger und bei geringerer Kapazität erreicht werden: Präsenz, kürzere An- und Abflugwege und längere Einsatzzeiten im Seegebiet“ (2).

2. Die Straße von Gibraltar kontrolliert den westlichen Zugang zum Mittelmeer. Hier werden aber die möglichen militärisch-strategischen Vorteile durch den Konflikt mit den Briten geschmälert. Gibraltar ist seit 1704 in britischem Besitz. Besonders seit dem zweiten Weltkrieg sind die spanischen Ansprüche auf diesen „Felsen“ von 5,5 qkm verstärkt erhoben worden. Von 1968 bis 1982 wurde die Grenze zwischen Spanien und Gibraltar vollständig geschlossen, dann nur für Spanier geöffnet, bis sie Anfang Februar 1985 wieder frei passierbar wurde. Parallel zur Grenzöffnung begannen in Genf britisch-spanische Verhandlungen über den Status Gibaltars. Ähnlich wie bei den Malvinen zieht sich Großbritannien bei diesem „britischen Dominiom“ auf die



gehärteter Flugzeugunterstand

Argumentation des „Selbstbestimmungsrechts der Bevölkerung“ zurück. Allerdings erscheint eine Parallele zum Malvinen-Krieg, wie sie teilweise in NATO-Kreisen gezogen wird, unrealistisch (3).

3. Im Zusammenhang mit Gibraltar sind auch die spanischen Brückenköpfe in Marokko zu sehen: die Enklaven Ceuta und Melilla, die im 15. Jahrhundert von Spanien annektiert wurden. Während Marokko, das 1912 unter „Spanische Schutzherrschaft“ gestellt wurde, 1956 „in die Unabhängigkeit entlassen“ wurde, wurden Ceuta und Melilla zu Garnisonsstädten ausgebaut. Aufgrund dieser „spanischen Brückenköpfe“ in Nordafrika ist das spanisch-marokkanische Verhältnis besonders seit 1975 gespannt, obwohl man sich anscheinend zwischenzeitlich auf ein politisches Gegengeschäft geeinigt hat: Spanien rückte vom Selbstbestimmungsrecht der Polisario in der West-Sahara ab, während Marokko von weiterem politischen Druck in der „Ceuta/Melilla-Frage“ absah (4). Trotz dieses „Deals“ gilt Marokko für Spanien vorläufig als Hauptkonfliktpunkt – und nicht die „russische Bedrohung“: einen antisowjetischen Massenkonsens gibt es in Spanien nicht. Auch in NATO-Kreisen gesteht man ein: „Spanien wird auch nach Eintritt in die NATO seinen Hauptfeind nicht im Warschauer Pakt sehen... Unmittelbare Gefahr sehen die Spanier nur aus dem Süden“ (5).

4. Hinsichtlich der strategischen Bedeutung der Kanarischen Inseln für die NATO lassen sich vier Punkte hervorheben: a. „passieren die Hauptverbindungslinien der Rohstoffversorgung für Mittel- und Nordeuropa die Kanarischen Inseln; b. spielen die Kanarischen Inseln eine wichtige Rolle innerhalb der europäischen See- und Luftwege zur Karibik und nach Südamerika; c. verlaufen wichtige Funk- und

Nachrichtenverbindungen über die Inseln und d. können sie als Plattform für Luftstreitkräfte dienen, dies insbesondere in Hinblick auf den afrikanischen Kontinent, aber auch für die Kontrolle des Südatlantiks. Sie besitzen zwei militärisch nutzbare Häfen und zwei internationale Flugbahnen“ (6).

Auf den Kanarischen Inseln befinden sich vorläufig allerdings nur spanische Stützpunkte, was sich u.a. aus den spanisch-amerikanischen Differenzen in den Beziehungen zu den arabischen Staaten erklärt (7). Spanien unterhält auch als einziges NATO-Land keine diplomatischen Beziehungen zu Israel.

Insgesamt beinhaltet der Beitritt Spaniens in die NATO folgende Vorteile:

- „Herstellung einer Landbrücke nach Portugal;
- erhöhte Kontrollmöglichkeiten der Seewege im Südatlantik und Mittelmeer;
- verstärkte maritime Präsenz in diesen Meeren und Möglichkeit der Entlastung der US-Flotte;
- Umschlagplatz für Verstärkungen aus USA, logistische Basen;
- Stärkung der konventionellen Kampfkraft der NATO“ (8).

Die US-Stützpunkte: Plattform für den Angriff nach Osten und Süden

Die starke Anbindung Spaniens an die NATO vor ihrem Beitritt basierte vor allem auf den amerikanischen Stützpunkten in Spanien. Zu den vier größeren Basen kommen noch 16 – ebenfalls strategisch bedeutende – Einrichtungen: Unterstützungsbasen, Raumstationen, Observationsstationen und ein Netz von Alarmdiensten, Kommunikations- und Verbindungsstationen. Der strategisch wohl wichtigste der drei Luftstützpunkte der USA liegt bei Torrejón de Ardoz (20 km östlich von Madrid). Dieser Stützpunkt besitzt die längste Landepiste Europas. Folgenden Funktionen dient dieser Stützpunkt:

- „Auf ihm ist der Stab der 16. US-Air Force stationiert, die für den Einsatz und die Versorgung aller amerikanischen Fliegerverbände im Mittelmeerraum zuständig ist.
- Er dient als permanenter Stützpunkt der Staffeln des taktischen Bombergeschwaders 401 mit Flugzeugen vom Typ F-4 (Phantom).
- Er unterhält mehrere strategische Tankerflugzeuge vom Typ KC-135, die aus der Luft die Bomber der Strategic Air Command (SAC) versorgen sowie weitere Flugzeuge, insbesondere Transportflugzeuge vom Typ C-130; letztere leisten logistische Unterstützung für den SACEUR und operieren im Konfliktfall von Torrejón aus.
- Der Flugplatz beherbergt ein Material- und Reservedepot für den Kriegsfall, das nukleare Munition einschließt.
- Die Einrichtungen des Kommandos des westlichen Mittelmeers befinden sich auf dem Stützpunkt“ (9).

Der Luftstützpunkt Morón de la Frontera dient als „Versorgungsstation“ u.a. für die Bomber der 6. US-Flotte. Vor allem als Übungsplatz für taktische Jagdbomber wird der Luftstützpunkt bei Zaragoza genutzt. Hier liegt auch ein größeres Reservedepot für Kriegzeiten sowie logistische Unterstützungseinrichtungen. In der Nähe Zaragozas liegt der „Bombenabwurfplatz“ „Las Bardenas“ (einziger „Bombenabwurfplatz“ der US-Air Force in Europa). Er wird auch von der französischen und westdeutschen Luftwaffe mitgenutzt (10).

Der Flottenstützpunkt Rota dient als Operationsbasis für die Seeaufklärung, zur U-Boot-Abwehr und ist mit Aufklärungsflugzeugen großer Reichweite ausgerüstet. Er bietet logistische und andere Unterstützungsmöglichkeiten für die Kriegsschiffe der 6. US-Flotte, einschließlich der beiden Flugzeugträger.

Der strategische Vorteil der Stützpunkte in einem Krieg liegt einerseits „in ihrer Entfernung von den erwarteten Kampfzonen und andererseits in der Tatsache, daß sie zunächst von einem sowjetischen Luft- und Landangriff kaum bedroht sind. Daher sowie aufgrund der Notwendigkeit der Amerikaner, die Luftüberlegenheit in der Kampfzone in möglichst kurzer Zeit zu gewinnen, läßt sich vorhersagen, daß die spanische Halbinsel und ihre Inseln zu einer wahren Plattform für Flugzeuge, Transport und Luftunterstützung werden würde“ (11). Bei möglichen Interventionen im Nahen Osten und in Nordafrika kommt dem Flottenstützpunkt Rota allein aufgrund seiner „Unterstützungsfunktion“ entscheidende Bedeutung zu. Rota gilt als strategisch bedeutender Punkt für die Atomkriegspläne der NATO. Im Konfliktfall sollen amerikanische Atomwaffen nach Rota transportiert werden. Von den spanischen Stützpunkten aus sollten dann mit Atomraketen des Typs B-57 nukleare Angriffsoperationen gestartet werden (12).

Der amerikanisch-spanische Vertrag über „Verteidigung und Zusammenarbeit“ wurde einen Monat nach dem spanischen NATO-Beitritt um fünf Jahre verlängert. Die US-Regierung zählt Spanien nun seit 1982 zu den sieben „militärisch besonders zu fördernden Staaten“. Die Militärkredite wurden mit 400 Mio. Dollar fast verdoppelt; finanziert wird damit vor allem die „Modernisierung“ der spanischen Flotte. In dem verlängerten Vertrag „behält Spanien sich das Recht vor, zu entscheiden, ob diese Basen für Zwischenlandungen amerikanischer Truppen im Nahen Osten verwendet werden können“ (13). Die entsprechende Zustimmung werden sich die USA dann gegebenenfalls wohl nachträglich holen, oder aber sie werden ihre Zwischenlandungsrechte in Marokko nutzen.

„Modernisierung“ für ein schlagkräftigeres Heer

Die Hauptaufgabe der spanischen Streitkräfte liegt im maritimen Bereich, während Heer und Luftwaffe allgemein Unterstützungsfunktionen zugewiesen werden. Die Regierung Gonzales hat zur „Modernisierung“ der Armee vornehmlich zwei Maßnahmen anvisiert: das „Modernisierungsprogramm“ für die Landstreitkräfte (META) und das „Nationale Verteidigungsgesetz“. Das Meta-Programm sieht folgende Punkte vor, die zum Teil schon in Angriff genommen wurden:

- „Reduzierung des Heeresumfangs um 90.000 Mann bis auf 150.000, die 1990 erreicht werden.
 - Verminderung von Offiziersposten um 25 %.
 - Verkürzung des Wehrdienstes von 18 auf 12 Monate.
 - Verringerung der Militärbezirke von 9 auf 6.
 - Einführung eines flexibleren Beförderungssystems, das Leistung den Vorrang vor Anciennität einräumt“ (14).
- Dieses Programm ist nicht als einseitiger Abrüstungsschritt der NATO gedacht, sondern dient im Gegenteil der Effektivierung der spanischen Armee. Selbst die „Europäische Wehrkunde“ kann mit Lob über die „sozialistische“ Regierung nicht hinter dem Berg halten: „ein außerordentlich kühnes Programm, aber gut ausbalanciert“.

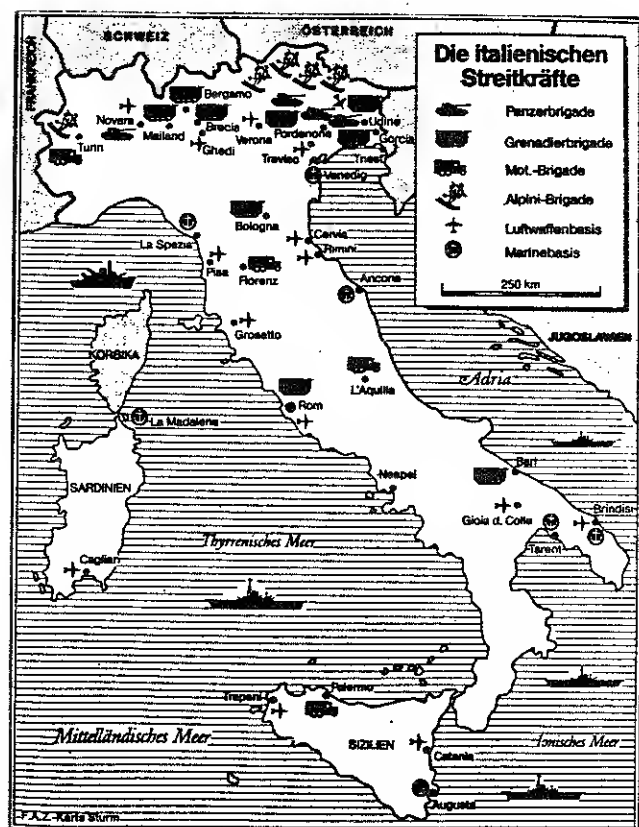
In den höheren Stellen der Armee soll die Reform einerseits potentielle Putschisten entmachten, andererseits dient sie der „Machtergreifung“ durch NATO-treue Militärs.

Die Reduzierung des Heeres und der Brigaden dient vorrangig der Umfunktionierung der bislang in jeder Militärregion stationierten, immobile „Territorialverteidigungseinheiten“ (DOT). Mit der Heeresreform sind die DOT-Brigaden verschwunden, „deren übers ganze Land gelegte Netzstruktur in gleicher Weise wie die hohe Offizierszahl und Soldatenstärke mehr mit der internen Kontrolle über Staat und Bevölkerung als mit primärer Verteidigung gegen

einen äußeren Angriff zu tun hatte“ (15). Vorderhand absehbar ist, „daß Spanien zu Ende dieses Jahrzehnts ein kleineres, aber schlagkräftigeres Heer erhalten soll, das eher seinen operativen Aufgaben...gewachsen wäre und weniger den Vergleich mit anderen westeuropäischen Armeen zu scheuen hätte“ (15).

Anmerkungen:

- 1) Ulrike Borchardt, Spanien und die NATO, Hamburg 1980, S.9
- 2) ebda., S.13
- 3) Heinz Brill, Spanien und die NATO, in: Beiträge zur Konfliktforschung, 2/83, S.45
- 4) ebda., S.48
- 5) ebda., S.50
- 6) Borchardt, a.a.O., S.14
- 7) Rolf Hallerbach, Scharnier zwischen Atlantik und Mittelmeer, in: Europäische Wehrkunde, 12/84, S.676
- 8) Brill, a.a.O., S.60
- 9) Borchardt, a.a.O., S.15
- 10) ebda., S.16
- 11) ebda., S.17
- 12) Taz, 15.1.85
- 13) FR, 3.7.82
- 14) Hallerbach, a.a.O., S.678
- 15) NZZ, 21.4.83



ITALIEN

Italien: „Aufmerksames Interesse am Rogers-Plan“

Während der westdeutsche NATO-General Steinhoff sich noch 1976 erschrocken fragte, ob Italiens Streitkräfte ihren Auftrag noch erfüllen könnten, wußte die FAZ im letzten Jahr die beunruhigten NATO-Geister zu besänftigen: „Stille Stärke der Streitkräfte Italiens“ und „Mare Nostrum – am Himmel und zur See“ konnte die FAZ melden. Besonders unter dem „sozialistischen Verteidigungsminister“ Laogio und dem Republikaner Spadolini konnte „in aller Stille“ der Militäraushalt trotz der wirtschaftlichen und sozialen Krise seit Jahren um mindestens 3 % jährlich real gesteigert werden. Bereits Mitte der 70er Jahre begann eine umfassende Modernisierung der italienischen Armee, die 360.000 Soldaten umfaßt und entsprechend den NATO-Kriterien in relativ kleinen Verbänden gegliedert ist. Kern der italienischen Panzertruppen sind die 300 modernen amerikanischen Kampfpanzer vom Typ M-60 und die 920 Leopard-1-Panzer. Zusätzlich werden demnächst 400 dem Leopard 2 vergleichbare Kampfpanzer in Italien produziert. Wie in der BRD werden auch in Italien demnächst amerikanische Patriot-Systeme für die „Luftabwehr“ eingeführt.

Auch in dem italienischen „Verteidigungskonzept“ ist die „Vorneverteidigung“ eine Selbstverständlichkeit, was schon an der relativ hohen Anzahl von (Kampf-)Panzern deutlich wird. Mit den neulich bestellten 100 Tornado Kampfflugzeugen inklusive der modernen, „intelligenten“ Waffensysteme wie Flächenbomben zur Bekämpfung von Flugplätzen und „Panzeransammlungen“ soll die „konventionelle Kampfkraft“ verstärkt werden. „Der Schwerpunkt des Einsatzes liegt vor allem bei der Unterbrechung des feindlichen Nachschubs, der Bekämpfung der nachfolgenden Staffeln des Gegners. Der Rogers-Plan und die neuen Technologien finden auch in Italien aufmerksames Interesse“ (FAZ 10.12.84). Eine größere Offensive à la Rogers-Plan ist vom italienischen Boden allerdings mit Panzerverbänden nur bei Udine und Görz durch Jugoslawien und Österreich Richtung Ungarn denkbar: dort im Nordosten Italiens befindet sich auch die größte Ansammlung von Panzerverbänden.

„Schnelle Eingreiftruppe“ für „Naturkatastrophen“?

Italien will aber nicht nur seine Streitkräfte im Norden, sondern auch im Süden verstärken. Die „nötige Flexibilität“ soll durch den Aufbau einer italienischen „Schnellen Eingreiftruppe“ erreicht werden, „deren Notwendigkeit in der Öffentlichkeit mit der Vorsorge gegen Naturkatastrophen gerechtfertigt wird“ (FAZ, 4.12.84). Was da wohl so alles unter „Naturkatastrophen“ fallen wird!? Der Aufbau einer „Schnellen Eingreiftruppe“ und die stärkere Konzentration auf den Süden entspricht der strategisch beherrschenden Position Italiens im Mittelmeer-Gebiet. Vor allem durch „Starfighters“ und „Tornados“ kann mit der entsprechenden Raketenbewaffnung jedes Ziel im Mittelmeer erfaßt werden. Von dem „riesigen Flugzeugträger“ Italien und den vorgelagerten Inseln kann die italienische und amerikanische Luftwaffe das gesamte Mittelmeer „bestreichen“. Ent-

sprechend den „Erfordernissen“ im Mittelmeer besitzt Italien eine Hochseeflotte mit zwei Hubschrauberträgern, zwei kleinen Kreuzern, 6 Raketenzerstörer, 16 Fregatten, 8 Korvetten und 12 U-Booten.

Die USA besitzen in Italien zahlreiche Stützpunkte wie zum Beispiel die Marinestützpunkte für die 6. Flotte in Neapel, Gaeta, Sigonella, La Maddalena (Sardinien, speziell für U-Boote) und Santa Stefano. Vornehmlich im Norden liegen dann die US-Luftwaffenstützpunkte. In Italien sind ca. 12.000 US-Soldaten stationiert. Von besonderer strategischer Bedeutung für die NATO ist der Stationierungsort der Cruise Missiles auf Comiso an der Südküste Siziliens. Zurecht ist darauf hingewiesen worden, daß die Cruise Missiles im Sinne der „NATO-Nachrüstung“ gegen sowjetische SS-20 im italienischen Norden hätten stationiert werden müssen. Der Stationierungsort im äußersten italienischen Süden wie n.a. auch entsprechende Äußerungen von Ex-US-Präsident Nixon machen deutlich, daß die in Comiso stationierten Cruise Missiles für einen Einsatz gegen arabische und afrikanische Staaten gedacht sind. An der Comiso gegenüberliegenden Küste liegt beispielsweise Libyen; der „Erfassungsradius“ der Cruise Missiles geht allerdings wesentlich weiter; er umfaßt sowohl Algerien im Westen als auch den Iran im Osten.

GRIECHENLAND

Griechenland: „Wer solche Freunde hat, der braucht keine Feinde mehr“

Griechenland trat zusammen mit der Türkei am 18.2.52 der NATO bei. Damit wurde ein weiterer Schritt im Sinne der Truman-Doktrin realisiert, nachdem Griechenland ja bereits seit 1947 Militärhilfe von den USA erhielt. In den 50er Jahren wurde Griechenland mit Hilfe der NATO, d.h. vor allem der USA, massiv aufgerüstet. 1953 wurde der erste griechisch-amerikanische Stützpunktvertrag abgeschlossen. Allerdings kam es in der Folgezeit immer wieder aufgrund der türkisch-griechischen Konflikte in der „Zypern-Frage“ (seit 1960) und in dem „Ägäis-Problem“ (seit 1974) zu „Verstimmungen“ innerhalb der griechisch-amerikanischen Beziehungen. Der Konflikt um Zypern führte schließlich 1974 zum Austritt Griechenlands aus der NATO, nachdem der Nordteil Zyperns durch türkische Truppen besetzt worden war und das griechische Obristenregime zusammenbrach. Die Griechen warfen der NATO vor, die türkische Invasion stillschweigend geduldet zu haben. Kurz nach dem Austritt aus der militärischen Integration der NATO, der vornehmlich aufgrund massiven Massendrucks unter der konservativen Regierung Karamanlis zustandekam, streckte die griechische Führung wieder ihre Fühler in Richtung NATO aus, um über eine erneute militärische Integration zu verhandeln. Bereits im September 1975 gab es gezielte Athener Vorschläge zu Sonderbeziehungen mit der NATO. Ende 1975 wurde dann vom NATO-Ausschuß für Verteidigungsplanung eine Ad-hoc-Arbeitsgruppe mit der Aufgabe eingerichtet, den Weg für eine Reintegration Griechenlands in die NATO freizumachen. Das Hauptproblem für eine griechische Integration war jedoch der griechisch-türkische Konflikt um die



Ägäis. Die Türkei war nicht mehr bereit, den status quo ante von 1974 zu akzeptieren, wonach die Griechen faktisch den gesamten militärischen und zivilen Flugverkehr über der Ägäis kontrolliert hatten. Die östliche Grenze der „Flight Information Region“ Athen fällt mit der 6-Meilen-Zone vor der türkischen Küste zusammen. Die Ad-hoc-Kommission der NATO wurde 1978 durch Verhandlungen abgelöst, die der damalige Oberbefehlshaber Europa, Haig, mit den Griechen führte. Seine drei Pläne fanden aber weder die griechische noch die türkische Zustimmung. Erst seinem Nachfolger Rogers gelang es im zweiten Versuch, Griechenland wieder in die NATO zu integrieren. Die Lösung des „Ägäis-Problems“ bestand darin, daß man zunächst alles offen ließ. Die Frage der NATO-Befehlsstruktur im Luftraum der Ägäis wurde ausgeklammert und vertagt. Am 20.10.1980 stimmte das griechische Parlament unter dem konservativen Kabinett Rallis und der NATO-Ausschuß für Verteidigungsplanung der Reintegration zu. Dubios dabei war, daß der sog. „Rogers-Plan“ über die Konditionen des Beitritts als geheim deklariert wurde und selbst dem griechischen Parlament nicht vorlag, als dieses über die NATO-Reintegration abstimmen sollte. Aus Protest gegen diese Geheundiplomatie verließen während der Abstimmung 98 Abgeordnete das Parlament.

Der damalige Oppositionsführer Papandreu tönte damals in Bezug auf die NATO: „Wer solche Freunde hat, braucht keine Feinde mehr“. Nach dem Wahlsieg von Papandreou PASOK im Oktober 1981 verschärfte sich zwar der Ton in den Beziehungen Griechenlands zur NATO, einen Rückzug aus der NATO befürwortete Papandreu aber nur noch unter der Prämisse der „Auflösung der Blöcke des Kalten Krieges“ (1).

„Nahtstellenfunktion“

Die besondere Funktion Griechenlands für die NATO erklärt sich nur zum Teil aus der Stärke der griechischen Streitkräfte als vielmehr aus der geographischen Lage. Griechenland dient der NATO als Verbindungsglied der Region Balkan, Kleinasien, östliches Mittelmeer. Damit besitzt Griechenland eine „Nahtstellenfunktion“ gegenüber drei Kontinenten. Die Ägäis ist durch ihre über 3000 Inseln ein leicht kontrollierbares Seegebiet; Kreta als „unversenkbarer Flugzeugträger“ trennt das östliche und das westliche Mittelmeer. Als Fernmelde-, Aufklärungs- und Frühwarnzentrum ist der griechische Raum von strategischer Bedeutung für die „Lagebeurteilung“ und für eventuelle Luftkriegsoperationen. Außerdem ist Griechenland das Verbindungsglied zwischen dem südöstlichen NATO-„Partner“ Türkei und Mitteleuropa. Mit der Türkei kontrolliert Griechenland die Zufahrtswege zwischen dem Mittelmeer und dem Schwarzen Meer.

... und die US-Stützpunkte

Entgegen einem gewissen Wortradikalismus der griechischen Regierung konnten die USA im Juli 1983 ein neues Stützpunktabkommen abschließen, das ihnen die Nutzung der vier Hauptbasen und über 20 kleineren militärischen Einrichtungen bis zum Dezember 1988 garantiert. Die griechische Regierung betonte zwar, daß der Vertrag eine Räumung der Stützpunkte nach 1988 vorsähe, doch meldete beispielsweise die Frankfurter Rundschau: „Dem Vernehmen nach schließt der Vertrag jedoch eine Verlängerung über die fünfjährige Laufzeit nicht aus“ (2). Außerdem hätten die USA zugesichert, die Basen nur zu „Verteidigungszwecken“

und nicht zu militärischen Aktionen gegen mit Griechenland befreundete Staaten zu nutzen. Als „Gegenleistung“ wurde Griechenland eine Militärhilfe von 500 Mio Dollar jährlich zugesichert.

Auf Kreta befindet sich die amerikanische Marinebasis Sounda Bay, dessen Hafen zum Teil in einem Bunkersilo liegt. Dieser Tiefseehafen gilt als „homeport“ der 6. US-Flotte und ist der größte Militärhafen im Mittelmeer. In der Nähe der Sounda Bay liegt auch ein Raketenübungsplatz für NATO-Spezialeinheiten (3). Die Luftwaffenbasis Heraklion auf Kreta fungiert als Luftaufklärungs- und Kommunikationszentrum, „wo sich eine Verbindungs- und Überwachungszentrale mit einer den ganzen Ostmittelmeerraum, Teile Nordafrikas und des Nahen Ostens sowie der Sowjetunion abdeckenden Kapazität befindet und von wo etwa auch routinemäßig Aufklärungsmissionen an Libyens Küste geflogen werden“ (4). In Heraklion werden auch die entsprechenden Nachrichten von den US-Basen in der Türkei ausgewertet. Der Luftwaffenstützpunkt Hellinikon ist eine der wichtigsten Außenposten der US-Air Force, da dort das Befehlszentrum für die US-Air Force in Griechenland liegt und von Hellinikon „Erkundungsflüge“ entlang der südlichen Grenze des Warschauer Paktes durchgeführt werden. Er gilt zugleich als „Horchposten“ des Electronic Security Squadron zur Überwachung militärischer Aktivitäten im Nahen Osten und Nordafrika. Das Kommunikationszentrum Nea Makri bei Athen gilt ebenso wie die Sounda Bay auf Kreta für die USA als vorläufig unersetzlich, von Nea Makri wird die US-Marine mit ihren Atom-U-Booten bis weit in den Indischen Ozean hinein dirigiert; außerdem werden in Nea Makri die Nachrichten der 6. US-Flotte und der US-Basis Pikola bei Neapel ausgewertet. Neben diesen vier größeren Stützpunkten liegen zahlreiche kleinere US-„Facilities“ in Nordgriechenland, die vor allem als „Horchposten“ gegen den Warschauer Pakt fungieren und innerhalb der NATO-integrierten NADGE-Radarkette, die vom Nordcap bis zum Ararat geht, als unersetzlich gelten.

Der „Ägäis-Konflikt“: „Dem Feind den Schädel spalten“

Der griechisch-türkische Streit über die Hoheitsrechte der Ägäis-Inseln kulminierte in den letzten Jahren um die Frage der Militarisierung der Insel Lemnos. Dieser Konflikt ist aber nur ein Teil eines umfassenden Konfliktfeldes zwischen der Türkei und Griechenland. Im Herbst 1973 wurden in der Nordägäis zwischen der Insel Thasos und der nordgriechischen Stadt Kawalla in 30 Meter Tiefe relativ umfangreiche Erdöllager entdeckt. Neben Erdöl wurden dort auch größere Schwefel- und Erdgasvorkommen vermutet. Am 1.11.1973 erteilte die türkische Regierung der türkischen Erdölgesellschaft TPAO die Forschungs- und Ausbeutungslizenzen (5). Grundlage für die Ausbeutung war eine im türkischen Regierungsblatt veröffentlichte Karte der Ägäis, die Ausbeutungsrechte innerhalb der griechischen Hoheitsrechte beanspruchte. Ende Mai 1974 – zwei Monate vor der türkischen Zypern-Invasion – erschien dann das türkische Forschungsschiff „Candarli“ unter dem Begleitschutz von 32 türkischen Kriegsschiffen in dem „neukartierten“ Seegebiet. Als weitere Provokation mußte von Griechenland die Einrichtung des türkischen Armeehauptquartiers in Izmir im Juli 1975 angesehen werden. 1976 befanden sich dann beide Staaten am Rande eines Krieges, als das türkische Forschungsschiff „Sizmik I“ geologische Untersuchungen innerhalb griechischer Hoheitsgewässer durchführte. Bei jenem Zwischenfall forderte der damalige Oppositionsführer Papandreu die unverzügliche Versenkung der „Sizmik I“, während auf türkischer Seite ver-



kündet wurde: „Die Türkei macht keine Kompromisse in der Ägäis. Die Hälfte gehört uns. Die ganze Welt sollte dies wissen“ (6). Seit 1973/74 haben sich die türkischen Ansprüche auf die Ägäis zunehmend verschärft. Im Januar 1975 erklärte der damalige türkische Außenminister Esenbel: „In der Ägäis sollten wir eine dynamische Politik verfolgen. Die Verträge von 1923 (s.u.) unterscheiden sich von der heute gegebenen Situation – die Türkei wächst“ (7). Die Türkei wolle zwar nicht die Ägäis „sofort einnehmen“, doch die „Zypern Invasion stelle den ersten Schritt in die Ägäis dar“. Ministerpräsident Demirel ließ im Juli 1975 verlautbaren, daß „die Lehren der Geographie bestätigten, daß bis vor kurzer Zeit die Inseln der Ägäis immer demjenigen gehörten, der auch Anatolien besaß“. Am drastischsten drückte sich 1975 der damalige Ministerpräsident Sadi İrmak aus: „Das Ägäische Meer gehört uns. Wenn die Ehre und die Interessen der türkischen Nation bedroht sind, werden wir dem Feind den Schädel splatten“ (8).

Lemnos und die NATO-Manöver

Der Konflikt um die Ägäis behindert jedes Jahr den reibungslosen Ablauf der NATO-Manöver im östlichen Mittelmeer. Griechenland hat sich seit seiner Reintegration an keinem Manöver in dieser Region beteiligt, da bei den Manöverplänen die Insel Lemnos ausgeklammert wurde. Für die Manöver „Display Determination“ wurde sogar der Luftkorridor „Green 18“ von Alexandroupolis über Lemnos nach Rhodos gesperrt, was zu zahlreichen Luftraumverletzungen der US-Air-Force und der türkischen Luftwaffe führte sowie zur Störung des griechischen Radarsystems (9). Durch die Luftraumverletzungen werden die Griechen aber regelmäßig wieder indirekt in die Manöver einbezogen. So bemerkte ein NATO-General sarkastisch: „Die Griechen hätten sich doch an den Manövern beteiligt: indem sie türkischen und amerikanischen Jäger abgefangen hätten. Dies übe ungemain“ (10). Auch bei der Wintex-Übung im März 1983 und bei dem Manöver Apex-Express Ende 1982 in Nordgriechenland sagte Griechenland seine Beteiligung ab. Die Ausklammerung der Insel Lemnos aus den NATO-Manövern entspricht dem türkischen Standpunkt in der Interpretation des Vertrages von Lausanne von 1923. Die nationalen Hoheitsrechte in der Ägäis wurden damals in dem Vertrag von Lausanne festgelegt, nachdem Griechenland in der sog. „Kleinasiatischen Katastrophe“ vergeblich versucht hatte, sich die kleinasiatischen Küstenregion anzueignen, die zu einem Drittel von griechisch-stämmiger Bevölkerung bewohnt war. Nach der Übereinkunft von

Lausanne gehörten – bis auf die Inseln Imbros (Göğgeada) und Tenedos (Bosada) – die ostägäischen Inseln zu Griechenland. An der nordägäischen Küste wurde der Evros als Grenzfluß festgelegt. Bezüglich der (Ent-)Militarisierung von Lemnos beziehen sich die Griechen nun nicht direkt auf den Vertrag von Lausanne, sondern auf die am gleichen Tag geschlossene Meerengenkonvention, die eine Demilitarisierung u.a. von Lemnos vorsah. Diese Konvention wurde aber durch die Konvention von Montreux vom 20.7.1936 aufgehoben (11). Um die griechische Position zu untermauern, zitierte Ministerpräsident Papandreu bei der NATO-Herbsttagung Anfang Dezember 1984 Erklärungen des damaligen türkischen Regierungschefs von 1936: „Wir stimmen voll mit der Militarisierung von Lemnos und Samothraki und der gleichzeitigen Militarisierung der (türkischen) Inseln Imbros und Tenedos überein. Die Türkei erkennt das Recht Griechenlands an, auf diesen Inseln Streitkräfte zu stationieren“ (12).

Bedrohung aus dem Osten: die Türken kommen

Ein weiteres Konfliktpotential birgt die mögliche Ausdehnung der griechischen Hoheitsrechte von der 6- auf die 12-Meilen-Zone. Bislang teilen sich die territorialen Gewässer der Ägäis in 44 % griechische, 7 % türkische und 49 % offene See (international). Falls Athen das international unbestrittene Recht auf Ausdehnung seiner Küstenzone auf die 12-Meilen-Zone wahrnähme, würde Griechenland 64 %, die Türkei bei gleichzeitiger Ausdehnung aber nur 10 % beanspruchen können. Die Türkei hat „wiederholt und prophylaktisch die Inkraftsetzung der 12-Meilen-Zone durch Griechenland zum casus belli erklärt“ (13).

Die griechische Regierung hat der NATO im sog. Defense Planning Questionnaire (jährliches Papier der „Bündnispartner“ zur „Verteidigungsplanung“) 1984 mitgeteilt, daß sie auf Lemnos Truppen und Luftwaffe stationiert hat. Die offizielle Annahme dieser „Verteidigungsplanung“ durch die NATO würde aber zu starken „Verstimmungen“ zwischen der NATO und der Türkei führen. Im Widerspruch zu der generellen Unterstützung der Türkei in der „Lemnos-Frage“ durch die NATO steht allerdings auch die Finanzierung eines Militärflughafens auf Lemnos seitens der NATO und zwar bereits 1979, als Griechenland militärisch noch gar nicht reintegriert war (14).

Vor dem Hintergrund des Zypern- und Lemnos-Konfliktes haben die Griechen nun ein „neues Verteidigungsdogma“ herausgegeben, welches im Detail die grundsätzlichen Ziele der griechischen Außen- und Verteidigungspolitik im Rahmen der neuen strategischen Gegebenheiten definiert (15). Dieses „Verteidigungsdogma“ müsse dem Umstand Rechnung tragen, daß Griechenland nicht vom Warschauer Pakt, sondern vom „Bündnispartner“ Türkei bedroht werde. Diese Einschätzung trägt auch der Tatsache Rechnung, daß die Vierte Türkische Armee – die einzige türkische Armee, die nicht dem NATO-Kommando unterstellt ist – als sog. „Ägäis-Armee“ einen Umfang von ca. 100.000 Soldaten hat. Das Kommando der Vierten Armee hat seit 1975 seinen Sitz an der anatolischen Grenze in Izmir und ist von ihrem Charakter den Erfordernissen in der Ägäis angepaßt: sie verfügt über mehr als 100 Landungsschiffe. Seit der Verschärfung des Ägäis-Konflikts 1973/74 haben die Griechen verstärkt ihre Truppen auf den ägäischen Inseln (ca. 70.000 Soldaten) und an der griechisch-türkischen Küste (ca. 40.000 Soldaten) stationiert. Damit sind über die Hälfte der griechischen Truppen gegen den „Bündnispartner“ Türkei gerichtet.

Aus den griechisch-türkischen Spannungen entspringt auch eine weitere „Unstimmigkeit“ zwischen der NATO und

Griechenland. Die bei der NATO-Reintegration Griechenlands ungeklärte Frage der Kommandostruktur in der Ägäis ist auch heute noch ungeklärt. Eine status quo ante von 1974, als ein griechischer Offizier unter dem amerikanischen „Commander of the 6th Allied Tactical Air Force“ die Ägäis kontrollierte, akzeptierte Ankara nicht länger. Die Einrichtung eines NATO-Hauptquartiers in der mittelgriechischen Stadt Larissa und der türkischen Stadt Izmir, von denen aus das Operationsfeld im Ägäischen Meer kontrolliert werden soll, wird von Athen abgelehnt. Die griechische Regierung wertet diesen NATO-Vorschlag als einen Versuch, die griechischen Hoheitsrechte über der Ägäis zu unterminieren und der Türkei Zugang zu diesem Operationsgebiet zu verschaffen (16). Aus diesem Grunde beansprucht Athen auch während der Manöverphasen die Luft hoheit über der Ägäis, solange es hier zu keinen NATO-internen Regelungen gekommen ist. Ganz entgegen der ausschließlich antikommunistischen Ausrichtung der NATO verlangt Athen vom westlichen „Verteidigungsbündnis“ eine Garantie für die territoriale Integrität, die Grenzen und die Sicherheit Griechenlands gegenüber der Türkei. Diesem Anliegen mag die NATO aber nicht stattgeben (17).

„Schutz“ unter dem Mekka des Imperialismus?

Trotz des 1983 erneuerten Stützpunktabkommens mit den USA haben sich auch auf diesem Gebiet neue Spannungen ergeben. Die Annullierung der 19 von insgesamt 108 Abkommen über die militärischen Nutzungsrechte der USA in Griechenland im Juli 1984 fällt zwar noch unter die Bestimmungen des Stützpunktabkommens, macht aber weiter deutlich, daß die Griechen Wert auf stärkere „Unabhängigkeit“ von den USA legen. Annulliert wurden die Nutzungsrechte für US-Militärflugzeuge auf griechischen Flughäfen, der Bau eines US-Stützpunktes auf Rhodos sowie der Erwerb von Grundstücken um die US-Basis Hellenikon (18). Im Herbst 1984 wurden dann Überlegungen laut, die USA dächten über eine Verlegung der US-Stützpunkte von Griechenland nach Italien oder in die Türkei nach. Bereits im Sommer hatten die USA ihr mit 200 Mio. Dollar veranschlagtes „Modernisierungsprogramm“ für die Stützpunkte auf Eis gelegt (19). Die subtile Erpressungstaktik seitens der USA ist offensichtlich: ein Abzug der amerikanischen Stützpunkte aus Griechenland in die Türkei würde gleichzeitig eine Reduzierung der US-„Militärhilfe“ an Griechenland und eine entsprechende Steigerung der „Militärhilfe“ an die Türkei zur Folge haben. Ein weiteres Druckmittel ist die griechische Abhängigkeit von US-Kriegsmaterial, da die griechischen Streitkräfte zu 80 % mit US-Gerät ausgerüstet sind. Aber gerade durch die „Militärhilfe“ hätten sich – nach Meinung Papandreou – die USA „zur Wahrung des Kräftegleichgewichts in der Region“ verpflichtet. Nach Lage der Dinge könnten nur die USA mit einer „Militärhilfe“ an Griechenland und die Türkei, die das „traditionelle“ und von Griechenland geforderte Verhältnis von 7:10 (zugunsten der Türkei) nicht verändere, den militärischen Schutz Griechenlands garantieren. So sieht Papandreou, der gelegentlich die USA als „expansionistisches Mekka des Imperialismus“ bezeichnet, einen „Schutz“ gegen türkische Expansionsbestrebungen nur in der finanziellen und militärischen Unterstützung durch die USA, auch wenn er Griechenland gleichzeitig „unabhängiger vom „Mekka des Imperialismus“ machen will. So kann Papandreou sich nur in Wortradikalität üben, wenn die USA beispielsweise der norwegischen Regierung untersagen, 16 vor Jahren von den USA an Norwegen gelieferte F-5-Jagdflugzeuge an Griechenland zu verkaufen. Stattdessen sollen die Jagdflugzeuge an die Türkei geliefert werden. Angeblicher Grund für das amerikanische Veto

war die mangelnde Zusammenarbeit der Griechen bei der „Bekämpfung des internationalen Terrorismus“. Und zwar hatte die griechische Regierung im Sommer 1984 einen Jordanier wegen mangelnder Beweise nach Algerien ausreisen lassen, der seitens der USA als „terrorismusverdächtig“ eingestuft wurde. Stattdessen wies die griechische Regierung einen CIA-Agenten aus, der in die Wohnung des Jordaniers eingebrochen war (20).

Nicht auszuschließen ist auch die Verwicklung von CIA-Agenten in eine Reihe von Sprengstoffanschlägen, die Ende November in Athen stattfanden. Ein entsprechender Hinweis durch den Generalsekretär der „moskautreuen“ KP Harilaos Florakis und die indirekte Stützung dieser Vermutung durch die Regierung führte abermals zu verschärften verbalen Angriffen seitens der USA.



„Prometheus“ und die NATO-„Szenarien“

Ende November 1984 wurden dann die Beziehungen zwischen Griechenland und dem „freien Westen“ erneut „strapaziert“. In einem Kriegsszenario der Schweizer Armee wurden die in diesem Jahr anstehenden Parlamentswahlen in Griechenland zum Ausgangspunkt des 3. Weltkrieges genommen (siehe AK 253). In einer Auseinandersetzung mit konservativen Kräften tritt Griechenland – nach jenem Manöverplan – aus der NATO aus und die PASOK ruft die Sowjetunion zu Hilfe. Mitte Januar d.J. wurde dann ein Manöverplan der höchsten NATO-Ausbildungsstätte, des „Defense College“ in Rom, bekannt. In diesem Manöverplan tauchte ebenfalls ein Wahlsieg der PASOK auf; diesmal kam aber nicht die Sowjetunion zu Hilfe, sondern die Armee putschte „rechtzeitig“. Vor dem Hintergrund der griechischen Geschichte ein durchaus realistisches Szenario: bei dem Obristen-Putsch von 1967 diente das NATO-Manöver „Prometheus“ als Vorlage; gemeinsam mit den NATO-Stäben hatte das griechische Militär u.a. Besetzungspläne für die strategisch wichtigen Punkte als auch komplette Internierungslisten erstellt. (Einer der damals Festgenommenen war übrigens Papandreou!) Umso mehr mußte der Manöverplan des von dem BRD-General Uhle-Wettler geleiteten „Defense College“ ein politischer Affront gegen die PASOK-Regierung sein, der erpresserische Züge trug (21). Derartige Putschpläne sind seit 1979 schon siebenmal mit griechischen Lehrgangsteilnehmern durchexerziert worden. Griechenland hat jetzt bis auf weiteres seine Teilnehmer vom „Defense College“ zurückgezogen.

Ungeachtet der gegenüber dem Warschauer Pakt „entspannungsorientierten“ Politik der griechischen Regierung wendet Athen mit 6,8 % vom Bruttosozialprodukt annähernd so viel für die „Landesverteidigung“ auf wie die USA (1984: 6,9 %). Ähnlich sieht es bei den Streitkräften (bezogen auf die verfügbaren Arbeitskräfte) aus: hier „führt“ Griechenland innerhalb der NATO mit 5,1 % vor der Türkei mit 4,5 % (BRD: 2,4 %) (22). Auch die BRD trägt „ihre“ Verantwortung für den griechischen „Bündnispartner“: 1983 erhielt Griechenland in einer 8. Tranche immerhin 70 Mio DM Militärhilfe.

Anmerkungen

- 1) Vgl. Ronald Meinardus, Griechenlands gestörtes Verhältnis zur NATO, in: EA 4/82, S.105
- 2) FR, 16.7.83
- 3) Europäische Wehrkunde, 11/81, S.490
- 4) Christian Müller, Heerlager Europa, Zürich 1983, S.174
- 5) Deutsche Außenpolitik, 11/78, S.113
- 6) FR, 6.2.82
- 7) FR, 4.1.85
- 8) alle Zitate aus FR, 4.1.85
- 9) Taz, 8.10.83
- 10) FAZ, 29.11.84
- 11) FAZ, 28.11.84
- 12) FAZ, 7.12.84
- 13) Europäische Wehrkunde, 1/85, S.31
- 14) FAZ, 28.11.84
- 15) FR, 9.1.85
- 16) Taz, 28.7.84
- 17) Taz, 5.10.84
- 18) FR, 21.7.84
- 19) FR, 1.10.84
- 20) Taz, 11.7.84
- 21) FAZ, 25.1.85
- 22) NATO-Brief 6/84

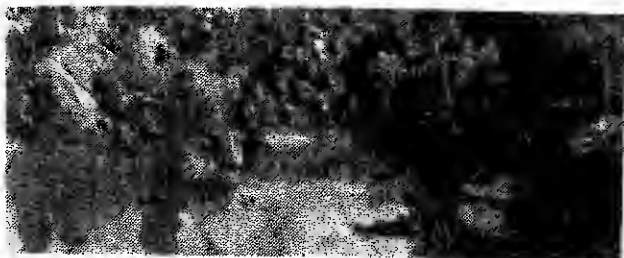
ZYPERN

Zypern: Invasionsplattform für den Nahen Osten

Neben den fest in die NATO-Südflanke eingebundenen Staaten hat die NATO aber auch ein Interesse an weiteren „strategisch wichtigen“ Punkten wie zum Beispiel Zypern, der drittgrößten Mittelmeerinsel (siehe auch AK, 241). Das Interesse der Imperialisten an Zypern ist vor allem in der Zeit seit dem zweiten Weltkrieg zunehmend gestiegenen militärischen Bedeutung von Luftlandetruppen und Luftstützpunkten zu sehen (Nachschub und Interventionsfähigkeit). Die Basen für die militärischen Operationen der NATO von zypriotischem Boden aus sind die beiden unabhängigen britischen Stützpunkte Akrotiri (im Süden) und Dhekelia (im Südwesten), welche „Überbleibsel“ aus der Zeit der britischen Kronkolonie von vor 1960 sind. Daneben gibt es noch zahlreiche Horch- und Radarstationen in den zypriotischen Bergen. So bietet Zypern als „Horchposten“ und „Sprungbrett“ „den Westmächten für den Krisenfall einen Aktionsradius für den Einsatz auch schwerer Luftwaffenverbände... den sie nur noch von den türkischen Kontinentaltbasen in Südwest-Anatolien haben... Als Teil eines westlichen strategischen Systems zur Kontrolle des östlichen Mittelmeers und Abschirmung des Nahen Osten gegenseitige Aktionen in einer internationalen Krise kann Zypern, sofern und solange die Anlagen benutzbar und frei zur Verfügung bleiben, von relativ großer Bedeutung sein – relativ, das heißt, verglichen mit Alternativen, die politisch unsicherer wären“ (Lothar Rühl, nach: Kadritzke/Wagner, Im Fadenkreuz der NATO).

Die Betonung Rühls auf die Benutzbarkeit und freie Verfügbarkeit hat ihren Grund in der für die NATO recht unsicheren politischen Situation des „griechischen“ Teils Zyperns. Immerhin konnte die kommunistische AKEL fast 33 % bei den Wahlen im Februar 1983 erzielen; und auch der zeitweise im Bündnis mit den Kommunisten regierende Kyprianou ist kein sicherer NATO-Kantonist. Da scheint der türkisch besetzte Nordteil der Insel besonders für die US-Interessen schon geeigneter. Bereits im Mai 83 lie US-Unterstaatssekretär Burt durchblicken, daß die USA die Einrichtung von US-Stützpunkten auf der Kapras Halbinsel im besetzten Norden planten. (TAZ, 18.5.83). Diese Planungen scheinen sich bereits sehr konkret in dem Bau des im Norden der Insel befindlichen Flughafens Lefkoniko zu dokumentieren. Die Spekulation über eine US-Finanzierung des ca. 550 Mio Dollar teuren Flughafenneubaus dürfte wohl der Realität sehr nahe kommen. Dieser Flughafen paßt auch makellos ins US-Konzept der „Schnellen Eingreiftruppe“: eine logistische Basis vor der Haustür zum Nahen Osten.

TÜRKİE



Türkei: Speerspitze der NATO - Südflanke

Die Türkei trat 1952 — gemeinsam mit Griechenland — der NATO bei und wurde damit zum südöstlichsten Pfeiler der NATO. Außer Norwegen verfügt von den NATO-Staaten nur die Türkei über eine gemeinsame Grenze mit der Sowjetunion, was ihren militärisch-strategischen Wert für die NATO natürlich erhöht. 1955 wurde die Türkei dann Mitglied des Bagdad-Paktes, der später in die „Central Treaty-Organisation“ umbenannt wurde. Damals gelang es der NATO, die Türkei gleichzeitig als „Brückenkopf“ zum Mittleren und Fernen Osten über den Iran und Pakistan zu benutzen. Anfang der 70er Jahre unterhielten die USA in der Türkei 61 Militäreinrichtungen mit einem „Personalaufwand“ von 5000 Mann. Spannungen im US-amerikanisch-türkischen Verhältnis traten nach der türkischen Zypern-invasion 1974 auf. Die USA verhängten gegenüber der vollkommen von amerikanischen Waffen abhängigen Türkei ein „Waffenembargo“, während die Türkei 25 amerikanischen Stützpunkte und sonstigen Militäreinrichtungen im Juli 1975 vorübergehend schloß bzw. — so weit wie möglich — unter nationale Verwaltung stellte. Als dann aber im März 1979 der Iran nach dem Rausschmiß des Schahs die Mitarbeit im Cento-Pakt aufkündigte und auch Afghanistan nach der sowjetischen Intervention als potentieller militärischer Verbündeter gegen die Sowjetunion ausfiel, wurden die türkisch-amerikanischen Verhandlungen über eine „Normalisierung der Beziehungen“ intensiviert. Bereits im Oktober 1979 hatte die türkische Regierung den USA die Verfügungsgewalt über vier der fünf wichtigsten Basen zurückgegeben, nachdem der amerikanische Kongreß das Waffenembargo unter der Bedingung aufgehoben hatte, „daß Präsident Carter der Überzeugung sei, daß die Türkei in gutem Glauben sich darum bemühe, das Zypernproblem zu lösen“ (T1).

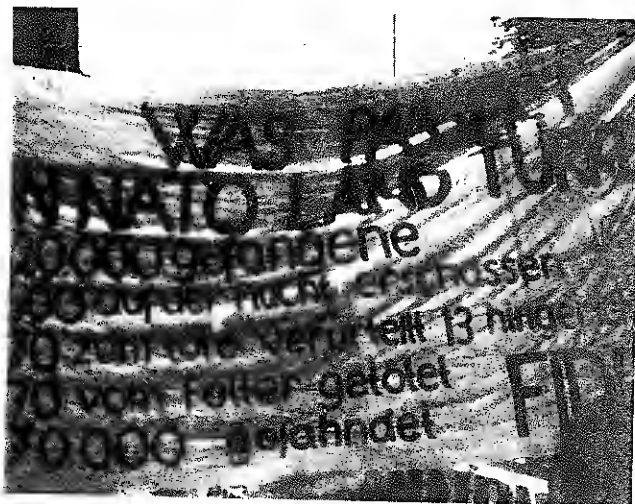
Im Januar 1980 folgte dann auch ein neues amerikanisch-türkisches Militärabkommen, das den Status der amerikanischen Militäreinrichtungen in der Türkei, Art und Ausmaß der amerikanischen Militärhilfe sowie die Zusammenarbeit beider Länder bei der Entwicklung einer eigenständigen türkischen Rüstungsindustrie regelte. Nachdem selbst die massive Wirtschafts- und Militärhilfe der USA und der BRD die ökonomischen, politischen und sozialen Verhältnisse in der Türkei nicht stabilisieren konnte, putschte das Militär im September 1980 im Schatten eines NATO-Manövers. Das „vordringliche Ziel“ der Militärs war es, „den weiteren Verfall der innenpolitischen Lage zum Chaos aufzuhalten“ (T2).

Mittlerweile scheint der „weitere Verfall“ durch Folterungen und Morde aufgehalten worden zu sein, zumindest hat sich das NATO-Regime wieder eine zivile Maske mit der Visage von Turgut Özal zugelegt.

Tausend-Meilen-Fenster in die SU

Obwohl die Türkei mit 570.000 Mann quantitativ die stärkste europäische NATO-Armee vorweisen kann, liegt der besondere militärische Wert der Türkei für die NATO doch in deren geostrategischer Position: Als Angriffsplattform gegenüber dem Warschauer Pakt bietet die Türkei mit den US- und NATO-Basen, die entsprechende militärische Infrastruktur, die in der Türkei stationierten US-Kampfbomber und Raketen können weite Teile der Sowjetunion mit einem Radius bis nach Moskau und zum Aral-See auch mit Atomwaffen belegen.

Aber auch in „Friedenszeiten“ weist die Türkei unersetzliche Vorteile für die NATO auf. „Von westlichen Beobachtungsposten in der Türkei kann die von sowjetischen Flugkörpern erzeugte Hitze gemessen und sogar tragbare Sprechfunkgeräte können abgehört werden. Dieses Tausend-Meilen-Fenster nach Rußland ist unersetzbar“ (T4). So üben die vier wichtigsten der insgesamt 12 den USA „zurück-erstatteten“ Stützpunkte vornehmlich Aufgaben der Frühwarnung und Aufklärung aus: „1. Der strategische Stützpunkt Sinop am Schwarzen Meer. Hier ist ein elektronisches Überwachungssystem in Betrieb, das in Richtung Osten und Nordosten aufklären kann und vordringlich der Überwachung sowjetrussischer Raketenabschußanlagen dient. Die Aufklärungswirkung geht weit über das Schwarze Meer hinaus. Dieselektronischen Augen erfassen unter anderem russische Basen im Süden der Sowjetunion. 2. Die Station Pirinlik. Ihre Geräte überwachen an der türkisch-syrischen Grenze Raketenstellungen in der Tiefe der strategischen Zone des Mittleren Ostens. 3. Belbasi. Diese im Nordosten der Türkei gelegene Basis kann unterirdische Atomexplosionen in der Sowjetunion orten. 4. Kargaburun. Die Station liegt an der Westseite des Marmarameeres. Sie bewacht elektronisch die Seeseite am Bosphorus. Alle sowjetrussischen Kriegsschiffe können beim Anmarsch und Abmarsch erfaßt und damit kontrolliert werden. Die Basis ist auch eine Bodestelle für den militärischen Luftverkehr“ (T5).



Laut „International Herald Tribune“ ist die Türkei die „Basis für 30 % der elektronisch ausgehorchten Nachrichten der USA über die Sowjetunion“ (T6). Zu diesen „Horchposten“ gehören auch die 14 Nadge-Anlagen der NATO, die in der Türkei installiert sind. Dieses Nadge-System dient der Luftraumüberwachung und elektronischen Aufklärung und bildet eine NATO-Kette vom Nordkap bis in die Türkei. Ergänzt wird das Nadge-System durch das Frühwarnradarsystem Awacs. Von der „Main Operating Base“ in Geilenkirchen wird die gesamte „Front“ zum Warschauer Pakt abgedeckt; die drei „Forward Operating Bases“ der Südflanke liegen in Trapani auf Sizilien, Prevesa südöstlich von Korfu und in Konya in der Türkei (T7).

Ein weiterer wichtiger geostrategischer Aspekt ist die Kontrolle der Dardanellen und des Bosphorus. Das sowjetische Mittelmeergeschwader ist Teil der Schwarzmeer-Flotte und in Sewastopol stationiert, das heißt, um in der Mittelmeerregion oder darüberhinaus politisch oder militärisch eingreifen zu können, muß die sowjetische Eskadra erst den Bosphorus und die Dardanellen passieren. „Die türkischen Meerengen sind für die Sicherheit der NATO und die der USA lebenswichtig. Westliche Nachrichtendienste, die die Durchfahrt sowjetischer Schiffe beobachteten, entdeckten beispielsweise während der Kuba-Krise den Transport von Raketen nach Kuba“ (T8).

Außerdem wird von türkischer Seite darauf hingewiesen, daß die quantitativ so starke türkische Armee im Kriegsfall mindestens 20 sowjetische Divisionen an der „Südflanke“ binden würde, die dann dem Warschauer Pakt für den Krieg an der „europäischen Zentralfont“ fehlen würden.



Sprungbrett in den Nahen Osten

Neben der durch die unmittelbare Nähe zur Sowjetunion bestimmten Funktion übt die Türkei aber noch eine weitere aus: „Die Türkei kann die Flanke der NATO sein, sie ist aber vor allem die zentrale Front für die Stabilität im Nahen Osten“ (T9). Denn – so der ehemalige türkische Stellvertreter beim Befehlshaber der NATO-Landstreitkräfte Südos– „Die Südflanke der NATO ist eng verknüpft mit dem Nahen Osten, der wiederum an einer Seite an Westeuropa, an der anderen an Afrika grenzt. Als denkbare spätere Brotkörbe von globaler Bedeutung sind der Nahe Osten und Afrika für die NATO die wichtigsten Quellen für Energie und Rohstoffe. Die Staaten des Nahen Ostens und die afrikanischen Anrainer sind die wichtigsten Lieferanten für Erdöl“ (T10). So ist es für die NATO nur logisch, daß

sich die „konventionellen“ Installationen im äußersten Südosten im Raum Adana konzentrieren: rotationsweise Verlegung von Fliegerkampfstaffeln der 16. US-Luftflotte von Torrejon in Spanien nach dem Stützpunkt Ircilik sowie Nachschubdepots in Iskenderun und Yamurtalik. Mit dem geplanten Modernisierungsansatz von zehn türkischen Flugplätzen unterstreicht die amerikanische Luftwaffe noch mehr ihr Interesse an diesem Gebiet eines Bündnispartners, das Länderrückendeckung oder Sperrriegel in Bezug auf den Nahen und Mittleren Osten sein kann“ (T11). Der Stützpunkt Ircilik diente bereits 1958 als Sprungbrett für die US-Invasion im Libanon, und im April 1980 mißlang von dieser Basis aus die Luftlande-Operation in den Iran zur geplanten Geiselbefreiung (T12).

Militär- und andere „Hilfen“

Trotz des amerikanischen Waffenembargos von 1975 bis 1978 lief auch während dieser Periode die amerikanische Militärhilfe an die Türkei weiter, wenn auch im reduzierten Umfang. Dafür stieg aber nach 1978 und nach Antritt der Reagan-Administration die US-Militärhilfe an die Türkei um so stärker an: von 208 Millionen Dollar (1980) auf 750 Mio Dollar (1984). Obwohl der Finanzausschuß des Repräsentantenhauses eine Kürzung der Militärhilfe für 1985 auf 540 Mio Dollar beschlossen hatte, wird es wohl auch 1985 zu einer Steigerung auf 755 Mio Dollar kommen (T13). Das Pentagon hatte sogar eine Erhöhung auf 934 Mio Dollar verlangt. Hinter Israel und Ägypten nimmt die Türkei den dritten Rang in der US-Militärhilfe ein.

Neben der Militärhilfe aus den USA erhält die Türkei die zweithöchsten Zuweisungen aus der BRD. Durch den Vorsitz im 1962 gegründeten „Türkei-Konsortium“ der imperialistischen Staaten übernahm die BRD als wichtigster „Außenhandelspartner“ der Türkei schon vorzeitige gebührende Verantwortung: seit 1964 erhält die Türkei Militärhilfe aus der BRD, die in bislang 14 Tranchen abgewickelt wurde. Bis 1980 belief sich der Gesamtwert der gelieferten Militärgüter und Fertigungsanlagen auf 930 Mio Mark. 1973 wurde beim Bundeswehrbeschaffungsamt ein entsprechender Verbindungsstab eingerichtet, der die türkischen Kontakte zur westdeutschen Rüstungsindustrie pflegen soll. 1980 „gewährte“ die BRD der Türkei eine auf mehrere Jahre verteilte „Rüstungsbeihilfe“, mit der u.a. 77 Leopard-Panzer finanziert werden. Der Umfang der derzeitigen Tranche beläuft sich offiziell auf 130 Mio DM innerhalb einer Periode von 18 Monaten und besteht zu 80 % aus Neumaterial und zu 20 % aus Bundeswehrüberschüssen (T14). Neben den offiziell als Militärhilfe ausgewiesenen Beträgen fließen allein 1985 noch etliche Millionen in „zivile Bereiche“, die für die militärische Infrastruktur nicht unerheblich sind: u.a. mehr als eine halbe Milliarde in den Ausbau des Energiesektors (u.a. Kreditanstalt für Wiederaufbau), 250 Mio DM zur „Konsolidierung des türkischen Eisenbahnnetzes“ (Krauss-Maffei, Siemens, BBC) und zur „Modernisierung“ des Kommunikationssystems (Siemens) (T15). Auch der Zuschlag für ein Gasturbinenwerk bei Hamitabat in Thrazien geht wohl an die Mannheimer Brown Boveri: das Kraftwerk soll „die Abhängigkeit der Türkei von Stromlieferungen aus Bulgarien erheblich reduzieren. Zur Zeit zahlt die Türkei jährlich bis zu 250 Mio Dollar für bulgarischen Strom“ (T16).

„Bulgarisierung der türkischen Minderheit“: neues Sarajewo?

Der Aufschrei der bürgerlichen Presse seit Anfang Januar 1985 über die „Bulgarisierung der türkischen Minderheit“ paßt sich lückenlos in die revanchistischen Töne westdeut-

scher Politiker ein. Zunächst las mensch in der Presse nur was von „unbestätigten Berichten“ und „Gerüchten“ über 40 Tote innerhalb der „vergangenen Wochen“; noch „sei es aber schwer, Genaueres in Erfahrung zu bringen“ (FAZ, 18.1.85). Am nächsten Tag tauchte dann bereits die Meldung auf, daß „im Zuge verschärfter Sicherheitsmaßnahmen während der letzten drei Monate 880 Türken in Bulgarien umgebracht worden seien“. Es war die Rede von „Schlägen“, „Polterungen“ und auch „Blut sei geflossen“. Die Sicherheitsmaßnahmen für die bulgarische Botschaft in der Türkei mußten ob solcher Berichte verschärft werden; die Botschaft hatte telefonische und schriftliche Drohungen erhalten. Am 23.1. sah Bulgarien sich dann gezwungen, zeitweilig die Grenze für türkische Touristen zu schließen. Die FAZ nutzte sofort die Gelegenheit für ihr revanchistisches Steckenpferd, die „Minderheiten in Osteuropa“: „Nun will Bulgarien seine türkische Minderheit unter Polizeidruck einschmelzen. Dagegen regt sich Widerstand... Das ist die zweite nationalitätenpolitische Probe, die das kommunistische Bulgarien nicht besteht. Nach dem Krieg hatte die Regierung in Sofia eine mazedonische Minderheit im Westen des Landes erst anerkannt, dann aber als nicht existierend erklärt. Doch wie sieht es in der Nachbarschaft aus?“ Im folgenden wird die „Nationalitätenpolitik“ in Rumänien, Ungarn, Albanien und Jugoslawien untersucht mit dem Ergebnis: „Solche Politik schafft Unruhe in den einzelnen Staaten; denn jede Minderheit hat ihr Mutterland, das früher oder später für sie eintritt! Das gedeihliche Zusammenleben in Südosteuropa, von dem dort alle Regierungen reden, ist noch fern“ (FAZ, 18.1.85). Vor welchem Hintergrund die (inszenierten) „Minoritätenprobleme“ in Südosteuropa zu sehen sind, machte auch F. Stephen Larabee vom International Institute for Strategic Studies in London deutlich: die „verstärkten Spannungen auf dem Balkan steigern die Gefahr, daß der Balkan wieder einmal das Pulverfaß Europas werden kann und verleiht der Frage nach der Sicherheit des Balkans, die von der des Mittelmeers nicht zu trennen ist, eine neue Größenordnung“ (T17). Das „Sarajewo“ für den nächsten Weltkrieg, wenn die (deutsche?) Minderheit in Südosteuropa ihr „Mutterland“ ruft!!!

Anmerkungen

- 1) Süddeutsche Zeitung, 5.10.78
- 2) Generalleutnant Ihsab Gürkan, Die Türkei – Eckpfeiler der NATO im Südosten, in: Beiträge zur Konfliktforschung 1/81, S.13
- 3) AIB, Sonderheft Türkei 2/80, S.32
- 4) Gürkan, a.a.O., S.12
- 5) FAZ, 19.1.75
- 6) AIB 7/80, S.40
- 7) Heerlager Europa, S.151
- 8) Gürkan, a.a.O., S.11
- 9) ebda., S.24
- 10) ebda., S.8
- 11) Heerlager Europa, S.174
- 12) AIB, Sonderheft 2/80, S.32
- 13) FR, 3.10.84
- 14) FR, 6.9.84
- 15) FAZ, 3.12.84
- 16) ebda
- 17) Adelphi Papers, Nr. 135

Michael Hollenbach

Kommune

Forum für Politik und Ökonomie

Viele Gesichtspunkte, eine Zeitschrift

Sammlung der Meinungen, Auseinandersetzung um unterschiedliche Vorstellungen und Lösungsvorschläge helfen wir für eine Aufgabe der Kommune. Ohne Austausch von Gesichtspunkten, Abwägen der verschiedenen Erfahrungen blieben wir dümmel, als wir sein müssen.

In der Kommune machen jetzt auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der früheren M.Z. mit. Das kann ein weiterer Schritt sein, um in Verbindung mit der Sammlungsbewegung der Grünen ein Forum für notwendige politische und theoretische Diskussionsprozesse zu schaffen, das viele nutzen und um dessen Lektüre alle schlecht herumkommen.

Die Kommune – ein politisch-kulturelles Magazin, theoretische Zeitschrift, Diskussionsforum und Organ der links-grün-alternativen Bewegung in Göttingen – erscheint monatlich mit 32 Seiten für 2 DM. Einzelne Themen aus unseren letzten Heften:

Heft 4/85: Vom Nutzen der Ökologie für eine emanzipatorische Bewegung + Sanfte Naturwissenschaften: Aussichten auf ein neues Verhältnis Mensch/Natur? + Brüten oder Verhüten? Die Zukunftsvisionen von Ebermann/Trampert + Keine braune Jugend + Knast für (Ehe-)Männer? +

Heft 3/85: Lohnarbeit 2000 – Diskussion um Mindesteinkommen + Bloße Annäherung? Geißlers Leitsätze und die Frauen + Die Kluft nicht verkleistern. Gastarbeiterliteratur + DDR-Friedensbewegung und Grüne: Dokumentation + Bachjahr im Gange +

Heft 2/85: W.Maier: Produktion nach Gesetzen der Schönheit. Versuch über menschliche Arbeit als Naturbetätigung + Warum sanierte Häuser noch keine neue Stadt machen: IBA und Kreuzberg + Die Bedeutung Grönlands in den Militärstrategien +

Erhältlich im Buchhandel.
Freischaffte Info- und Informationsstelle:
Buchvertrieb Hager, Postfach 111142,
8000 Frankfurt am Main 1

Sprungbrett für die „Schnelle Eingreiftruppe“

Die „Brauchbarkeit“ der Türkei als Aufklärungszentrum und Flankenbedrohung gegen die Sowjetunion wird aus der Sicht der NATO-Planer noch übertroffen durch ihre Rolle als Basis für mögliche Nah- und Mittelost-Interventionen. Mit der Aufstellung der „Schnellen Eingreiftruppe“ (RDF) ab 1979 sind die USA zu einer Politik der offenen Intervention zurückgekehrt. Bereits 1982 standen 220.000 Mann bereit, darunter vor allem Spezialeinheiten wie die „Green Berets“ und die „Special Forces“ des Heeres und das Marinecorps sowie Teile des strategischen Bomberkommandos inklusive Atombewaffnung.

Das größte Problem für den praktischen Einsatz dieser Truppen war der Transport in die Einsatzzonen und der Nachschub für längeranhaltende Operationen. Die Lufttransportkapazität des Strategic Airlift Command ist begrenzt. Dazu kommt, daß die Großraumtransportflugzeuge C-5A „Galaxy“ die meisten Flughäfen überhaupt nicht anfliegen können, die kleineren C 141 Starlifter weniger als die Hälfte der infragekommenden Flugplätze des Mittleren Ostens (14). „Wir können“, erklärte RDF-Kommandeur Robert Kingston, „in zwei Tagen eine Luftlandebrigade in den Nahen Osten transportieren. Im Falle einer Krise können wir innerhalb von zwei Wochen eine ganze Division im Nahen Osten stationieren. Um diese Operationen durchzuführen, brauchen wir in der Region Lagerungsmöglichkeiten für schweres Material“ (15).

Die Errichtung von Depots für Waffen und Gerät in der Türkei würde einen Großteil der Kapazitäten für Truppentransporte freimachen und die Schlagkraft der RDF wesentlich steigern. Der einmalige Wert der Türkei für RDF-Operationen im Mittleren Osten liegt vor allem darin, daß hier eine vollständige, zuverlässige Einflogschneise bis praktisch auf taktische Einsatzweite zum Persischen Golf besteht, und daß diese Route die einzige ist, die permanent einsetzbar und auch bei längeren Mittel-Ost-Kriegen sehr sicher zu schützen ist (16).

Nach den Auseinandersetzungen um die türkische Zypern-Invasion, die 1975 zu einem zeitweiligen Waffenembargo der USA und zur (formellen) Übernahme der US-Stützpunkte durch die Türkei geführt hatten, wurden die beiderseitigen Beziehungen Anfang der 80er Jahre durch Verträge neu geregelt. Das Abkommen vom 29.3.80 regelt die Nutzung der US-Militäreinrichtungen in der Türkei und beinhaltet „im Kern einen Austausch von strategisch bedeutsamem Terrain für amerikanische Militäreinrichtungen in der Türkei gegen Militär- und Rüstungshilfen der USA“ (17). Da die türkische Regierung auf gute Beziehungen zu den Staaten im Nahen und Mittleren Osten großen Wert legt, und darüberhinaus auf einen weitverbreiteten Anti-Amerikanismus und der türkischen Öffentlichkeit Rücksicht nehmen muß, hat sie mehrfach erklärt, die US- und NATO-Basen dürften nur im „NATO-Fall“ (Angriff auf ein Mitgliedsland) für militärische Aktionen genutzt werden. Diese Ankündigungen werden in NATO-Kreisen allerdings nicht sonderlich ernst genommen, zumal die NATO sich insgesamt bereit erklärt hat, Aggressionen der USA auch außerhalb des Bündnisterritoriums mit abzudecken, und der „NATO-Fall“ von der Türkei recht großzügig interpretiert wird (18).

Nach der Schaffung eines „türkisch-amerikanischen Verteidigungsrates“ Ende 1981 wurde 1982 ein „Memorandum Of Understanding“ geschlossen, das den Ausbau von 15 türkischen Flughäfen und den Bau eines neuen vorsieht. Vor allem geht es darum, Start und Landung von Großtransportern (wie den C-5A „Galaxy“) zu ermöglichen. Weiter erlaubt das Abkommen den USA, in Krisenfällen Truppen in die Basen zu verlegen und schon vorher dort militärisches Gut einzulagern (19).

Wie die USA von diesen Stützpunkten Gebrauch macht, hat sie bereits in der Vergangenheit demonstriert:

— Die US-Intervention im Libanon 1958 lief bekanntermaßen über die US-Airbase Incirlik (bei Adana am Schwarzen Meer)

— Im Schwarzen September 1970 erhielt Hussein einen Großteil seines Nachschubs für das Niedermetzeln der in

Halbamtliche Begründung für einen Militärputsch

„Mit der Türkei besitzt der Westen eine geopolitisch-strategische Schlüsselstellung für das Gleichgewicht im östlichen Mittelmeer und im gesamten Nahen Osten... Eine Abwendung der Türkei vom westlichen Bündnis würde die NATO-Verteidigung an der Südflanke empfindlich treffen, die Kontrolle der strategisch wichtigen Meerengen durch die westliche Allianz nicht mehr erlauben und die Aktionsmöglichkeiten der westlichen See- und Luftstreitkräfte z.B. in einem militärischen Nahost-Konflikt erheblich einschränken. Allein das Ausscheren dieses Staates aus dem westlichen Verteidigungsdispositiv würde die strategische Situation fundamental verändern. Und ein Bündnis etwa zwischen der Sowjetunion und der Türkei würde gar für die westliche Sicherheit und die Unabhängigkeit der Länder des Nahen und Mittleren Ostens eine kritische Lage herbeiführen“.

(Walter Schilling: Die Bedeutung des Nahen und Mittleren Ostens für die westliche Sicherheit, Europäische Wehrkunde 8/80, S.379)

„Die Türkei kann die Flanke der NATO sein, sie ist aber vor allem die zentrale Front für die Stabilität im Nahen Osten“.

(General W.A. Knowlton vor der Vereinigung der Reserveoffiziere am 24.2.77 in Washington, zit. nach Gürkan, S.24)

„Unsere Türkeihilfe ist kein herablassendes, generöses Geschenk an diesen Verbündeten. Sie dient der Wahrung unserer eigenen elementaren Sicherheitsinteressen, sie ist unser Beitrag zur bündnisinternen Lastenteilung zugunsten der Stabilisierung dieser Region...“

(Alois Mertes, Staatsminister im Auswärtigen Amt, am 4.12.82, in Südosteuropa-Mitteilungen 1/83, S.13)

„Mit ihrer gestiegenen internationalen Bonität und der wiedergewonnenen politischen Stabilität bildet die Türkei für ausländische Exporteure und Investoren attraktive Geschäftsmöglichkeiten“ (Mitteilungen der Bundesstelle für Außenhandelsinformation, Weltwirtschaft am Jahreswechsel 1984/85: Türkei, Januar 1985, S.5)

Jordanien lebenden Palästinenser von dort
 — Nach der Botschaftsbesetzung in Teheran wurden die Fallschirmjäger in Incirlik in Alarmzustand versetzt, und von dort aus startete ein Teil der Flugzeuge zur versuchten Geiselnbefreiung
 — Bei der Versorgung des US-Kontingents im Libanon 1983/84 war ebenfalls Incirlik Versorgungstützpunkt (20).

Regionale Ordnungsmacht

Die Türkei will jedoch nicht nur das „vorgeschobene Flugzeugmutter-schiff der Vereinigten Staaten“ sein. Sie erhebt selbst Anspruch auf eine regionale Großmachttrolle, und fühlt sich zur „Lösung“ von „regionalen Sicherheitsproblemen und internen Aufständen“ in Nachbarländern berufen: „Die Türkei hat ernstliche Zweifel, ob die RDF nützlich wäre gegen ‚low-level‘-Konflikte, egal, ob indirekte sowjetische Initiativen beteiligt sind oder nicht. Die Länder der Region sind besser geeignet, mit solchen unvorhersehbaren Fällen umzugehen“ (21).

Ohne selbstverständlich auf das eigene Einsatzinstrumentarium zu verzichten, wird dieser Machtanspruch von der NATO unterstützt. „Sowohl für die NATO als auch für sich selbst“ könne die Türkei „einer der potentiell großen stabilisierenden Faktoren in der Region“, „eine bedeutende regionale Abschreckungsmacht“ sein (22). Dabei wird durchaus gesehen, daß die Türkei nicht nur als Anhängsel der US- und NATO-Politik erscheinen sollte, sondern zur Erfüllung ihrer Funktion eine gewisse (scheinbare) Eigenständigkeit aufweisen muß. „Gerade der Versuch aber, in der Region eine Rolle zu spielen, die nicht mit dem Stigma der Paktgebundenheit gebrandmarkt ist, dürfte die Türkei langfristig als westlichen Außenposten wertvoller machen als eine Politik im Namen der westlichen Mächte, die den Konfliktstoff in der Region nur erhöhen könnte“ (23).

Nach dem Militärputsch — von 1980 auf 1981 — stieg der Militäretat um 65 % und machte damit 18 % des gesamten Staatshaushaltes aus. Der Generalstab der Armee erarbeitete ein ehrgeiziges Vier-Stufen-Programm, um militärisch den ins Auge gefaßten Aufgaben gewachsen zu sein. Sowohl in der NATO wie in der „Joint Defence Group“ wurde dieser Plan mehrfach diskutiert und Einzelheiten der Zeit- und Finanzplanung festgelegt. Insbesondere mit Hilfe der BRD werden große Anstrengungen zum Aufbau einer türkischen Rüstungsindustrie unternommen, die auch regionale Bedeutung erlangen soll bzw. z.T. bereits erlangt hat. Rüstungs-Kooperationsabkommen bestehen mit Pakistan, Bangladesch, Jordanien, Somalia und dem Irak; enge Zusammenarbeit auch mit Ägypten. Klammernd, unter stillschweigender Duldung der USA, beteiligt sich die Türkei an der Entwicklung der „Islamischen Bombe“ in gemeinsamer Atomforschung mit Pakistan (24).

Die eingangs geschilderten Militäraktionen der Türkei im türkisch-irakischen Grenzgebiet dienen nicht nur der blutigen Unterdrückung der kurdischen Peshmerga, sondern signalisieren auch, daß die Türkei bereits in der Praxis eine regionale Polizistenrolle übernommen hat, die auch vor der Grenze anderer Staaten nicht halt macht. Die Schwächung sowohl des Iran wie Irak — beide haben gemeinsame Grenzen mit der Türkei und sind in den letzten Jahren zu deren wichtigsten Handelspartnern aufgerückt — hat die türkische Stellung sehr gestärkt. Der Import-Bedarf beider Staaten ist durch den Krieg enorm gestiegen, die türkischen Straßen sind die einzigen passierbaren Landtransportwege, und Irak ist für seinen Öl-Export allein auf die Pipeline Kirkuk-Iskenderun angewiesen. Für den Fall einer Niederlage des Irak hat die Türkei bereits weitgehende Ansprüche

angemeldet: Der New Statesman meldete am 15.7.83, Ankara wünsche von Washington „freie Hand, in den Irak zurückzukehren und die Kontrolle der Ölfelder von Kirkuk zu übernehmen, falls die Bagdader Regierung Saddam Husseins stürze“. Mittlere US-Beamte, so der New Statesman, schlossen nicht aus, daß solche Vorschläge weiter oben geprüft würden (25).

Alles in allem wird deutlich, daß nicht nur die Türkei selbst Vormachtansprüche innerhalb der Region stellt, sondern auch die USA und die NATO großes Interesse an einem „Krisenbogen“ Ägypten, Saudi-Arabien, Israel, Türkei, Pakistan zeigen, und daß der Türkei darin eine Rolle als Ordnungsmacht im Mittleren Osten und als neues subimperialistisches Zentrum zugedacht ist. Interventionen türkischer — islamischer — Soldaten machen kein so schlechtes Bild wie ein Eingreifen der Supermacht USA, und wesentlich billiger sind sie überdies. Eine unkontrollierbare Eigenständigkeit der türkischen Politik ist dabei nicht zu befürchten — ist sie doch als NATO-Land und hoch verschuldeter Kreditnehmer völlig von ihren westlichen Partnern abhängig.

Türkei, BRD und die NATO-interne Arbeitsteilung

Als „kranker Mann am Bosphorus“ gehandelt, wirtschaftlich angespannt und politisch desolat, war die Erfüllung der NATO-Aufgaben durch die Türkei schon 1971 infrage gestellt gewesen. Ein von den USA protegierter Militärputsch hatte damals für Ordnung gesorgt. Im Rahmen einer organisierten Arbeitsteilung innerhalb der NATO hat es die BRD übernommen, in der Türkei für die nötige politische und wirtschaftliche Stabilität zu sorgen. 1974 leistete die BRD über den Entwicklungsbilfausschuß der OECD an die Türkei Wirtschaftshilfezahlungen in Höhe von 242 Mio Dollar; das war eine Steigerung binnen zweier Jahre von über 400 % (der Betrag sank dagegen bis auf 5,0 Mio Dollar im Jahre 1976) (26). Bis Ende 1983 hatte die BRD Entwicklungshilfekredite von insgesamt 4,75 Mrd. DM zugesagt (zuzüglich 229 Mio DM nicht rückzahlbarer Zuschüsse (27)). Während Interventionspolitik und globale „Power Projection“ Aufgabe der USA blieb, hatte die BRD — da ein Einsatz deutscher Soldaten im Ausland zu viele un gute Erinnerungen geweckt hätte — andere Aufgaben im „Burden Sharing“ der NATO zu übernehmen. „Die bundesrepublikanische Hilfe für die Türkei wird von der NATO explizit als ‚ein weiterer Aspekt des Arbeitsteilungs-Programms‘ betrachtet“ (28).

Neben der Wirtschaftshilfe spielte die Bundesdeutsche Militärhilfe eine besondere Rolle beim Ausbau der Türkei zum NATO-Sprungbrett nach Mittelost. Seit 1964 erhielt die Türkei Kriegsmaterial im Wert von 1,19 Mrd. DM, darunter in neuerer Zeit 77 Kampfpanzer Leopard I, vier Freigattungen sowie Lizenzen für U-Boote und Landungsboote. Auch auf 100 ausgemusterte „Starfighter“ der Bundeswehr darf sich die Türkei Hoffnungen machen (29). Seit 1972 unterhalten die türkischen Streitkräfte beim Bundeswehrbeschaffungsamt in Koblenz einen eigenen, direkt dem türkischen Generalstab unterstellten Beschaffungs-Verbindungsstab für den Kontakt mit der bundesdeutschen Rüstungsindustrie. Beim Ausbau der Türkei zur Waffenschmiede der Region steht bundesdeutsches Kapital an vorderster Front — bei der Errichtung von Panzerinstandsetzungswerken bei Arifiye und Kayseri oder von Marinewerften bei Istanbul oder am Schwarzen Meer (30). Darüberhinaus wird über die Montage von Leopard II-Panzern in der Türkei verhandelt, die dann auch nach Saudi-Arabien und Ägypten verkauft werden sollen (31). „Es ist zu erwarten“, schrieb V.Böge bereits 1981, „daß in Zukunft verstärkt

militärisches Personal in die Türkei geschickt wird, um die türkischen Soldaten in Benutzung und Wartung des gelieferten Geräts (z.B. der Leopard-Panzer) zu unterweisen und zu unterstützen. Türkische Soldaten werden bereits in der Bundesrepublik ausgebildet“ (32). Konkrete Angaben werden von der Bundesregierung allerdings nicht herausgegeben.

Westliche Freiheit und Militärdiktatur

Ende der 70er Jahre verschärfte sich die wirtschaftliche Situation der Türkei drastisch. Sie war bei 97 Ländern, 223 Banken und 90.000 Firmen mit insgesamt 15 Mrd. Dollar verschuldet — ohne Aussicht, diese Schulden zurückzahlen zu können, da die jährlichen Zahlungsverpflichtungen bereits höher waren als die gesamten Exporteinnahmen. Allein 1979 ergab sich ein Gesamt-Negativ-Saldo (Außenhandelsdefizit und Schuldendienst) von 5417,4 Mio US-Dollar (33). Zwei OECD-Hilfsaktionen — koordiniert von einem eigens gebildeten Türkei-Konsortium unter Leitung zuerst des niedersächsischen Finanzministers Leisler-Kiep, dann des SPD-Bundesministers Matthöfer — erbrachten zwar insgesamt über zwei Milliarden Dollar, aber kaum eine Linderung der Probleme. Steigende Arbeitslosigkeit, eine Inflationsrate (1980) von über 100 % und die Ruinierung von Teilen des Kleinbürgertums führten zu allgemeiner Verelendung, aber auch zunehmend zu Streiks und bewaffneten Auseinandersetzungen.

Die vom Internationalen Währungsfond und dem Türkei-Konsortium diktierten Bedingungen zur wirtschaftlichen Sanierung der Türkei (drastische Abwertung der Lira, Öffnung für ausländische Investitionen, Erhöhung der Energie- und Treibstoffpreise, Lohn- und Gehaltsstopp etc.) waren auch unter teilweiser Ausrufung des Kriegsrechts von einer zivilen Regierung nicht durchsetzbar (34).

Die Machtübernahme des Militärs am 12.9.80 — zeitgleich mit einem Manöver der NATO-„Feuerwehrtruppe“ am Bosphorus —, das Verbot der Parteien, Gewerkschaften und kritischer Presse, die Massenverhaftungen, Folterungen und Hinrichtungen von Regimegegnern — all das waren notwendige Voraussetzungen zum Vollzug des monetaristischen Wirtschaftsprogramms. Bei der NATO wurde der Putsch ihrer türkischen Kollegen „mit spürbarer Erleichterung“ (35) und ohne sonderliche Sorge um Demokratie und Menschenrechte aufgenommen. „Der mit der Koordinierung der Türkei-Hilfe beauftragte Bundesfinanzminister Matthöfer (SPD) hat nach Bekanntwerden des Militärputsches in der Türkei gesagt, er hoffe auf einen heilsamen Schock, aus dem ein Arrangement hervorgehe, an dem sowohl die demokratischen Kräfte als auch die Armee beteiligt seien“ (36).

Die — damals noch sozialliberale — Bundesregierung stellte ihre Hilfe für die Türkei nach dem Putsch keineswegs ein — im Gegenteil. Selbst die Beteiligung am Ausbau des unmittelbaren Repressionsapparats wurde ganz selbstverständlich fortgeführt. „Das erste internationale Abkommen, dem die Junta ihre Zustimmung gab, war ein Vertrag mit der Bundesrepublik über bundesdeutsche Polizeihilfe im Wert von 15 Mio DM. Der Vertrag sieht unter anderem die Lieferung von Waffen, Munition, kugelsicheren Westen und Polizeifahrzeugen vor“ (37). 1974 bis 1984 wurden 42 türkische Polizeiführer an der Polizeiführungsakademie Hiltrup ausgebildet (38).

Türkische oder kurdische Regimegegner, die in der BRD Asyl suchen, müssen nicht nur damit rechnen, daß ihre Asylakten und politischen Aktivitäten dem türkischen Geheimdienst mitgeteilt werden. Sie müssen auch befürchten, wieder in die Türkei zurückgeschickt zu werden — etwa, weil Folter in der Türkei völlig normal und kein Zeichen

politischer Verfolgung ist (VGH Mannheim), oder weil selbst eine drohende Hinrichtung in der Türkei noch lange kein Asylgrund in der BRD ist (OVG Lüneburg).

Auch auf diplomatischem Parkett kann sich das türkische Folterregime auf die Unterstützung der BRD verlassen. Als etwa Ende November 1984 die Besetzung des Präsidentenstuhls im Europarat zur Debatte stand, stieß die türkische Anwartschaft auf einigen Widerstand. „Auf der Sitzung, bei der es zuverlässigen Quellen zufolge zu erregenden Diskussionen gekommen war, hätten nur die britische und die bundesdeutsche Delegation den Antrag Ankaras unterstützt“, meldete ap (39).

Für die NATO war die Militärdiktatur nicht nur politisch-militärisch eine große Bedeutung. Sie machte die Türkei auch wieder zu einem profitträchtigen Anlageland. Die BRD-Wirtschaft (als wichtigster Kapitalimporteure) war 1983 mit 12 Mrd. US-Dollar an 36 türkischen Firmen beteiligt (40); und „der Verflechtungsgrad beider Länder — unter Berücksichtigung der geographischen Distanz — hat ein Ausmaß erreicht, wie er im Verhältnis der Bundesrepublik Deutschland zu anderen Ländern kaum feststellbar ist“ (41).

Kein Wunder: der durchschnittliche Stundenlohn sank in der Türkei von 1,50 DM (1980) auf 90 Pfennig (1983). (Zum Vergleich: im Nachbarland Griechenland stieg er im gleichen Zeitraum von 5,11 DM auf 6,05 DM). Eine „bemerkenswerte Verbilligung der Arbeitskosten“, wie die Bundesstelle für Außenhandelsinformation befriedigt feststellt. Der durchschnittliche Reallohnsatz des Jahres 1984 lag unter dem von 1963 (42). Die jährliche Inflationsrate lag im Oktober 1984 bei 56,1 %, allein im Januar 1985 stiegen die Preise um 8,2 % (was einer annähernden Verdopplung der jährlichen Inflationsrate für 1985 auf 98,4 % entspräche) (43). Weit überproportional stiegen dabei die Mieten und die Preise für Grundnahrungsmittel.

Rund 2 Millionen Türk/inn/en müssen mit dem Mindesteinkommen von 17.000 Lira (ca. 120 DM monatlich) auskommen, während als absolutes Existenzminimum für einen ledigen, kinderlosen Arbeiter (bei 3.500 Kalorien täglich) 25.000 Lira gilt. Die Arbeitslosen — nach offiziellen Zahlen fast 4 Millionen, tatsächlich wohl weit über ein Drittel der erwerbsfähigen Bevölkerung — müssen ohne jede Unterstützung überleben. (44). Die Folgen sind dieselben wie überall in der Dritten Welt: grassierender Hunger, abrupt zunehmende Kinderarbeit, Prostitution...

Die „Rolle des Militärs als innenpolitische Ordnungsmacht“, die die offiziöse „Europäische Wehrkunde“ so lobend hervorhob (45), hatte also nach dessen Machtübernahme durchaus Erfolge. Voraussetzung dafür war hier wie dort die blutige Verfolgung von linken Organisationen, Gewerkschaften und nationalen Minderheiten (vor allem der Kurden), die im Land ein Klima der Friedhofsruhe geschaffen hat. Die Gesamtzahl der aus politischen Gründen seit dem Putsch Verhafteten wird auf über 120.000 geschätzt (46). Seit Ausrufung des Kriegsrechts Ende 1978 wurden 520 Todesurteile verhängt. 50 Menschen wurden seit dem 12.9.80 hingerichtet, in 6.208sFällen die Todesstrafe beantragt (47).

Die Verfolgung richtet sich keineswegs „gegen linke und rechte Terroristen gleichermaßen“, wie es die Regierung glauben machen will. Auf einen festgenommenen Faschisten kommen zehn Linke, von den Strafmaßen ganz zu schweigen. Die jüngst erfolgte Freilassung von Alparslan Türkeş, dem Chef der „Grauen Wölfe“ (MHP) und erklärten Hitler-Verehrer, war nur der letzte Schritt bei der Rehabilitierung offen faschistischer Kräfte (48). Dagegen wurden mehr als 1.400 Funktionäre des verbotenen Gewerkschaftsbundes DISK vor Gericht gestellt; 78 von ihnen droht die Todesstrafe (49). Selbst 23 Mitglieder des türkischen „Frie-

denksomitees“ wurden wegen angeblicher „kommunistischer Propaganda“ zu Haftstrafen von 5 bis 8 Jahren verurteilt (50).

Nach der Verhaftung haben die Festgenommenen wochen- oder monatelang keinerlei Kontakt zu Angehörigen oder Anwälten. Sie werden noch immer – wie amnesty international berichtet – „grausamen Mißhandlungen und systematischer Folterung ausgeliefert“ (51). Die Militärs haben sich kaum die Mühe gemacht, dies zu verhehlen: „Letzten Monats hat ein Regierungssprecher zugegeben, daß einige der Befragungsmethoden, die in der Türkei angewandt werden, in anderen westlichen Ländern als Folter betrachtet werden mögen“, aber er verteidigte dies, indem er erklärte, zur Bekämpfung des Terrorismus wäre es notwendig gewesen, einen Weg zu finden, um diese Killer zum Reden zu bringen“ (52).

Und dies sind die Mittel, mit denen das „Partnerland Türkei“ für die „Wertegemeinschaft freier westlicher Demokratien“ NATO-sicher gemacht wird: „... kaum eine Form der Folter fehlt“, heißt es in dem ai-Bericht von 1984. „Zahlreiche namentlich genannte Opfer berichteten davon, daß sie in abgedunkelten Isolationszellen gehalten, zusammengeschlagen, an Stricken aufgehängt und auf die Fußsohlen gepeitscht wurden. Stromstöße in die Geschlechtsteile zählen ebenfalls zu den gebräuchlichsten Foltermethoden“ (53). Über 100 Menschen wurden regelrecht zu Tode gefoltert, mehr als 40 Gefangene lagen im Juli 1984 in Krankenhäusern im Koma. Seit Regierungsantritt des „gewählten“ Ministerpräsidenten Özal im Herbst 1983 sind bis Juli 1984 15 Menschen im Hungerstreik gegen die Folter gestorben (54).

Im „Partnerland Türkei“ erhellt sich so drastisch wie kaum sonst irgendwo der Zynismus der NATO, wenn sie vorgibt, Freiheit, Demokratie und Menschenrechte zuhause und in der ganzen Welt zu verteidigen.

Wie lange allerdings die Generäle und die von ihnen abhängigen zivilen Marionetten mit Verfolgung, Folter und Hinrichtungen ein erneutes Aufblühen politischer und sozialer Kämpfe verhindern können, steht in den Sternen. Die rasante Verelendung auch von Händlern, Gewerbetreibenden und mittleren Beamten, die Ruinierung von Millionen kleiner Sparer durch diverse Bankpleiten, die systematische Zerstörung der binnenmarktorientierten Industrie, eine Lohn- und Sozialpolitik, die den Großteil der Bevölkerung unter das absolute Existenzminimum drückt – all das schafft immensen sozialen Sprengstoff. In Chile haben staatliche Repression und monetaristische Wirtschaftspolitik innerhalb von zehn Jahren zu einer völligen Isolierung der Militärdiktatur im Volk geführt. In der Türkei könnte dieser Prozeß noch bedeutend rascher vonstatten gehen.



Türkei Anmerkungen

- 1) Vgl. FR, 21.9.84, NZZ 1.11.84, Türkei-information Nr.21 TAZ, 31.10.84, blätter des iz3w, Nr.122, S.54
- 2) Europäische Wehrkunde (EWK) 11/84, S.626
- 3) Vgl. Ihsan Gürkan: Die Türkei – Eckpfeiler der NATO im Südosten, in: Beiträge zur Konfliktforschung 1/81, S.10sf
- 4) Volker Böge: Die Türkei und die NATO, Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg, Mai 1981, S.202
- 5) Neue Züricher Zeitung, zit. nach Türkei-Informationen (TI) Nr. 18, S.12
- 5a) Wehrtechnik 9/83, S.64
- 6) W.Scott Thompson: Power Projection, New York 1978, S.39, zit. nach Gürkan, S.12
- 7) Gregor M. Manousakis: Der Islam und die NATO, Koblenz 1980, S.105
- 8) New York Times, 31.5.82, nach Blätter...8/82, S.1015
- 9) Gürkan, S.23. Demgegenüber bemängeln bundesdeutsche Militärexponenten, die 2. und 3. türkische Armee – beide stehen im Osten – seien „jedoch hinsichtlich ihrer Ausrüstung und Bewaffnung zur Zeit nicht in der Lage, das für diese Region und die Gefechtsart Angriff notwendige ‚bewegliche Gefecht verbundener Waffen‘ zu führen“. Als Abhilfe schlägt der Autor eine enge Rüstungs- und Ausbildungskooperation mit Saudiarabien vor (Michael Baron von Wittken-Jungnik: Die Militärische Interessenssicherung des Westens im Mittleren Osten, in EWK 9/81, S.395).
- 10) Manousakis, S.105
- 11) Lothar Rühl: Die Sicherheit Westeuropas und die geopolitische Verbindung zum Mittleren Osten, in EWK 2/81, S.49. Betroffen sind besonders die Industriegebiete von Kriwoi Rog und Donez-Becken, die Werften von Odessa und Nikolajew an der Mündung des Bug, die Hauptbasis der Schwarzmeerflotte in Sewastopol usw. Vgl. Böge, S.18
- 12) Rühl, EWK 2/81, S.49
- 14) Vgl. Türkeikomitee Frankfurt: Die Militärisch-Politische Rolle der Türkei im Nahen und Mittleren Osten, Januar 1984, S.11 f.
- 15) General Robert Kingston, nach Cumhuriyet, 20.12.81, zit. nach TI 17, S.8
- 16) Türkeikomitee Ffm., S.20. Zwischenstation und erste Drehscheibe in einem solchen Fall wären die Airbases Frankfurt und Ramstein in der BRD. Im Wartime Host Nation Support-Abkommen hat sich die BRD bereiterklärt, in Krisenzeiten wesentliche logistische Aufgaben für das Funktionieren des US-Militärapparates zu übernehmen, und damit in der BRD einer US-Interventionstruppe den Rücken freizuhalten.
- 17) Kurt Jakob: Arbeitspapier zur Entwicklung der amerikanisch-türkischen Beziehungen, Ebenhausen Dezember 1980, S.3
- 18) Dazu die Einschätzung der Ebenhausener ‚Stiftung für Wissenschaft und Politik‘, eines brain-trusts der Bundesregierung: „Die Basen werden künftig nach (Außenminister Erkmens) Ankündigung unter Kontrolle der türkischen Regierung und unter dem Oberbefehl der türkischen Streitkräfte stehen. Die Praxis wird zeigen, ob es sich ausschließlich um ein nominelles Vereinbarungselement handelt... Insgesamt kann davon ausgegangen werden, daß die aus innenpolitischen Gründen (Antiamerikanismus) und außenpolitische Rücksichten (regionale Interessen) erfolgte Übernahme in türkische Souveränität zumindest die bisherigen Nutzungsmöglichkeiten für die Amerikaner keineswegs einschränken muß“ (Jakob, S.14 f.)

19) Robert Manning: A Tilt Towards Turkey, in The Middle East, April 1983, S.26, und Cumhuriyet, 16.11.82, zit. nach TI 17, S.8

20) Vgl. TI 11, S.12 und TI 22, S.16

21) Ali L.Karaosmanoglu: Turkey's Security And The Middle East, in Foreign Affairs, Fall 1983, S.170

22) North Atlantic Assembly, Political Committee: Interim Report Of The Sub-Committee On The Southern Region On Turkey: A Nation in Crisis, November 1980, S. 23 f., zit. nach Böge, S.224. Im gleichen Sinne schrieb jüngst US-Unterstaatssekretär Richard Burt: „... macht all dies die Türkei zu einem regionalen Machtfaktor von hoher Bedeutung... Die Wirkungsmöglichkeiten der Türkei ergeben sich auch aus ihren nationalen Eigenarten, da sie sowohl ein westliches und europäisches als auch ein nahöstliches und islamisches Land ist“ (in EWK 11/84, S.625).

23) Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung, zit. nach Jürgen Roth: Im Würgegriff der NATO, in Alternative Türkeihilfe (Hrsg): Militärs an der Macht, Herford 1983, S.2

24) Vgl. Günter Schröder: Die neue Ordnungsmacht im Nahen Osten rüstet auf, in Taz, 12.9.83, S.3; Türkei-Komitee Ffm, S.29; Konkret 4/82, S.40; Böge, S.13

25) TI 21, S.2

26) ebda.

27) Uwe Jens Pasdach, Regierungsdirektor im BMWi: Die deutsch-türkischen Wirtschaftsbeziehungen, Südosteuropamitteilungen 1/84, S.50

28) North Atlantic Assembly, Political Committee: General Report On Alliance Political Developments, Presented By Mr. Peter Corterier (Federal Republic of Germany), November 1980, S.22, zit. nach Böge, S.288

29) SIPRI-Yearbook 1984; Manning, S.29

30) Jürgen Roth: Kriege im NATO-Land Türkei, in Konkret 4/82, S.40; Wehrtechnik 9/81, S.43 ff.

31) Hürriyet, 19.2.85, nach Türkei-Infodienst, 19.2.85

32) Böge, S.209; vgl. auch Wehrtechnik 5/80, S.72

33) Vgl. Blätter des iz3w, Nr.77 (Mai 79), S.60 und Hakkı Keskin: Die Türkei, Akt.Ausg. Berlin 1981, S.272 f.

34) Das war auch den bundesdeutschen Verantwortlichen klar: „Die Generäle sind die einzige Ordnungsmacht im Staat, und sie sind für die NATO“, bemerkte am 27.6.80, knapp drei Monate vor dem Putsch, die FAZ

35) FR, 13.9.80

36) FAZ, 13.9.80

37) Im Dezember 1980 hielt sich eine bundesdeutsche Polizei-Delegation zu Gesprächen über die Verwendung dieser Hilfe in der Türkei auf, im selben Monat wurde ein erstes Kontingent von 27 Polizeifahrzeugen an die Türken ausgeliefert, Böge, S.209 f.

38) Blätter des iz3w, Nr.117 (Mai 1984), S.29

39) nach Taz, 23.11.84

40) Newspot, 18.3.83

41) Pasdach, S.44. „Außer einer beträchtlichen deutschen Militärhilfe“, schreibt die FAZ am 3.12.84, „wird 1984 ein Jahr der türkischen Großaufträge an die deutsche Industrie sein, deren Finanzierung mit beträchtlicher wirtschaftlicher Hilfe seitens der Bundesregierung ermöglicht wird“.

42) Nachrichten für den Außenhandel, 25.1.85

43) Mitteilungen der BfAI: Weltwirtschaft am Jahreswechsel 1984/85. Türkei, Januar 1985, S.1; Milliyet, 8.2.85, zit. nach Türkei-Infodienst, 11.2.85

44) FR, 4.3.85; Badische Zeitung, 28.11.84

45) EWK 8/30, S.379

46) Nach offiziellen Angaben vom 30.6.83 gab es damals 21.046 politische Gefangene in türkischen Militärgefängnissen. Die Zahl der politischen Gefangenen in Zivilgefängnissen wurde nicht bekanntgegeben.

47) Türkei-Infodienst, Nr.105 (8.4.85)

48) Schon vor Türkes waren die übrigen Führungskader der MHP nach und nach freigelassen worden. Die Partei des amtierenden Ministerpräsidenten Özalp hat sich zum Sammelbecken ehemaliger MHPler entwickelt, und jüngst wurde ein Türke-Sympathisant zum Chef der Staatlichen Rundfunk- und Fernsehanstalt ernannt (Taz, 12.4.85). Der Chef der klerikal-faschistischen „Islamischen Heilspartei“ Nechettin Erbakan und seine Mitstreiter wurden bereits Mitte Februar von einem Militärgericht freigesprochen (Taz, 14.2.85)

49) FR, 4.3.85

50) Taz, 12.11.84

51) FR, 9.5.84

52) International Herald Tribune, 2.12.84, zit. nach Reiner Werle: Modell Türkei, Hamburg 1983, S.179

53) FR, 9.5.84

54) FR, 9.7.84

Jo Neubert

**links
lesen**

Beiträge zu sozialen Bewegungen,
zu internationalen Entwicklungen
und zur sozialistischen Theorie.
Politische Analysen und Informa-
tionen.

'links' - das Diskussionsforum für
die Linke.

Monatlich 36 Seiten. Einzel exem-
plar DM 4.- / Jahresabo DM 45.-

Zu beziehen über: 'links', Post-
fach 591, 6050 Offenbach 4.
Probeexemplar kostenlos!

Die NATO-Globalstrategie

Die Nato wurde 1949 von den West-Alliierten wesentlich auf Initiative der USA gegründet. Ihre Funktion ist eng verbunden mit der Geschichte der Nachkriegsordnung und der neu gewonnenen Führungsrolle der USA in wirtschaftlicher, politischer und militärischer Hinsicht. Die Zielsetzungen der Militärpolitik der NATO wurden in erster Linie in den Reihen der US-Militärstrategen formuliert. Dies ist weniger auf eine Art „Vasallenrolle“ ihrer Verbündeten (Großbritannien, Frankreich, Bene-Lux u.a. — seit 1955 auch die BRD) zurückzuführen, als auf die tatsächlichen damaligen Machtverhältnisse. Die starke Rolle der USA hinderte ihre Alliierten natürlich nicht daran, selbständige Interessen zu entwickeln und die von den USA formulierten Grundsätze eigeninteressiert mitzutragen. Die strategischen Interessen von USA und beispielsweise den europäischen Verbündeten überschneiden sich im großen Rahmen: Beide sind daran interessiert, den „kommunistischen Einfluß“ in Europa einzudämmen und zurückzuwerfen; beide sind strategisch daran interessiert, sich das Wirtschaftspotential einzuverleiben, was heute noch unter realsozialistischem Einfluß steht; beide benötigen nach wie vor wichtige Ressourcen aus der Dritten Welt und dürfen deshalb nicht zulassen, daß sich dort Widerstand gegen ihre Ausbeutungspolitik formiert; beide stehen unter der Peitsche der internen Konkurrenz, die sie zur stetigen Ausdehnung ihrer wirtschaftlichen Entwicklung treibt, was die Projektion ihrer Interessen globalisiert. Trotz starker interner Konkurrenz sitzen die führenden Mächte der westlichen Welt in einem Boot und haben ihren gemeinsamen Gegner in dem Rest der Welt, der sich der ungehinderten Durchsetzung ihrer Interessen widersetzt.

Zielsetzungen

Die Zielsetzungen der westlichen Militärpolitik stützen sich jeweils auf das Streben nach oder das Vorhandensein von militärischer Überlegenheit. Ende der 40er Jahre verfügten die USA als einzige Macht über ein strategisches Atomwaffenpotential. In einem geheimen Memorandum des Nationalen Sicherheitsrates (NSC 68) der USA von 1950 formulierte Paul Nitze, der amerikanische Chefunterhändler bei den Genfer INF-Verhandlungen 1983, den Zweck der Anwendung von Atomwaffen: „Unsere Politik kann zum gegenwärtigen Zeitpunkt als eine solche beschrieben werden, die dazu gedacht ist, eine derartige Weltordnung zu fördern, in der das amerikanische System überleben und gedeihen kann“⁽¹⁾.

Damit sind zwei Dinge gemeint: „Eine... ist eine Politik, die versucht, eine gesunde internationale Gemeinschaft zu schaffen. Die andere ist eine Politik, das sowjetische System 'einzudämmen'. Diese beiden Politiken sind eng miteinander verknüpft und beeinflussen sich gegenseitig“⁽²⁾. Verbunden mit dem Anspruch, weltweit die Führungsrolle zu spielen und durchzusetzen, kommt Nitze zu folgender militärstrategischen Schlußfolgerung: „Die einzige Abschreckung, die wir dem Krenl entgegenhalten können, ist unsere offenkundige Bereitschaft, jeden Brennpunkt (der Welt), an dem wir nicht die Oberhand behalten können, zu einem Ausgangspunkt für einen weltweiten Vernichtungskrieg zu machen“⁽³⁾. Damit sind zwei Dinge bestimmt, die sich so auch als ein-

hellige Meinung innerhalb der NATO durchsetzten: erstens geht es darum, die Oberhand zu behalten oder zu gewinnen; zweitens besteht dieser Anspruch weltweit und ist vor allem eine direkte Kampfansage gegen „das sowjetische System“.

Die Konzeption der NATO war zwar nie ausschließlich auf das Gebiet der USA und Europas beschränkt, setzte hier vorerst aber einen deutlichen Schwerpunkt, so wie es auch in dem Gründungsdokument festgeschrieben wurde. Das lag einmal daran, daß die aktuelle Notwendigkeit das zerstörte Europa wieder aufzubauen seine Prioritäten setzte. Der anti-kolonialistische Widerstand in den Ländern der Dritten Welt war auch noch nicht derart fortgeschritten, daß der Westen als solcher die Aufgabe wichtiger Bastionen vollends befürchten mußte. Der Anti-Kolonialismus richtete sich vornehmlich gegen die „alten“ Mächte Großbritannien und Frankreich — Deutschland hatte sowieso schon ausgespielt. Einerseits glaubten die USA den Anti-Kolonialismus größtenteils auf „kaltem Wege“ auffangen zu können, indem sie ihn gegen andere Mächte unterstützten, um die betreffenden Länder später dann wirtschaftlich stärker einzubinden. Dadurch glaubte sie, revolutionären Tendenzen das Wasser abgraben zu können. Dort, wo dies nicht gelingen sollte, fühlte sich die USA eigenständig militärisch stark genug, jedweden Krieg gegen eine Befreiungsbewegung zu gewinnen.

Vietnamkrieg

Erst die militärische Schlappe, die der US-Imperialismus im Krieg gegen die vietnamesische Revolution erleben mußte — trotz der Hilfe anderer Länder (z.B. Frankreich, Neuseeland) — setzte der Option ein Ende, die USA könnten alleine den Weltpolizisten spielen.

Die Politik der OPEC-Staaten, die Westeuropa Mitte der 70er Jahre den legendären „Ölschock“ bescherte, schlug in dieselbe Kerbe. Diese Ereignisse stehen symbolisch für eine Entwicklung in der Dritten Welt, nach der dieser Teil der Welt erstmals selbstbewußt direkt gegen die Metropolen auftrat und nicht nur einen politischen Erfolg auf der Weltbühne darstellte, sondern auch praktisch den Beweis lieferte, daß der Imperialismus physisch-militärisch schlagbar ist.

Die Cartersche „Menschenrechtspolitik“ — „Ich glaube, daß wir eine demokratische Außenpolitik haben können, die auf grundlegenden Werten beruht und die unsere Macht und unseren Einfluß zur Verfolgung menschlicher Zwecke verwendet“⁽⁴⁾ — war nur eine Reaktion auf diese Entwicklungen. Im wesentlichen verstärkten sich zu dieser Zeit innerhalb der NATO vor allem die Überlegungen dazu, wie dem wachsenden Widerstand in der Dritten Welt auch militärisch zu begegnen sei. Vor allem die Region des Nahen und Mittleren Ostens stand vorerst im Mittelpunkt des Interesses. Harald Brown, Verteidigungsminister unter Carter, sagte 1979 in bezug auf US-amerikanische Interessen in der Ölregion: „Der Schutz der Ölströme aus dem Mittleren Osten ist ein Teil unserer lebenswichtigen Interessen... in Verteidi-



gung dieser lebenswichtigen Interessen werden wir jede angemessene Maßnahme ergreifen, einschließlich der Anwendung militärischer Macht⁽⁵⁾.

Zur gleichen Zeit drangen auch erstmals in der Bundesrepublik ähnliche Diskussionen an die Öffentlichkeit. Unter anderem spekulierte Franz Josef Strauß seinerzeit eingehend darüber, wie sich die Bundeswehr an der militärischen Kontrolle der Ölregion direkter beteiligen könne.

Dennoch war und bleibt die Ölregion, der Persische Golf und der Nahe und Mittlere Osten nur ein Blickpunkt des militärstrategischen Interesses der NATO-Länder. Das ungelöste „Vietnam-Problem“, Nordkorea und die gesamte Pazifikregion mit ihrer geostrategischen Bedeutung, die Unruhen und Revolutionen in Afrika sowie die teilweise schon erfolgreichen Revolutionen in Mittel- und Lateinamerika — stellten sich als immer größere Herausforderung für die westlichen Machtbereich dar.

In den letzten zehn Jahren intensivierten sich die militärstrategischen Diskussionen und militärischen Entwicklungen, um dieser Probleme Herr zu werden. Gleichzeitig ist natürlich der „Gegner aus dem Osten“ nicht aus dem Auge verloren worden.

Aspekte einer Globalstrategie

„Amerika muß die Führung (-erneut-) übernehmen“⁽⁶⁾, formulierte Ronald Reagan im Jahr, als er die Präsidentschaft übernahm, den Ausweg aus der „Krise“. Seit Mitte der 70er Jahre wird in der NATO und besonders in den USA nach Konzepten geforscht, wie die militärische Handlungsfähigkeit des Westens gegenüber der Dritten Welt verbessert werden kann. Gleichzeitig wurden die Bestrebungen forciert, einen Krieg gegen die WVO-Staaten wieder führbar und gewinnbar zu machen. Ziel war es, eine globale Kriegsführungsfähigkeit zu erlangen. D.h., man wollte nicht nur in der Lage sein, entweder einen Krieg gegen die Sowjetunion oder einen in der Dritten Welt führen zu können, sondern beides gleichzeitig. Jedes Krisen- oder Kriegsgebiet in der Welt sollte, falls notwendig, zum Ausgangspunkt eines globalen Krieges gemacht werden können.

Schnelle Eingreiftruppe (RDF)

Die ersten Planungen zu einer „eigenständigen Interventionstruppe“, die ein schnelles militärisches Reagieren auf Krisen oder Widerstandsbewegungen in der Dritten Welt erlauben würde, stammen schon aus der Kennedy-Ära. Vor allem die Niederlage im Vietnamkrieg, der Sturz des Schah-Regimes im Iran und später der sowjetische Einmarsch in Afghanistan waren Ereignisse, die zu einer Verstärkung derartiger Bemühungen führten. In der sicherheitspolitischen Studie PRM-10 der Carter-Administration wurde die Idee neubelebt und in der Präsidenten-Direktive 18 die Aufstellung einer solchen Truppe angeordnet (1977). 1980 stand die Rapid Deployment Force aus ca. 100.000 Mann der Heer-, Marine- und Luftstreitkräfte — Spezialeinheiten vor allem für den schnellen Einsatz im Persischen Golf und dem Nahen und Mittleren Osten. 1983 wurde sie dem „Central Command“ untergeordnet, der zusätzlich für die gesamte Pazifik-Region und das nördliche Afrika zuständig ist. Diese Region von Saudi Arabien bis nach Korea wurde damit zum Haupteinsatzgebiet der RDF (heute meist: Rapid Deployment Joint Task Force) erklärt. Prinzipiell ist die RDF allerdings auch in anderen Teilen der Welt einsatzfähig, wie wir im Oktober 1983 bei der Invasion der Karibik Insel Grenada miterleben mußten.

Die RDF ist bislang nicht dem NATO-Kommando unterstellt, sondern eine „rein amerikanische“ Truppe. Allerdings ist ihr effektiver Einsatz nicht ohne die Mithilfe der Alliierten möglich. Ein Einsatz im Persischen Golf wäre beispielsweise unrealistisch, wenn der gesamte Nachschub direkt aus den USA transportiert werden müßte.

Aus diesem Grund stellt die Bundesrepublik bestimmte Anlagen und Kräfte bereit, die der Unterstützung eines Einsatzes dienen (Frankfurter Flughafen Startbahn West, Rhein-Main-Air-Base, Wartime-Host-Nation-Support-Agreement (s.u.)).

Sowohl Frankreich als auch Großbritannien und Italien besitzen ähnliche Einheiten, die einen Einsatz der USA unterstützen könnten. Die Ausbildung und Ausrüstung der RDF nimmt teilweise die Erfahrungen aus der Niederlage in Vietnam mit auf. Ihre Einheiten sind „Counter Insurgency“

trainiert und können in kleinen Spezialeinheiten operieren. Ihre Ausrüstung ist dem „Kleinkrieg“ angepaßt, obgleich ihnen auch der Umgang mit taktischen Atomwaffen nicht fremd ist. Ihre Kommandostruktur läßt flexible und eigenständige Aktionen zu und ihre Funktion besteht vor allem darin, schnelle, flexible und gezielte Eingriffe in Kampfhandlungen durchzuführen. Sie schließen eine wichtige Lücke in dem Militärapparat der USA und der NATO.

Horizontale Eskalation

Um aus Konflikten als Sieger hervorzugehen, müssen die NATO-Länder in der Lage sein, mehrere Kriege zu gleicher Zeit zu führen. Der Jahresbericht des amerikanischen Verteidigungsministers, Caspar W. Weinberger, vom 8. Februar 1982 enthält hierzu folgende Aussagen: „Unsere Strategie, vor allem die für den Persischen Golf, basiert auf folgender Konzeption: Die Aussicht, daß amerikanische und andere Verbündete Streitkräfte eingesetzt werden und wir möglicherweise den Krieg auf andere Gebiete ausdehnen, ist die wirksamste Abschreckung gegen eine sowjetische Aggression. Diese Strategie hat demnach zwei Dimensionen. Wir müssen erstens genügend Kräfte zum Halten wichtiger Positionen schnell verlegen können (— RDF —), und wir müssen instande sein, einen sowjetischen Angriff abzuriegeln und abzuschwächen (— Krieg in Europa —)“⁽⁷⁾.

Die Doktrin der „Horizontalen Eskalation“ ist als Reaktion auf eine veränderte Gefahrenlage zu verstehen: „Die letzten Jahre des 20. Jahrhunderts könnten sich als einzigartiger Abschnitt der Weltgeschichte erweisen (...) Für das Bündnis könnten sich Anlässe oder die Notwendigkeit zum Handeln auch außerhalb dieser (der NATO) Grenzen ergeben. Obwohl solche Aktionen hauptsächlich die Nationalinteressen der beteiligten Länder verfolgen würden, muß das Bündnis doch über diejenigen Vorgänge außerhalb ihrer Grenzen besorgt sein, die möglicherweise einen Einfluß auf die Sicherheit im NATO-Gebiet ausüben (...) Das weltweite Kräftegleichgewicht verschiebt sich“⁽⁸⁾.

Als Ursache eines veränderten Kräftegleichgewichts werden folgende Ursachen analysiert: „... die Entstehung einer multipolaren Welt, die wachsende sowjetische Machtentfaltung..., die Weiterverbreitung von Waffen (an die Dritte Welt)... Die Sowjetunion wird auch in Zukunft ihre Bemühungen fortsetzen, in bestimmten Bereichen die militärische Überlegenheit zu erringen und zu behaupten. Durch ihre Stellvertreter kann die Sowjetunion in mehreren Weltgegenden Konflikte entfachen lassen. Die Möglichkeiten einiger Bündnismitglieder werden überfordert sein, ihre gegenwärtigen Verpflichtungen in der NATO zu erfüllen und gleichzeitig auf eine Bedrohung in einer anderen Weltregion zu reagieren (...) (Die Nationen der Dritten Welt) könnten sich mit feindlichen Staaten zusammenschließen und auf Terror, Erpressung oder begrenzte Kriege zurückgreifen, um einen gleichberechtigten Anteil an den Ressourcen zu erhalten (...) Es ist ... möglich, daß die Sowjetunion versuchen wird, Ölquellen im Nahen Osten unter ihre Kontrolle zu bringen, sowohl um den eigenen Bedarf zu decken als auch um sie der NATO vorzuenthalten. Die Bündnismitgliedern dürfen daher nicht ausschließlich nach Osten blicken und die Verteidigungsfähigkeit der NATO gegen einen Direktangriff im Auge behalten, sondern sie müssen jetzt auch nach Südosten schauen und mit ins Kalkül ziehen, wie der indirekten Bedrohung begegnet werden kann“⁽⁹⁾. Die US-Armee bzw. die NATO-Streitkräfte, müssen deshalb in der Lage sein, „sich auf einem oder gar zwei Kriegsschauplätzen (zu) engagieren“⁽¹⁰⁾ sowie „gegen leicht bewaffnete, gut ausgerüstete Truppen, wie die von der Sowjetunion unterstützten Aufständischen oder gegen gut organisierte Terrortruppen... (oder) gegen hoch mechanisierte

Streitkräfte zu kämpfen, wie sie typisch für den Warschauer Pakt oder für die sowjetischen Stellvertreter in Südwest- bzw. Nordostasien sind“⁽¹¹⁾.

Die Pazifik-Region

Die Pazifik-Region — westlich von Indien bis östlich von Japan, nördlich von Korea bis südlich von Malaysia — steht heute auf der geostrategischen Prioritätenliste der NATO ganz vorne. Die Aufrüstung und die Dichte von militärischen Stützpunkten stellt alles andere in den Schatten. Schon seit dem Zweiten Weltkrieg sind die USA bestrebt, um die südliche Grenze der Sowjetunion eine „Strategische Kette“ aufzubauen. Die Einbindung Japans und die besonders in den letzten Jahren sich andeutende Zusammenarbeit mit China sind bedeutende Schritte in diese Richtung. Die Kontrolle der NATO über diese Region ist sowohl für eine mögliche Konfrontation mit der Sowjetunion, als auch für etwaige Interventionen im Nahen Osten, im Persischen Golf oder in Ost-Afrika von existenzieller Bedeutung.

Für die Kontrolle des Indischen Ozeans besteht heute eine schnelle Eingreiftruppe von über einer halben Million Mann und eigenem Kommando. Sie ist mit den modernsten Waffen, auch Atomwaffen, ausgerüstet und Teile von ihr sind ständig in der Region stationiert, um jederzeit in eine Krise eingreifen zu können⁽¹²⁾.

Nordostasien ist vor allem ein Steckenpferd der US-Navy und der Air Force. Die Marine, die längere Zeit ein „Stiefkind“ innerhalb der US-Streitkräfte war, kommt hier wieder zu neuer Blüte und hat innerhalb der Globalstrategie spezielle Funktionen zu erfüllen. US-Verteidigungsminister Weinberger erklärt dazu folgendes: „Wir sind entschlossen, gegenüber den Sowjets die Überlegenheit bei den Seestreitkräften wiederherzustellen und aufrechtzuerhalten. Die Frage des Einsatzes von Seestreitkräften durch die Vereinigten Staaten oder ihre Gegner zum Schutz oder zur Förderung ihrer Interessen steht in engem Zusammenhang mit der allgemeineren Frage nach der Fähigkeit der beiden Seiten, Macht in verschiedene Gebiete der Welt zu projizieren. Wir haben gegenwärtig in vielen Gebieten, die weit vom kontinentalen Teil der Vereinigten Staaten entfernt sind, lebenswichtige Interessen. Zu diesen Gebieten gehören nicht nur zwei der 50 Bundesstaaten der Vereinigten Staaten und das Commonwealth von Puerto Rico, sondern auch die mit uns verbündeten Staaten in Europa und Asien sowie Gebiete — in erster Linie der Persische Golf —, die für uns und unsere Verbündeten von äußerster Wichtigkeit sind“⁽¹³⁾. Die Stärke der Seestreitkräfte in dieser Weltgegend stellt sich auch im Zusammenhang mit der Konfrontation gegenüber der Sowjetunion. Die Macht der Streitkräfte zur See kann in einem solchen Konflikt kriegsentscheidend sein, wie sich nicht zuletzt im Zweiten Weltkrieg gezeigt hat. Deshalb fordert John Lehmann, Befehlshaber der Marine und einer von Reagans „Falken“: „Wir müssen die sowjetische Seestreitkraft übertrumpfen... (und) die Sowjetunion zu einer isolierten Insel machen“⁽¹⁴⁾. Das Pentagon begründet seine Aufrüstung im Pazifik — wie könnte es anders sein — mit der „Übermacht der sowjetischen Pazifikflotte“, obwohl sogar der frühere Außenminister Harold Brown die Meinung vertritt, daß die US-Streitkräfte im Verein mit denen Koreas, Japans und Chinas ein substantielles Übergewicht gegenüber denen der Sowjetunion bilden, selbst wenn man die Truppen Nordkoreas zu denen der Sowjetunion dazuzählen würde⁽¹⁵⁾.

Ende der 70er Jahre zeichneten die USA das Bild einer Invasion der Sowjetunion im Persischen Golf vom Transkaukasus aus (z.B. auch Weinberger, s.o.). Die Geschichte in dieser Region, Pläne des Pentagon und die militärische Aufrüstung durch die USA lassen allerdings andere Szenarien

vermuten. In den letzten 40 Jahren haben die USA zwei große Kriege und mehrere Aufstandsniederschlagungen angestiftet – bisher letztes Zeichen für die Aggressivität der US-Politik gerade in dieser Region war die Verwicklung in den Libanonkrieg und die andauernde Unterstützung der israelischen Aggressionen.

Den USA geht es um ihre globalstrategischen Interessen. Reagan selbst warnt davor, daß jeder Versuch der Sowjetunion, militärische Bewegungen der USA (d.h. eine US-Intervention – d.V.) zu vereiteln, zu einer „Konfrontation“ führen würde, die den Dritten Weltkrieg bedeuten könnte¹⁶⁾.

Die Aufrüstung im Pazifischen Raum ist eng verknüpft mit der Globalisierung der NATO-Interessen und der Doktrin der „Horizontalen Eskalation“. Die Sowjetunion könnte an ihrer Südgrenze (Pazifik) und an ihrer Westgrenze (Europa) gleichzeitig angegriffen werden.

First Strike und Strategic Defence Initiative

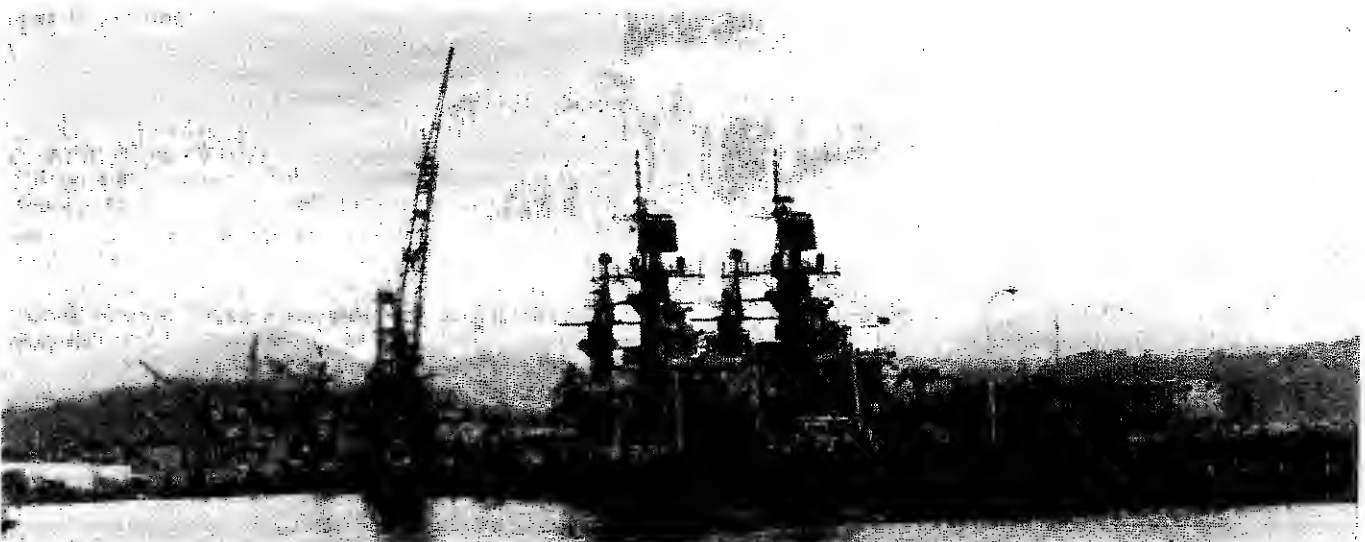
Um militärische Interventionen in der Dritten Welt durchführen zu können, müssen die USA und die NATO auch stets in der Lage sein, eine direkte Konfrontation mit der Sowjetunion eingehen zu können.

Seitdem die NATO in den 50er Jahren ihr Atomwaffenmonopol endgültig verloren hat, ist eine kriegerische Auseinandersetzung mit dem Warschauer Pakt nur noch mit dem atomaren Erstschlag zu gewinnen, d.h. mit einer globalen Überlegenheit und als Angreifer. Beim Erstschlag geht es darum, den Gegner so hart zu treffen, daß eine Gegenwehr nicht mehr möglich oder militärisch kontraproduktiv wird. In der NATO hat sich mittlerweile mehr oder weniger die Meinung durchgesetzt, daß ein solcher Erstschlag mit der Strategie der „Flexible Response“ nicht durchführbar ist. Aus dieser Situation entstand die Airland Battle Doktrin, die im Gegensatz zu Flexible Response den sofortigen und gleichzeitigen Einsatz aller verfügbaren modernen Waffenarten vorschreibt und den „Überraschungsangriff“ empfiehlt, der sofort auf das feindliche Territorium getragen wird und die Nachschubstaffel mit einbezieht. Aber auch mit dieser Art zu kämpfen wäre eine strategische Antwort der Sowjetunion mit Interkontinentalraketen nicht ausgeschlossen. Diese Lücke soll nun die Raketenabwehr im Weltraum oder SDI schließen. Ganz unabhängig davon, wie realistisch ein solches „Krieg der Sterne“-Programm auch sein mag, so ist auch hier wieder die „alte“ Absicht der NATO im Spiel, die Sowjetunion zu vernichten.

Anmerkungen:

- 1) abgedruckt in: Thomas Etzold/John I. Gaddis, *Containment: Documents on American Policy and Strategy 1945-50*, Columbia University Press, New York 1979
- 2) ebenda
- 3) ebenda
- 4) James E. Carter, *A Foreign Policy Based America's Essential Character* (Rede in der Universität von Notre Dame, 22.5.77), in: *DoS Bulletin*, Vol. 76, 13.6.77
- 5) Zitiert nach: Michael T. Klare, in: Jochen Hippler, *Menschenrechte und „Politik der Stärke“*, Duisburg Juli 1984
- 6) Ronald Reagan, *Frieden und Sicherheit für die 80er Jahre – ein politisches Konzept für die Vereinigten Staaten*, in: *Europa Archiv* 15/1980
- 7) Report of Secretary of Defense Caspar W. Weinberger to the Congress on the FY 1983 Budget, aus: *Europa Archiv* 15/1982
- 8) *Airland Battle 2000*, August 1982
- 9) ebenda
- 10) Heeresdienstvorschrift Nr. 100-5 (FM 100-5), Hauptquartier Abt. Armee, Washington DC., 20 August 1982
- 11) ebenda
- 12) *Nautilus Research, Pacific Command, The Structure and Strategy of the US Military in the Pacific*, Massachusetts, USA, Juli 1983
- 13) Report of the Secretary of Defense Caspar W. Weinberger, a.a.O.
- 14) abgedruckt in: *Nautilus Research, Pazific Command...* a.a.O.
- 15) ebenda
- 16) abgedruckt in: ebenda

Thomas Becker



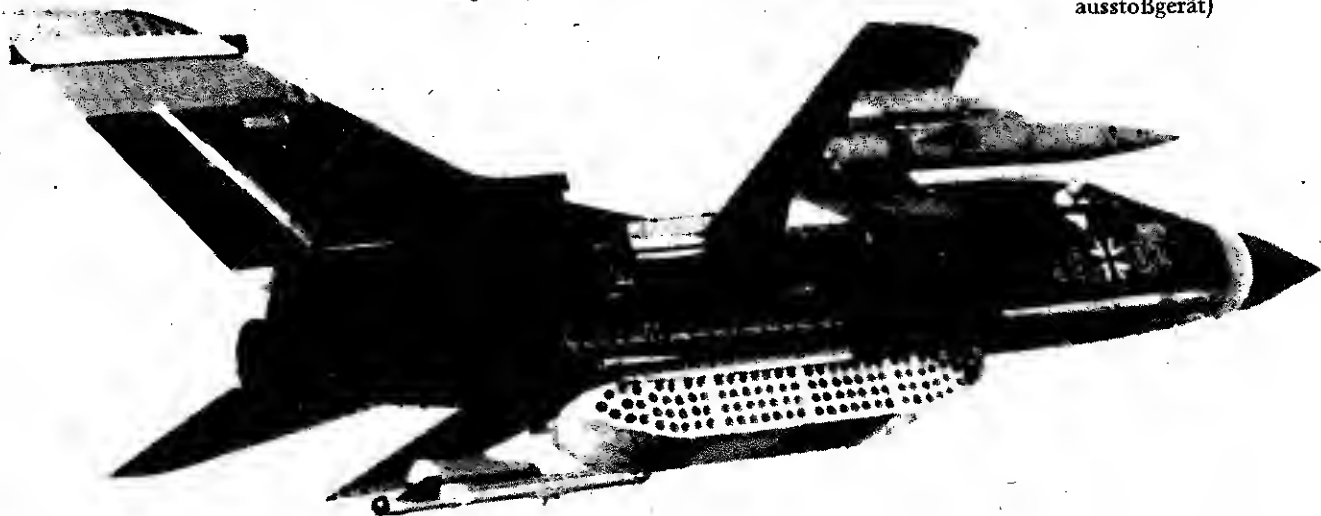
US-Marinebasis Subis Bay, neben Clark Air Base wichtigster US-Stützpunkt auf den Philippinen

Transatlantisch oder europäisch

Innerhalb der Friedensbewegung und den mit ihr assoziierten Teilen der Friedensforschung ist weithin umstritten, ob in der aktuellen „Europäisierungsdebatte“ der westlichen Allianz die „assoziativen“/„transatlantischen“ oder aber die „dissoziativen“/„europäischen“ Momente überwiegen. Der folgende Text plädiert für eine „assoziative“/„transatlantische“ Sichtweise des Gegenstandes. Dieser Sichtweise zur Folge unterscheidet sich die aktuelle offizielle „Europäisierungsdebatte“ von den vorangegangenen Debatten um

Der Beleg für die These vom „transatlantischen“ Charakter der „Europäisierung...“ soll anhand einer Betrachtung und Erörterung der militär-politischen Hintergründe der deutsch-französischen „Achsenbildung“ — als Herzstück einer „europäisierten NATO“ — erbracht werden. Hier fällt zunächst einmal auf, daß die BRD in der Vergangenheit ähnliche Avancen Frankreichs stets deshalb abschlägig beschied, weil sie mehr oder minder als Alternative (und nicht als Ergänzung) zum transatlantischen Bündnis mit den USA gedacht waren. Dies provoziert zu der Frage, ob denn nun die Wiederbelebung der WEU eher ein bundesrepublikanisches Abwenden von den USA oder aber eher eine Wiederannäherung Frankreichs an die westliche Militäralianz symbolisiert.

Das Mehrzweck-Kampfflugzeug „Tornado“, bestückt mit der deutschen MW1 (Submunitions-ausstoßgerät)



eine „europäische Sicherheitspolitik“ (wie sie insbesondere wiederholt von Frankreich initiiert wurden) vor allem dadurch, daß mit der „Stärkung des europäischen Pfeilers der NATO“ keine „Abkopplung“ — weder im Sinne des Aufbaus einer auch militärisch unabhängigen „europäischen Supermacht“ noch als Voraussetzung für die Einleitung eines „europäischen Entspannungsprozesses“ — unmittelbar intendiert ist. Womit die Existenz von Widersprüchen in der transatlantischen Allianz mit den USA nicht geleugnet werden sollen: z.T. ist die „Europäisierungsdebatte“ — wie sie auf dem „alten Kontinent“ geführt wird — auch als Reaktion auf die US-Debatte „Seestrategen“ (Kissinger/Cohen) versus „Atlantiker“ (Komer) (1) bzw. auf den Rückstand der Westeuropäer in der „dritten industriellen Revolution“ („technology gap“/„The Decline of Europe“) zu verstehen. „Sicherheitspolitik“ gerät hier zum Katalysator für den ökonomischen und politischen Einigungsprozeß der Westeuropäer bzw. für die (Aufhol)jagd um Anteile am Kuchen der „dritten industriellen Revolution“ (2).

Die Beantwortung dieser Frage erfordert eine Beschäftigung mit der Entwicklung der französischen „Sicherheitspolitik“ seit dem Ausscheren des Landes aus der militärischen Integration der NATO. Doch sei als These bereits an dieser Stelle formuliert, daß die Voraussetzungen für den neuen „deutsch-französischen Frühling“ in Sachen „Sicherheitspolitik“ ein Umdenken im militärpolitischen/militärstrategischen Denken Frankreichs, die Modifizierung der französischen „Verteidigungsdoktrin“ und damit einhergehend die partielle Wiederannäherung Frankreichs an die operativen und strategischen Überlegungen der NATO-Militärorganisation sind. Für die BRD gilt heute: die Entwicklung und Konsolidierung der westlichen „Sicherheit“ — und hier wiederum insbesondere der westeuropäischen „Sicherheit“ — ist nur unter den Bedingungen einer stärkeren Beteiligung Frankreichs einerseits bei Beibehaltung des transatlantischen Bündnis mit den USA andererseits denkbar. Dabei besteht eine deutliche Präferenz zugunsten des transatlantischen Bündnisses, dessen Gründe insbesondere in der Entwicklung des globalen nuklearen Kräfteverhältnisses,

die in den 70er Jahren die Bedeutung der nuklearen Arsenalen von Dritt-Staaten relativiert hat, zu sehen sind.

Frankreichs Ausscheiden aus der „militärischen Integration“

In einem Memorandum vom 17.9.1958 wandte sich die französische Regierung an die Eisenhower-Administration in den USA mit dem Vorschlag, die bis dahin gültigen Strukturen der Allianz dergestalt zu modifizieren, daß in Zukunft eine ständige NATO-Gruppe, bestehend aus den drei westlichen Nuklearmächten (Dreierdirektorium), die nukleare Strategie der NATO und gleichzeitig eine globale Strategie ausarbeiten und über den Einsatz aller nuklearen Waffen an jedem Punkt des Globus entscheiden sollte. Gleichzeitig wurde angekündigt, daß Frankreich für den Fall der Ablehnung seines Vorschlags und der Verweigerung einer gleichberechtigten „nuklearen Partnerschaft“ seine Mitarbeit in der NATO einschränken und eine unabhängigere Politik verfolgen würde. In den Augen Frankreichs litt die Allianz unter zwei grundlegenden Defekten: der Dominanz der USA und den besonderen Beziehungen zwischen den USA und Großbritannien, den beiden angelsächsischen Mächten.

Die US-Dominanz wurde für Frankreich insbesondere dadurch zum Problem, daß mit dem Verlust des US-Atomwaffenmonopols und der sowjetischen Fähigkeit zum Bau von interkontinentalen Trägersystemen die US-„Nukleargarantie“ für Westeuropa zunehmend unglaubwürdig wurde. Hier deutete sich ein grundsätzliches Problem der „sicherheitspolitischen“ Verkopplung zwischen USA und Westeuropa an, das letztendlich bis heute eine entscheidende Triebfeder einer auf Überlegenheit und Kriegsführungsfähigkeit abstellenden westlichen Rüstungspolitik darstellt. Die US-„Nukleargarantie“ für Westeuropa besitzt demnach nur unter der Voraussetzung Glaubwürdigkeit, daß die USA davon ausgehen können, einen um Europa entbrannten Konflikt entweder regional zu begrenzen, oder aber auch auf der nuklearstrategischen Ebene erfolgreich zu bestehen (jedenfalls muß zumindest die theoretische Aussicht auf erfolgreiche nuklearstrategische Kriegsführung existieren, auf daß der Gegner im Falle eines regional begrenzten Krieges, der zu seinen Ungunsten verläuft, nicht der Idee verfällt, nuklear zu eskalieren. Die Glaubwürdigkeit der „Nukleargarantie“ ist dem zufolge dann gegeben, wenn durch die westliche Nuklearrüstung die Glaubwürdigkeit einer sowjetischen Drohung mit nuklearer Eskalation in Frage gestellt werden kann. „Nukleargarantie“, offensive Abschreckung etc. sind deshalb mit einer Politik des „Gleichgewichts des Schreckens“ nicht vereinbar. Die Geschichte von SALT und NATO-„Nachrüstung“ hat gezeigt, daß jede auf „ungefähres Gleichgewicht“ im nuklearstrategischen (aber auch im eurostrategischen) Bereich abzielende Vereinbarung zwischen den nuklearen Großmächten – aufgrund der damit verbundenen Abkopplungsgefahren – bei den westeuropäischen Eliten auf Ablehnung stoßen muß. Denn in der Tat wäre es nicht besonders glaubwürdig, zum „Schutz“ der Westeuropäer mit der nuklearstrategischen Eskalation zu drohen, wohl wissend, daß diese lediglich die gegenseitige Vernichtung zum Ergebnis haben kann. Daraus ergibt sich notwendig, daß die Westeuropäer, solange wie sie auf einer Anknüpfung an die USA und ihre nuklearen Streitkräfte bestehen, an nuklearstrategischer Superiorität der NATO über die Sowjetunion interessiert sein müssen. Es sind von daher nicht nur die Weltmachtambitionen der USA, die als Triebfeder der Aufrüstung wirken. Die Glaubwürdigkeit der Nukleargarantie setzt die Fähigkeit zur offensiven Abschreckung voraus, was wiederum mit dem gesamtwestlichen Interesse der „Eindämmung“ der Sowjetunion korrespondiert).

Als Bestätigung der französischen Lagebeurteilung, der zufolge die USA nicht mehr bereit sein würden, das Risiko der nuklearen Vernichtung für ein anderes Ziel als die „Verteidigung“ des eigenen Territoriums auf sich zu nehmen, galt die Abkehr von der Strategie der „massive retaliation“ und die Annahme der „flexible response“, die einen Konflikt so lange wie möglich begrenzt halten sollte sowie den Einsatz des nuklearstrategischen Arsenal der USA so weit wie möglich hinausschieben sollte.

Als die französische Forderung nach Einrichtung eines „Dreierdirektoriums“ nicht die in Paris gewünschten Konsequenzen zeitigte, zog sich Frankreich aus der militärischen Integration der NATO zurück. Schon im Mai 1959 erfolgte die Rückführung der französischen Mittelmeerflotte unter nationalen Oberbefehl. Im Februar 1960 zündete Frankreich die erste A-Bombe. In den Jahren 1960 bis 1963 lehnte Paris alle nuklearen Kollektivpläne der NATO ab. Im Februar 1966 kündigte de Gaulle dann offiziell den Rückzug Frankreichs aus der integrierten Militärorganisation an. Er verwies dabei auch auf die Entspannung in den Ost-West-Beziehungen und die Abschwächung der sowjetischen „Bedrohung“ (parallel zum Rückzug aus der Militärintegration hatte de Gaulle seit 1963/64 eine den bis dahin gültigen westlichen Rahmen überschreitende Ostpolitik eingeleitet, mit Hilfe derer er gedachte, den französischen Anspruch auf politische Unabhängigkeit und Führung Westeuropas zu unterstreichen). Zudem sah de Gaulle die Gefahr, daß die Verwicklung der USA in außereuropäische Konflikte zu einem horizontalen Eskalationsprozeß führen und Europa gegen seinen Willen in einen allgemeinen Krieg hineinziehen könnte. Da der Wert von Bündnissen durch Kernwaffen radikal verändert würde – da sich eine Nation im Ernstfall nur auf sich selbst verlassen könnte – und der Besitz von Kernwaffen zum Inbegriff von Unabhängigkeit und Großmachtstatus avanciert sei, müsse Frankreich eine nukleare Streitmacht erwerben. Als Frankreich dann im März 1966 aus der Militärorganisation der NATO ausschied, blieb es trotzdem weiterhin Mitglied des atlantischen Bündnisses.

Die Doktrin der „Rundumverteidigung“ („nukleare Neutralität“)

Nach Auffassung der französischen Gaullisten konnte die nukleare Abschreckung nur dann glaubwürdig sein, wenn davon ausgegangen wurde, daß nukleare Waffen nur zur „Verteidigung“ des eigenen „sanktuarisierten“ Territoriums eingesetzt werden würden. Deutlichster Ausdruck des Konzeptes einer nuklear bewaffneten „Neutralität“ war die Doktrin der „Verteidigung nach allen Himmelsrichtungen“ („Defense tous azimuts“) des Generalstabschefs Ailleret. Ailleret betrachtete die Fixierung auf den „Feind aus dem Osten“ für überholt. Doch befände sich die Welt in einer solchen Unordnung und enthalte so viele Krisen- und Kriegsherde, daß schwer vorauszusagen sei, woher die Bedrohung Frankreichs der Zukunft kommen würde. Von daher benötige Frankreich ein Abschreckungssystem, das gegen niemand speziell gerichtet sei, sondern eine Abschreckung in alle Himmelsrichtungen erlaube. Ailleret plädierte für ein staatliches Arsenal an Interkontinentalraketen und die militärische Nutzung des Weltraums. In erster Linie bestand die strategische Funktion der „force de frappe“ darin, Frankreich gegen einen Ausfall der US-„Nukleargarantie“ zu versichern. Zudem hielt Frankreich zunächst an den Prinzipien der von der NATO verworfenen „massive retaliation“ fest, denen zufolge auch ein konventionell vorgezogener Angriff nuklear vergolten werden sollte.

Das Konzept vom französischen „Sanktuarium“ korrespondierte mit einem Kriegsszenario, daß einen Krieg in

Europa in „zwei Schlachten“ gliederte: zunächst würde die Schlacht um die Bundesrepublik ausbrechen, bei der französische Truppen in Reserve gehalten würden. Erst wenn die erste Schlacht für die NATO verloren ginge, sollte die Schlacht um Frankreich folgen.

Die Entwicklung der französischen „Verteidigungs“-Doktrin in den 70er und frühen 80er Jahren: Krise und Wiederannäherung an die NATO

Auch de Gaulle hatte niemals völlig mit der Organisation der NATO gebrochen. Seine Maßnahmen beschränkten sich auf den Rückzug der französischen Repräsentanten aus einigen integrierten Organen der NATO, der Ausgliederung der französischen Streitkräfte in der Bundesrepublik aus der Kommandogewalt des SACEUR und dem Entzug des französischen Territoriums, das bis dahin der NATO zur strategischen Verfügung gestanden hatte. Seit dem Herbst 1968 war dann auch schon wieder eine partielle Kooperation mit der NATO zu beobachten. Es folgte die schrittweise Abkehr von der Doktrin der „Rundumverteidigung“ (die genau gesehen nie mehr als eine Arbeitshypothese war) und vom Szenario der „zwei Schlachten“. Die Gründe hierfür waren die folgenden:

- Die wirtschaftlichen Folgen der Regime-Krise von 1968 sowie die Entwicklung des globalen und eurostrategischen Kräfteverhältnisses schlossen die Finanzierung eines Programms aus, das das ehrgeizige Ziel beinhaltete, eine Abschreckungsoption nach allen Himmelsrichtungen aufzubauen. Zudem verließ der sowjetische Einmarsch in die CSSR im August 1968 dem traditionellen Feindbild wieder die gewohnten Konturen. Bereits der Nachfolger Aillerets sprach nur noch von einem „Feind, der aus dem Osten kommt“.

- Mit der Entwicklung des globalen und eurostrategischen nuklearen Kräfteverhältnisses geriet die französische Nuklearstrategie in eine ähnliche Glaubwürdigkeitskrise, die zuvor die USA dazu bewogen hatte, Abschied von der „massive retaliation“ zu nehmen. Denn auch der französische Stabschef sah sich nun mit dem Dilemma des Alles oder Nichts konfrontiert. Auch in Frankreich wuchs aus diesem Dilemma das Bedürfnis nach mehr Flexibilität und zusätzlichen Optionen unterhalb der Schwelle zum nuklearstrategischen Schlagabtausch. Was den nuklearstrategischen Schlagabtausch anbetrifft, so sah sich Frankreich zusätzlich noch mit dem Problem konfrontiert, abgekoppelt von der NATO über eine autonom gesicherte Zweitschlagskapazität zu verfügen. Ein Problem, das sich mit dem eurostrategischen Rüstungswettlauf zwischen NATO und WP noch verschärfen mußte. Das Problem der Verwundbarkeit der „force de frappe“ bestand besonders zu der Zeit, als Frankreich nur Flugzeuge als Trägersystem für Nuklearwaffen zur Verfügung standen. Als verwundbar mußte auch noch die zweite Generation von Trägersystemen gelten, die 18 eurostrategischen Nuklearraketen, die ab 1972 in den gehärteten Silos der Haute Provence stationiert wurden. Erst die dritte Generation von seegestützten Trägersystemen, die derzeit ausgebaut und modernisiert werden, hat Frankreich einer gesicherten Zweitschlagskapazität näher gebracht, die zur offensiven Abschreckung abgekoppelt vom Nuklearpotential der NATO jedoch nicht ausreichen (3).

- Aufgegeben wurde mittlerweile auch das Szenario von den „zwei Schlachten“. Die geographischen Realitäten und die waffentechnologische Entwicklung machten die Optionen der „bewaffneten Neutralität“ im Falle eines Krieges in Europa in den Augen der französischen Streitkräfteführung illusorisch. Frankreich hat die Ausweitung seines Operationshorizontes, die Erweiterung des „unantastbaren Raums“ angekündigt („sanctuarisation elargie“). Das

Feld vitaler französischer „Sicherheitsinteressen“ wurde auf das europäische Vorfeld und den Mittelmeerraum ausgedehnt. In diesem Zusammenhang wurde auch bereits eine partielle Beteiligung an der „Vorneverteidigung“ der NATO entlang der „europäischen Zentralfont“ signalisiert. So ist Frankreich mit dem Aufbau einer „Force d'action rapide“ (FAR) befaßt, einer Mehrzwecktruppe mit einer Stärke von ca. 47.000 Mann inklusive gut ausgerüsteter Panzerabwehrverbände. Die FAR ist für den Einsatz innerhalb wie außerhalb Europas vorgesehen. Sie soll den Handlungsspielraum der französischen Regierung in Krisensituationen auch unterhalb der nuklearen Drohung erweitern und ihr die Möglichkeit geben, im Falle eines Konfliktes in Europa frühzeitig an der Seite der NATO einzugreifen. Ihre hohe Mobilität soll sie zu raumgreifenden Operationen und zum Schlag gegen die zweite strategische Staffel des WVO befähigen, woraus sich Übereinstimmungen mit dem im FOFA-Konzept dargelegten jüngsten strategischen Erwägungen der NATO und der USA erlesen lassen.

Die Abkehr von der „bewaffneten nuklearen Neutralität“ und die Wiederannäherung an die operativen und strategischen Vorstellung der NATO vollzog sich in den folgenden Schritten:

- Schou der Ailleret Nachfolger Fourquet erklärte den Verzicht auf eine „Rundumabschreckung“ und die Abkehr vom „Alles oder Nichts“ der französischen „Verteidigungs“-doktrin. Den taktischen Nuklearwaffen wurde nun eine ähnliche Rolle eingeräumt wie in der NATO-Strategie der „flexible response“. Die sogenannte „Blockfreiheit“ wurde dadurch relativiert, daß der „Feind“ nun wieder unmißverständlich im „Osten“ geortet wurde. Fourquet betonte die Zugehörigkeit Frankreichs zur Allianz und plädierte für eine engere Zusammenarbeit mit den NATO-Partnern im Falle eines militärischen Konflikts. Anstelle der ausschließlichen „Verteidigung“ des sanktuarisierten französischen Territoriums betonte bereits das „Weißbuch“ 1972/73 die Interessen Frankreichs auch außerhalb der Landesgrenzen und hier insbesondere im Mittelmeerraum.

- Unter dem Generalstabschef Mery und dem Staatspräsidenten Valéry Giscard d'Estaing erfolgte die offizielle Sanktionierung der französischen Kehrtwende, die zumindest eine Anpassung der französischen Militärdoktrin an die globale NATO-Strategie, wenn nicht gar eine stillschweigende de facto Eingliederung Frankreichs in das NATO-Konzept bedeutet. Die Doktrin der „massive retaliation“ wird zugunsten einer der „flexible response“ veränderten Doktrin aufgegeben. Es wird Abschied genommen von der gaullistischen nuklearen Abschreckungsstrategie, die eine konventionelle Schlacht verhindern sollte. 1980 kündigte Giscard an, daß Frankreich bei einem nuklearen Schlag gegen sein Territorium die „force de frappe“ einsetzen würde, während dies gemäß der „massive retaliation“ auch im Falle eines konventionellen Angriffes erfolgen sollte. Der Anteil der konventionellen Streitkräfte am Gesamtverteidigungsetat wird angehoben. Einen wirksamen Beitrag zur „Verteidigung“ Europas erblickt die französische Regierung und Streitkräfteführung nun vor allem in einer engeren Zusammenarbeit mit der BRD, gerade im konventionellen Bereich (4).

Für eine amerikanisch-europäische „Verkoppelung“

Vor dem Hintergrund der Entwicklung des globalen und eurostrategischen Kräfteverhältnisses im nuklearen Bereich muß Frankreich, soll die „force de frappe“ zur offensiven Abschreckung verfügbar sein, auf einer möglichst engen Verkoppelung seiner „Sicherheit“ mit der „Sicherheit“ der anderen westeuropäischen Staaten und der USA bestehen.

Die französische Regierung war allerdings schon immer an einer wie auch immer gearteten Ankoppelung an die USA und ihr nuklearstrategisches Arsenal bedacht. So besagte die Anfang der 60er Jahre kreierte „Auslöser-These“, daß im Falle eines Zögerns der USA, dem „Aggressor“ den Nuklearwaffeneinsatz anzudrohen, die „force de frappe“ diese Aufgabe übernehmen müßte. Durch den selbständigen Einsatz seiner Nuklearwaffen sollten die USA (gegen ihren Willen) zum nuklearen Engagement gezwungen werden. Dies veranlaßte McNamara, den damaligen US-„Verteidigungsminister“, auf der NATO-Ministertagung im Frühjahr 1962 in Athen zu der Äußerung, die USA seien im Falle einer akuten Nuklearkrise gezwungen, das französische Potential auszuschalten. In Anbetracht der begrenzten Fähigkeiten der französischen Nuklearstreitkräfte würde eine französische Drohung mit dem Ersteinsatz von Nuklearwaffen, zum Zwecke der Entfesselung eines allgemeinen Nuklearkrieges unter Beteiligung der USA, nur beschränkt über Glaubwürdigkeit verfügen, da dies die totale Vernichtung Frankreichs zum Ergebnis haben müßte.

Die sowjetischen Nuklearstreitkräfte übernehmen heute Abschreckungsaufgaben gegenüber drei Nuklearstaaten (China nicht mitgezählt). Gleichrangig ist von diesen Nuklearstaaten jedoch nur die USA. Berücksichtigt man jedoch auf westlicher Seite lediglich die westeuropäischen Nuklearstreitkräfte (und läßt die dem SACEUR unterstellten eurostrategischen Systeme sowie das nuklearstrategische Arsenal der USA außerhalb jeder Betrachtung), so würde die Sowjetunion über eine deutliche Überlegenheit verfügen. Unter der Voraussetzung der Nichtexistenz der strategischen US-Nuklearstreitkräfte bzw. der Annahme, daß es sich hierbei nicht um gegnerische Nuklearstreitkräfte (d.h. auf die SU gerichtete) handelt, würde die Sowjetunion zwar nicht gerade über die Fähigkeit zum (jedes Risiko ausschaltenden) Präventiv-/Erstschlag verfügen, aber doch über strategische Flexibilität und Eskalationsdominanz gegenüber den Westeuropäern. Da jedoch das US-Nuklearpotential auf die SU gerichtet ist, was bedeutet, daß das nuklearstrategische Arsenal der Sowjetunion für den „europäischen Kriegsschauplatz“ nicht zur Verfügung steht, da ihm die Aufgabe zufällt, das nuklearstrategische Arsenal der USA hinsichtlich Eskalationsdominanz, strategischer Flexibilität und Kriegsführungsfähigkeit auszugleichen und zu paralisieren, verfügt die SU gegenüber Westeuropa weder über die Fähigkeit zu einem (mit Aussicht auf Erfolg durchgeführten) Erstschlag noch über die Fähigkeit zur offensiven Abschreckung bzw. nuklearen Erpressung. Aus dieser simplen Rechnung ergibt sich, daß die Bedeutung westeuropäischer Nuklearwaffenarsenale in ihrer Verkoppelung mit den dem SACEUR unterstellten eurostrategischen Nuklearsystemen und dem nuklearstrategischen Arsenal der USA liegt.

Stellt man den z.T. schon realisierten, z.T. noch geplanten qualitativen und quantitativen Ausbau des eurostrategischen Nukleararsenals Frankreichs, Großbritanniens und der NATO bereits in Rechnung, so wird das westliche eurostrategische Arsenal der „Zukunft“ das der SU wahrscheinlich deutlich übertreffen und zudem über den Vorteil verfügen, zum großen Teil seestationiert und somit für einen Präventiv/Präemptivschlag schwerer ausmachbar zu sein. Dennoch wird dieses eurostrategische Nukleararsenal hinsichtlich seiner Wirksamkeit immer darauf angewiesen bleiben, daß eine nuklearstrategische Bedrohung der Sowjetunion durch die USA weiter existiert, die die SU daran hindert, Teile ihres globalstrategischen Arsenal für eurostrategische Zwecke umzuwidmen. Der Vorsprung der USA und der SU auf dem Gebiet der Nuklearrüstung ist heute so groß, daß die Westeuropäer ihn aus eigener Kraft und schon gar nicht etwa zum Zwecke des Aufbaus einer „Rundumabschreckung“ (d.h. gegen die USA und die SU gerichteten

nuklearen Abschreckung) in absehbarer Zeit einholen werden können. Darans resultiert logisch, daß eine westeuropäische Nuklearstreitmacht, soll sie zur offensiven Abschreckung fähig sein, auf irgendeine Form der Verkoppelung mit dem nuklearstrategischen Arsenal der USA und den dem SACEUR unterstellten eurostrategischen System angewiesen sein wird. Dies ist auch der Grund, warum die Westeuropäer gegen den Vorschlag Kissingers, die NATO von einem europäischen General führen zu lassen, polemisierten. Eine derartige Veränderung der Kommandostrukturen hätte die nukleare Substanz des Bündnisses berührt, da der SACEUR vor allem aus seiner in Personalunion ausgeübten Funktion als nationaler Oberbefehlshaber aller US-Truppen in Westeuropa so gewichtig ist. Denn der SACEUR hat, aufgrund seiner Doppelfunktion, über den Einsatz von US-Atomwaffen zu entscheiden. Voraussetzung für offensive Abschreckung, d.h. für die Fähigkeit, dem Gegner zu diktieren, was er zu tun und zu lassen hat (auch ohne Krieg), ist Eskalationsdominanz und strategische Flexibilität. Dazu werden die Westeuropäer abgekoppelt von den USA gegenüber der SU auf nicht absehbare Zeit hin nicht in der Lage sein. Aus finanziellen und technologischen Gründen. Und genau dies macht den Kern der Krise aus, der sich die national organisierten und orientierten Nuklearstreitkräfte Frankreichs ausgesetzt sehen. Ein Problem, das mit dem Ausbau und der Modernisierung des eurostrategischen Arsenal der Sowjetunion — bei gleichzeitig existierenden Vereinbarungen zwischen USA und SU, die Rüstung im nuklearstrategischen Bereich zu begrenzen — noch einmal besonders evident wurde.

Vor dem Hintergrund der Tatsache, daß derzeit alle Voraussetzungen für den Aufbau einer unabhängigen „europäischen Atomstreitmacht“ fehlen (Volker Rühle, stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag), begrüßt Frankreich seit einigen Jahren jede Maßnahme, die dazu geeignet erscheint, eine Verkoppelung zwischen dem „alten Kontinent“ und den USA auch in Zukunft zu gewährleisten. Aus diesem Grunde wurde z.B. auch der NATO-Doppelbeschluß begrüßt. Als Mitterand vor dem Bundestag erklärte, daß Nuklearwaffen als Instrument der Abschreckung ein „Gleichgewicht“ voraussetzen (wozu Frankreich, auf sich allein gestellt, nicht in der Lage ist) und hinzufügte, wer auf die Abkoppelung des westeuropäischen Kontinents von den USA setze, stelle das Gleichgewicht der Kräfte und damit die Erhaltung des Friedens in Frage, bedeutete dies das Eingeständnis, daß sein Vertrauen in die Glaubwürdigkeit und Wirksamkeit der französischen nationalen Abschreckung begrenzt ist, und daß er die Sicherheit Frankreichs nur im Kontext des atlantischen Bündnisses gewährt sieht. Aus z.T. ähnlichen Erwägungen speist sich auch die französische Polemik gegenüber der Möglichkeit eines westdeutschen Neutralismus, da dieser mit einem (nicht gewünschten) Rückzug der USA aus Westeuropa verbunden sein könnte (5).

Warum wird die WEU wiederbelebt?

Dem vorwiegend „transatlantischen“ Charakter der „Europäisierung...“ entspricht auch die Wahl der Institution, über die die deutsch-französische „Achsenbildung“ erfolgen soll: Die WEU ist keine Parallelorganisation zur NATO, sondern eher ein europäisches Subsystem der NATO. So legt der WEU-Vertrag ausdrücklich die enge Kooperation der Institution mit den NATO-Stäben fest. Die Geschichte der WEU ist eng verwoben mit dem europäischen Konstituierungsprozeß der NATO und der NATO-Integration der BRD. Ihre Gründung ist letztendlich Ausdruck einer schon frühzeitig offensichtlich gewordenen Unmög-

lichkeit, die „Verteidigung“ Westeuropas (bzw. den Aufbau offensiver Abschreckungskapazitäten) unabhängig von den USA zu organisieren.

In den Jahren 1949 bis 1954 beherrschte die „sicherheitspolitische“ Debatte die Frage, wie ein „Verteidigungs“beitrag der Bundesrepublik in die westlichen Bündnissysteme zu integrieren sei. Insbesondere die USA hielten einen westdeutschen Beitrag zur europäischen „Verteidigung“ aus ökonomischen und militärischen Gründen für unabdingbar, um den auf der Konferenz des NATO-Rates von Lissabon (Februar 1952) beschlossenen Stand der Streitkräfte zu erreichen. Auch die französische Regierung, die der Wiederbewaffnung Westdeutschlands größere Vorbehalte entgegenbrachte, war gezwungen, die Logik dieses Vorgehens einzusehen. Jedoch schlug sie vor, die europäische Armee als integrierte Streitmacht zu organisieren. Die nationalen Einheiten sollten nicht über die Stärke einer Bataillon hinausgehen. Das Scheitern des Projektes einer „Europäischen Verteidigungsgemeinschaft“ beschwor innerhalb der Allianz eine Krise größeren Ausmaßes hervor. Die amerikanisch-britische Diplomatie konnte schließlich die Krise beilegen. Für das Versprechen der Briten, ihre auf dem Kontinent stationierten Streitkräfte nicht ohne Einverständnis der Mitgliedsstaaten des Brüsseler Paktes (Belgien, Niederlande, Frankreich, Großbritannien und Luxemburg) abzuziehen, willigte die französische Regierung ein, den Brüsseler Vertrag von 1948 in eine Westeuropäische Union (WEU) mit den ehemaligen „Achsenmächten“ Deutschland und Italien als neuen Mitgliedern umzuwandeln. Auf diese Weise wurde der Bundesrepublik der Beitritt zur NATO ermöglicht. Mit den Abkommen von London und Paris vom Dezember 1954, die im darauffolgenden Frühjahr ratifiziert wurden, erhielt Westdeutschland Zutritt zur NATO und die Erlaubnis, Streitkräfte von 500.000 Mann als NATO-Kontingent aufzustellen. Durch die Einbindung der Bundesrepublik in die WEU konnten sich USA und NATO somit der militärisch-ökonomischen Potenzen des westdeutschen Staates versichern. Obwohl die automatische/unmittelbare Beistandspflicht aus Art. 4 des Brüsseler Vertrages übernommen wurde, waren die Institutionen der WEU nur ein blasser Schatten der ursprünglich intendierten EVG-Organen, bei denen es im Gegensatz zur EVG zu keiner ernsthaften Zusammenlegung nationaler Hoheitsrechte kam.

Die Wahl der WEU als Institution der deutsch-französischen Zusammenarbeit symbolisiert, in welchem Ausmaß die Bundesrepublik heute tatsächlich dazu bereit ist, das transatlantische Bündnis mit den USA zugunsten einer gesonderten westeuropäischen Sicherheitspolitik zu relativieren. Eine von der transatlantischen Allianz abgekoppelte „Europäisierung“ bzw. der Aufbau einer besonderen (nicht NATO-assoziierten) Organisation der deutsch-französischen Zusammenarbeit steht für die Bundesrepublik außerhalb jeder Betrachtung. Zumal dann, wenn sie als Konkurrenzprojekt zur transatlantischen Allianz gedacht wäre. Als 1972/73 der damalige französische Außenminister Michel Jobert versuchte, die WEU in ihrer Eigenschaft als eine „echt europäische Institution“ als Gegengewicht zur NATO aufzuwerten, stieß dies in bundesrepublikanischen Regierungskreisen weithin auf Skepsis (6). Jobert forderte seinerzeit eine von US-Vorherrschaft befreite „Verteidigungsgemeinschaft“, wobei es noch immer einen erheblichen Unterschied darstellt, ob man der Abkoppelung der Westeuropäer von der NATO-Vormacht ISA das Wort redet, oder aber lediglich die „strukturelle Reform“ der transatlantischen Allianz (durch Stärkung ihres westeuropäischen Pfeilers und Etablierung symmetrischer Beziehungen zwischen den USA und den westeuropäischen Partnern) einfordert. Wann immer die Franzosen in den vergangenen Jahrzehnten Vorstöße zu einer stärkeren westeuropä-

ischen Verteidigung unterbreiteten, reagierte Bonn mißtrauisch. In Bonn überwog stets die Furcht, der aus der militärischen Integration der NATO ausgeschiedene Partner Frankreich wolle auch die anderen westeuropäischen NATO-Staaten von den USA abkoppeln. Noch Helmut Schmidt erklärte, daß wenn er für die „Sicherheit“ der BRD zwischen den USA und Westeuropa zu wählen habe, „dann entscheide ich mich für Amerika“. Heute läßt sich tatsächlich konstatieren, daß „niemand eine Abkoppelung von der nuklearen Weltmacht Amerika (anstrebt)“. Von Kohl bis Mitterand halten alle Amerikas Schutz für unverzichtbar (7). Und Kohl stellte gleich von Beginn an klar, „die Schaffung einer europäischen Sicherheitspolitik darf nicht als Alternative zum Bündnis mit den Amerikanern verstanden werden“ (8).

Auf der anderen Seite des Rheins der Internationale Sekretär der französischen Sozialisten, Jacques Huntzinger: „Man darf die Allianz nicht auflösen, aber man muß ihr etwas zuführen, und dieses Etwas muß europäisch sein“ (9). Und Pierre Mauroy, der französische Ministerpräsident, zu Frankreichs Verständnis der WEU-Wiederbelebung: „Die WEU bietet ein einzigartiges Forum der Konsultation und steht darüber hinaus im Einklang mit unseren weitreichenden Verpflichtungen, denn alle ihre Mitglieder gehören auch dem atlantischen Bündnis und der Europäischen Gemeinschaft an, und nur europäische Staaten sind Mitglied. Frankreich ist der Auffassung, daß die europäische Solidarität die atlantische Solidarität fördert, ohne von ihr aufgesogen zu werden“ (10). Auch Paris betrachtet somit die Wiederbelebung der WEU nicht als Alternative zur transatlantischen Allianz, sondern eher als Ergänzung, im Sinne der Stärkung der NATO insgesamt wie der Rolle der Westeuropäer in diesem Bündnis. Konkurrenz und Kooperation gehen hier quasi eine sich gegenseitig positiv ergänzende Wechselbeziehung ein. Da auch für Frankreich auf absehbare Zeit hin der Aufbau einer westeuropäischen Militärmacht abgekoppelt von den USA außer Betracht kommt, hat alles, was die Stärkung des „europäischen Pfeilers“ im Bündnis intendiert, automatisch auch die Stärkung der NATO als transatlantisches Bündnis gegenüber ihrem Antipoden zum Ergebnis. Den USA können in Anbetracht dieser Tatsache ein Zusammenrücken und vermehrte Rüstungsanstrengungen der Westeuropäer, auch wenn sie dazu dienen mögen, das Gewicht der Westeuropäer gegenüber den USA im Bündnis zu heben, nur Recht sein (s.u.).

Zusammengefaßt läßt sich somit feststellen: Paris ist heute atlantischer orientiert als je zu vor in der Geschichte der V. Republik. Mitterand und „Verteidigungs“minister Hernu haben wiederholt betont, daß der „atomare Schutz“ der USA für Europa unentbehrlich sei. Eine westeuropäische Zusammenarbeit in der „Sicherheitspolitik“ wird nicht mehr als Konkurrenz oder gar als Ersatz für die NATO betrachtet, sondern — und damit im Sinne von Forderungen, wie sie bereits Anfang der 60er Jahre seitens der USA erhoben wurden — als Stärkung des „europäischen Pfeilers“ in der NATO. Die Chancen für eine Aufwertung der WEU liegen somit besser als dies noch vor Jahren der Fall war. Denn eine Aufwertung der WEU erregt in Bonn und Washington heute nicht mehr das Mißtrauen, auf das frühere diesbezügliche Avancen Frankreichs gestoßen sind.

Als Institution für die „Europäisierung...“ und deutsch-französische Zusammenarbeit bietet sich die WEU aus der Sicht Frankreichs deshalb an, weil sie nicht — wie etwa die Mitarbeit in der „Eurogroup“ der NATO — gleichbedeutend mit einer Rückkehr in die militärische Integration der NATO ist. Aus der Sicht der Bundesrepublik ist die WEU allerdings nicht die einzige Institution, über die die „Europäisierung...“ voranzutreiben ist. Sie bietet sich an, a) weil sie als Subsystem der NATO die transatlantische Bindung mit

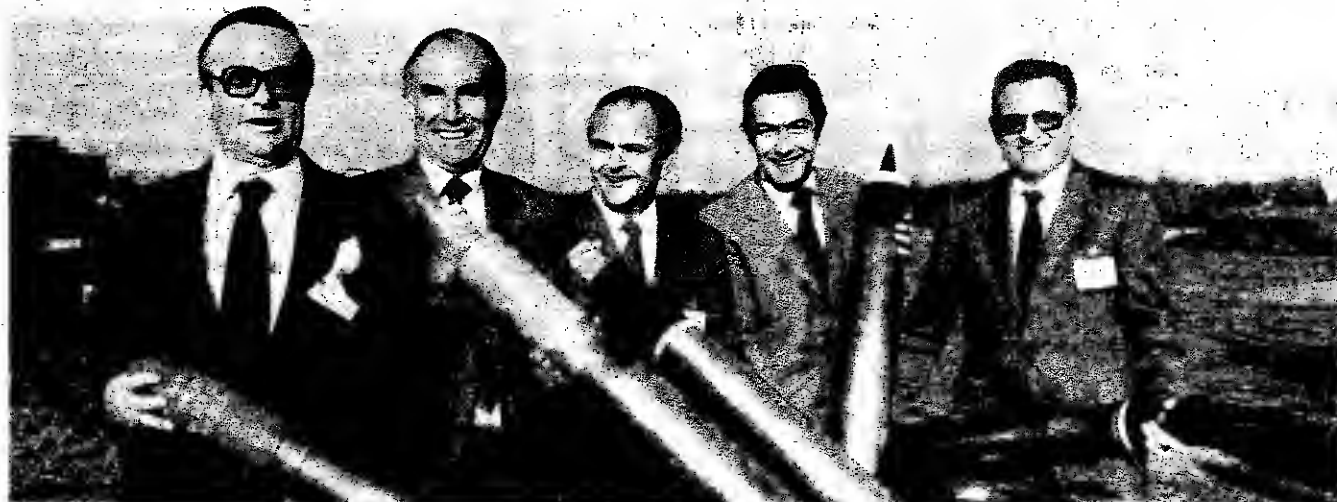
den USA nicht in Frage stellt, b) im Gegensatz zur „Eurogroup“ eine Mitarbeit Frankreichs bei der „Europäisierung...“ ermöglicht, die, soll das Projekt der Etablierung eines Bündnisses mit zwei Zentren gelingen, für unabdingbar gehalten wird, und c) im Gegensatz etwa zur EPZ, als Motor der „Europäisierung...“ wirken kann, da notorische „Quertreiber“ wie Dänemark, Griechenland, Irland (formell neutral) und Norwegen nicht mit von der Partie sind. Da man sich von diesen Ländern nicht das Tempo des „Europäisierungsprozesses“ vorschreiben lassen will, andererseits jedoch nicht beabsichtigt ist, sie vom Projekt auszuschließen, erfolgt die „Europäisierung...“ auch über andere Institutionen wie die EG/EPZ und die „Eurogroup“ der NATO, eine informelle Einrichtung der westeuropäischen Allianzpartner innerhalb der militärischen Integration der NATO (11). Die WEU ist in erster Linie eine Institution für die deutsch-französische Zusammenarbeit, die von ihrem Charakter her den besonderen und z.T. noch divergierenden Interessen beider Länder und ihrem unterschiedlichen Status in der NATO Rechnung trägt (11a). Die deutsch-britische Zusammenarbeit wird hingegen weniger über die WEU, denn über die „Eurogroup“ der NATO betrieben.

Die Tatsache, daß auch zwischen den westeuropäischen Atommächten (Großbritannien, Frankreich) und der BRD das „decouplin“-Problem besteht, setzt einer deutsch-französischen Zusammenarbeit von vornherein Grenzen. Allein schon aus den bereits dargelegten Erwägungen bezüglich des global- und eurostrategischen Kräfteverhältnisses im nuklearen Bereich kann Frankreich keine Nukleargarantie

charakter einer nuklearen Streitmacht eher verringern, denn erhöhen würden. Das bedeutet, daß eine glaubwürdige Abschreckung aus der Logik des bundesrepublikanischen „Sicherheitspolitik“ nur umgekehrt hergestellt werden kann, nämlich über den Besitz eigener Nuklearwaffen, die (schon allein aus physikalischen und geographischen Gründen) im Falle der Drohung mit ihrem Einsatz die nuklearen Potentiale der anderen NATO-Staaten ankoppeln würden, bzw. ihnen die Abkoppelung von dem, was seitens der BRD inszeniert wurde, erschweren würden (14).

Das größte Problem stellen jedoch die taktischen Nuklearwaffen Frankreichs dar, die mit einer Reichweite von 70-120 km bundesrepublikanisches Territorium treffen würden. Im Rahmen einer stärkeren Eingliederung in die „Vorne“/„Vorwärtsverteidigung“ der NATO wird Frankreich allerdings die „Pluton“-Raketen durch das „Hades“-System ersetzen, das mit einer Reichweite von etwa 300 km das Territorium der Warschauer Pakt-Staaten erreichen kann (15).

So wird sich die deutsch-französische Zusammenarbeit in erster Instanz auf das Gebiet der konventionellen Rüstung zu beschränken haben. Wie bereits erwähnt wurde, mißt Frankreich heute (im Zusammenhang mit seiner Abkehr von der „massive retaliation“) der konventionellen Rüstung mehr Bedeutung zu, als dies in der Vergangenheit der Fall war, als die „force de frappe“ das „Ein und Alles“ der französischen „Sicherheitspolitik“ darstellte. Das ehrgeizige Projekt der „Anhebung der Nuklearschwelle“ und der Konventionalisierung der NATO-Strategie im Bereich der „grenznahen Kriegsführung“ setzt bezüglich seiner Realisierung ein Mitmachen Frankreichs voraus.



für die BRD übernehmen, die den amerikanischen „Nuklearschirm“ glaubwürdig ersetzen würde. Für die Bundesrepublik ergibt eine französische Nukleargarantie nur als zusätzliches Element einen Sinn, als Ersatz für den amerikanischen „Nuklearschirm“ würde sie die „Abschreckungsfähigkeit“ der BRD eher verringern. Von französischer Seite wird dieses Problem auch unumwunden eingestanden: „Die französischen Atomwaffen sind nicht dazu bestimmt, den Schutz der Zehner-Gemeinschaft zu gewährleisten. Dafür reichen sie nicht aus. Das wäre ein Ehrgeiz, der die europäische Öffentlichkeit in die Irre führen könnte“ (12).

Zwar haben französische Stimmen wiederholt die Möglichkeit angedeutet, daß „der französische Atomschirm die beiden Ufer des Rheins in gleicher Weise schützt“ (13), doch wird die französische Nuklearstreitmacht auch in Zukunft streng national gehandhabt werden. In die Verfügungsgewalt über Nuklearwaffen wird sich aus naheliegenden Gründen keine Nuklearmacht hineinreden lassen. Zumal mehrere Finger am Auslöseknopf den Abschreckungs-

Möglichkeiten einer „deutsch-britischen Achsenbildung“

Stellt man in Rechnung, daß die „Europäisierung...“ nicht als Konkurrenzprojekt zum transatlantischen Bündnis und zur NATO konzipiert ist, muß die Möglichkeit einer „deutsch-britischen Achsenbildung“ (als Ergänzung oder aber als Ersatz zur „deutsch-französischen Achsenbildung“) ebenfalls in Betracht gezogen werden. In gewisser Hinsicht ist eine derartige „Achsenbildung“ sogar näherliegend als die besondere Betonung der sicherheitspolitischen Beziehungen zu Frankreich.

— Im Gegensatz zu Frankreich ist Großbritannien Mitglied des Militärausschuß der NATO (Military Committee/MC), der höchsten militärischen Instanz des Bündnisses. Sein Nu-

klearpotential untersteht zudem hinsichtlich der Einsatzplanung der nuklearen Planungsgruppe (NPG), in der auch die Bundesrepublik Mitglied ist. Während sich bezüglich der „deutsch-französischen Achsenbildung“ der streng nationale Charakter der französischen Nuklearstreitmacht als ein grundsätzliches Hindernis erweist (s.o.), existiert bezüglich der britischen Nuklearstreitkräfte ein gewisses bundesrepublikanisches Mitspracherecht.

— Im Rahmen der NATO-„Eurogroup“ erfolgt bereits seit einiger Zeit eine rege deutsch-britische Rüstungskoooperation. Zum Zwecke der besseren Rüstungskoooperation zwischen den westeuropäischen NATO-Partnern wurde 1976 die Unabhängige Europäische Planungsgruppe ins Leben gerufen.

— Großbritannien übernimmt traditionell die Rolle eines „Scharniers“ zwischen Westeuropa und den USA, was gerade in Anbetracht sich verstärkender amerikanisch-westeuropäischer Verständigungsprobleme von Bedeutung sein könnte. Die britische „Scharnierrolle“ liegt in den amerikanisch-britischen „Sonderbeziehungen“ in der Allianz begründet, die auch in der Struktur und Bewaffnung der britischen Nuklearstreitkräfte ihren Ausdruck finden. Aus französischer Sicht soll diesbezüglich die „Achse“ BRD/Frankreich ein Gegengewicht bilden (16).

— Der Anteil Großbritanniens an der „Vorneverteidigung“ auf dem Territorium der BRD bzw. entlang der „Blockgrenze“ ist erheblich größer, als das diesbezügliche Engagement Frankreichs, zumal die drei in Südwestdeutschland stationierten französischen Divisionen nicht der NATO, sondern nationalem Oberbefehl unterstellt sind.

— In der Diskussion um die Wehr- und Bewaffnungsstruktur der westlichen Streitkräfte gibt es aus der Sicht der Bundesrepublik erheblich mehr Übereinstimmungen mit Großbritannien als mit Frankreich.

— Eine dezidiertere militärische Arbeitsteilung in Westeuropa bzw. zwischen den westeuropäischen NATO-Mitgliedern ist ohne das „Inselterritorium“ Großbritannien, das aufgrund seiner geostrategischen Lage gewissermaßen auch die „Ankoppelung“ an die USA symbolisiert (GB bildet zusammen mit Island und Grönland das sogenannte „GIUK“-Dreieck und liegt inmitten der transatlantischen Nachschubwege zum europäischen Kontinent. Dieser transatlantische Nachschub erfolgt noch immer zu ca. 90 % auf dem maritimen Wege und gilt gegenüber Störungs- und Unterbrechungsversuchen als verletzbar; hieraus resultiert eine besondere geostrategische Bedeutung Großbritanniens wie des angrenzenden irischen Inselterritoriums), nicht denkbar. Großbritannien übernimmt zur Luft und zur See wichtige Aufgaben entlang der Nordflanke der NATO (17).

Tatsächlich erfolgt die „Europäisierung...“ ja auch nicht ausschließlich nur über die Wiederbelebung der WEU. Die WEU ist heute zunächst einmal das Gremium zur Formulierung einer deutsch-französischen „Sicherheitspolitik“, aber nicht die Institution der „Europäisierung...“. Die „Europäisierung...“ erfolgt auch über die Hineinnahme „sicherheitspolitischer“ Fragen in die EPZ (einer eher informellen Einrichtung der EG zur Koordinierung der EG-Politik „nach außen“, d.h. gegenüber der Dritten Welt, den USA, Japan und der SU), und die „Eurogroup“ der NATO. Die westdeutsche Regierung verfährt hier ganz offensichtlich mehrgleisig. Es ist durchaus denkbar, daß im Falle erster Ernüchterungen im „deutsch-französischen Frühling“ dem Ausbau der Zusammenarbeit im Rahmen von „Eurogroup“ und EPZ/EG wieder der Vorrang gegeben wird. Frankreich betrachtet die deutsch-französische Zusammenarbeit auch als Gegengewicht zu den britisch-amerikanischen „Sonderbeziehungen“ in der NATO. Aber die Bundesrepublik betrachtet die deutsch-französische Zusammenarbeit weder alternativ zur deutsch-amerikanischen noch deutsch-britischen Zu-

sammenarbeit. Vielmehr wird die bundesrepublikanische „Europäisierungspolitik“ von der Erkenntnis bestimmt, daß ein enges Zusammenrücken aller Allianzpartner — und dies schließt auch Frankreich ein, ohne das jedes „Europäisierung...“ und „Konventionalisierung“ nicht denkbar ist — notwendig ist, will man die formulierten ehrgeizigen Aufgaben der Zukunft bewältigen. Selbst dann, wenn die Gefahr der Abkoppelung zum Inhalt der NATO-Politik und Strategie wird (siehe das Beispiel SDI), wird die Bundesrepublik nie ihrerseits die Abkoppelung suchen, da dies heute immer mit dem Verlust an glaubwürdiger Abschreckungsfähigkeit verbunden wäre. Sie wird vielmehr in einer solchen Situation nach neuen Möglichkeiten der Ankoppelung unter Berücksichtigung der neuen Rahmenbedingungen suchen (18).

Die USA und die „Europäisierung“

Die europäischen „Europäisierer“ beziehen sich z.T. direkt auf bereits ältere amerikanische Vorstellungen, die Anfang der 60er Jahre — auch damals im Zusammenhang mit einer Änderung der NATO-Strategie, Bemühungen um die Stärkung der konventionellen Kampfkraft und einer amerikanischen Hinwendung zu außereuropäischen Krisenherden — formuliert wurden (19). So forderte schon Kennedy eine NATO mit „zwei Säulen“, einer nordamerikanischen und einer westeuropäischen. Die USA stehen einer „Europäisierung“ aus mehreren Gründen positiv gegenüber:

— Über die Wiederbelebung der WEU erfolgt eine engere Heranziehung Frankreichs an die militärpolitische Diskussion der NATO. Zudem ist die „Anhebung der Nuklearschwelle“ für die USA ein zentrales Anliegen, das allerdings diesseits und jenseits des Atlantiks durchaus kontrovers erörtert wird, ohne ein Mittun Frankreichs nicht zu bewerkstelligen (20). Die USA erhoffen sich von der „Europäisierung der NATO“ die Stärkung der NATO insgesamt.

— Des weiteren schafft die „Regionalisierung“ der „Sicherheitspolitik“ in Europa die Voraussetzungen für eine „Globalisierung“ des NATO-Engagements. Die „Europäisierung“ soweit sie die Übernahme zusätzlicher Verantwortung im europäischen Geltungsbereich der NATO durch die Westeuropäer beinhaltet, ist somit auch ein Modell zur einvernehmlichen Beilegung der alten Streitfrage im Bündnis, in welcher Form die NATO-Partner „Bedrohungen“ ihrer ökonomischen, politischen und militärischen Interessen von außerhalb des NATO-Geltungsbereiches begegnen sollen. Jedenfalls würden verstärkte Rüstungsanstrengungen der Westeuropäer den USA ermöglichen, sich auch stärker außerhalb des NATO-Geltungsbereichs und fern vom europäischen Kontinent militärisch zu betätigen, ohne gleich befürchten zu müssen, daß eine durch ihr Engagement auf außereuropäischen Kriegsschauplätzen ausgelöste „horizontale Eskalation“ aufgrund der „Schwäche“ der Westeuropäer zu einem nuklearstrategischen Schlagabtausch unter Einbeziehung des amerikanischen Territoriums weiter eskaliert.

Anmerkungen

1) Vor dem Hintergrund bestimmter Entwicklungstendenzen der Weltökonomie hat sich in der außen- und „sicherheitspolitischen“ Strategiedebatte jenseits des Atlantiks eine Fraktion formiert, die gemeinhin mit dem Etikett „Seestrategen“ versehen wird. Was den Einfluß dieser Fraktion, für die Namen wie Kissinger und Cohen stehen, auf die Formulierung der offiziellen US-Außen- und „Sicherheitspolitik“ anbelangt, so muß heute nach den vorliegenden Informationen und Indizien zwar davon ausgegangen werden, daß sich ihre Vorstellungen in der Totalität ihrer Aussage innerhalb der Reagan-Administration zwar noch nicht durchsetzen sind, andererseits jedoch wiederum Teile dieser Vorstellungen durch die offizielle Politik rezipiert werden. So schreibt Robert Komer, ein „Atlantiker“: „Weder die Reagan-Administration noch der Kongreß haben bisher eine maritime Strategie befürwortet. Sie fordern im Gegenteil immer noch ausgeglichene Streitkräfte ebenso für die Verteidigung Europas wie für andere Schlüsselregionen. Aber Tatsache ist, daß sie den Löwenanteil der konventionellen Verteidigungsausgaben für die Ausbau einer großen Trägerflotte von 600 Schiffen vorsehen, den Ausbau der anderen Teilstreitkräfte aber aufgeschoben haben“ (Robert Komer, Sicherheitsfragen zwischen den USA und Europa, in: Europa-Archiv 8/1984). Die Auseinandersetzung zwischen „Atlantikern“ und „Seestrategen“ führt immer wieder zur Verwirrung und sich widersprechenden Entscheidungen in der US-Rüstungspolitik. Die Bemühungen um ein stärkeres Zusammenrücken der kapitalistischen Industriestaaten Westeuropas korrespondieren mit einem realen Bedeutungsverlust Westeuropas als Zentrum der Weltökonomie und einer damit einhergehenden, sich abzeichnenden Verlagerung des Zentrums der Weltakkumulation und der technologischen Revolution in den pazifischen Raum (dem entspricht in den USA die Verlagerung des industriellen Zentrums von der Atlantik- an die Pazifikküste, was sich z.T. auch in innenpolitischen Kräfteverschiebungen niederschlug). Vor diesem Hintergrund ist sowohl die mit US-Hilfe erfolgende gigantische Aufrüstung Japans und anderer prowestlicher pazifischer und asiatischer Staaten zu betrachten wie auch die sich formierende und immer lautstärker artikulierende Fraktion der „Seestrategen“ in der US-Debatte um die Zukunft der NATO. Ausgehend davon, daß sich a) das Zentrum der Weltakkumulation zunehmend in den asiatisch-pazifischen Raum verlagern wird, während hingegen das in den 70er Jahren noch aufstrebende Westeuropa an Bedeutung verliert, und b) in Washington ohnehin für erheblich wahrscheinlicher betrachtet wird, „daß eher Dritte-Welt-Konflikte die amerikanischen Interessen berühren, als daß der Warschauer Pakt die NATO direkt angreift“ (Komer), fordern die „Seestrategen“ eine „maritime Strategie“, die den Schwerpunkt der militärischen Präsenz der USA vom europäischen Kontinent weg auf die Weltmeere und hier wiederum insbesondere in den pazifischen Raum verlagert. Die Annahme einer „maritimen Strategie“ würde zwangsläufig zur Ausdünnung der US-Präsenz in Westeuropa führen, welche die westeuropäischen NATO-Staaten durch verstärkte regionale Rüstungsanstrengungen zu kompensieren hätten. Auch „Schläge“ gegen die Sowjetunion sollen nach Auffassung der „Seestrategen“ seitens der USA primär „zur See“ durchgeführt werden. Während die westeuropäischen NATO-Staaten hauptverantwortlich die „Verteidigung“ der „europäischen Zentralfont“ (und hier insbesondere die „Anhebung der Atomschwelle“) in die Hand zu nehmen hätten, fiel den USA die Aufgabe zu, weltweit militärisch zu agieren.

Zu dieser Diskussion siehe u.a. Robert W. Komer, Sicherheitsfragen zwischen den Vereinigten Staaten und Europa,

in: Europa-Archiv, Folge 8/39; ders., Amerikas falsche Flotte, in: Der Spiegel, 21/1984; Eliot A. Cohen, Die permanente Krise des Atlantischen Bündnisses, in: Europa-Archiv, Folge 24/37; Henry Kissinger, Ein Umbauplan für die NATO, in: Die Zeit v.2.3.84; Horst Ehmke, Eine Politik zur Selbstbehauptung Europas. Überlegungen angesichts der Entfremdung zwischen Alter und Neuer Welt, in: Europa-Archiv, Folge.2/39; Hubertus Hoffmann, Wende weg von Europa?, in: Europäische Wehrkunde 5/1984

2) „Ohne eine gemeinsame Sicherheitspolitik wird es im freien Europa auf die Dauer auch keine gemeinsame Wirtschafts- und Finanzpolitik geben. Die Sicherheitsfrage ist die Kernfrage Europas. Das mindeste dessen, was die europäische Gemeinschaft verlangt, ist die Bereitschaft jedes europäischen Alliierten, mit all seinen Waffen für jeden anderen europäischen Alliierten einzutreten“. So Alfred Dregger in der „Zeit“ vom 23.3.1984. Die „Sicherheitspolitik“ erscheint hier als Katalysator, vor dem Hintergrund der ökonomischen Krise der kapitalistischen Industriestaaten Westeuropas und des damit einhergehenden Rückzugs auf die Nationalstaatlichkeit, ganz offensichtlich ins Stock geratenen westeuropäischen Integrationsprozesses, der den Aufbau einer konkurrenzfähigen ökonomischen Supermacht Europa zum Ziel hat. Bereits seit einiger Zeit ist zu beobachten, daß sich die „Sicherheitspolitik“ als EG-Aufgabe gegenüber anderen EG-Themen zusehends in den Vordergrund schiebt. Nur ein ökonomisch (und politisch) integriertes Westeuropa, das sich nicht durch interimperialistische Widersprüche selbst paralysiert, wird auch in Zukunft über die Fähigkeit zur globalen Konkurrenz verfügen und dazu in der Lage sein, die im Zuge der „dritten industriellen Revolution“ bereits entstandenen Lücken zu den konkurrierenden Zentren aufzuschließen. Dies betrifft nicht zuletzt die Forschung, Entwicklung und Produktion im Rüstungssektor, wo es den westeuropäischen NATO-Staaten bislang nicht gelungen ist, das existierende „Einbahnstraßensystem“ (d.h. ein Großteil der Neuanschaffungen im Rahmen der NATO-Aufrüstungsprogramme entstammt der amerikanischen Produktion) durch ein „Zweibahnstraßensystem“ abzulösen. Die anstehende konventionelle „Nachrüstung“ setzt dieses Thema erneut auf die Tagesordnung, doch nur durch engere Kooperation auf den Gebieten der Forschung, Entwicklung und Produktion können die Westeuropäer diesbezüglich ein Gegengewicht zu den USA (und den Japanern) bilden und dafür Sorge tragen, daß ein nicht zu knapper Anteil des zu verteilenden Kuchens an die westeuropäischen Waffenschmieden geht. So sehen es jedenfalls die politischen, ökonomischen und militärischen Eliten Westeuropas. „... wir brauchen Europa (vor allem), um die technologische Herausforderung zu bewältigen und unsere Zukunft als Industriestaat zu sichern. Unser Land und alle anderen Staaten Westeuropas können ihren Wohlstand nur halten und vermehren, wenn sie den Anschluß an die von den USA und Japan ausgehende ‚dritte industrielle Revolution‘ gewinnen. Auf sich allein gestellt ist jedoch kein europäisches Land, auch nicht die BRD, in der Lage, den technologischen Wettbewerb mit den USA und Japan zu bestehen. Allein die Europäische Gemeinschaft insgesamt hätte die für einen notwendigen Wettbewerb nötige Forschungs- und Industriekapazität und die nötige Größe des Marktes“ (Hans-Dietrich Genscher, Deutsche Sicherheitspolitik im nuklearen Zeitalter, in: Europäische Wehrkunde, 2/1984).

Wie eng die „dritte industrielle Revolution“ mit der Entwicklung neuer Rüstungstechnologien verquickt ist, dafür steht auch das amerikanische SDI-Projekt. Interessant ist in diesem Zusammenhang die Begründung des baden-württembergischen Ministerpräsidenten Lothar Späth für ein bundesrepublikanisches Mitmachen bei der SDI. Späth geht

davon aus, daß die SDI „die entscheidende Kraftprobe im Kampf um Macht und Märkte von morgen werden“ wird. Die langfristige Bedeutung der SDI sei gar nicht so sehr im militärischen Zusammenhang zu suchen. „Die Initiative Reagans stellt die bislang umfangreichste und konsequenteste forschungspolitische Folgerung des Westens aus der Tatsache dar, daß moderne zivile und militärische Produkte auf weitgehend identischen Basistechnologien beruhen“. Der Stamm, „von dem sich die Äste hochspezialisierter Waffentechnik einerseits, fortgeschrittener Medizintechnik andererseits abzweigen“, sei „derselbe“. Die SDI diene der „Festigung irdischen wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Vormachtstellung der USA“. Wenn die Europäer nicht entschieden auf eine Kooperation bei der SDI drängen und gleichzeitig endlich ernsthafte Schritte zur Schaffung einer integrierten Forschungspolitik unternehmen würden, würde Westeuropa „spätestens in zehn bis fünfzehn Jahren technologisch irreversibel ins zweite oder dritte Glied zurückfallen“. Nach einer Phase vermeintlich großer und letztlich doch fruchtloser Bemühungen wäre eine destabilisierte Wirtschaftsstruktur die Folge, die ihrerseits zu politischen und sozialen Erschütterungen führen müßte. Zursinnenpolitisch käme die außenpolitische Instabilität: Wo Technologiekompetenz in der Tendenz als Machtfaktor schwerer wiegt als die Zahl der jeweils stationierten Waffen, birgt Inkompetenz unwägbare Sicherheitsrisiken in sich“ (Lothar Späth, Wissen die Europäer, was sie riskieren?, in: Der Spiegel, 11/1985).

3) Die strategischen Nuklearstreitkräfte Frankreichs setzen sich aus den strategischen Luftstreitkräften (FAS) und den strategischen Seestreitkräften (FOST) zusammen. Die strategischen Luftstreitkräfte bestehen aus 18 Raketen vom Typ S 3 (zwei Batterien zu je neun Raketen) mit einer Reichweite von ca. 3.500 km und einem Sprengkopf von 1 Megatonne (Mt.), 34 Fernbombern Mirage IV (zehn in Reserve), die mit je einer freifallenden Bombe von 60 Kilotonnen (Kt.) ausgerüstet sind. Die strategischen Seestreitkräfte bestehen aus 5 atomgetriebenen U-Booten mit je 16 Raketen vom Typ M 20. Die Reichweite der Raketen beträgt 3.000 km. Jede Rakete ist mit einem Sprengkopf von 1 Mt. ausgestattet. Die Zielgenauigkeit wird mit 800 m CEP angegeben.

Zur Zeit unterzieht Frankreich seine strategischen Streitkräfte einer umfassenderen Modernisierung. Der Schwerpunkt soll auch in Zukunft bei den seegestützten Systemen liegen, was sich für eine „kleinere“ Nuklearmacht auch anbietet, da sie auf diese Weise bzw. bedingt durch die seegestützt gegebene geringere Verwundbarkeit ihrer Systeme eher dem Ziel gesicherter Zweitschlagskapazität nahe kommt. Ausbau und Modernisierung werden insbesondere aus der Umrüstung der Atom-Flotte auf die M 4-Rakete bestehen, die gegenüber dem bisherigen System M 20 eine bedeutsame quantitative und qualitative Verbesserung darstellt. Sie wird eine Reichweite von mehr als 4.000 km haben und sechs Mehrfachsprengköpfe (MRV, nicht MIRV) von je 150 Kt Sprengwirkung tragen, sowie über moderne Eindringhilfen verfügen. Die Treffgenauigkeit soll zwischen derjenigen der amerikanischen Poseidon-3-Rakete und der Minuteman II Mk 12 A, d.h. bei weniger als 300 m CEP liegen. Am 1. April dieses Jahres wurde ein sechstes mit strategischen Nuklearwaffen bestücktes U-Boot in Dienst gestellt, die „L'Inflexible“. Das neue U-Boot ist bereits mit M 4-Raketen ausgerüstet, so daß sich von einem Tag auf den anderen die Kampfkraft der bei Brest stationierten seegestützten strategischen Nuklearstreitkräfte Frankreichs verdoppelt hat. Ein siebtes U-Boot soll Anfang der 90er Jahre zu Wasser gelassen werden und die dann „veraltete“ „Redoutable“ ablösen. Die erste Einheit der alten U-Boote, die „Tonant“, soll bis Ende 1985 auf die M 4-Rakete umgerüstet werden,

die drei weiteren Einheiten der ersten Generation von Atom-U-Booten erst nach diesem Datum. Ferner werden 18 Mirage IV-A-Bomber, also etwa die Hälfte des heutigen Bestandes, auf die Luft-Boden-Rakete ASMP mit einer Reichweite von ca. 100 km umgerüstet, während der Restbestand ab 1985 seine strategischen Aufträge verliert. Die Zahl der atomaren Sprengköpfe der U-Boot-Flotte soll nach Angaben von „Verteidigungsminister“ Hernu von 176 in diesem Jahr auf 500 im Jahr 1992 steigen.

4) Zur Entwicklung der französischen „Sicherheitspolitik“ siehe u.a.: Charles Ailleret, *L'aventure atomique française*, Paris 1968; Wichard Woyke, *Opposition und Verteidigungspolitik im gaullistischen Frankreich, 1958-1973*, Opladen 1973; ders., *Frankreichs Außenpolitik seit dem Rücktritt de Gaulles*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 27.7.1974; General Mery, *Une armée pour quoi faire et comment*, in: *Defense Nationale*, Juni 1976; Francois Rose, *La France et la Defense de L'Europe*, Paris 1976; Walter Schütze, *Neue Tendenzen der französischen Europa- und Sicherheitspolitik nach den Wahlen vom März 1978*, in: *Europa-Archiv*, Folge 23/1978; ders., *Die Bedeutung der französischen Kernwaffen*, in: B 46; ders., *Frankreichs Wehrpolitik vor schweren Entscheidungen*, in: *Marine-Forum*, 6/1983; Michael Kreile, *Frankreichs Sicherheitspolitik unter Mitterand*, in: *Außenpolitik*, 1. Quartal 1984; P. Lellouche, *Frankreich und die amerikanische Sicherheitspolitik gegenüber Europa*, in: *Europa-Archiv*, 1979; Pierre Mauroy, *La stratégie de la France*, in: *Defense Nationale*, November 1983; D. Moisi, *La France et la crise des euromissiles*, in: *Defense Nationale*, August-September 1983; Jürgen Schwarz, *Frankreichs Militärstrategie von 1958-1978*, in: Klaus-Dieter Schwarz (Hrsg.), *Sicherheitspolitik - Analysen zur politischen und militärischen Sicherheit*, Bad Honnef-Erpel 1981 (dritte Auflage); Uwe Nerlich, *Westeuropäische Verteidigungsidentität. Die Dilemmas französischer Sicherheitspolitik in Westeuropa*, in: *Europa-Archiv*, 1974

5) Seit der Auseinandersetzung um den NATO-Doppelbeschluß sorgt sich Paris um die Verankerung der Bundesrepublik im westlichen Bündnis. Das Gespenst des „Neutalismus“ alarmiert die französischen Strategen, die um die Sicherheit Frankreichs fürchten, wenn durch eine „Selbstfinnlandisierung“ das BRD-Territorium als „sicherheitspolitische“ Glacis wegfällt. Einige französische Interellektuelle treibt diese Furcht gar zu der Auffassung, man solle der Bundesrepublik den Zugang zum Entscheidungsprozeß über den Einsatz von Nuklearwaffen ermöglichen. Der französische Politologe Maurice Duverger hat so der Einrichtung eines französisch-britisch-deutschen „Sicherheitsrates“ das Wort geredet und in diesem Zusammenhang auch auf die ältere Idee eines „zweiten Schlüssels“ zurückgegriffen, der der BRD eine Mitbestimmung bezüglich des Einsatzes der „force de frappe“ sichern würde. Andre Glucksmann plädiert gar für eine nukleare Aufrüstung der BRD im Rahmen einer westeuropäischen Verteidigung. Laut Glucksmann könne man nicht „von den Deutschen verlangen, Freiheit und Demokratie zu verteidigen, und ihnen gleichzeitig die dafür notwendigen Waffen verweigern ... Eine wirklich gemeinschaftliche Verteidigung kann nur unter Gleichen ausgehandelt werden, unter Ländern mit gleichen Rechten, die über gleiche Mittel verfügen“. Dies korrespondiert mit einem Aufsatz von Roland Koller in der „Europäischen Wehrkunde“, in dem er die nukleare Bewaffnung der Bundesrepublik im Rahmen der westlichen Allianz verlangt, da nur auf diese Weise das in Frankreich befürchtete „neue Rapallo“ bzw. die „Selbstfinnlandisierung“ verhindert werden könnte. „Die Bundesrepublik wäre politisch nicht mehr im selben Maße wie bisher erpreßbar, der im atomaren Bereich vorliegende und stärker werdende Interessengegensatz zwischen den westlichen Alliierten und der BRD wäre be-

seitigt ... Aus westlicher Sicht ist nicht recht zu ersehen, was gegen dieses Konzept sprechen würde. Es würde allerdings die Bedeutung der Bundesrepublik im Bündnis weiter steigern und wäre hiermit wohl für Frankreich und England im Grunde nicht angenehm. Letztenendes müßten diese Länder aber wissen, was ihnen wichtiger ist, eine feste und an den eigenen nationalen Interessen ausgerichtete Integration der Bundesrepublik Deutschland im westlichen Bündnis und damit dessen entscheidende Stärkung, oder die Schwächung der Politik des Westens durch einen immer unsicherer werdenden aber in seiner Bedeutung großen Bündnispartner ... Will der Westen erfolgreiche Politik, erfolgreiche Deutschlandpolitik betreiben, und dies wird für ihn auf die Dauer sehr viel mühsamer werden als bisher, so muß er, soweit irgendmöglich, die Ursachen, die zu einem neuen Rapallo – in abgewandelter geschichtlicher Gestalt – führen könnten, beseitigen“ (Roland Koller, „Pax sovietica“ oder nukleare Macht?, in: Europäische Wehrkunde, 11/84).

Eine bundesrepublikanische Beteiligung an der „force de frappe“ wäre allerdings militärpolitisch betrachtet ein ganz und gar unsinniges Projekt, das in keiner Weise die westeuropäische Abschreckungskraft stärken würde. Aus innen- wie außenpolitischen Erwägungen denkt in Paris aktuell niemand ernsthaft darüber nach, die Verfügung über die französische Nuklearstreitmacht aus der Hand zu geben. So räumte auch Helmut Schmidt ganz richtig ein, daß ein französischer Präsident „den Deutschen explizit weder einen Finger am Abzug noch einen zweiten Schlüssel zugestehen werde ... vielleicht nur in dem Maße wie das westdeutsche Territorium als Abschlußrampe oder Zielgebiet in Frage kommt“ (d.h. ein bundesrepublikanisches Mitspracherecht ist höchstens bezüglich des taktischen Nuklearpotentials Frankreichs denkbar).

Zur französischen Kritik am westdeutschen „Neutralismus“ siehe u.a.: Pierre Hassner, Was geht in Deutschland vor?, in: Europa-Archiv, 17/1982; Anne-Marie Le Gloannec, La Republique Federale d'Allemagne: finlandisation ou germanisation?, in: Commentaire, Paris, Nr. 13, Sommer 1980

6) Ein weiteres Beispiel ist der Abschluß des „Elysee-Vertrages“ von 1963. In diesem Vertrag vereinbarten die Regierungen in Bonn und Paris u.a. „auf dem Gebiet der Strategie und Taktik ... ihre Auffassungen einander anzunähern, um zu gemeinsamen Konzeptionen zu gelangen“. In der Bundesrepublik wollte man seinerzeit unbedingt den Eindruck verhindern, die „Achse Paris-Bonn“ sei als Ersatz für das Bündnis konzipiert. Auch weil die gerade im Entstehen begriffene französische Nuklearstreitmacht in Anbetracht des nuklearen Rüstungswettlaufs zwischen USA und Sowjetunion den „nuklearen Schirm“ der USA für Westeuropa nicht ersetzen konnte. So schaltete der Bundestag de, Elysee-Vertrag eine Präambel vor, die seinen als atlantisch interpretierbaren Passagen den Stachel nahm. De Gaulle kommentierte dies enttäuscht mit den Worten: „Ils n'ont rien compris“.

7) So der ehemalige Regierungssprecher Kurt Becker in der „Zeit“ v. 24.2.1984 (Kurt Becker, Wo endet die Abschreckung? Mitterand setzt der sicherheitspolitischen Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik Schranken)

8) ebda.

9) zitiert nach „Spiegel“, 24/1984

10) Pierre Mauroy, Frankreich und die westliche Sicherheit: in: NATO-Brief, 5/1983

11) Innerhalb der militärischen Organisation der NATO hat sich eine informelle Einrichtung der westeuropäischen Allianzpartner, die „Eurogroup“, ohne festgefügte Organisationsstruktur entwickelt. Grundlegende Ziele der „Euro-

group“ liegen in der Koordinierung des westeuropäischen „Verteidigungsbeitrages“, der Harmonisierung der westeuropäischen „Verteidigungspolitik“ und der Förderung und Erhaltung der US-Präsenz in Europa. Aufgabe der „Eurogroup“ ist somit, ein engeres Zusammenrücken der Westeuropäer im Rahmen der NATO zu organisieren sowie die Voraussetzungen für eine möglichst effektive Anknüpfung der USA an den europäischen Kontinent zu gewährleisten. Als wichtigste Maßnahme verabschiedete die „Eurogroup“ 1970 das Europäische Verteidigungs-Verbesserungsprogramm (EDIP). In der „Eurogroup“ sind sowohl Großbritannien als auch die BRD Mitglied, Frankreich hingegen nicht. 1976 gründete die „Eurogroup“ die Unabhängige Europäische Planungsgruppe (IEPG) zur besseren Koordination der Rüstungszusammenarbeit.

Der Militärausschuß der NATO (Military Committee/MC) ist die höchste militärische Instanz der NATO. Er besteht aus den Stabschefs aller an der militärischen Integration der NATO beteiligten Mitgliedsländer. Frankreich unterhält seit seinem Austritt aus der militärischen Integration der NATO eine Militärmission beim Militärausschuß. Island, das über keine eigenen Streitkräfte verfügt, kann sich durch einen zivilen Beamten vertreten lassen. Der MC berät und empfiehlt Maßnahmen, die für die gemeinsame „Verteidigung“ des NATO-Vertrags-Gebietes für erforderlich gehalten werden. Er erläßt Weisungen an den Obersten Alliierten Befehlshaber („Supreme Allied Commanders“) und den Vorsitzenden der regionalen amerikanisch-kanadischen Planungsgruppe. Als ausführendes Organ verfügt der MC über einen Internationalen Militärstab (International Military Staff/IMS).

Die militärische Integration erlaubt bereits in Friedenszeiten gemeinsame Kommandobehörden der verbündeten Streitkräfte sowie koordinierte Planung und Kontrolle der gemeinsamen „Verteidigung“. Auftrag und Befugnisse der NATO-Organen unterscheiden sich allerdings im Frieden, in Spannungszeiten und im Kriegsfall. Im Frieden verbleibt die Masse der Streitkräfte unter nationalem Oberkommando. Im Spannungsfall werden die Streitkräfte nationalen Charakters entsprechend ihrem Status für den „Verteidigungsfall“ den NATO-Kommandobehörden unterstellt. Streitkräfte der NATO-Mitgliedsstaaten, die der Territorialverteidigung dienen, bleiben den nationalen Oberkommandos unterstellt. Bereits in Friedenszeiten den NATO-Kommandobehörden unterstellte alliierte Verbände sind der bewegliche Eingreifverband (AMF), der ständige Flottenverband Atlantik (STANAVFORLANT), der ständige Flottenverband Ärmelkanal (STANAVFORCHAN) und der abrufbereite Flottenverband für das Mittelmeer (NAVOCFORMED). Desweiteren bestimmte Luftwaffeneinheiten, die sich in ständiger Alarmbereitschaft befinden. Aufgrund der geostrategischen Lage und politischer Faktoren ist das von der NATO erfaßte Gebiet für die strategischen Belange in drei Kommandobereiche und eine regionale amerikanisch/kanadische Planungsgruppe eingeteilt. Die Obersten Alliierten Befehlshaber der drei Kommandobereiche verfügen bereits in Friedenszeiten über integrierte Stäbe, die weitgehend auf den gesamten Geltungsbereich der NATO verteilt sind.

11a) Zur Wiederbelebung der WEU siehe u.a.: Kurt Becker, Halbe Lösungen sind auch ein Fortschritt. Bonn und Paris wollen in der Sicherheitspolitik enger zusammenrücken, in: Die Zeit v. 23.9.1983; ders., Eine Mumie erwacht, Europa bemüht sich um eigenständige Sicherheitspolitik, in: Die Zeit v. 8.6.1984; Alfred Dregger, Paris muß Farbe bekennen, in: Die Zeit v. 23.2.1984; Günther Nonnenmacher, Paris denkt heute „atlantischer“ als je zuvor in der Geschichte der V.Republik, in: FAZ v. 9.3.1984; ders., Wird Dornröschen wachgeküßt? Sicherheitspolitische Koope-

ration und Westeuropäische Union, in: FAZ v.9.3.1984; Erich Hauser, *Neu entfachte Liebe zum Dornröschen WEU*. Politiker von EG und NATO setzen Hoffnungen auf eine Wiederbelebung des Siebenerbündnisses, in: FR v.7.3.84; Christopher Tugendhat, *Sicherheitspolitik: eine neue Aufgabe für die EG*, in: Europa-Archiv, Folge 1/37; Friedrich Wilhelm Baer-Kaupert, *Der Frieden und das nukleare Paradox*, Das Dilemma in der Diskussion um die europäische Sicherheitspolitik, in: Europa-Archiv, Folge 12/39; Dokumente zur Reaktivierung der WEU und zur Aufhebung einseitiger Rüstungsbeschränkungen, in: Europa-Archiv, Folge 15/39.

Laut „Spiegel“ 24/1984 hält man im übrigen im Planungsstab des Auswärtigen Amtes den Rückgriff auf den WEU-Vertrag auch deshalb für sinnvoll, da seine Beistandsklauseln die Franzosen zwingen, die BRD von Anfang an mit zu „verteidigen“, auch ohne dem NATO-Oberkommando zu unterstehen.

12) Mitterand, zitiert nach FAZ v.11.4.1984. Mitterand an anderer Stelle: „Die Atlantische Allianz ist nicht im Begriff, durch eine europäische Allianz ersetzt zu werden. Das ist darauf zurückzuführen, daß keine militärische Macht in der Lage ist, das amerikanische Arsenal zu ersetzen. Frankreich jedenfalls wird seine nukleare Schlagkraft nur für seine eigene Abschreckungsstrategie einsetzen ... Frankreich hat seinen Verbündeten nicht verheimlicht, daß es — abgesehen vom Schutz seines nationalen Sanktuariums und der damit verbundenen vitalen Interessen — die Sicherheit Europas nicht in die Hand nehmen kann. Sowohl aus strategischen Gründen als auch aus Gründen der internationalen Politik, die sich aus dem letzten Krieg ergeben, kann die Entscheidung über den Einsatz der französischen Kernwaffen nicht geteilt werden“ (zitiert nach „Zeit“ v.24.2.1984).

Frankreich überprüft somit zwar seine nukleare Doktrin und paßt sie z.T. den Überlegungen des Militäranschlusses und der Nuklearen Planungsgruppe an, an seinem Verfügungsmonopol läßt es jedoch nicht rütteln. Andererseits ist sich Frankreich sehr wohl bewußt, daß das Wettrüsten im strategischen wie aber vor allem im eurostrategischen Bereich die Abhängigkeit aller westeuropäischen Staaten von einer intakten NATO erhöht und die US-Nukleargarantie auch für nukleare Drittstaaten zu einer eminent wichtigen Angelegenheit macht. Verlassen will man sich auf diese Nukleargarantie jedoch auch nicht. Von daher hält Frankreich, wie auch in der Auseinandersetzung um die Einbeziehung der französischen und britischen Arsenale in die Genfer INF-Verhandlungen deutlich wurde, an dem Anspruch fest, auch eine weitestgehend unabhängige Abschreckung gegenüber dem sowjetischen eurostrategischen Arsenal aufzubauen.

So schreibt Mauroy im „NATO-Brief“ (5/1983), daß das nuklearstrategische Arsenal Frankreichs „gegen alle sowjetischen Waffen gerechnet werden (muß), die Frankreich erreichen können“. Da das Verhältnis bei den eurostrategischen Trägersystemen und Sprengköpfen jedoch deutlich zugunsten der Sowjetunion bestellt ist, wird Frankreich in Zukunft eher mehr denn weniger auf die Anwesenheit der amerikanischen U-Boote, die in den 60er Jahren vom strategischen Potential der USA abgezweigt und dem NATO-Oberbefehlshaber in Europa für seine Zielplanung zur Verfügung gestellt wurden (die Angaben über die Gesamtzahl der U-Boote schwanken zwischen drei und sechs. Da jedes dieser U-Boote mit 16 Poseidon-C-3-Raketen zu je 10 bis 14 Gefechtsköpfen ausgerüstet ist, würde dies 400 bis 800 Nuklearwaffen bedeuten) und den Vollzug der „Nachrüstung“ bestehen. Denn jede im Rahmen der Allianz vollzogene eurostrategische Aufrüstung hebt automatisch

auch die Bedeutung der Abschreckungskraft der „force de frappe“, so wie jede nuklearstrategische Rüstungsrunde von USA und SU bzw. jede eurostrategische Aufrüstung der SU die „force de frappe“ hinsichtlich ihrer Abschreckungsfähigkeit entwerten würde (es sei denn, die SU hält im nuklearstrategischen Wettlauf mit der USA nicht mit. In diesem Fall würde die nuklearstrategische Rüstung der USA auch der „force de frappe“ zugute kommen, da das nuklearstrategische Arsenal der SU übermäßig absorbiert wäre und somit auf keinen Fall zu eurostrategischen Zwecken umgewidmet werden könnte).

13) Giscard d'Estaing, zitiert nach FAZ v. 9.3.1984. Wie in einem Bericht der FAZ v. 17.2.1984 über einen Vortrag Giscard vor dem Wirtschaftsclub Rhein-Main zu entnehmen ist, war Giscard direkt an der Konzipierung des NATO-Doppelbeschlusses beteiligt, obgleich Frankreich ja nicht Mitglied der militärischen Integration ist.

14) So schreibt Roland Koller in der „Europäischen Wehrkunde“: „Eine bisher nicht ins Auge gefaßte Möglichkeit, die Bundesrepublik Deutschland aus ihrer mißlichen Lage wenigstens zum Teil zu befreien — die Nachteile der Geographie sind unverrückbar und bleiben — wäre, ihr einen eigenen Finger am atomaren Abzug zu geben ... Festzuhalten ist, daß für dies atomare Potential genau dieselben Grundprämissen gelten würden wie für das der Franzosen und der Engländer. Es darf nicht isoliert den Ressourcen der UdSSR gegenübergestellt werden, sondern man muß seine sich durch Bündnis und Interessenlage potenzierende Bedeutung sehen. Ein Deutschland im Besitz atomarer Waffen würde es Frankreich und England unmöglich machen, der Entwicklung auf dem Kriegsschauplatz einige Zeit zuzusehen und ihre nuklearen Waffen zurückzuhalten. Denn die Auswirkungen eines atomaren Gefechtes in Deutschland sind aus vielerlei Gründen — schon aus solchen der Geographie und der Physik — nicht auf sein Gebiet zu begrenzen. Wegen des Koppelungseffektes aber hätte dies zur Folge, daß auch die USA nicht nuklear abseits stehen könnten“ (EW, 1/1984).

Koller plädiert also für eine Ankoppelung an die USA und die westeuropäischen Nuklearstaaten über eine direkte nukleare Verfügungsgewalt der Bundesrepublik. Er anerkennt dabei die Tatsache, daß ein bundesrepublikanisches Nuklearwaffenpotential nur in Verkoppelung mit den anderen westlichen Nuklearwaffenarsenalen über die Fähigkeit zur offensiven Abschreckung verfügt. Abgekoppelt von den anderen westlichen Nuklearwaffenarsenalen und „isoliert den Ressourcen der UdSSR gegenübergestellt“, würde es gegenüber dem heutigen Zustand der völligen „Angewiesenheit“ auf den „nuklearen Schutzschirm“ der USA und NATO und des Nichtbesitzes von Nuklearwaffen eher eine Verschlechterung der „sicherheitspolitischen Lage“ der BRD bedeuten.

Ein eher subtiles Plädoyer für einen bundesrepublikanischen Finger am Abzug — zwecks Herstellung einer glaubwürdigen Verkoppelung — formulierte im April 1984 Robert Held in der FAZ (24.4.1984). Unter der Überschrift „Die Lockung des Minimal-Krieges“ zeichnete Held das folgende Szenario: Die SU startet zum Angriff auf Westeuropa, „beschränkt sich auf einen Ländergewinn von einigen Dutzend Kilometern und bliebe nach wenigen Tagen dort stehen: in Raum und Zeit in hinreichender Entfernung von der Schwelle, an der sich der Westen zur Eskalation entscheiden würde“. Von Reagans Amtssitz betrachtet, gehen der Bundesrepublik nur Gelände „in der Größe von einigen Texas-Ranches verloren, während in Wirklichkeit der Bundesrepublik durch den Verlust eines solchen Streifens politisch und moralisch das Rückgrat gebrochen würde. Denn wie die Welt nun einmal ist, würde niemand

mehr sich aufraffen, wegen ein paar Kilometer doch den großen Krieg zu beginnen. Westeuropa aber würde nach dem ersten Aufatmen erkennen, daß seine Freiheit der finnischen ein Stück ähnlicher geworden sei". Hier stoppt Held, aber den Rest kann man sich denken. Denn wenn die USA (und natürlich auch Großbritannien und Frankreich) nicht bereit sind, zur Abwehr eines derartigen „Minimal-Krieges“ Nuklearwaffen einzusetzen (und damit eventuell ihre eigene Vernichtung zu riskieren), bleibt nur der Griff nach eigenen Nuklearwaffen, um so die Verkopplung glaubwürdig herzustellen.

Auch Jürgen Todenhöfer, abrüstungspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, plädiert für eine „integrierte“ Lösung. „Wer Europa wirklich will, muß bereit sein, auch in der Kernwaffenpolitik neue Entwicklungen in Gang zu setzen. Unter voller Wahrung der nationalen britischen und französischen Verteidigungserfordernisse müssen Gemeinschaftslösungen gefunden werden, die auch den Sicherheitsinteressen der anderen europäischen Staaten gerecht werden ... Westeuropa... wird aber auch in Zukunft in der nuklearen Verteidigung unabdingbar auf die USA angewiesen bleiben. Hierüber darf es keine Mißverständnisse geben. Ein Vereintes Europa sollte in der Nuklearrüstung nicht versuchen, mit den USA in Konkurrenz zu treten, sondern seine Sicherheit immer gemeinsam mit den USA suchen. Die europäisch-amerikanische Partnerschaft und der amerikanische Nuklearschirm sind für Europa unverzichtbar ... Das Fortbestehen des bisherigen nuklearen und konventionellen Engagements der USA in und für Europa ist *conditio sine qua non* der Schaffung einer europäischen Nuklearstreitmacht ... Die in Europa stationierten amerikanischen Nuklearwaffen, insbesondere die Mittelstreckenraketen, wären daher als Eckstein in eine integrierte europäische Nuklearstreitmacht aufzunehmen. Die europäische Atomstreitmacht bestünde daher nicht nur aus den Nuklearwaffen Frankreichs und Großbritanniens, sondern auch aus den in Europa stationierten amerikanischen Atomwaffen“, Todenhöfer schlägt des weiteren die Einrichtung eines „Nuklearen Verteidigungsrates“ vor, unter Mitwirkung der europäischen Nichtnuklearwaffenstaaten an der Ziel- und Einsatzplanung der französischen, britischen und amerikanischen Nuklearwaffen in Westeuropa. Selbst unter der Voraussetzung eines fortschreitenden politischen Einigungsprozesses in Westeuropa ist kaum denkbar, daß in kritischen Situationen, in denen schnelle Entscheidungen gefordert sind, einvernehmliche Gemeinschaftsentscheidungen, ohne 15 Finger am Abzug zu haben, zu gewährleisten sind. Todenhöfers Idee funktioniert somit nur unter der Voraussetzung, daß es tatsächlich eine starke zentrale Entscheidungsgewalt gibt (etwa eine europäische Zentralregierung supranationalen Charakters), die dazu in der Lage ist, die heute noch auf dem Felde der „Sicherheitspolitik“ wirkenden Widersprüche zwischen den einzelnen EG-Nationalismen außer Kraft zu setzen. Da eine solche Gewalt jedoch nicht in Aussicht steht, liegt die Annahme nahe, daß Todenhöfers Vorschlag eher als Zwischenschritt zu dem unter dem Gesichtspunkt der Wirksamkeit der Abschreckung realitätstüchtigeren Eigenbesitz von Nuklearwaffen, bei Anfrachterhaltung der NATO-Integration, konzipiert ist, was wiederum dem Gedanken Roland Kollers entspricht. Die Todenhöfer-Zitate sind seinem Aufsatz „Europäische Atommacht mit amerikanischem Kern“ („EW“, 9/1984) entnommen.

I5) Das taktische Nuklearpotential Frankreichs setzt sich wie folgt zusammen: Die taktische Luftflotte (FATAC) verfügt über 30 Mirage II und 45 Jaguar, alle ausgerüstet mit je einer A-Bombe AN 52 mit einer Sprengwirkung von 25 Kt. Beim Heer ist das Raketensystem Pluton stationiert. Insgesamt soll es sich offiziellen Angaben zur Folge dabei

um 100 Raketen bei Nachladefähigkeit handeln (30 Selbstfahrlafetten). Die Reichweite der Pluton wird mit 70 bis 120 km angegeben. Sie trägt einen Sprengkopf von 10 Kt oder 25 Kt AN 51. Die Marineluftwaffe verfügt über einige mit der A-Bombe AN 52 bestückte Super-Entendard IV Trägerflugzeuge. Die taktische Luftwaffe soll für 36 ihrer neuen Mirage 2000-Jagdbomber nun die Luft-Boden-Rakete ASMP erhalten. Mit diesem Waffensystem werden gleichfalls 43 Super-Entendards der Marineluftwaffe ausgerüstet. Das Heer muß dagegen voraussichtlich bis 1992 warten, ehe es die Nachfolge-Generation der Pluton, die Hades-Rakete mit einer Reichweite von 350 km, in Dienst stellen kann.

Die Einführung der Pluton-Rakete bedeutete seinerzeit eine Auflockerung der Nuklearstrategie der „massive retaliation“ und eine Annäherung an die Vorstellungen der „flexible response“. Von französischer Seite wurde ihre Einführung nicht nur als bedeutsame Modifizierung der nationalen Militärstrategie, sondern zugleich auch als Beitrag zur gemeinsamen westlichen Verteidigung bezeichnet. Die Kritik an der zunächst geplanten Dislozierung der Pluton auf dem Territorium der BRD bei den drei französischen Divisionen hat 1976 zu dem Beschluß geführt, die taktisch-nuklearen Systeme auf französischem Territorium zu stationieren, sie aber im Konfliktfall auf das Gebiet der BRD hin zum Einsatz zu bringen. Dies bot die Möglichkeit, Verhandlungen mit der BRD zu umgehen (und der militärischen Integration der NATO) und trotzdem den Gesichtspunkten der „Vorneverteidigung“ und der „flexible response“ in etwa zu entsprechen. Das Gebiet der BRD wurde anschließend als Glacis betrachtet, auf das hin nukleare Waffen zum Einsatz gebracht werden können, und zwar in erster Linie so wie es die Operationen der konventionellen Streitkräfte erfordern und nicht in Berücksichtigung der kolateralen Schäden im Einsatzgebiet oder in Orientierung an der „Feindlage“ oder in Abstimmung mit der Steuerung des Konfliktes durch die NATO. Die taktischen Nuklearwaffen Frankreichs sind seit ihrer Existenz ein ständiges Ärgernis in den deutsch-französischen Beratungen und Beziehungen auf dem Felde der „Sicherheitspolitik“. Noch im Februar kam es auf der Münchner Wehrkunde-Tagung zum Eklat, als der französische „Verteidigungsminister“ Henu auf die Frage, warum französische Nuklearwaffen auf die BRD gerichtet seien, antwortete: „Man sagt, französische Raketen fallen auf Deutschland herunter — aber russische Raketen sind ebenfalls auf Deutschland gerichtet“ (zitiert nach „Europäische Wehrkunde“, 3/1985).

Franz-Josef Strauß ist auch die Reichweite der Pluton-Nachfolgegeneration Hades nicht genug, da noch immer „deutsches“ Territorium, nämlich das der DDR, von ihrem etwaigen Einsatz tangiert sei. Der Ausbau der Reichweiten des französischen taktisch-nuklearen Potentials korrespondiert im gewissen Sinne mit der Abkehr der NATO von den nuklearen Systemen kurzer und kürzerer Reichweite bzw. der Verlagerung der nuklearen Kriegsführung in die rückwärtigen Aufmarschräume des Gegners. Diese Vorstellung ist bereits im NATO-Doppelbeschluß enthalten, wo ein direkter Zusammenhang zwischen dem Abzug dieser Systeme und der Dislozierung der neuen landstationierten eurostrategischen Systeme hergestellt wird. Auch Frankreich gedenkt offensichtlich, die nukleare Kriegsführung auch unterhalb der strategischen Ebene möglichst weit nach Osten zu verschieben, ohne dabei schon das sowjetische „Sanktuarium“ von der ersten Stunde an mit einzubeziehen, was in Anbetracht der kontinentalen Lage Frankreichs logisch ist.

I6) In einem noch stärkeren Ausmaß als Frankreich stützt sich die britische Nuklearstreitmacht auf seestationierte

Systeme. 1968 ersetzten vier britische SSBNs der Resolution-Klasse die V-Bomber als nukleare Abschreckungsmittel Großbritanniens. Die von den USA im Rahmen des Nassau-Abkommens gelieferten Polaris-Raketen tragen je drei nukleare Gefechtsköpfe mit wahrscheinlich je 200 Kt Sprengkraft. Die Gefechtsköpfe stammen aus britischer Entwicklung. Die Reichweite der Polaris A-3-Systeme beträgt 4.600 km. Da jedes der U-Boote 192 Polaris-A-3-Systeme trägt, verfügt Großbritannien bereits heute über 192 Nuklearwaffen bzw. ist dazu in der Lage, 64 Ziele auf sowjetischem Territorium abzudecken. In den 90er Jahren wird an die Stelle des Polaris-Systems die Trident-II-Rakete treten. Ihre Reichweite beträgt 10.000 km, jedes Trägersystem wird voraussichtlich mit 10 unabhängig voneinander ins Ziel zu bringenden Gefechtsköpfen (MIRV, im Gegensatz zum Polaris-A-3-System, das lediglich über MRVs verfügte. Hieraus ergibt sich auch die Rechnung, daß 192 Gefechtsköpfe nur 64 Ziele abdecken können) ausgerüstet sein. Da jedes SSBN über 16 Startvorrichtungen für die Trident-II-Rakete verfügen würde, bedeutete dies ein Anwachsen der Gesamtsumme britischer Nuklearwaffen zu eurostrategischen Zwecken auf 640. Da Trident-II aber auch mehr als 10 MIRVs tragen kann (wobei bereits zu beachten ist, daß die neuen MIRVs auch bei der Zahl 640 die 10fache Menge von gegnerischen Zielen abdecken kann, als dies bei den alten MRVs der Fall war), könnte die Zahl auch erheblich höher liegen. Unter Annahme, Großbritannien respektiert die SALT-Vereinbarungen, die eine Obergrenze von 14 Sprengköpfen pro Trägersystem festlegen, würde die Zahl der Gefechtsköpfe und der abdeckbaren Ziele auf 896 anwachsen. Gegen Ende des nächsten Jahrzehntes könnten die westeuropäischen Atomkräfte nach den gegenwärtigen Plänen zur Modernisierung der atomaren Waffensysteme theoretisch über mehr als 2.000 nukleare Gefechtsköpfe verfügen. Allein um das eurostrategische Potential der westeuropäischen Nuklearstaaten zu kompensieren, müßte die Sowjetunion deutlich mehr als 500 SS-20 auf Westeuropa richten, oder aber Teile des nuklearstrategischen Arsenal auf Westeuropa umwidmen, was jedoch nicht geht, da die USA ihr nuklearstrategisches Arsenal ebenfalls ausbauen bzw. die nuklearstrategische Rüstung der SU in Zukunft zusätzlich den Zweck verfolgen muß, die amerikanischen SDI-Pläne zu durchkreuzen.

Die SU würde sich in Europa dem folgenden Arsenal gegenübersehen: Vier britische Trident-II-SSBNs mit maximal 896 Gefechtsköpfen, sechs französische SSBNs mit zusammen 576 M-4 Gefechtsköpfen und einem Boot mit 16 M-20-Raketen, 18 S-4 und 100 S-X-Mittelstreckeurenaketen, die dem SACEUR unterstellten amerikanischen SSBNs in den europäischen Randmeeren und ca. 500 nuklear bestückbare Flugzeuge. Des weiteren: Die im Zuge der NATO-„Nachrüstung“ vorgesehenen 108 Pershing-II und 464 CM-Systeme.

Bei allen eurostrategischen Kräftevergleichen ist zudem zu berücksichtigen, daß ein nicht näher verifizierbarer Teil der sowjetischen SS-20 Systeme in Fernost und Mittelasien stationiert ist. Bei den gegenwärtigen sino-sowjetischen Beziehungen ist es relativ unwahrscheinlich, daß diese im Kriegsfall westwärts nach Europa verlagert werden.

Zu dem eurostrategischen Kräfteverhältnis siehe u.a.: Gert Krell/Dieter S.Lutz, Nuklearrüstung im Ost-West-Konflikt, Baden-Baden 1980; Dieter S.Lutz, Weltkrieg wider Willen? Die Nuklearwaffen in und für Europa, Reinbek bei Hamburg, Oktober 1981; SIPRI, Rüstungsjahrbuch 1982/1983, Reinbek bei Hamburg, April 1983; SIPRI, Rüstungsjahrbuch 1983, Reinbek bei Hamburg, Juli 1984.

Aufgrund eines Vertrages aus dem Jahre 1958 erhielt Großbritannien seinerzeit die Verfügung über amerikanischen Spaltstoff und Know how, wodurch es in schnellem

Tempo zu relativ niedrigen Kosten zu einer mittleren Nuklearmacht heranwachsen konnte. Andererseits blieb es jedoch Großbritannien untersagt, von den USA erhaltende Spaltstoffe und Informationen ohne ausdrückliche Zustimmung der USA an Dritte weiterzugeben. Hinzu kommt, daß die britischen Nuklearstreitkräfte seit dem Vertrag von Nassau vom Dezember 1962 in die Verfügung der NATO gestellt sind. Der Umstand, daß die britische Atomkraft im NATO-Verband eingebunden ist, wie das Embargo, Spaltstoff und Informationen an Dritte weiterzureichen, machen eine exklusivere britisch-französische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Nuklearwaffen wenig wahrscheinlich.

Mit dem Nassau-Abkommen verbunden war die Aufgabe des britischen Programmes für den Bau der Skybolt-Rakete. Als Ersatz erhielten die Briten amerikanische Polaris-Raketen, die in britischen U-Booten eingesetzt werden konnten. Die amerikanische Vorstellung, diesen U-Booten dann zusammen mit den britischen Bomberflugzeugen einer gemeinsamen multilateralen NATO-Streitmacht zuzuführen, zielte darauf ab, die Weiterverbreitung von Nuklearwaffen unter den NATO-Partnern zu verhindern und die amerikanische Kontrolle über die nukleare Kapazität der Allianz aufrechtzuerhalten. In England wurde das Nassau-Abkommen als Aufgabe der Unabhängigkeit in militärischen Angelegenheiten angegriffen und steuerte dadurch zum Sturz der konservativen Regierung bei. In Frankreich erklärte de Gaulle am 14. Januar 1963, Frankreich werde weder Polaris-Raketen akzeptieren noch sich an der multilateralen Flotte beteiligen, sondern vielmehr eine nationale Nuklearstreitmacht aufbauen.

Zur britischen „Sicherheitspolitik“ und zur deutsch-britischen Zusammenarbeit siehe u.a.: Ministry of Defence, The future United Kingdom strategic nuclear deterrent forces, London 1980; Britisches Verteidigungsweißbuch, in: Europa-Archiv 21/80, 11/81, 16/82, 12/83; Deutsch-britische Rüstungskoooperation, in: Wehrtechnik, 9/1984; Hermann Scheer, Der Zerfall wäre vorprogrammiert, Bonn sollte in seiner Sicherheitspolitik eine künftige britische Option erwägen, in: Der Spiegel, 8/1985.

18) Die Wehrkunde-Tagung vom Februar dieses Jahres ließ offenkundig werden, daß auch zwischen Frankreich, Großbritannien und der Bundesrepublik durchaus unterschiedliche Auffassungen darüber bestehen, wie man sich gegenüber dem amerikanischen SDI-Projekt zu verhalten habe.

So scheint sich in der Bundesrepublik die Auffassung durchzusetzen, daß die USA ohnehin nicht von ihrem Vorhaben abzubringen seien, was nahelegen würde, sich zu einer noch näher zu konkretisierenden Beteiligung an der SDI durchzuringen. Nicht nur aus militär- und allianzpolitischen Erwägungen, sondern auch aus ökonomischen Gründen (siehe Anmerkung 2). Tatsächlich ist die SDI für die BRD eine äußerst ambivalente Angelegenheit. Das Problem wäre ja nicht, daß die USA gegenüber einem nuklearstrategischen Schlag der SU unverwundbar werden könnten. Im Gegenteil, in diesem Falle wäre die US-Nukleargarantie (inklusive der Androhung der nuklearstrategischen Kriegsführung) glaubwürdiger als dies aktuell der Fall ist. Hierauf verweist auch Ikle in seinem Aufsatz in „Foreign Affairs“, wenn er ausführt: „Auf die Dauer hängt die Kraft dieser Garantie von ihrer Unterstützung durch das amerikanische Volk ab. Einige europäische Gegner der Raketenabwehr scheinen zu glauben, daß man diese Garantie sichert, indem man die Verwundbarkeit der Vereinigten Staaten aufrechterhält. Diese Logik ergibt keinen Sinn. Sie unterstellt, daß, je höher die Zahl der Amerikaner wäre, die in einem Nuklearkrieg getötet werden würden, um so glaubwürdiger auch eine Entscheidung wäre, einer konventionellen Inva-

sion Europas durch den Beginn eines Nuklearkrieges zu begegnen“ (zitiert nach FAZ v. 9.4.1985). Natürlich könnte der Zustand der „Unverwundbarkeit“ die USA theoretisch dazu verleiten, in Europa einen regionalen Nuklearkrieg vom Zanne zu brechen, dessen eindeutige Hauptlast dann die Europäer zu tragen hätten. Das Problem lautet aber vor allem, daß es der SU mittelfristig (mit Verzögerung) dann ebenfalls gelingen könnte, strategische Unverwundbarkeit zu erlangen. Erst dies würde jenes „sicherheitspolitische“ Vakuum auf dem regionalen Kriegsschauplatz Europa entstehen lassen, das die Westeuropäer so fürchten. Dabei hätten die westeuropäischen Nuklearmächte Frankreich und Großbritannien noch mehr zu verlieren, als die BRD. Ihnen würde in einem solchen Falle die relative Abwertung bis Entwertung ihrer Nuklearstreitkräfte drohen, da die Glaubwürdigkeit der britischen und französischen Eindringfähigkeit vermindert werden würde. Diesem Problem könnte nur durch vermehrte nukleare und konventionelle Aufrüstung begegnet werden, in einem Ausmaß, wie es für die westeuropäischen Gesellschaften nicht mehr tragbar wäre.

Besonders in Frankreich grassiert die Furcht vor einem „Kondominium der Supermächte“, in dem Westeuropa den USA eindeutig untergeordnet wird, da von ihnen technologisch und „sicherheitspolitisch“ völlig abhängig. Diese Furcht bezieht sich vor allem auf die Ankündigung der USA, der SU gegebenenfalls ABM-Technologie zu offerieren, sollte sie sich zur Zusammenarbeit für eine neue strategische Ordnung bereit finden. Hier existieren Parallelen zur globalen Entspannungspolitik der Supermächte Mitte der 60er Jahre, deren militärtechnologische Basis seinerzeit das nuklearstrategische Patt war. Auch damals grassierte in Westeuropa, insbesondere in der Bundesrepublik, die Furcht vor einem amerikanisch-sowjetischen Kondominium. Es darf als wahrscheinlich gelten, daß die NATO die „transatlantische Risikoverteilung“, ein verbindendes Element im Bündnis, dadurch versuchen wird aufrechtzuerhalten, daß Westeuropa verstärkt aufgerüstet wird und Bemühungen unternommen werden, für Westeuropa ebenfalls anti-nukleare Abwehrsysteme zu entwickeln.

Zur amerikanisch-europäischen Diskussion um die SDI siehe u.a.: David S. Yost, Die Sorgen der Europäer gegenüber den amerikanischen Plänen der Raketenabwehr, in: Europa-Archiv, 14/1984; Hans-Heinrich Weise, Amerikanische Pläne für ein weltraumgestütztes Raketen-Abwehrsystem, in: Europa-Archiv, 13/1984; Europäische Wehrkunde 3/1985

19) So etwa Horst Ehmke: „Die Westeuropäer müssen also bei ihrer Rolle im Bündnis ansetzen. Sie müssen zu einer Kraft im Bündnis werden, die mit einer Zunge spricht. Nur dann kann die amerikanische Dominanz im Bündnis, über die die Europäer klagen, durch eine Partnerschaft der Gleichen abgelöst werden. Präsident Kennedy hat vor über zwanzig Jahren diesen Begriff geprägt und von den ‚zwei Säulen der NATO‘, der amerikanischen und der europäischen, gesprochen. Das zeigt, daß eine solche Rolle Europas mit den Interessen Amerikas durchaus vereinbar sein kann ... Europa muß mehr Verantwortung für die Verteidigung der europäischen Zentralfront übernehmen“ (Horst Ehmke, Eine Politik zur Selbstbehauptung Europas, in: Europa-Archiv, 7/1984).

Das Konzept der „flexible response“ bezog sich schon damals auch im starken Maße auf die konventionellen Streitkräfte. Um Doktrin und Potential auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen, waren erhebliche Rüstungsanstrengungen in fast allen Bereichen und eine drastische Steigerung der Rüstungsausgaben über die 50 Milliarden-Dollargrenze (1962) hinaus erforderlich. Der konventionellen

Aufrüstung lag auch die Vorstellung der US-Regierung zugrunde, man müsse darauf vorbereitet sein, zur gleichen Zeit „2 1/2 Kriege“ zu führen. „Two rather large wars“ in Europa und Asien und eine kleinere militärische Aktion in einem anderen Teil der Dritten Welt. Um die Voraussetzungen dafür zu schaffen, bedurfte es jedoch eines verstärkten Engagements der westeuropäischen Verbündeten zu erhöhten konventionellen Rüstungsanstrengungen.

McNamara hat deshalb auch immer wieder die westeuropäischen Verbündeten zu erhöhten konventionellen Rüstungsanstrengungen angehalten.

20) Tatsächlich dürfte es zwischen den USA und des Westeuropäern z.T. erhebliche Differenzen bezüglich des Umfangs der „Konventionalisierung“ sowie des künftigen Verhältnisses von konventioneller Kriegsführung zur nuklearen Kriegsführung geben. Die Forderung der USA nach einer verstärkten konventionellen Rüstung („Anhebung der nuklearen Schwelle“) ist mindestens so alt wie die Diskussion um die „flexible response“. Aus naheliegenden Gründen sind die USA seit der Herausbildung eines „nuklearstrategischen Patts“ zwischen den Großmächten daran interessiert, einen militärischen Konflikt zwischen der NATO und dem Warschauer Pakt so lange wie möglich auf den unmittelbaren (europäischen) Kriegsschauplatz sowie als konventionelle Auseinandersetzung zu begrenzen. In diesem Sinne wird nicht nur nach Optionen begrenzter nuklearer Kriegsführung Ausschau gehalten (d.h. nach Optionen der „Abkoppelung“ einer nuklearen Kriegsführung an der „europäischen Zentralfront“ vom nuklearstrategischen Arsenal und Territorium der USA), sondern auch nach Optionen der „Abkoppelung“ vom europäischen Kriegsschauplatz durch „Konventionalisierung“ der dortigen Kriegsführung. Am drastischsten wird letztere Option von der sogenannten amerikanischen „Viererbände“ (Bundy, Kennan, McNamara, Smith) befürwortet. Im Gegensatz zu den Atomoptimisten in der Reagan-Administration vertritt die „Viererbände“ die Auffassung, daß auch schon der geringste Einsatz nuklearer Mittel die Gefahr der allgemeinen nuklearen Eskalation in sich birgt, d.h. die Option der begrenzten nuklearen Kriegsführung nicht existiere. Von daher fordern sie den Verzicht auf den Ersteinsatz („no first use“) sowie eine „Konventionalisierung“ der NATO-Kriegsführung an der „europäischen Zentralfront“. Als Antwort auf die „Viererbände“ und ihre Vorstellungen formierte sich in der BRD eine interfraktionelle Gruppe von „Sicherheitspolitikern“, die deren Vorschläge aufgrund der darin enthaltenden „konventionellen Abkoppelung“ der Westeuropäer von den USA ablehnten.

Zu dieser Kontroverse siehe: McGeorge Bundy/George F. Kennan/Robert S. McNamara/Gerard Smith, Kernwaffen und das Atlantische Bündnis, in: Europa-Archiv, Folge 7/37; Karl Kaiser/Georg Leber/Alois Mertes/Franz Joseph Schulze, Kernwaffen und die Erhaltung des Friedens, in: Europa-Archiv, Folge 12/37.

Dietrich Schulze - Marmeling

Friedensbewegung und NATO-Austritt



Zur Diskussion der Friedensbewegung um die Forderung nach einem einseitigen Austritt der BRD aus der NATO

Der folgende Text setzt sich auseinander a. mit den populärsten Einwänden aus dem Milieu der Friedensbewegung gegenüber der Forderung nach einem einseitigen Austritt der BRD aus der NATO bzw. ihrer Annahme durch die ganze offizielle Bewegung und b) mit einigen friedens- und sicherheitspolitischen Alternativen, die zum Teil bewußt in Konkurrenz zum Austritt aus der NATO formuliert wurden und verstanden werden. In diesem Zusammenhang ist auch zu prüfen, inwieweit diese Konzepte tatsächlich alternativ zum NATO-Austritt stehen. Abschließend gilt es, die mit der Austrittsforderung verbundenen politischen Perspektiven für die Friedensbewegung zu erörtern.

Was ist heute „realistisch“?

Der zweifelsohne heute populärste Einwand lautet, daß es der Forderung „Raus aus der NATO“ arg an Realitätstüchtigkeit mangle. Dies soll nicht bestritten werden. Bestritten werden soll jedoch, daß eine politische Forderung per se unrealistisch sein kann sowie, daß der Vorwurf mangelnder Realitätstüchtigkeit heute ein taugliches Kriterium bezüglich der Annahme oder Ablehnung einer politischen Forderung darstellt. Die Realitätstüchtigkeit einer Forderung wird durch das politische Bewußtsein der Bewegung,

die für ihre Realisierung eintritt, das Ausmaß der Bereitschaft und Fähigkeit dieser Bewegung, ihre Vorstellungen gegen den politischen Kontrahenten durchzusetzen sowie durch die Entwicklung des (nicht nur politischen) Kräfteverhältnisses zwischen Oppositionsbewegung und „herrschendem Block“ bestimmt. Eine politische Vision darf für sich das Etikett der Realitätstüchtigkeit beanspruchen, wenn ihre Einlösung als konkrete Realität erfolgt oder aber unmittelbar bevorsteht und damit absehbar wird.

Stimmt mensch der hier skizzierten Definition von Realitätstüchtigkeit zu, so darf ketzerisch angemerkt werden, daß auch der alte „Minimalkonsens“ der Friedensbewegung, gemessen an dem, was sie real davon einlösen konnte, nicht gerade realitätstüchtig war. Zwischen dem Anfang 1980 seitens der Bewegung postulierten Ziel und den von der Gegenseite bislang geschaffenen Tatsachen besteht eine unübersehbare Kluft. „Realistische Kreise“ der Friedensbewegung hatten bereits nach den Wahlen vom 6. März, die die „Wende-Koalition“ eindrucksvoll bestätigten, konstatiert, daß die Stationierung nicht mehr zu verhindern sei. Jedenfalls nicht mit dieser Bewegung. Obwohl diese Bewegung seither weiter an Kraft und Durchsetzungsvermögen verloren hat, ist noch niemand auf den Gedanken verfallen, die Forderung nach einem Stopp des Stationierungsprozesses und dem Abbau der bereits stationierten Systeme, eine Forderung, die heute hinsichtlich der Möglichkeit ihrer Durchsetzung unrealistischer als jemals zuvor anmutet, als „utopisch“ und für die Bewegung „unannehmbar“ zu denunzieren. Wer über die Realitätstüchtigkeit von politischen Forderungen und Visionen diskutieren will, der muß sich zuallererst mit dem Zustand der Bewegung befassen. Denn allein daran läßt sich bemessen, wie realitätstüchtig die jeweilige Forderung und Vision ist. Das Dilemma, mit dem sich die Friedensbewegung konfrontiert sieht, lautet seit ihrer Existenz, daß sich alle ihre Vorstellungen, jedenfalls soweit sie reale Abrüstungsschritte beinhalten, gemessen an dem, was davon eingelöst werden konnte, als unrealistisch erwiesen haben. Dies gilt gleichermaßen für Forderungen nach einseitiger Abrüstung wie für Forderungen, die lediglich den Stopp weiterer (einseitiger) Aufrüstung zum Gegenstand hatten. Auch Vorstellungen, die auf Abrüstung in Ost und West parallel zu erfolgenden Prozeß abstellten, war kein Erfolg beschieden, ja nicht einmal eine neue Runde „kooperativer Rüstungssteuerung“ (d.h. „limitierte Aufrüstung“) ist in Sicht.

Erfolge konnte die Friedensbewegung bislang lediglich auf der propagandistischen Ebene erzielen. Hier gelang es ihr zum Teil, Brüche im ideologischen Massenkonsens in Sachen Sicherheitspolitik zu erzeugen. Nichts anderes kann in den nächsten Jahren mit der Forderung nach einem NATO-Austritt intendiert werden.

Der Logik des Einwandes, die Austrittsforderung sei nicht realitätstüchtig und deshalb für die Bewegung nicht annehmbar, folgend, sowie in anbetracht der aktuellen Schwäche der Bewegung könnte mensch nur noch solche Vorstellungen postulieren, die mit den Umrüstungsplänen der NATO-Militärs korrespondieren (etwa den Abzug aller

Atomminen und nuklearen Systeme kurzer und kürzerer Reichweite aus der Bundesrepublik. Eine Maßnahme, die seitens der NATO im Rahmen ihrer Bemühungen um eine weitgehende „Konventionalisierung“ der grenznahen Kriegsführung bereits wiederholt angekündigt wurde und die zwar „nukleare Abrüstung“ in einem bestimmten Bereich der Kriegsführung bedeutet, jedoch zugunsten der Wiedererlangung von Kriegsführungsfähigkeit entlang der „europäischen Zentralfront“). Solche Forderungen sind in der Tat realitätstüchtig, nur ist ihre Realisierung nicht Ausdruck einer „Stärke“ der Friedensbewegung, ganz abgesehen davon, daß sie keinen friedenspolitischen Wert besitzen, sondern vielmehr Produkt der Suche nach neuen Kriegsführungsoptionen sind.

Droht ein neuer Nationalismus?

Von Teilen der Friedensbewegung wird kritisch angemerkt, daß mit der Forderung „Raus aus der NATO“ „nationalistische Geister“ in der Bewegung geweckt werden könnten bzw. eine Austrittsbewegung unter rechtsnationalistische Hegemonie geraten könnte.

Hierzu ist das Folgende zu sagen:

– Das Problem des Nationalismus besteht bereits seit der Verkündung des „Nach“rüstungsbeschlusses. Es war in gewissem Ausmaß sogar Bestandteil des alten „Minimalkonsenses“. Mensch erinnert sich vielleicht noch an die zahllosen Pamphlete, in denen von amerikanischen Raketen, der („nicht-souveränen“) deutschen Regierung aufgezwungen bzw. von einer Geiselfunktion der BRD gegenüber der NATO-Vormacht USA die Rede war.

– Niemand im „herrschenden Block“ erwägt heute einen NATO-Austritt der Bundesrepublik, etwa um radikaler eine eigenständige Großmachtpolitik verfolgen zu können. Mit dem Nationalismusverweis eng verquickt ist ja die Befürchtung, ein NATO-Austritt der Bundesrepublik könnte eine nuklear gerüstete deutsche Großmacht auf den Plan setzen. Im Gegenteil: Es ist gerade die konservative Rechte, die die Zustimmung zur NATO-Einbindung der BRD zu einer Frage der Staatsräson erhebt. Eine Bewegung gegen die NATO-Einbindung der Bundesrepublik wird sich somit notwendigerweise gegen den „herrschenden Block“ und die politische Rechte zu wenden haben und unter systemoppositionellen progressiven Vorzeichen formieren. Dabei läßt sich natürlich nicht mit letzter Gewißheit ausschließen, daß sich unter eine Austrittsbewegung auch nationalistische Elemente mischen könnten. Nur: wie „realitätstüchtig“ ist dieser Nationalismus und inwieweit ist er für die großmachtpolitischen Ambitionen des „herrschenden Blocks“ instrumentalisierbar, angesichts der Tatsache, daß er die Voraussetzungen für bundesrepublikanische Großmachtpolitik in der Welt von heute infrage stellt? Denn NATO- und EG-Mitgliedschaft schaffen erst den außenpolitischen (und darüber vermittelt auch außenwirtschaftlichen) Spielraum, den die BRD gegenüber der Dritten Welt und dem WVO besitzt und genießt. Ein Austritt würde die BRD von den militärischen Potentialen (und wahrscheinlich auch von den politischen und ökonomischen Potenzen) der anderen westlichen Staaten abkoppeln sowie sie aus der internationalen „sicherheitspolitischen“ Arbeitsteilung der NATO (insbesondere gegenüber der Dritten Welt) auskoppeln. Das Ergebnis wäre eine Schwächung der Bundesrepublik gegenüber der Dritten Welt und dem WVO, durch Verlust außen- und weltpolitischer Druckmittel. Aus der Sicht des „herrschenden Blocks“ ist somit ein NATO-Austritt keine erwägenswerte Option und Alternative zum Status Quo und die Nationalisten, die sich eventuell einer Austrittsbewegung anschließen würden, wären wahrscheinlich weniger Nationalisten aufgrund

großmachtpolitischer Ambitionen, denn aus Furcht um die Vernichtung ihres „Vaterlandes“ in einem kommenden Krieg, von dem sie meinen, daß er nicht im „natürlichen Interesse“ „ihres Volkes“ sein könnte. Mit einem derartigen Nationalismus läßt sich aber keine Großmachtpolitik betreiben, er darf also sowohl seitens des „herrschenden Blocks“ als auch seitens der „Linken“ getrost vernachlässigt werden. Auch im Vokabular der Graswurzelbewegung entdeckte mensch manchmal nationalistische Töne. Aber was will der „herrschende Block“ mit Leuten anfangen, die noch nicht einmal verstehen, daß die Androhung (und gegebenenfalls auch Anwendung) militärischer Gewalt Voraussetzung für die Durchsetzung außenpolitischer und außenwirtschaftlicher Interessen ist?

Selbst eine außerhalb der NATO nuklear auferüstete BRD – abgekoppelt von den nuklearen Arsenalen der USA und der westeuropäischen NATO-Staaten – stünde heute weltpolitisch schwächer da, als eine NATO-integrierte „konventionelle BRD“. Nicht umsonst forderte Koller in der „Europäischen Wehrkunde“, daß die USA und die anderen NATO-Staaten der BRD die Verfügungsgewalt über Nuklearwaffen gewähren (was einen erheblichen Unterschied bedeutet zu einem bundesrepublikanischen Austritt aus der NATO, dem dann die nukleare Bewaffnung, abgekoppelt von der NATO, folgt) und CSU-Todenhöfer eine „europäische Nuklearstreitmacht mit amerikanischem Kern“. Soll die nukleare Aus- und Aufrüstung der BRD den Zweck verfolgen, ihr zusätzliche außenpolitische Druckoptionen zu verleihen, so gibt sie nur einen Sinn, wenn sie im Rahmen der NATO und angekoppelt an das eurostrategische Arsenal der NATO erfolgt. In Anbetracht des globalen und eurostrategischen nuklearen Kräfteverhältnisses dürfte die BRD selbst bei allergrößten Anstrengungen bestenfalls dazu in der Lage sein, eine stark eingeschränkte Zweitschlagskapazität aufzubauen (mit begrenztem Abschreckungswert). Wahrscheinlich würde nicht einmal dies gelingen. Selbst die Westeuropäer zusammengenommen, d.h. vor allem die westeuropäischen Nuklearmächte Großbritannien und Frankreich zuzüglich einer nuklear bewaffneten Bundesrepublik, hätten nie die Chance, abgekoppelt von den USA gegenüber der Sowjetunion eine nukleare Streitmacht aufzubauen, die über strategische Flexibilität und Eskalationsdominanz verfügen würde, was jedoch die Voraussetzung für eine offensive politische Anwendung atomarer Macht („Abschreckung“) ist. Selbst Frankreich hat ja seine Pläne einer von den USA unabhängigen europäischen Nuklearstreitmacht vor dem Hintergrund der Entwicklung des nuklearen Kräfteverhältnisses zwischen „den Großen“ weitgehend aufgegeben und den „Doppelbeschluß“ im Sinne der Wiederherstellung einer „Verkoppelung“ zwischen dem europäischen Kriegsschauplatz und den USA bzw. ihrem nuklearstrategischen Arsenal ausdrücklich begrüßt. Spätestens mit der sowjetischen Modernisierung im eurostrategischen Bereich wurde die Krise der französischen Nukleardoktrin und der französischen Nuklearstreitkräfte evident (siehe hierzu ausführlicher an anderer Stelle).

Gibt es eine Alternative zum NATO-Austritt?

Nahezu sämtlichen alternativ zum NATO-Austritt diskutierten Vorstellungen ist gemein, daß sie bei näherer Betrachtung das vorherige Ausscheren der BRD zumindest aus der militärischen Integration zur Voraussetzung haben. Im folgenden soll dies anhand einiger dieser Vorstellungen nachgewiesen und erläutert werden.

So geht das Modell der „Sicherheitspartnerschaft“ davon aus, daß aufgrund der militärtechnisch gegebenen Situation in Mitteleuropa der Krieg als Fortsetzung der Politik jeglichen Sinn verloren hat, da hier jeder militärische Konflikt

schon nach wenigen Tagen zu einem Krieg eskalieren dürfte, der zumindest die weitgehende Vernichtung der „frontnahen“ europäischen Staaten bedeuten würde. Ein Dilemma, an dem im übrigen auch die beabsichtigte weitgehende „Konventionalisierung“ der grenznahen Kriegsführung bzw. das „Air-Land-Battle“-Konzept wenig ändern dürfte. Bloße Umrüstung und Strategiemodifizierung nützt diesbezüglich wenig, zumal bis zum Kriegsausbruch selbst unklar bleiben dürfte, ob, und wenn ja, inwieweit sich der Gegner auf die Logik der eigenen Kriegsführung tatsächlich einläßt. „Air-Land-Battle“ ist zunächst einmal eine „Reißbrettstrategie“ und zudem ein konzeptioneller Versuch, aus einem Dilemma auszubrechen, aus dem zumindest die westeuropäischen NATO-Staaten gar nicht mehr ausbrechen können.

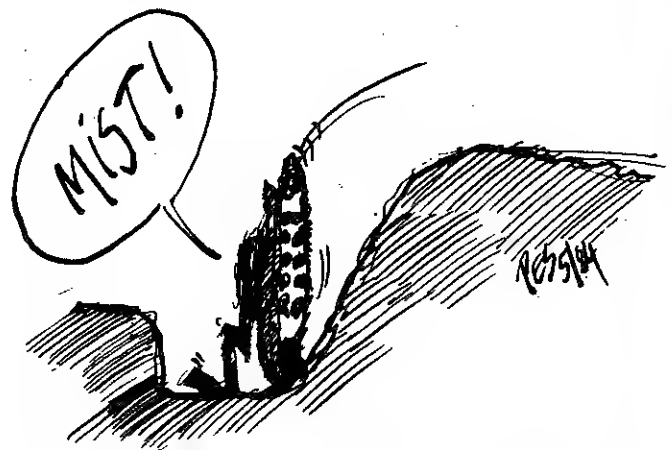
Das Streben nach strategischer Superiorität gegenüber dem Kontrahenten, wie es zur Zeit offizielles Programm der amtierenden US-Administration ist und wie es von den westeuropäischen Staaten unterstützt wird (da nur die Fähigkeit der USA zur erfolgreichen Kriegsführung gegen die Sowjetunion, auch für den Fall eines nuklearstrategischen Schlagabtausches, den US-„Sicherheitsgarantien“ (inklusive der „Nukleargarantie“) für Westeuropa „Glaubwürdigkeit“ verleiht), widerspricht dem Gedanken der „Sicherheitspartnerschaft“ und ist seiner Realisierung abträglich. Es wird ergo keine „Sicherheitspartnerschaft“ mit den USA geben können, aber auch ein Bruch mit der offiziellen bundesrepublikanischen „Sicherheitsdoktrin“, die „Sicherheit“ nur im Falle der Verkopplung mit den USA gewährleistet sieht, die wiederum, soll sie „glaubwürdig“ sein und „funktionieren“, die Überlegenheit der USA und der NATO gegenüber der Sowjetunion und dem WVO voraussetzt, wird von Nöten sein, um ein „sicherheitspartnerschaftliches“ Verhältnis zwischen Westeuropa und Osteuropa und der Sowjetunion zu etablieren. „Sicherheitspartnerschaft“ fordert somit die Abkoppelung von der NATO-Vormacht USA und den Bruch mit der bundesrepublikanischen „Sicherheitsdoktrin“. Beides würde jedoch zumindest einer Aufkündigung der bundesrepublikanischen Mitgliedschaft in der militärischen Integration der NATO gleichkommen.

Nicht von ungefähr haben die europäischen Staaten, die heute schon ein „sicherheitspartnerschaftliches“ Verhältnis zur Sowjetunion unterhalten (Finnland, Österreich), gemeinsam, daß sie nicht Mitglied der westlichen Militärallianz sind. Eine auch nur „Österreichisierung“ der Bundesrepublik ist bei Aufrechterhaltung der NATO-Mitgliedschaft undenkbar. „Sicherheitspartnerschaft“ wird es mit der NATO und den USA nur unter der Voraussetzung geben – und dann eben nicht als gegenseitig akzeptiertes System – daß es der Sowjetunion gelingt, jeden Aufrüstungsschritt der NATO erfolgreich zu paralisieren, jede neue Kriegsführungsoption (z.B. „Star wars“) glaubwürdig ad absurdum zu führen. Genau besehen wäre dies ein Votum für ein weiteres Wettrüsten zwischen Ost und West, aber sicherlich kein Ausweg aus der tödlichen Rüstungsdynamik der Blockstruktur.

Auch eine „defensive Umrüstung“ der Bundeswehr würde die Mitgliedschaft der BRD in der militärischen Integration der NATO infrage stellen. Denn die enge Truppenver-zahnung in der NATO-Integration, die multinationale „front-nahe“, „Vorneverteidigung“ gegen die „erste WVO-Welle“ auf dem Territorium der Bundesrepublik, quasi das Kernstück der Bündnisstrategie und Bündnissolidarität, verlangt eine zumindest ähnliche Bewaffnung aller hier eingesetzten Korps. Eine „defensive Umrüstung“ der Bundeswehr innerhalb der NATO wäre nur unter der Voraussetzung denkbar, daß die USA ihre hier stationierten Expeditionsverbände ebenfalls zu einer defensiven „Heimatschutz-armee“ umrüsten würden.

Eine partielle „Defensivierung“ der NATO-Strategie und der Bundeswehr, abgekoppelt von der Aufkündigung der NATO-Mitgliedschaft zu fordern, läuft zudem Gefahr, von der NATO für offensive und Kriegsführungsabsichten ver-einnahmt zu werden. In den NATO-Stäben interpretiert und rezipiert man derartige Vorstellungen als (willkommene) Ergänzungen zu den Vorhaben der „Falken“. Jede Offensiv-struktur und -strategie benötigt auch defensive Komponenten, um etwa gegen Gegenangriffe auf die Flanken und den Nachschub gewappnet zu sein. Die Fähigkeit zur Defensiv-e wird somit zur Voraussetzung für eine mit Erfolgsaus-sichten geführte Offensive. Gerade die Kombination von defensiven und offensiven Komponenten führt zur erheblichen Verstärkung von Kriegsführungskapazitäten und erhöht auf diese Weise die Möglichkeit des Kriegsausbruchs, wenn sich eine Seite dazu in der Lage sieht, das „System der gegenseitigen Abschreckung“ zu unterlaufen. Dies erschwert wiederum die Etablierung eines „sicherheits-partnerschaftlichen“ Verhältnisses. Weit von den Hebeln der Macht entfernt werden SPD und Friedensbewegung kei-nen Einfluß auf das Wie einer defensiven Umrüstung und ihr Verhältnis zu anderen Elementen der NATO-Strategie nehmen können. Die SPD und die Friedensbewegung wür-den somit Gefahr laufen, zum unverhohlenen Propagandi-sten eines bestimmten Teils eines insgesamt viel umfassen-deren Aufrüstungs- und Kriegsvorbereitungsprogramms zu avancieren.

Die „defensive Umrüstung“ der Bundeswehr innerhalb der NATO und d.h. auch bei Beibehaltung der „fremden“ Trup-penkontingente, der Nuklearwaffen etc. auf dem Territo-rium der BRD würde des weiteren die Gefahr einer „nega-tiven Arbeitsteilung“ in sich bergen. Theoretisch wäre ja ein Kompromiß denkbar, wie er z.Zt. bezüglich FOWA und „AirLand-Battle“ in der NATO ohnehin diskutiert wird: der Bundeswehr würde die „defensive“ Aufgabe der Bekämp-fung der „ersten Welle“ des WVO zufallen, während die USA und andere NATO-Staaten für Offensiven in die Tiefe des gegnerischen Raumes verantwortlich zeichnen könnten. An einer offensiven Ausrichtung der NATO würde die ver-meintlich „defensive Umrüstung“ der Bundeswehr von da-her nichts ändern.



Wahrscheinlich würde jedoch schon die „defensive Um-rüstung“ der Bundeswehr, jedenfalls dann, wenn sie konse-quent verstanden wird, die Auflösung der militärischen Integra-tion der NATO zur Folge haben, zumal die Bundeswehr die wichtigste europäische NATO-Armee ist. Das Konzept der multinationalen integrierten „Vorneverteidigung“ wäre nur noch schwerlich zu praktizieren, NATO-Truppen anderer NATO-Staaten, die heute auf dem Territorium der Bundes-republik stehen, wären im Rahmen eines konsequenten De-fensivkonzeptes dysfunktional.

Einer faktischen Abkoppelung von den anderen westeuropäischen NATO-Staaten und insbesondere den USA sowie einer Auflösung der multinationalen integrierten „Vorverteidigung“ käme der Abzug der „fremden Truppen“ aus der BRD gleich. Daß ein solcher Rückzug von NATO-Truppen auf ihre jeweiligen Heimatteritorien die Auflösung der militärischen Integration der NATO bedeuten würde, versteht sich von selbst. Gleiches gilt wahrscheinlich selbst schon für den Fall des vollständigen Abzugs aller Nuklearwaffen vom Boden der Bundesrepublik, eine Forderung, die ja Bestandteil des neuen Minimalkonsenses der Friedensbewegung ist. Zum einen würde ein Abzug aller Nuklearwaffen eine Änderung der NATO-Strategie erzwingen, da ein Teil der „eurenuklearen Ebene“ der Triade wegfallen würde. Desweiteren würde ein solcher Abzug die Bundesrepublik von der US-„Nukleargarantie“ weitgehend abkoppeln, das konventionelle Potential der Westeuropäer und das nuklearstrategische Potential der USA wären auf dem Territorium der BRD faktisch entkoppelt. Damit würde jedoch ein zentrales Kettenglied der transatlantischen deutsch-amerikanischen Allianz wegfallen, was wiederum zumindest eine Relativierung der militärischen Integration zur Folge haben dürfte. Wahrscheinlich ist dieses Ansinnen ohne Aufkündigung der NATO-Mitgliedschaft und -loyalität nicht zu realisieren, weil schon die vollständige Entnuklearisierung des „Frontstaates“ BRD das militärische Bündnis NATO im Kern angreifen würde.

Aus dem Gesagten wird vielleicht zumindest ansatzweise deutlich, daß selbst unter der Voraussetzung eines Festhaltens an der Notwendigkeit einer militärischen „Landesverteidigung“ für die Bundesrepublik, Alternativen (eben auch militärische wie die „defensive Umrüstung“ oder die „nicht-nukleare Verteidigung“) den Bruch mit der NATO und ihren Institutionen, d.h. das Ausscheren aus der westlichen Militärallianz, zum Inhalt haben müssen. Konzepte konsequent gewaltfreier Verteidigung (aber auch solche, die Elemente sozialer Verteidigung mit Elementen defensiver militärischer Verteidigung kombinieren) blieben hier bewußt unberücksichtigt. Denn daß diese mit den USA und der NATO nicht zu realisieren sind, dürfte eigentlich unstrittig sein.

Für eine Strategie konsequenter einseitiger Abrüstung

Eine Strategie konsequenter einseitiger Abrüstung wird zwangsläufig auch die NATO-Mitgliedschaft der BRD thematisieren und infrage stellen müssen. Unter einer Strategie konsequenter einseitiger Abrüstung (die nur national und nicht von der gesamten NATO in Angriff genommen werden kann) wären, was die Friedensbewegung anbetrifft, Abrüstungsforderungen zu verstehen, deren Einlösung nicht an entsprechende „Gegenleistungen“ der „anderen Seite“ gekoppelt werden, auch wenn damit mittel- bis langfristig die Initiierung eines multinationalen und „mehreseitigen“/„Blockübergreifenden“ Abrüstungsprozesses intendiert sein mag. Es versteht sich von selbst, daß es hierzu keiner Verhandlungspolitik bedarf. Über einseitige Abrüstungsmaßnahmen muß man nicht und kann man nicht verhandeln. Diesbezügliche Verhandlungen würden nur dann einen Sinn geben, wenn einseitige Maßnahmen als politisches Druckmittel verstanden werden, die die „andere Seite“ zu entsprechenden (oder gar, etwa „bedingt“ durch divergierende Bedrohungsanalysen bzw. Analysen des militärischen Kräfteverhältnisses, darüber hinausgehenden) „Gegenleistungen“ zwingen sollen (per Entzug der „Legitimität“ ihrer Rüstungs- und Militärpolitik), in dem Wissen und mit dem bewußten Kalkül, daß die „andere Seite“ politisch, ökonomisch und



militärisch schwächer dasteht und folglich für sie „entsprechende“ Abrüstungsmaßnahmen eine viel einschneidendere Wirkung zeitigen könnten.

Die Strategie der einseitig-unabhängigen Abrüstung wird die Frage der NATO-Mitgliedschaft jedoch nicht umschiffen können. Theoretisch wäre natürlich ein Vorgehen denkbar, daß, in Form etwa eines Etappenmodells, der Forderung nach einem einseitigen „Einfrieren“ des Rüstungshaushaltes die Forderungen nach Abzug aller Nuklearwaffen vom Boden der Bundesrepublik, dem Abzug aller „fremden Truppen“ und einer defensiven Umrüstung der Bundeswehr folgen läßt, ohne dabei deutlich zu machen, daß spätestens der zweite Schritt die NATO-Mitgliedschaft zwangsläufig zur Disposition stellen würde. Ein derartiges Vorgehen („von hinten durch die Brust“) ließe sich dergestalt begründen, daß die Forderung etwa nach Atomwaffenfreiheit der BRD erheblich populärer und für viele Menschen eher zugänglich sei, als die „barsche“ Forderung nach einem NATO-Austritt, andererseits jedoch schon die Atomwaffenfreiheit den NATO-Austritt auf die Tagesordnung setzen könnte. Dabei wird jedoch vergessen, daß unabhängig davon, ob die Friedensbewegung die NATO-Frage propagandistisch aufwirft, die Gegenseite dies auf jeden Fall tun wird, allein schon aus dem simplen Grund, daß ihr natürlich nicht entgangen ist, welche etwaigen Auswirkungen die Einlösung dieser Forderungen auf die NATO-Integration der BRD zeitigen könnten. Zudem hat ja auch die Denunzierung und Stigmatisierung des politischen Gegners als „Neutralisten“ etwas „Abschreckendes“ an sich. Wir haben dies alles anläßlich der „Nachrüstungsdebatte im Herbst '83“ verfolgen können, als selbst die SPD, bedingt durch ihr laues „Nein“ zum Einstieg in den Stationierungsprozeß, sich mit dem Vorwurf auseinandersetzen mußte, der NATO-Mitgliedschaft als Kernstück westdeutscher Staatsräson abzuschwören. Es ist ja auch gar nicht zu leugnen, daß der Nichtvollzug der Stationierung durch den bedeutenden NATO-Partner BRD zumindest eine schwere Krise im Bündnis provoziert hätte. Wahrscheinlich hätte sogar in einem solchen Fall die Militärorganisation der NATO zur Disposition gestanden, zumal natürlich die anderen Stationierungsländer (insbesondere die „kleineren“ NATO-Staaten Niederlande und Belgien) wohl dann ebenfalls keinen „Sinn“ mehr in der Stationierung der Raketen auf ihren Territorien erblickt hätten.

Die Friedensbewegung täte gut daran, die Bündnisfrage offensiv aufzugreifen. Durch die reale Entwicklung der NATO und ihrer Strategie wird sie in den nächsten Jahren

ohnehin gestellt werden. Sie sollte deutlich machen: ihr könnt die Atomwaffenfreiheit haben, aber ihr müßt euch darüber im klaren sein, daß wir damit an die Grenzen der NATO-Mitgliedschaft stoßen, wenn nicht gar sie überschreiten. Ihr könnt auch ein „sicherheitspartnerschaftliches“ Verhältnis gegenüber und mit der Sowjetunion pflegen, aber es muß euch bewußt sein, daß dies bei Beibehaltung der NATO-Mitgliedschaft für die Bundesrepublik ein kaum zu bewerkstellendes Unterfangen bleibt. Abkoppeln und Ausscheren ist die erste Voraussetzung für eine „andere Sicherheitspolitik“.

Jedenfalls sollte man sich davor hüten, die Strategie einseitig-unabhängiger Abrüstung in Konkurrenz und alternativ zur Forderung nach einem NATO-Austritt der BRD zu betrachten. Man sollte vielmehr anerkennen, daß spätestens der zweite Schritt dieses Konzeptes die Frage der NATO-Mitgliedschaft aufwirft. Und auch die Substituierung der existierenden Blockstruktur durch eine Europäische Friedensordnung und ein Europäisches System Kollektiver Sicherheit, als denkbare letzte Etappe einer Strategie unabhängig-einseitiger Abrüstung, setzt ja voraus, daß zunächst einmal diesseits der „Blockgrenze“ etwas in Bewegung und Erosion gerät. Denn solange wie die geballte supranational organisierte Bedrohung des WVO und der Sowjetunion durch die NATO in Europa weiterexistiert, solange wird die Sowjetunion jedes Aufbegehren im eigenen Block, ganz gleich ob restaurativen oder progressiven Charakters, primär durch die sicherheitspolitische Brille betrachten und auch entsprechend behandeln.

„Westeuropäisierung“ statt „Europäisierung“ der Friedensbewegung

Woran es der Friedensbewegung – und hier insbesondere dem „unabhängigen“ und „linken“ Spektrum – mangelt, ist eine Strategie, die sich weniger „blockübergreifend“ und „gesamteuropäisch“ („Europäisierung Europas“), denn explizit westeuropäisch versteht. Wenn nun Teile der Friedensbewegung bezüglich der NATO-offiziellen „Europäisierungspolitik“ anmerken, diese verharre in der Blocklogik und sei deshalb abzulehnen, während hingegen die Basisbewegung „Gesamteuropäisch“ und „blockübergreifend“ denken und agieren würde, so laufen sie in das offene Messer der NATO. Denn auch die NATO-Politik und -Strategie intendiert die Auflösung der Blockstruktur, nur eben unter den gesellschaftspolitischen Vorzeichen des Westens. Und dies geht eben wiederum nur mittels einer Strategie der Kombination von militärischer Stärke mit politisch-ideologischen und bisweilen ökonomischen Offensiven (Überwindung der „östlichen Bedrohung“ durch Liberalisierung der gesellschaftspolitischen Verhältnisse im „Ostblock“, abgesichert durch militärische Stärke und Kriegsführungsfähigkeit, die die Sowjetunion davon abhalten soll, der Destabilisierung zugunsten des Westens mit militärischen Mitteln Einhalt zu gebieten. Schlägt diese offensive „Abschreckung“ fehl, muß die NATO dazu in der Lage sein, einen militärischen Konflikt erfolgreich zu bewältigen). Dies erklärt auch, warum die „Entspannungspolitik“ mit einer vehementen Aufrüstung einher ging. Seinerzeit wurde die sogenannte Zwei-Säulen-Theorie formuliert, die sich als Gleichung wie folgt schreiben läßt: Verteidigung plus Entspannung = Sicherheit. Diese mathematische Schreibweise sagt allerdings nichts darüber aus, wie es um den Stellenwert und die Priorität beider „Säulen“ in bezug auf die „Sicherheit“ und um die Beziehungen, die zwischen den beiden Faktoren bestehen, bestellt ist. „Verteidigung“ war und ist das „Standbein“, „Entspannung“ das „Spielbein“, „Entspannung“ ohne militärische Stärke nicht denkbar,

militärische Stärke ohne „Entspannung“ zwar „unsicher“ und unvollkommen, aber keineswegs unmöglich. Die Politik der „Entspannung“ war und ist nicht einmal die Fortsetzung des Ost-West-Konfliktes mit neuen Mitteln, sondern mit zusätzlichen Mitteln, die die traditionelle Funktion militärischer Macht und den militärischen Konflikt nicht ausschließt. Militärische Stärke bleibt das bestimmende Element, die Politik der „Entspannung“ wird so zu einer militärisch abgesicherten Aufweichungsstrategie.

Die Antwort der Friedensbewegung auf die „Europäisierung der NATO“ bzw. Militarisierung Westeuropas kann nach Lage der Dinge nur politische Schlagkraft und in bezug auf den Bündniszusammenhalt Sprengkraft entwickeln, wenn sie explizit westeuropäischen Charakters – anstatt aufgesetzt „gesamteuropäischen“ Charakters – ist. Sie muß den Bemühungen um die Etablierung eines NATO-integrierten westeuropäischen „Sicherheitskartells“ einen westeuropäischen „Abrüstungsinternationalismus“ entgegen setzen, der sich wiederum aus den verschiedenen nationalen Abrüstungsalleingängen zusammensetzt. Von den südlichen Regionen (Spanien, Griechenland) bis zu den nördlichen Regionen (Dänemark, Norwegen) des europäischen NATO-Geltungsbereichs könnten die verschiedenen und in ihrer konkreten Ausprägung z.T. unterschiedlichen Desintegrationstendenzen zusammenfließen und das Bündnis in seiner Kohärenz und Funktionstüchtigkeit erheblich beeinträchtigen. Motor und Katalysator dieses Prozesses bliebe jedoch der „nationale Alleingang“. Von daher bringt es auch hier wenig, etwa den Austritt der Bundesrepublik aus der NATO davon abhängig zu machen, ob die Niederlande, Belgien, Großbritannien oder irgendein anderes westeuropäisches Land sich bereit finden, diesen Weg ebenfalls einzuschlagen. Der Ost-West-Ausgewogenheit darf nicht die West-West-Ausgewogenheit folgen. Dies würde lediglich die Selbstparalyse der verschiedenen westeuropäischen Friedensbewegungen zur Folge haben. Der Austritt der Bundesrepublik aus der NATO (bzw. die Forderung nach einem Austritt durch die hiesige Friedensbewegung) erscheint somit auch als die geeignete politische Antwort auf die „Europäisierung der NATO“, zumal ein einseitiger Austritt dort ansetzt, wo Bruchstellen (innen- wie außenpolitisch) einen Sinn ergeben und einen dynamischen Prozeß in Richtung Abrüstung und Auflösung der Blockstruktur vom Zaune brechen können.

NATO-Austritt und „Systemfrage“

Es soll nicht geleugnet werden, daß die Durchsetzung eines bundesrepublikanischen NATO-Austritts eng verbunden ist mit einer tiefgreifenden Veränderung der hiesigen gesellschaftlichen Verhältnisse. Dies ergibt sich allein schon aus der schlichten Tatsache, daß niemand im „herrschenden Block“ Interesse an einem NATO-Austritt der BRD bekundet, sondern vielmehr die NATO-Mitgliedschaft zu einer Frage unbedingter und höchster Staatsräson erklärt wird. Die Durchsetzung der Forderung wird also zwangsläufig eine Veränderung der existierenden Machtstrukturen und einen direkten Zugang der Friedensbewegung zur „Sicherheitspolitik“ – durch Vergesellschaftung derselben – zur Voraussetzung haben. Als Einwand gegen die Annahme der Forderung taugt der Verweis auf ihren „systemsprengenden“ Charakter allerdings kaum: denn jede reale einseitig-unabhängige Abrüstung (d.h. alles, was sich an diesbezüglichen Vorstellungen oberhalb eines „einseitigen Einfrierens“ des BRD-Rüstungshaushaltes bewegt) ist nur bei Veränderung des vorherrschenden gesellschaftlichen Bewußtseins und des existierenden Machtstrukturen denkbar. Der Kampf um

direkte Demokratie, und diese impliziert auch die Vergesellschaftung des Militärs (anstatt der Militarisation der Gesellschaft) wie der „Sicherheitspolitik“ überhaupt, wird also bezüglich der Durchsetzung einer „anderen Sicherheitspolitik“ eine hervorragende Rolle spielen müssen. „Sicherheitspartnerschaft“, „defensive Umrüstung“ etc. sind unter den gegebenen gesellschaftlichen Verhältnissen und Machtstrukturen überhaupt nicht zu realisieren. Ganz gleich, ob eine SPD- oder CDU-geführte Regierung des Amtes waltet. Das Problem ist deshalb in erster Instanz gar nicht einmal die Frage, wie denn die NATO-Vormacht USA auf ein Ausscheren der BRD aus dem westlichen Bündnis antworten würden (wie dies von Gegnern der Austrittsforderung in der Friedensbewegung suggeriert wird), sondern die Tatsache, daß mit dem „herrschenden Block“ und den etablierten Parteien sowie unter Beibehaltung der hiesigen Machtstrukturen, ein einseitiger NATO-Austritt gar nicht zu bewerkstelligen ist.

Erst der Herbst '83 hat gezeigt, daß selbst die Durchsetzung eines „Verzichts“ auf weitere Aufrüstung alsbald an die von den Machtverhältnissen eng gezogenen Grenzen stößt. Daß mit der CDU die „Nachrüstung“ nicht zu verhindern war, dürfte schon vorher ziemlich klar gewesen sein (von daher war die Stationierung mit dem 6. März ohnehin gelaufen). Aber was wäre anders gewesen, wenn aus den Wahlen vom 6. März eine rot-grüne Mehrheit hervorgegangen wäre? Wahrscheinlich wäre die SPD in einem derartigen Fall nach dem „Berliner Modell“ verfahren, d.h. sie hätte der stärkeren Fraktion den Vortritt bezüglich der Regierungsbildung gelassen, um diese dann in allen für das staatliche Gemeinwesen elementaren Fragen zu tolerieren (auf jeden



Fall hätten sich in den Reihen der SPD immer genug Rechte gefunden, die bereit gewesen wären, die Stationierung gemeinsam mit der CDU im Bundestag zu beschließen). Die Wahlen 1987, auf die schon jetzt Teile der Friedensbewegung hoffnungsfroh orientieren, werden in dieser Hinsicht nichts Neues bringen. Eine grün-rote Regierungskoalition kommt ohnehin nur unter der Voraussetzung zustande, daß die GRÜNEN sich mit der bundesrepublikanischen NATO-Mitgliedschaft und mit der bis dahin erfolgten Stationierung abfinden. Ansonsten wird wieder nach dem „Berliner Modell“ verfahren werden oder aber eine große Koalition gebildet werden müssen (immer unter der Annahme, es käme eine grün-rote Mehrheit zustande). Die Probleme beginnen somit bereits auf der Ebene parlamentarischer Mehrheiten. Wobei zudem zu beachten ist, daß a) arithmetische Mehrheiten nicht unbedingt mit politischen Mehrheiten identisch sein müssen (das Spektrum einer rot-grünen Mehrheit würde sich ja vom rechten pro-NATO- und Aufrüstungsflügel der SPD bis zum – relativ schwächeren – linken Anti-NATO-Flügel der GRÜNEN erstrecken) und b) das Parlament – wie uns die „Flick-Affäre“ noch einmal dankens-

werterweise belehrt hat – nicht das Zentrum politischer Macht und Machtausübung ist. Eine Veränderung der parlamentarischen Mehrheitsverhältnisse ist also noch lange nicht gleichbedeutend mit einer Umwälzung der politischen Machtstrukturen. Das Organisieren und dann Konservieren von politischen Mehrheiten (und hierzu zählen nicht nur parlamentarische Mehrheiten; eine direkte Abstimmung – etwa über die Frage der NATO-Mitgliedschaft oder über irgendein zentraleres Rüstungsprojekt – könnte eventuell, selbst dann, wenn die Abstimmung nur konsultativen Charakters ist, von erheblich brisanterem, weil direkt polarisierender Bedeutung für die weitere Entwicklung des politischen Systems sein) ist „lediglich“ die erste Voraussetzung für die Veränderung von Machtstrukturen.

Die mit Verweis auf den „systemsprengenden“ Charakter begründete Ablehnung der Forderung nach einem NATO-Austritt offenbart zudem einen eklatanten Widerspruch zwischen theoretischer Analyse bzw. getätigter Erkenntnis und politisch-praktischer Schlußfolgerung: das in den letzten Jahren aus den z.T. unterschiedlichsten Federn produzierte Arsenal an Schriftgut, das die Gefahr einer ökologischen, sozialen und „sicherheitspolitischen“ Katastrophe konstatiert, hat mittlerweile einen kaum mehr überschaubaren Umfang erreicht. All diesen Schriften, von welchem ideologisch-theoretischen Standpunkt sie auch immer verfaßt wurden, ist das Plädoyer für eine grundsätzliche Umorientierung im Denken und Handeln der „Gattung Mensch“ gemeinsam. Die adäquate Konsequenz für die politische Praxis hat allerdings bislang noch keine der hiesigen sozialen Bewegungen aus ihrer Analyse der Mißstände gezogen.

In der Friedensbewegung ist dieser eklatante Widerspruch zweifelsohne am ausgeprägtesten vorhanden, zumal, wenn man bedenkt, daß hier individuelle Lösungswege noch weniger Aussicht auf einen erfolgreichen Absprung vom „sinkenden Schiff“ bieten, als dies vielleicht noch in der Ökologiefrage beschränkt der Fall sein mag. Es entbehrt nicht einer gewissen Schizophrenie, wenn einerseits die Gefahr eines auf Europa begrenzten Nuklearkriegs beschwört wird, der vom „Ergebnis“ her zumindest die Auslöschung eines großen Teils dessen bedeuten würde, was man gemeinhin unter dem Sammelbegriff „deutsches Volk“ zu erfassen versucht, aber andererseits die Reaktion hierauf über das Organisieren von Menschenketten und Abfassen von Appellen im wesentlichen nicht hinausgeht. Nicht minder schizophren ist es, die Ursachen der Kriegsgefahr einerseits in der Blockstruktur und der Konfrontationspolitik der NATO zu orten (wobei es hier ziemlich unerheblich ist, ob es sich bei dem Übeltäter nur um die Reagan-Administration oder um die NATO insgesamt handelt), und andererseits sich mit Händen und Füßen gegen die aus der Analyse logisch resultierende Konsequenz, nämlich den Austritt aus der NATO und dem Ausscheren aus der Blockstruktur, zu widersetzen.

Im Zusammenhang mit der Erörterung des „systemsprengenden“ Charakters der Forderung seien auch noch einige Anmerkungen bezüglich Logik und Gehalt sogenannter „juristischer Einwände“ erlaubt. So kommt z.B. Mechttersheimer, der in seinem jüngsten Buch „Zeitbombe NATO“ ansonsten ausgezeichnet herausarbeitet, warum z.B. die „Defensivierung“ der Bundeswehr bei Aufrechterhaltung der Mitgliedschaft in der militärischen Integration schlicht ein Unding ist, zu dem Schluß, daß ein NATO-Austritt der Bundesrepublik aufgrund der diversen Vertragswerke aus der Nachkriegszeit, die der BRD eine Beschränkung ihrer Souveränität auferlegen, nicht möglich sei. Tatsächlich existiert jedoch eine derartige „eingeschränkte Souveränität“ lediglich in der Frage der bundesrepublikanischen Verfügungsgewalt über den Einsatz von Nuklearwaffen (was die BRD dennoch keineswegs daran hindert, dagegen anzu-

gehen bzw. auf Besitz und Verfügungsgewalt von/über Nuklearwaffen hinzuwirken). Jedenfalls sind der „herrschende Block“ und die etablierten Parteien nicht der Auffassung, daß es sich bei der BRD um einen lediglich eingeschränkt souveränen Staat handeln würde. Selbst der „Nationalist“ Egon Bahr hat wiederholt erklärt, daß „wir“ selbstverständlich und jederzeit aus der NATO aussteigen könnten, wenn wir dies nur wollten. Er lehnt dies jedoch ab, nicht aufgrund einer eingeschränkten Souveränität der Bundesrepublik bzw. juristischen Nichtmachbarkeit, sondern weil er die NATO heute für den geeigneten Rahmen hält, in dem die BRD ihre außen- und „sicherheitspolitischen“ Interessen verfolgen sollte. Es handelt sich also bei der Frage des NATO-Austritts für den „herrschenden Block“ und die etablierte Politik nicht um eine Frage des Könnens, sondern allein des Wollens. Außerdem müßte eigentlich spätestens seit den Anfängen der bürgerlichen Aufklärung bekannt sein, daß Recht nicht vom Himmel geschissen, sondern von Menschenhand geschaffen wird. Nationales Recht (Verfassungen, Gesetzbücher etc.) ist nicht mehr und nicht weniger als ein Ausdruck des innenpolitischen Kräfteverhältnisses, internationales Recht reflektiert wiederum auch nicht mehr als den Stand des weltpolitischen Kräfteverhältnisses (und mittelbar natürlich der „Gesamtsumme“ innenpolitischer Kräfteverhältnisse). Recht ist somit, auf nationaler wie internationaler Ebene eine veränderbare Größe. Die relative Bedeutung von Recht in der internationalen Politik wird am eindrucksvollsten durch die Außenpolitik der USA dokumentiert. Es ist noch gar nicht solange her, da verurteilte der internationale Gerichtshof in Den Haag die USA ob der ihrerseits durchgeführten Verminung der Häfen Nicaraguas. Die USA sahen jedoch keinen Anlaß dafür, sich diesem Urteil des „machtlosen“ Gerichtshofes zu beugen. Sie entgegneten vielmehr, daß sie ohnehin in den nächsten zwei Jahren beabsichtigen würden, irgendeinen Spruch des Gerichtshofes anzuerkennen. Wenn Malta dazu in der Lage ist, einen britischen Stützpunkt zu schließen, dann dürfte es für die Bundesrepublik nicht völligunmöglich sein – gesetzt den Fall, sie will dies – aus der NATO auszusteigen.

Dietrich Schulze-Marmeling

ila-info

Zeitschrift der Informationsstelle Lateinamerika

Das ila-info erscheint 10 x im Jahr und bringt:

- * **aktuelle Ländernachrichten aus Lateinamerika**
- * **Hintergrundberichte und Analysen**
- * **sowie Berichte über Aktionen und Diskussionen der Solidaritätsbewegung**



THEMEN DER LETZTEN NUMMERN

- Kuba - 25 Jahre Revolution *
- Das Geschäft mit Menschenblut *
- Kirche in Lateinamerika *
- Frauenkämpfe in Mexiko

KOSTENLOSES

**PROBEEEXEMPLAR
ANFORDERN!**

**Jahresabonnement für 30.-
DM (ermäßigt 25.-, Institutionen 35.-, Förderer 40.-)**

Informationsstelle Lateinamerika, Römerstr. 88, 5300 Bonn

Wird die NATO offensiv?

wt: General Rogers, FOFA steht für Follow-On Forces Attack, d. h. für Schläge gegen die zweite und dritte Angriffsstaffel im gegnerischen Hinterland. Aufgeregte Kritiker halten das für eine neue Strategie der NATO und sind daher beunruhigt.

General Rogers: FOFA ist ein Unterbegriff unseres Operationskonzepts. Es soll unsere konventionelle Schlagkraft verbessern. Es handelt sich keineswegs um eine neue Strategie, vielmehr dient es dazu, unsere gültige Strategie besser anzuwenden. FOFA bildet die Antwort auf die sowjetische Offensiv-Doktrin. Kritiker haben mit ihrer Behauptung, wir hielten mit der Entwicklung der Sowjet-Doktrin nicht Schritt, unrecht. Wir beobachten die Sowjets bei ihren Manövern seit 1981. Da haben sie ihre alte Praxis des »fließenden Schlachtfeldes« aus der Schlusszeit des Zweiten Weltkrieges wieder aufgenommen. Wir formulieren FOFA seit Ende 1979, nannten es zunächst den »Angriff auf die zweite Staffel«. Doch als wir sahen, daß die Rote Armee die alte Bewegungstaktik wieder aufnimmt, beschlossen wir, mit FOFA alle rückwärtigen Kräfte des Gegners zu bekämpfen — von denen direkt hinter der Front bis hin zu den Kräften so weit im gegnerischen Hinterland, wie unsere konventionellen Waffen reichen.

wt: Manche Kritiker sehen hier falsche Prioritäten, denn sie meinen, es sei wichtiger, die Fronttruppen so zu verstärken, daß sie lange genug standhalten, anstatt...

General Rogers: Das ist auch falsch. Seit 1980 ist es unser erstes Ziel bei der Verbesserung der konventionellen Streitkräfte, die bereits zugeteilten Kräfte zu stärken, und zwar bezüglich der Ist-Stärken, der Ausrüstung, Ausbildung und Versorgung mit Material, damit sie weiterkämpfen und die Angriffswelle aufhalten können. Dem geben wir seit vier Jahren Vorrang.

wt: Man hört auch, das sei nur »Air Land Battle« und vor allem »Air Land Battle 2000« in anderem Gewand?

General Rogers: Im Verteidigungsfall würden wir die Doktrin des Alliierten Kommandos Europa (ACE) anwenden, nicht die irgendeines einzelnen NATO-Landes. Es gibt einige, wenn auch nicht viele, Ähnlichkeiten zwischen der von uns erarbeiteten, europäischen Doktrin und Air Land Battle. Ich möchte aber betonen: Wir können einigem nicht zustimmen, das sich in der neuen US-Army-Einsatzdoktrin findet. Zum Beispiel: Wir schießen nicht als erste, und wir sehen keinen Präventivschlag vor. Wir feuern den ersten Schuß erst ab, nachdem wir angegriffen worden sind. In der US-Army-Doktrin — wohlgerichtet zur weltweiten Anwendung — kommt die präventive



In der »Strategie-Diskussion«, die heute von oft selbsternannten Militärschleuten geführt wird, fallen Begriffe wie FOFA, Air Land Battle 2000, Rogers Plan, Deep Strike usw. Zur Erklärung sowohl der Begriffe wie auch der Absichten der NATO führte unser Brüsseler Korrespondent Hermann Bohle ein Gespräch mit dem NATO-Oberbefehlshaber Europa, General Bernard W. Rogers.

Aktion vor. Doch unsere Strategie in Europa ist defensiv. Wir werden nicht als erste schießen. Ein weiterer Unterschied: Wir würden nicht mit massiven, konzentrierten Truppen die Grenze überschreiten. Wir sprechen nur davon, das feindliche Hinterland mit unseren Waffensystemen anzugreifen — nicht mit Soldaten.

wt: Air Land Battle 2000 spricht von einem integrierten Gefechtsfeldkonzept zum Einsatz konventioneller, chemischer und nuklearer Waffen... zur kombinierten Kampfführung auf dem Schlachtfeld...

General Rogers: Hier in der NATO unterscheiden wir ganz klar zwischen konventionellen Waffen auf der einen und Massenvernichtungswaffen — wie chemische und atomare — auf der anderen Seite. Wir würden chemische und nukleare Kampfmittel nur dann anwenden, nachdem die ozeanischen Autoritäten dies unter den vereinbarten Verfahren erlaubt haben.

wt: FOFA heißt also nicht, wie viele Kritiker sagen, Vorwärtsstrategie als Kriegführung ins gegnerische Territorium hinein?

General Rogers: Das wäre völlig falsch. Wir besitzen nicht die Tiefe des Raumes, die wir uns wün-

schen. Wir haben nur den Raum zwischen der westdeutschen Ostgrenze, der Nordsee, dem englischen Kanal und dem Golf von Biskaya. Wir können aber Raum gewinnen, durch Schläge gegen das feindliche Hinterland — mit konventionellen Waffen, nicht mit Bodentruppen. Wir werden unsere Vorverteidigung beibehalten. Allerdings heißt das nicht Verteidigung der Ostgrenzen an den Grenzpfählen, sondern wir werden unsere Positionen dort aufbauen, wo das Gelände — soweit vorn wie möglich — am besten verteidigt werden kann. FOFA ist keine offensive, keine aggressive und keine provozierende Doktrin. Doch haben wir nie gesagt und werden es auch nicht sagen, daß der Warschauer Pakt in seinem Hinterland nicht angegriffen werden darf — so wenig wie der Osten unser Hinterland verschonen würde. Im übrigen sah unsere Doktrin stets, mit Flugzeugen, Schläge gegen das Hinterland vor. Wir können jetzt mit unserer Überwachungselektronik tiefer ins gegnerische Hinterland hineinschauen. Wo die festen Ziele — Brücken, Tunnel, Knotenpunkte — liegen, wußten wir immer. Statt mit bemannten Flugzeugen können wir sie nun mit präzise gesteuerten Raketen angreifen. Flugzeuge sind sehr verwundbar durch die massive Luftabwehr des Ostens. Flugzeuge brauchen wir weiterhin für andere Aufgaben: Für die Unterstützung der kämpfenden Truppe aus der Luft, zur Herstellung der Luftherrschaft, Zerstörung gegnerischer Flugplätze, dies schon als Teil des FOFA-Konzepts. Wir können die Aufgaben jetzt besser erfüllen und ergänzen dabei die Leistung der Luftstreitkräfte.

wt: Es wird auch der Vorwurf erhoben, daß Sie mit FOFA auf erst noch entstehende, noch gar nicht vorhandene Zukunftswaffentechnologien bauen.

General Rogers: Das ist ebenfalls verkehrt. Wir sagen: Entwickelt die vorhandenen Technologien, nutzt die schon vorhandenen, versäumt aber nicht die Chance, wenn Neues kommt, es daraufhin zu prüfen, ob es für den Einsatz brauchbar und finanziell machbar ist.

wt: Manche meinen, mit FOFA bräuchten wir keine nukleare Abschreckung mehr?

General Rogers: Nein. Wir werden eine angemessene Auswahl an atomaren Waffen als entscheidenden Faktor unserer Abschreckungsfähigkeit so lange brauchen, wie nicht durch Verhandlungen alle Atomwaffen von der Erde verbannt sind. Das gebietet unsere Strategie der abgestuften Antwort auf einen Angriff.

wt: Es wird auch kritisiert, daß der Osten im Ernstfall nicht unterscheiden könne, ob eine anfliegende Rakete einen nuklearen oder konventionellen Sprengkopf trägt.

General Rogers: Das war doch immer so. Wie will jemand wissen, ob ein Flugzeug eine nukleare oder andere Waffe trägt. Wir haben ebenso wie die Sowjetunion seit Jahren duale Waffen, die beides tragen können.

wt: Stimmt es, daß FOFA über zehn Jahre 30 Milliarden Dollar kosten soll?

General Rogers: Zunächst lag da eine Studie über die europäische Sicherheit vor. Sie war in zwei Jahren erarbeitet worden u. a. von hervorragenden Fachleuten aus Deutschland, den USA, Großbritannien und ein oder zwei Norwegen. Ich glaube, sie hatten auch Kontakt mit den Franzosen und einigen anderen Ländern des Bündnisses. Sie schätzten die Kosten für FOFA — so wie wir es mit vorhandener und sich entwickelnder Technologie brauchen würden — auf mindestens zehn Milliarden, höchstens 30 Milliarden Dollar in zehn Jahren. Man muß das aber in Zusammenhang sehen: 1983 gaben die NATO-Partner 309 Milliarden Dollar für die Verteidigung aus. Ein Prozent dieser Einjahresleistung soll also jährlich für FOFA ausgegeben werden. Die Arbeitsgruppe sagte aber auch, zur Verbesserung der vorhandenen Kräfte, die die erste Angriffswelle aufhalten sollen, sei eine jährliche Erhöhung des Verteidigungsaufwandes um 3 % sowieso nötig, das brauchen wir, um einem konventionellen Angriff mit vernünftiger Erfolgsaussicht widerstehen zu können. Das macht zusammen also 4 % mehr im Jahr.

wt: Die Elektronische Kampfführung gehört doch auch zu FOFA?

General Rogers: Sie dient dazu, den gegnerischen Streitkräften auf dem Gefechtsfeld die Funk- und elektronischen Steuerungsverbindungen abzuschneiden oder zu stören. Dann bekommen sie die Informationen nicht, warten darauf, sind nicht kampfbereit, das macht es uns leichter, sie zu schlagen. Auch das Abhören gehört zur Elektronischen Kampfführung. Neu ist das nicht. Als ich 1952 ein Bataillon in Korea führte, bekamen wir von Zeit zu Zeit Nachricht, wir könnten mit einem Angriff in unserem Bereich rechnen... Das stimmte fast immer.

wt: Stimmen Sie der Analyse zu, wonach in Europa weder Ost noch West stark genug sind, um einen Krieg mit Hoffnung auf Sieg wagen zu können?

General Rogers: Ein Angriff aus dem Osten ist meine Sorge nicht. Nach meiner Ansicht werden die Sowjets heute, unter den gegebenen Umständen, nicht angreifen. Sie wollen keinen Krieg. Sie sind vorsichtige, kluge Leute. Sie wollen aber ihr Ziel in Westeuropa erreichen, und das ist, uns einzuschüchtern, uns zu zwingen und zu erpressen. Dazu müßte der Kräfteunterschied zwischen uns und dem Warschauer Pakt so groß werden, daß sogar wir als Verteidigungsminderzahl — wir brauchen ja nicht ebenso stark wie sie zu werden — das Ungleichgewicht nicht

mehr beheben können. Als kürzlich die Ständigen NATO-Botschafter der Mitglieder des Alliierten Kommandos Europa (ACE) hier waren, sprachen wir über die verschiedenen Waffensysteme und fanden: In den letzten zehn Jahren ist das Ungleichgewicht in allen vergleichbaren Bereichen größer geworden, und das geht in jedem Jahr so weiter. Nur in zwei Bereichen war es anders: Im einen blieb es bei 2:1 zugunsten des Ostens, im anderen verloren wir die Führung.

wt: Und was ist mit der technologischen Überlegenheit des Westens?

General Rogers: Wir haben sie nicht mehr. Die Sowjets haben heute einige der höchstentwickelten Waffensysteme der Welt. Kaum zehn bis vierzehn Tage vergehen, ohne daß der Geheimdienst nicht ein modernisiertes Waffensystem oder den Beginn der Entwicklung eines ganz neuen ausmacht. Sie wollen erreichen, daß sie uns ihren Willen aufzwingen können, ohne daß unsere Soldaten die Kaserne verlassen. Ich kann ihnen auch sagen, was diese Entwicklung mehr als alles andere beschleunigen würde: Ein Rückzug der Streitkräfte der Vereinigten Staaten aus Westeuropa.

wt: Die Vorschläge des Senators Sam Nunn kommen wohl wieder auf den Tisch?

General Rogers: Der Rückzug würde nicht nur das Bündnis auflö-

sen. Das brächte auch die Sowjets ein großes Stück ihrem Ziel näher.

wt: Senator Nunn ist ein Freund der NATO. Was sollten die Europäer tun, um ihn davon zu überzeugen, daß die USA in Europa bleiben müssen?

General Rogers: Die konventionellen Streitkräfte, Infrastrukturen stärken, also die Zeitspanne verlängern, in der wir uns vor einem Rückgriff auf nukleare Waffen konventionell verteidigen können. Nunn ist ein Freund der NATO, das stimmt. Er will fixieren, wieviel US-Truppen in Europa bleiben müssen. Dagegen wollte Senator Mansfield vor gut 15 Jahren festlegen, wieviele abgezogen werden können — da liegt ein erheblicher Unterschied in der Betrachtung. Allerdings meine ich, trotz der Motivation des Senators Nunn — mit der ich übereinstimme — war die Art, wie er es machte, falsch — uns in Westeuropa nämlich mit einer Resolution des US-Kongresses zu bedrohen nach dem Motto, wenn ihr dies und das nicht macht, dann werden die USA so und so reagieren. In den Staaten habe ich die Leute gefragt: Was würden Sie denn sagen, wenn der Bundestag, das britische Parlament oder eine Gruppe von Parlamenten in Europa den USA mit einer Resolution solchermaßen drohen würde — würde Euch das nicht aus der Fassung bringen? Genauso muß man das doch sehen!

wt: Eine andere Frage — sie wird von Pazifisten gestellt. Sie behaupten, die PERSHING 2 sei eine Erstschlagwaffe. Können Sie erklären, warum das nicht so ist?

General Rogers: Erstschlag bedeutet, daß wir sowjetischen Boden mit Atomwaffen treffen können — und zwar in einer Art, die den Gegner, wie es genannt wird, gewissermaßen enthaupet, ihm nämlich die Fähigkeit nimmt zurückzuschlagen. Die PERSHING 2 entspricht dieser Definition in überhaupt keiner Weise. Erstens erreicht sie Moskau nicht. Zweitens erreicht sie die wichtigen Kommandozentralen der Sowjets ebenso wenig. Drittens erreicht sie nur 10 % der strategischen Interkontinentalstreitmacht der Sowjetunion. Sogar wenn wir alle 108 PERSHING 2 hier haben, und das ist noch nicht der Fall, können wir die sowjetische Streitmacht damit nicht enthaupen. Eine Erstschlagwaffe ist sie per Definition nicht. Wohl aber können wir den Sowjets nun zum erstenmal sagen: Ihr könnt uns hier in Westeuropa von Eurem Boden aus treffen, nun sind wir von unserem Territorium aus in der Lage, Euch auf Eurem eigenen Boden zu schlagen. Das mag die Sowjetunion natürlich nicht. Mit der Stationierung unserer Waffen an der NATO-Ostgrenze wollen wir gerade vor einem ersten Schlag abschrecken, den die Sowjets von ihrem Boden aus gegen

uns führen könnten. So können wir uns wohl gegenseitig abschrecken — und dann benutzt keiner dieser Waffen. Bisher konnten wir sowjetisches Territorium nur von England aus mit britischen VULCAN-Bombern und amerikanischen F-111 bedrohen. Die VULCAN sind veraltet und die F-111 müßten die enorme Luftverteidigung im Osten durchdringen, sind also sehr verwundbar. Dagegen hat die PERSHING-2-Rakete gute Chancen, das Ziel zu erreichen.

wt: Die Stationierung geht also weiter?

General Rogers: Bis wir die geplanten 572 Raketen erreicht haben — es sei denn, in der Zwischenzeit kämen die Sowjets zum Verhandlungstisch zurück, so daß wir die Zahl senken oder diese Waffen ganz beseitigen.

wt: Mr. Wamcke, ein früherer Abrüstungs-Chefunterhändler der USA, sagte jetzt, die PERSHING 2 sei nur eine politische Waffe ohne viel militärischen Wert...

General Rogers: Die PERSHING 2 ist ein zuverlässiges Waffensystem, zweitens ist ihre Fähigkeit, die gegnerische Verteidigung zu durchdringen, hervorragend, drittens besitzt sie eine große Treffgenauigkeit. Wir können mit ihr die Ziele erreichen, die wir zu treffen wünschen. Sie hat eine erhebliche militärische Bedeutung für uns.

wt



General Rogers bei einer NATO — Übung

Kommentar zum Rogers - Interview

Wenn das Interview mit dem SACEUR Rogers auch in weiten Teilen für sich spricht, sind doch einige Bemerkungen angebracht. Es ist allein schon bemerkenswert, daß Rogers sich in seinen Ausführungen nicht nur — wie es in einem militärischen Fachblatt zu erwarten wäre — der kontroversen Diskussion aus den eigenen Reihen stellt; ausführlich geht er auf Argumentationen aus Kreisen „von oft selbst-ernannten Militärfachleuten“ ein. Es scheint ihm also offensichtlich notwendig, den Kritiken auch aus der Friedensbewegung zu begegnen, die gerade nach dem „Stationierungsherbst“ öffentlich gemacht wurde.

So wird offenbar, was Rogers unter „Verteidigung“ versteht: „Wir werden unsere Vorverteidigung beibehalten. Allerdings heißt das nicht Verteidigung der Ostgrenzen an den Grenzpfählen, sondern wir werden unsere Position dort aufbauen, wo das Gelände — soweit vorn wie möglich — am besten verteidigt werden kann.“ Mit Angriff hat das ganze selbstredend nichts zu tun; Rogers erkennt sehr richtig, daß eine sich auf die entsprechende Militärtechnik stützende Militärstrategie aus sich heraus noch nicht unbedingt aggressiv sein muß. Es muß in jedem Fall der politische Wille zum Angriff, zum ersten Schlag gegeben sein. Diesen politischen Willen unterstellt er implizit den Amerikanern. Denn, wenn auch — wie gesagt — eine Möglichkeit nicht unbedingt die Umsetzung nach sich zieht, werden die Möglichkeiten doch in bestimmten Interessen erst geschaffen, und so grenzt Rogers sich von der weltweiten Offensivdoktrin der USA ab: „Im Verteidigungsfall würden wir die Doktrin des Alliierten kommandos Europa (ACE) anwenden, nicht die irgendeines einzelnen NATO-Landes.“ Abgesehen davon, daß Rogers hier die gern gemachte, faktisch jedoch bedeutungslose Trennung zwischen der NATO und den Ländern, die die NATO bilden, wiederholt, scheint er seine Leser nun doch allzu arg für dumm verkaufen zu wollen. Schließlich untersteht er als Oberster Befehlshaber der Alliierten Truppen in Europa (SACEUR) den Befehlen seiner amerikanischen Vorgesetzten und ist selbst Amerikaner.

Hervorzuheben sind noch ein paar interessante „Kleinigkeiten“. So ist „ein Angriff aus dem Osten ... meine Sorge nicht“. Wenn er da mal nicht Ärger mit den westlichen Chefideologen kriegt! Was er da an politischen Intentionen den Mächten im Osten unterstellt, ist im Grunde genau die Politik der Stärke, die die USA in den 50er Jahren verfolgte und mit deren Hilfe sie die Sowjetunion dazu bringen wollte, klein beizugehen. Das das nicht gelang, lag mit Sicherheit nicht an einer waffentechnologischen Überlegenheit des Warschauer Pakts. Und Rogers weiß, daß das auch heute nicht anders ist; abgesehen davon, daß die westlichen Ideologen bzgl. der Stärke des Warschauer Pakts noch bedenkeloser mit Zahlenspielerien umgehen wie gewisse Kreise innerhalb der Friedensbewegung in letzter Zeit bzgl. der Stärke derselben, ist Quantität eben nicht gleich Qualität. Und gerade die jüngst angelaufene Strategische Verteidigungsinitiative (SDI), deren Wert für die technologische Innovation und deren ökonomische Ausschachtungsmöglichkeiten den Verteidigungswert fast in den Schatten stellt, könnte dem Westen einen Vorsprung von einer ganzen Technologie-Generation bringen.

Dankenswerterweise räumt Rogers in einer erfrischenden Offenheit mit den Verdrehungen bzgl. des „Erstschlagswerts“ der neustationierten Mittelstreckenraketen auf. Er stellt klar, daß die Legende von dem russischen Huhn, dem der Kopf abgehackt werden soll (Enthauptungsschlag gegen die russischen Kommandozentralen, drauf und Schluß) zumindestens relativiert werden muß. Die Pershings sind damit keineswegs nutzlos, sondern bekommen innerhalb der FOFA-Strategie ihren eigentlichen Sinn. Im Rogers-Plan werden ja u.a. rund 2.500 Ziele angegeben, die in der Tiefe des gegnerischen Raumes punktzielgenau getroffen sein wollen, soll der Schlag gegen die hinteren Staffeln erfolgreich geführt werden.

Im GRÜNEN INFO steht drin, was die GRÜNEN an Rhein und Ruhr alles tun, worüber sie sich streiten und worin sie sich einig sind. In jedem Heft ein Schwerpunktthema, Kommentare über alles, was GRÜNE im Visier haben, Diskussionen über Kontroverses, Internes für diejenigen, die es genau wissen wollen und viele, viele Informationen für neugierige Leseratten. Jeden Monat. Im Abo nur 32,- DM. Für Vorsichtige ein kostenloses Probeheft.

Schwerpunkte: Knäste in NRW 1/85, Militärland NRW 2/85, Abkehr von der harten Chemie 3/85, Existenzsicherungen 4/85, Lokale Radios 5/85, Sexualität und Herrschaft 6-7/85.

GRÜNES INFO ZEITUNG FÜR NRW

Hiermit aboniere ich das GRÜNE INFO ab sofort zum Jahrespreis von 32,- DM, das macht alle drei Monate 8,- DM.

(Name)

(Vorname)

(Straße)

(Ort)

(Tel.)

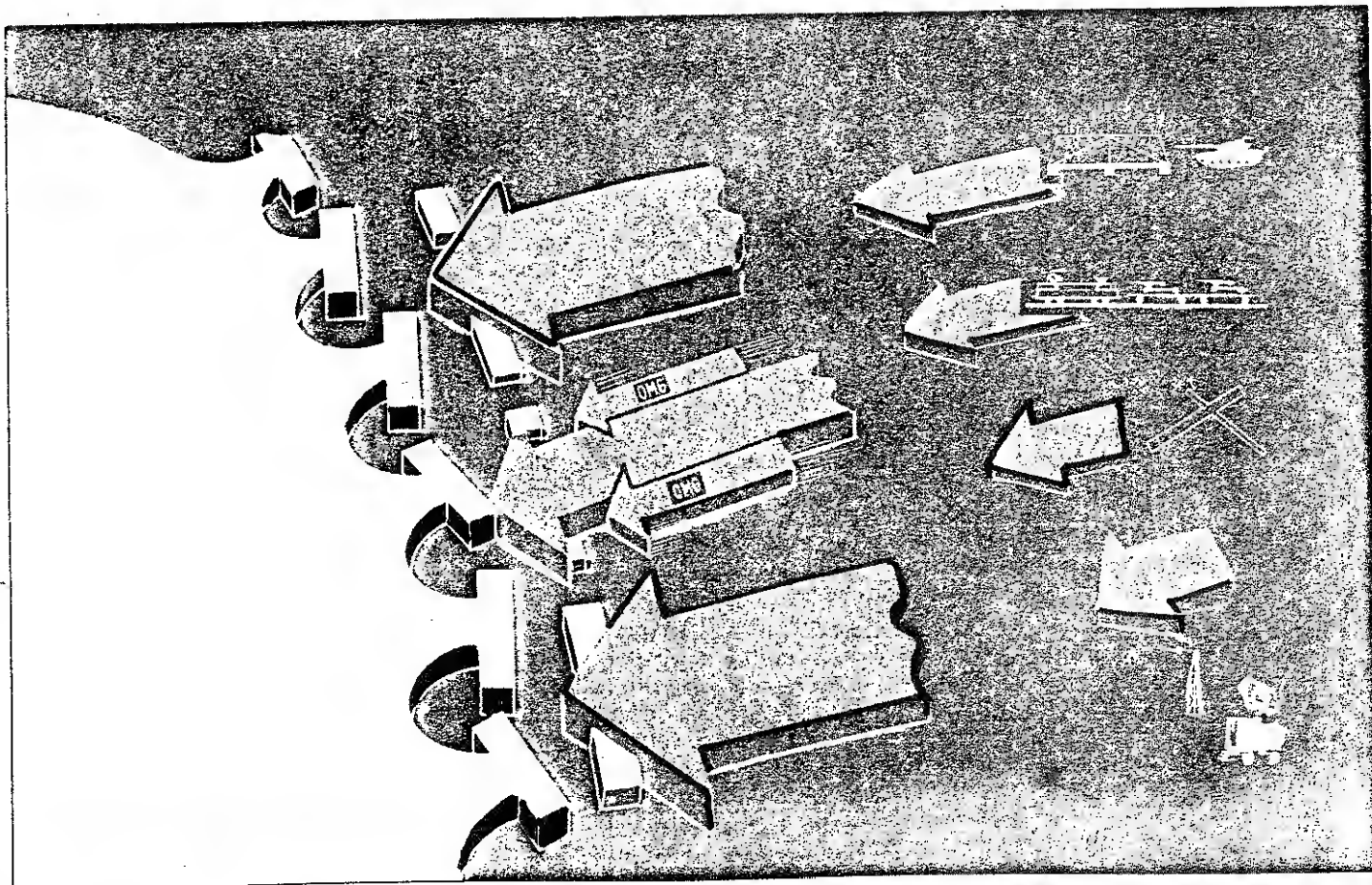
GRÜNES INFO
Zeitung für NRW
Webereistr. 28

4800 Bielefeld 1

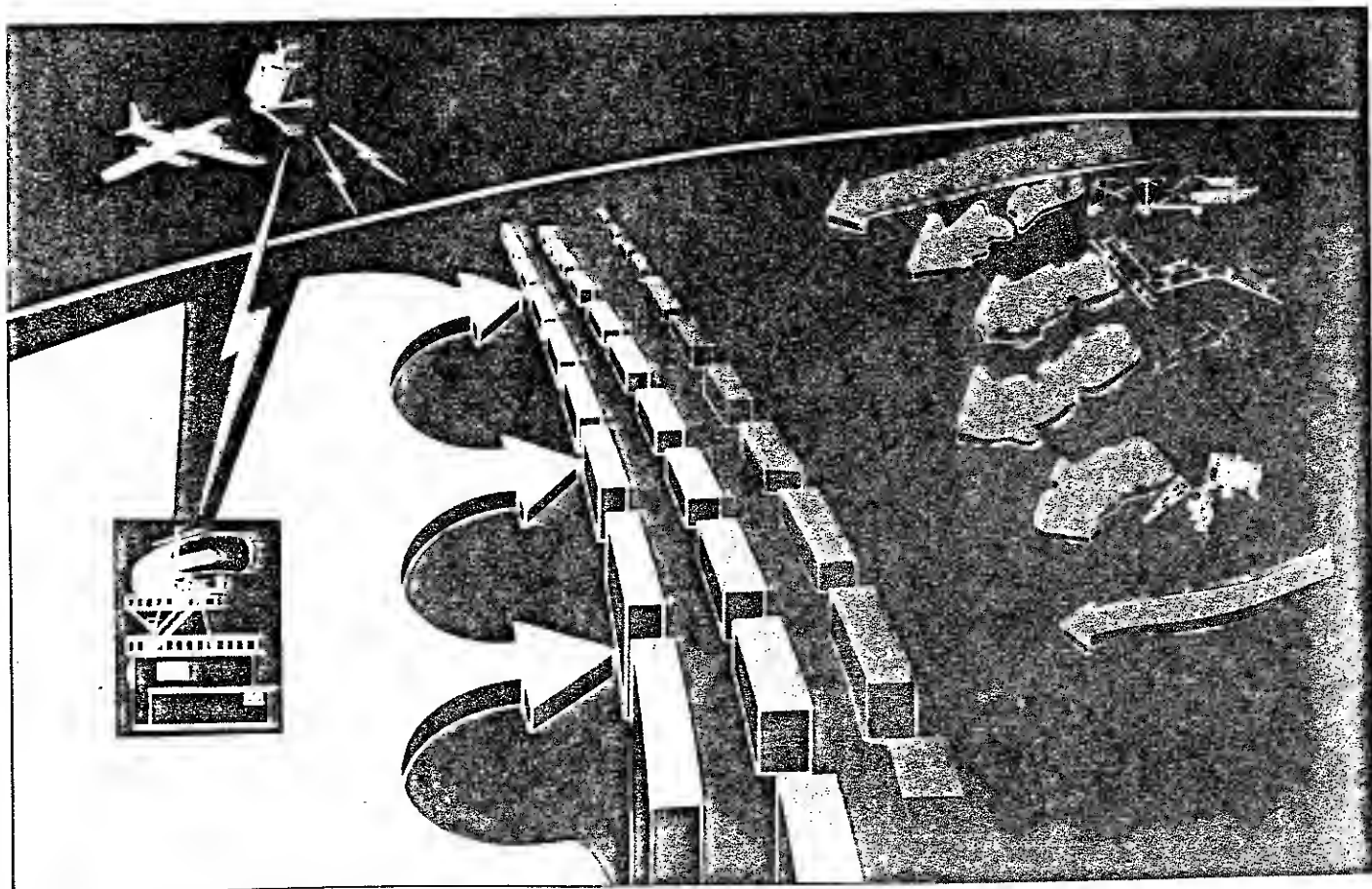


... und so stellt sich Mr. Rogers sein „follow – on – forces attack“ vor:

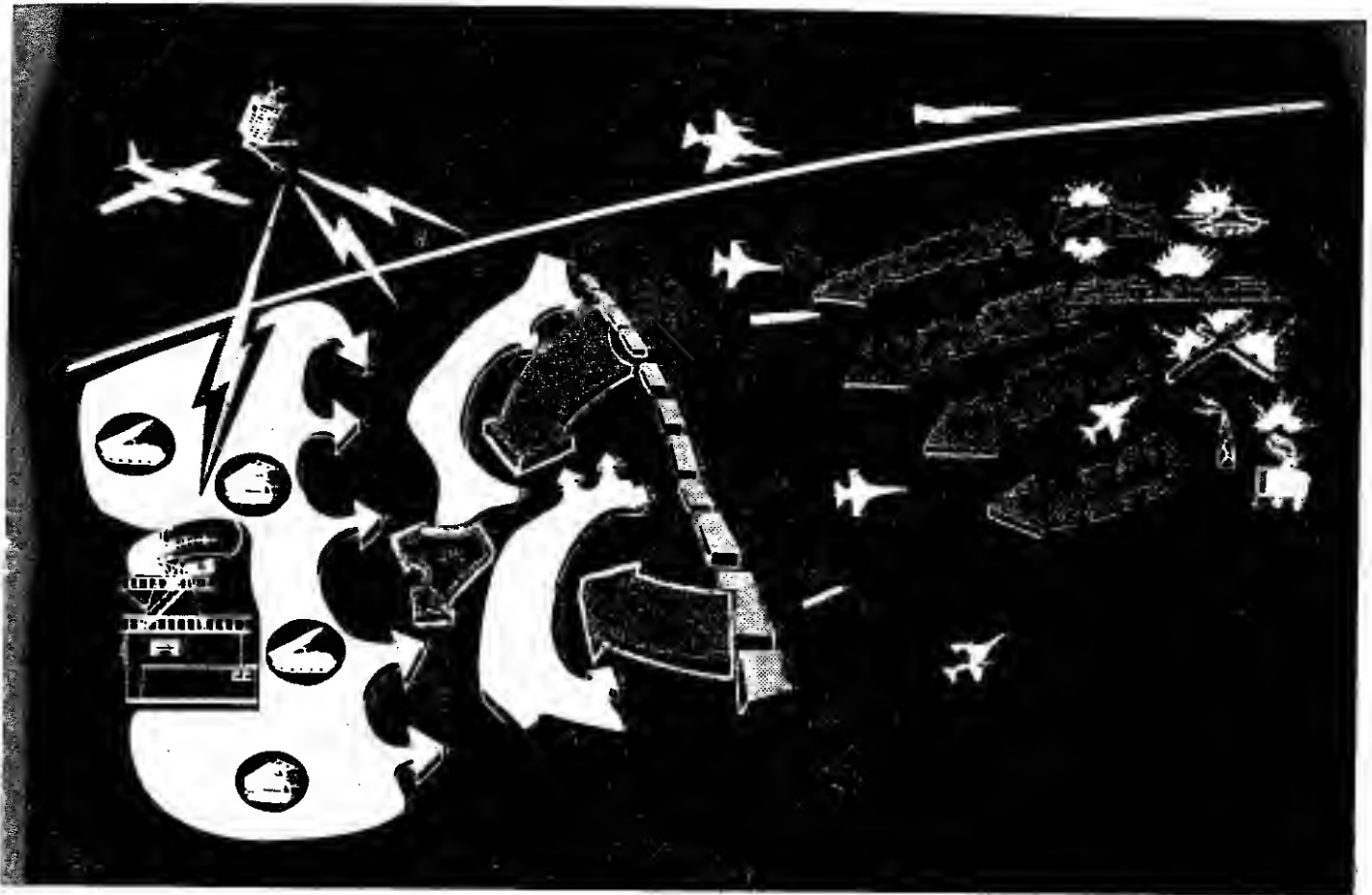
(aus: NATO-Brief 6/84)



Das Schaubild zeigt die Angriffstruppen des Gegners beim Überschreiten der Grenzen im Angriff gegen die Allgemeine Verteidigungsposition (GDP) der NATO; dahinter folgt eine zweite Staffel, die Erfolge der Angriffstruppen ausbauen und nutzen soll.



Die Lage an der GDP ist bereinigt und der Gegner muß neue Truppen heranzuführen, wenn er wieder angreifen will; diese Truppen wären natürlich beim Vorrücken dem Angriff auf Folgestaffeln (FOFA) ausgesetzt.



Der Gegner erzielt in der Allgemeinen Verteidigungsposition (GDP) zwei Einbrüche, erleidet jedoch schwere Verluste; mit Hilfe von Zielerfassungssystemen hat die NATO die zweite Staffel ausgemacht und setzt Flugzeuge und indirekte Waffen gegen sie ein, während gleichzeitig die Abwehr an der GDP endeuert.

Gesamtverteidigungsausgaben der NATO-Länder

Land	Währungseinheit	Ist-Ausgaben										Voranschlag			
		1949	1954	1974	1975	1976	1977	1978	1979	1980	1981	1982	1983	1984	
(0)	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)	(9)	(10)	(11)	(12)	(13)	(14)	
Belgien	Mill. Belgische Francs	9273	20707	57739	70999	91444	89480	99726	106472	115754	125689	132127	136853	147498	
Kanada	Mill. Kanad. Dollar	372	1771	2992	3127	3569	4124	4662	4825	5499	6289	7655	8086	9273	
Dänemark	Mill. Dänische Kronen	360	885	4462	5310	5714	6382	7294(e)	8045	9117	10301	11669	12574	—	
Frankreich (a)	Mill. Francs	4787	11710	47978	55872	63899	73779	95175	96439	111972	129708	148021	165029	175770	
Bundesrepublik Deutschland (b)	Mill. DM	—	6287	35644	37589	39922	40184	43019	45415	48518	52193	54234	56498	58141	
Griechenland	Mill. Drachmen	1630	3428	31499	45936	56963	67738	77861	89791	96975	142865	176270	193340	248419	
Italien	Mrd. Lire	301	543	2952	3104	3608	4533	5301	9468	8203	9888	12294	14400	17100	
Luxemburg	Mill. Luxemb. Francs	112	565	710	836	983	1029	1154	1242	1534	1715	1893	2104	2296	
Niederlande	Mill. Gulden	680	1583	6144	7119	7682	9092	9146	10106	10476	11296	11921	12149	12757	
Norwegen	Mill. Norweg. Kronen	370	1141	3938	4771	5333	5834	9854	7362	8242	9468	10956	12395	13209	
Portugal	Mill. Escudos	1419	2100	25108	19998	19845	22082	27354	34343	43440	51917	63817	76765	92211	
Türkei	Mill. Liras	556	934	15831	30200	40691	49790	66239	93268	185656	313067	447790	556738	803044	
Großbritannien	Mill. £ Sterling	779	1589	4160	5165	6132	6810	7616	9029	11510	12144	13849	15952	17506	
Vereinigte Staaten	Mill. US-Dollar	13503	42786	85906	90948	91013	100925	109247	122279	143981	169888	196390	217154	250011	
Gebiet															
Gesamteuropa (b)(c)	Mill. US-Dollar	4939	11756	46248	55439	55911	92933	76886	92207	107622	97561	94886	92865	—(d)	
Gesamtnordamerika	Mill. US-Dollar	13975	44607	86832	94023	94663	104802	113334	126398	148684	175133	202595	223715	257289(e)	
Gesamt-NATO (b)(c)	Mill. US-Dollar	18713	56363	135080	149462	150564	167735	190020	218605	258306	272694	297490	318580	—(d)	

(Anmerkungen zu Tab. 1)

- (a) Frankreich ist Mitglied des Bündnisses, gehört jedoch nicht der militärischen Integration an; die entsprechenden Zahlen können daher nur als Hinweis betrachtet werden.
- (b) Bevor die Bundesrepublik Deutschland im Mai 1955 der NATO beiträt, hat sie durch Leistung von Besatzungskosten zu den Verteidigungsausgaben bestimmter NATO-Länder beigetragen. Sie hat darüber hinaus weitere Zahlungen geleistet, die in den Rahmen der NATO-Begriffsbestimmungen für Verteidigungskosten fallen. Zusätzlich zu den Verteidigungskosten (nach NATO-Begriffsbestimmung) muß die Bundesregierung jährlich wegen der außergewöhnlichen Lage Berlins und aufgrund der Notwendigkeit, die Lebensfähigkeit der Stadt im Interesse der Verteidigung der freien Welt aufrechtzuerhalten, große Summen für diese Stadt aufbringen. Diese Ausgaben, die in der obigen Tabelle nicht enthalten sind, da sie nicht unter die NATO-Begriffsbestimmung für Verteidigungsausgaben fallen, sind für das Jahr 1984 auf 14697 Millionen DM veranschlagt.

- (c) Diese Gesamtzahlen sind auf der Basis der im jeweiligen Jahr geltenden Wechselkurse berechnet. Das bedeutet, daß die aufgezeigten Trends in unterschiedlichem Maße durch die Veränderungen der Wechselkurse der jeweiligen nationalen Währungen im Verhältnis zum US-Dollar beeinflusst werden. Ein direkter Vergleich der Zahlen verschiedener Jahre ist also nur mit Einschränkung möglich, vor allem weil aufgrund der Auswirkungen von Lohn- und Preiserhöhungen die Zahlen in dieser Tabelle nur eine unvollkommene Darstellung der wirklichen Tendenz in den Verteidigungsanstrengungen eines Landes bieten. Ferner ist zu bemerken, daß die Gesamtzahlen für 1949 die deutschen Verteidigungsausgaben nicht einschließen.

(d) Keine Zahlen verfügbar.

(e) Vorenschlag

(aus: NATO-Brief 6/84)

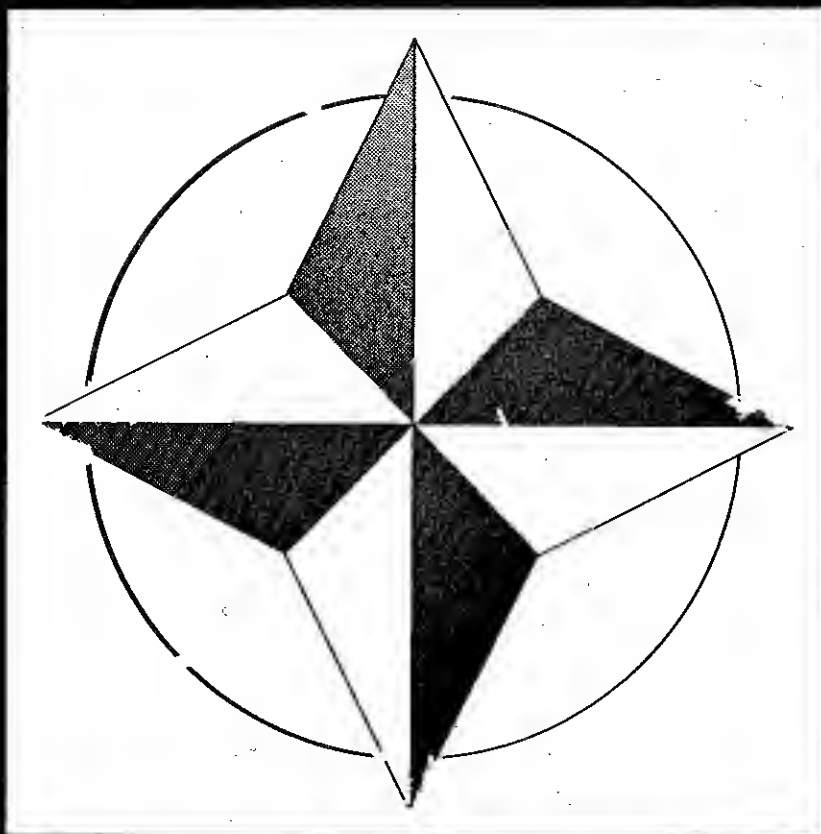
DM5.-

INITIATIVE KEIN FRIEDEN MIT DER NATO — RAUS AUS DER NATO!



Die NATO

**Zur Geschichte, Politik und
Strategie
eines Kriegsbündnisses**



**INITIATIVE KEIN FRIEDEN MIT DER NATO –
RAUS AUS DER NATO!**